BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 2 Köln, 25. Februar 1960 **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Karl Graf von Westphalen, „Die Lage"* S. 97
- *Dr. Hermann Rauschning, „Von Amerika aus gesehen"* S. 110
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Abrüstung und Koexistenz"* S. 118
- *Prof. Dr. Aloys Wenzl, „Blindheit gegenüber dem Gebot der Stunde?"* S. 130
- *Prof. Dr. h. c. Manfred von Ardenne, „Eine ernste Stunde für Deutschland"* S. 131
- *Wilhelm Vogel, „Der eingefrorene Deutschlandplan der SPD"* S. 133
- **** „Ein lehrreiches Beispiel"* S. 135
- *Dr. Josef Peters, „Die Gefahr ist groß"* S. 138
- *Dr. Werner Müller, „Das politische Verdikt über Professor Hagemann"* S. 140
- *Dr. med. Hans-Joachim Tepe, „Zur geplanten Neuregelung der Krankenversicherung"* S. 148
- *Prof. Dr. Ing. Ernst May, „Wiederbegegnung mit der Sowjetunion nach 30 Jahren"* S. 155
- *Wilhelm Lamszus, „Neue Wege der Lehrerbildung"* S. 163
- *Prof. Dr. Wilhelm Müller, „Dostojewskij und das innere Rußland"* S. 169
- *„Akten sagen aus"* S. 174
- *Wirtschaftsberichte* S. 178
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 185

Karl Graf von Westphalen

Die Lage

Zu den entscheidenden psychologischen Voraussetzungen des Bestandes der parlamentarischen Demokratie gehört das Vertrauen des Volkes in die Funktions-Fähigkeit und Funktions-Willigkeit der von ihm gewählten legislativen und Kontroll-Instanzen; das heißt, das Vertrauen darauf, daß die Volksvertretung ihre Rechte der Regierung gegenüber wirklich ausübt, die Regierung aber die Volksvertretung wirklicht ernst nimmt! Die Demokratie bedarf des Bewußtseins des Volkes, das Parlament sei nicht nur scheinbar, sondern tatsächlich das Forum, in dem rückhaltlos, mit Ernst und Leidenschaft, die Lebensfragen der Nation zur öffentlichen Erörterung gelangen; und darüber hinaus die Instanz, der die Regierung in gebührendem Maße Rechenschaft abgibt über ihre politischen Ziele sowie über die Wege, auf denen sie diese Ziele zu erreichen gedenkt.

Weit gefährlicher für die Demokratie als die Bedrohung von außen (durch Kräfte, die gar kein Hehl daraus machen, daß sie auf eine andere Staatsform eingeschworen sind) ist der demokratische Schein, jene Gefährdung, die der Demo-

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 2 **Köln, 25. Februar 1960** **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Karl Graf von Westphalen, „Die Lage"* S. 97
- *Dr. Hermann Rauschning, „Von Amerika aus gesehen"* S. 110
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Abrüstung und Koexistenz"* S. 118
- *Prof. Dr. Aloys Wenzl, „Blindheit gegenüber dem Gebot der Stunde?"* S. 130
- *Prof. Dr. h. c. Manfred von Ardenne, „Eine ernste Stunde für Deutschland"* S. 131
- *Wilhelm Vogel, „Der eingefrorene Deutschlandplan der SPD"* S. 133
- **** „Ein lehrreiches Beispiel"* S. 135
- *Dr. Josef Peters, „Die Gefahr ist groß"* S. 138
- *Dr. Werner Müller, „Das politische Verdikt über Professor Hagemann"* S. 140
- *Dr. med. Hans-Joachim Tepe, „Zur geplanten Neuregelung der Krankenversicherung"* S. 148
- *Prof. Dr. Ing. Ernst May, „Wiederbegegnung mit der Sowjetunion nach 30 Jahren"* S. 155
- *Wilhelm Lamszus, „Neue Wege der Lehrerbildung"* S. 163
- *Prof. Dr. Wilhelm Müller, „Dostojewskij und das innere Rußland"* S. 169
- *„Akten sagen aus"* S. 174
- *Wirtschaftsberichte* S. 178
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 185

Karl Graf von Westphalen

Die Lage

Zu den entscheidenden psychologischen Voraussetzungen des Bestandes der parlamentarischen Demokratie gehört das Vertrauen des Volkes in die Funktions-Fähigkeit und Funktions-Willigkeit der von ihm gewählten legislativen und Kontroll-Instanzen; das heißt, das Vertrauen darauf, daß die Volksvertretung ihre Rechte der Regierung gegenüber wirklich ausübt, die Regierung aber die Volksvertretung wirklicht ernst nimmt! Die Demokratie bedarf des Bewußtseins des Volkes, das Parlament sei nicht nur scheinbar, sondern tatsächlich das Forum, in dem rückhaltlos, mit Ernst und Leidenschaft, die Lebensfragen der Nation zur öffentlichen Erörterung gelangen; und darüber hinaus die Instanz, der die Regierung in gebührendem Maße Rechenschaft abgibt über ihre politischen Ziele sowie über die Wege, auf denen sie diese Ziele zu erreichen gedenkt.

Weit gefährlicher für die Demokratie als die Bedrohung von außen (durch Kräfte, die gar kein Hehl daraus machen, daß sie auf eine andere Staatsform eingeschworen sind) ist der demokratische Schein, jene Gefährdung, die der Demo-

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 2 **Köln, 25. Februar 1960** **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Karl Graf von Westphalen, „Die Lage"* S. 97
- *Dr. Hermann Rauschning, „Von Amerika aus gesehen"* S. 110
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Abrüstung und Koexistenz"* S. 118
- *Prof. Dr. Aloys Wenzl, „Blindheit gegenüber dem Gebot der Stunde?"* S. 130
- *Prof. Dr. h. c. Manfred von Ardenne, „Eine ernste Stunde für Deutschland"* S. 131
- *Wilhelm Vogel, „Der eingefrorene Deutschlandplan der SPD"* S. 133
- **** „Ein lehrreiches Beispiel"* S. 135
- *Dr. Josef Peters, „Die Gefahr ist groß"* S. 138
- *Dr. Werner Müller, „Das politische Verdikt über Professor Hagemann"* S. 140
- *Dr. med. Hans-Joachim Tepe, „Zur geplanten Neuregelung der Krankenversicherung"* S. 148
- *Prof. Dr. Ing. Ernst May, „Wiederbegegnung mit der Sowjetunion nach 30 Jahren"* S. 155
- *Wilhelm Lamszus, „Neue Wege der Lehrerbildung"* S. 163
- *Prof. Dr. Wilhelm Müller, „Dostojewskij und das innere Rußland"* S. 169
- *„Akten sagen aus"* S. 174
- *Wirtschaftsberichte* S. 178
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 185

Karl Graf von Westphalen

Die Lage

Zu den entscheidenden psychologischen Voraussetzungen des Bestandes der parlamentarischen Demokratie gehört das Vertrauen des Volkes in die Funktions-Fähigkeit und Funktions-Willigkeit der von ihm gewählten legislativen und Kontroll-Instanzen; das heißt, das Vertrauen darauf, daß die Volksvertretung ihre Rechte der Regierung gegenüber wirklich ausübt, die Regierung aber die Volksvertretung wirklicht ernst nimmt! Die Demokratie bedarf des Bewußtseins des Volkes, das Parlament sei nicht nur scheinbar, sondern tatsächlich das Forum, in dem rückhaltlos, mit Ernst und Leidenschaft, die Lebensfragen der Nation zur öffentlichen Erörterung gelangen; und darüber hinaus die Instanz, der die Regierung in gebührendem Maße Rechenschaft abgibt über ihre politischen Ziele sowie über die Wege, auf denen sie diese Ziele zu erreichen gedenkt.

Weit gefährlicher für die Demokratie als die Bedrohung von außen (durch Kräfte, die gar kein Hehl daraus machen, daß sie auf eine andere Staatsform eingeschworen sind) ist der demokratische Schein, jene Gefährdung, die der Demo-

kratie aus ihrer eigenen Mitte erwächst und unaufhaltsam das Vertrauen des Volkes zu ihr untergraben muß: das demokratische Lippenbekenntnis, das durch eine (sei sie nun auf Unzulänglichkeit oder Vorsatz zurückzuführen) pseudodemokratische, pseudo-parlamentarische Praxis Lügen gestraft wird. Sowohl die Regierung wie die Volksvertretung können in dieser Hinsicht schuldig werden. Die Situation ist besonders ernst, wenn beide zugleich es an dem durch das ungeschriebene Grundgesetz jeder parlamentarischen Demokratie Gebotenen fehlen lassen!

Ablauf und Ausgang der außenpolitischen Debatte, die am 10. Februar im Bundestag stattfand, hinterlassen, gemessen an solchen gerade in ernster Stunde ganz unerläßlichen Erwartungen, einen beklemmenden, ja man muß sich dagegen wehren zu sagen: einen zutiefst entmutigenden Eindruck! Einmal mehr ist in diesem Lande dem parlamentarischen Gedanken durch die Praxis von Regierung und Opposition ein schwerer Schlag versetzt worden; in einer außerordentlich entscheidenden Stunde sind beide weit hinter dem zurückgeblieben, was von ihnen zur Klärung der Situation erwartet werden konnte, ja erwartet werden mußte. Diese Debatte war vermutlich die letzte vor der Gipfelkonferenz im Mai. Sie fiel in eine Zeit wichtiger diplomatischer Vorbereitungen, ernsthafter Diskussionen über das Abrüstungsproblem, internationaler Erörterungen des Berlin-Problems sowie nachdrücklicher Warnungen der Sowjetunion an die Bonner Adresse. Niemand kann sich verhehlen, vor welchen Entscheidungen die Bundesrepublik in den nächsten Monaten stehen wird. Die furchtbar bedrückende Erkenntnis, daß sie politisch völlig unvorbereitet, das heißt ohne jede, den Realitäten und den deutschen Lebensnotwendigkeiten gleichermaßen angemessene Konzeption in diese Entscheidungen hineingeht, und die noch bedrückendere, daß das Parlament dergleichen willenlos geschehen läßt, steht am Ende dieser fatalen Debatte!

Die Bundesregierung hat einmal mehr erkennen lassen, daß sie nicht willens ist, der Volksvertretung in sachlicher, dem Ernst der Lage angemessener Form Rede und Antwort zu stehen. Abermals hat sie den Bundestag mit unglaublich magerer Kost abgespeist, indem sie sich darauf verlegte, Forderung an Forderung, Beschwörung an Beschwörung, Deklamation an Deklamation zu reihen — ohne im mindesten sich auf eine ernsthafte und konkrete Analyse der Situation einzulassen, ohne im geringsten Auskunft über ihre künftige Politik zu geben! Der Konzeptionslosigkeit dieser Regierung entspricht ihre Geringschätzung des Parlaments. Herr von Brentano wußte in diesem Augenblick, in dem alles, aber auch alles auf die entschiedenste Prüfung sämtlicher Möglichkeiten und Notwendigkeiten der deutschen Politik ankam, nichts Besseres zu tun, als sich und der solch würdelosem Treiben gar noch applaudierenden Mehrheitsfraktion mit kaum glaublicher Selbstgerechtigkeit zu bestätigen, die bisherige Politik der Bundesregierung sei völlig richtig gewesen und sie werde fortgesetzt werden! Bei solch nichts (oder alles-)sagenden Allgemeinheiten blieb es. Man hat dann die Beteuerung einer „nationalen Einigkeit" in der Berlin-Frage erlebt, der sich auch die Opposition nicht versagte. Und diese ebenfalls sachlicher Argumentation gänzlich ermangelnde, um so mehr von Deklamationen getragene „Einigkeit" ist denn auch von mancher Seite als der besondere „Gewinn" dieser Debatte bezeichnet worden. Nichts gefährlicher als solche Selbsttäuschung! Denn mit den von Regierung und Opposition im Bundestag abgegebenen Beteuerungen und Beschwörungen kommt die Bundesrepublik über die politische Klippe Berlin nicht hinweg, so „eindrucksvoll" jene sich im ersten Augenblick ausnehmen mögen. Nur eine künstliche, den politischen Realitäten widerstreitende Isolierung

des Berlin-Problems hat jene „Einigkeit" hervorgezaubert. Diese Isolierung der Berlin-Frage steht im Widerspruch zu den Erklärungen sogar der Bundesregierung, die immer wieder an dem Zusammenhang des Berlin- mit dem gesamten Deutschland-Problem festgehalten wissen will, eine Haltung, die dem deutschen Interesse völlig entspricht, obschon die Regierung diesen Zusammenhang anders versteht, als er realistischerweise interpretiert werden muß!

Die Fragen, in deren Rahmen die Berlin-Frage gehört, wurden in der Debatte nicht erörtert. Sie werden aber in den nächsten Monaten anläßlich der zu erwartenden internationalen Entscheidungen über Berlin für die Bundesrepublik so oder so akut werden. Darum wirkte diese Debatte so gespenstisch, so unwirklich, wie eine Diskussion im luftleeren Raum, weil alle diese lebensgefährlichen Grundprobleme der deutschen Politik für Regierung und Opposition offensichtlich tabu waren. Denn mit den abermals vorgetragenen weltfremden außenpolitischen „Forderungen" an die Adresse der Großmächte ist es in diesem Augenblick weniger denn je getan. Diejenigen, die diese Forderungen mit einem gerade der deutschen Seite nicht anstehenden überzogenen Moralismus unermüdlich wiederholen, ohne irgendwelche eigenen sinnvoll-realistischen Vorschläge zur Lösung des Deutschland-Problems zu machen, nähren damit nicht nur jenseits der deutschen Grenzen unaufhörlich Mißtrauen und Abneigung gegen uns, sondern im eigenen Lande einen geradezu selbstmörderischen nationalpolitischen Illusionismus!

Es ist in diesem Zusammenhang aber auch die Opposition aufs schärfste anzuklagen. Sie hat es einmal mehr versäumt, der Regierung jene rückhaltlose, sachlich überzeugende Rechenschaft abzufordern, die zu geben die Regierung von sich aus offensichtlich nicht bereit ist, oder aber anderenfalls im Interesse der deutschen Sache die Regierung schonungslos bloßzustellen. Sie hat es unterlassen, gerade die bisherige Politik der Regierung, deren absolute Richtigkeit Herr von Brentano ohne mit der Wimper zu zucken behauptet und deren Fortsetzung er uns verheißt, mit-verantwortlich zu machen für die Sackgasse, in die außenpolitisch die Bundesrepublik geraten ist. Die Opposition hat sich auf die Deklamation jener Pseudo-Einigkeit in der Berlin-Frage eingelassen — obwohl sie zugleich pauschal erklärte, hinsichtlich der (die Berlin-Frage einschließenden!) Deutschland-Frage vertrete sie nach wie vor andere Ansichten als die Regierung. Sie hat nicht einmal den Zusammenhang von Berlin- und Deutschland-Frage zur Diskussion gestellt. Und sie hat auch nicht die Regierung nach ihrem Beitrag zur Abrüstung und nach ihren Vorstellungen von den Möglichkeiten einer befriedigenden Lösung des Deutschland-Problems gefragt!

Diese gefährliche Selbstausschaltung der Opposition ist beklemmender noch als das — schlimmerweise ja gewohnte — Verhalten der Bundesregierung gegenüber dem Parlament. Wenn in der Bundesrepublik auf der einen Seite in breiten Schichten politische Interesselosigkeit und Resignation, auf der anderen aber, in aktiven Minderheiten, nationalpolitischer Extremismus und Illusionismus ständig wachsen, wenn in der Öffentlichkeit der entmutigende Eindruck entsteht, dieses Parlament sei nicht mehr in der Lage oder nicht mehr willens, die Politik der Regierung wirksam zu kontrollieren, die Lebensfragen der Nation mit dem notwendigen Ernst zu diskutieren — so trägt gerade die sozialdemokratische Opposition daran ein gerüttelt Maß Schuld: weil auch sie seit langem außenpolitische Debatten nur noch als Schein-Debatten führt! Ihr Einspruch gegen die von ihr als verhängnisvoll erkannte Politik der Regierung ist und bleibt schwächlich; und diese Schwäche geht auf Kosten der Nation!

Das Fatale dieser Debatte ist denn auch von manchen Einsichtigen empfunden und beim Namen genannt worden[1]). Solch Unmut in der öffentlichen Meinung ist notwendig und tröstlich. Aber man überschätze seine Wirksamkeit nicht. Erst wenn er ganz andere Formen und Ausmaße annimmt, kann er zu einer rettenden politischen Macht werden! Niemals war die Verantwortung der „Öffentlichen Meinung" so groß wie in diesem Augenblick, da die Bundesrepublik Entscheidungen von größter Tragweite entgegengeht. Die freimütige Erörterung der Gesamtsituation, aller Chancen und Gefahren, ist nationale Pflicht, wie auch der unbedingte Widerstand gegen eine Politik, die zur nationalen Katastrophe führen muß. Es ist notwendig, daß die Bundesregierung endlich in der Öffentlichkeit allen den drängenden Fragen konfrontiert wird, die im Bundestag zu stellen die Opposition versäumt hat!

Welche Konzeption?

Die Weltpolitik steht im Zeichen der Vorbereitung neuer internationaler Vereinbarungen über Berlin, wichtiger Abrüstungs-Gespräche und der diplomatischen Vorarbeiten für die Gipfelkonferenz. Welches konkrete Programm hat nun die Bundesregierung, um heute, 1960, im Rahmen dieser Gegebenheiten 1.) Abrüstung und Entspannung wirksam zu fördern, 2.) eine sinnvolle und aussichtsreiche Lösung des Berlin- und 3.) des Wiedervereinigungsproblems herbeizuführen? Oder, anders gefragt, wie denkt man sich in Bonn heute, 1960, die Lösung der „Deutschland-Frage"? Die Antwort kann nur lauten: von einem solchen plausiblen, den Realitäten gerecht werdenen Programm ist der westdeutschen Öffentlichkeit nichts bekannt! Die Regierung behauptet einfach pauschal die absolute „Richtigkeit" ihrer bisherigen Politik, sie versucht, deren Fiasko zu verschleiern, und schlimmer noch — sie verheißt die Fortsetzung dieser Politik ungeachtet jenes Fiaskos. So droht aus dem Debakel Bonns eine Katastrophe der Bundesrepublik zu werden. Denn die Bonner Politik wird dadurch nicht richtiger und auch nicht ungefährlicher, daß man sich der Auseinandersetzung über sie einfach mit der Dekretierung ihrer „Richtigkeit" immer wieder entzieht. Die Bundesregierung leugnet die weltpolitischen Realitäten von 1960, und zwar darum, weil eine Anerkennung dieser Realitäten das Eingeständnis des Zusammenbruchs ihrer bisherigen Konzeption bedeuten und ihr ein „Umdenken" unausweichlich machen würde. Diese Politik-jenseits-der-Realitäten manövriert die Bundesrepublik in

---

[1]) Der Kölner Stadtanzeiger sprach am 11. Februar von einem „stummen Einakter" und stellte fest: „War das überhaupt eine Debatte, die da gestern die Bühne des Deutschen Bundestages beherrschte? Diese Frage ist berechtigt; denn die Sitzung machte nicht den Eindruck, als gehe es um den Atem und die Lebensfragen der deutschen Nation. Vielmehr hinterließ sie in dem Beobachter das etwas schale Gefühl, als hätten es die Abgeordneten aller Parteien sorgsam vermieden, eine Bestandsaufnahme zu machen ... Wäre das Thema ‚deutsche Einheit' wirklich diskutiert worden, so wäre unsere augenblickliche Einsamkeit, unsere Abwertung auf dem internationalen politischen Markt dabei nicht zu umgehen gewesen." In der Frankfurter Rundschau beschäftigte sich Herr Ahlers unter dieser Überschrift vor allem mit dem „Worüber man nicht sprach" und meinte: „Die von Willy Brandt gewünschte Einheitsfront Bonn—Berlin steht zwar, aber man wird den Verdacht nicht los, daß sie nur eine Fassade ist, weil es keinen Schlachtplan gibt, wie man den Kampf eigentlich bestehen will." Und der Bonner Vertreter der Süddeutschen Zeitung, Herr Thilenius, sprach von „Beredtem Schweigen": „Die Frage ist: Was tut die deutsche Regierung, die sich so wie keine andere inmitten dieses Labyrinths von Fragen befindet, mit denen sich ihre Verbündeten abquälen — welche Beiträge leistet sie dazu? Heute wie gestern und vorgestern bleibt sie jede Antwort schuldig." (Süddeutsche Zeitung, 11. Februar 1960.)

eine immer schwieriger werdende Lage. Im Kreis der eigenen Verbündeten hat das Unbehagen über Bonns Kurs in den letzten Wochen weiter zugenommen; die Selbstisolierung und Isolierung der Bundesrepublik schreitet fort. Zwischen Bonn und London ist schon lange kein Vertrauen mehr. Aber auch zwischen Washington und Bonn häufen sich die Spannungen. Die Zeit des vorbehaltlosen Einvernehmens zwischen Adenauer und Dulles ist längst vorbei. Ihre Gemeinsamkeit war die Gemeinsamkeit der primär militärpolitischen Konzeption des Kalten Krieges. Heute isoliert sich Bonn zusehends — in einer für die deutsche Sache außerordentlich gefährlichen Weise — weil es in der Praxis an jener Konzeption festhält, dem das in Friedenswillen und Realismus wurzelnde Bemühen der Westmächte um Entspannung nicht nur keinerlei Unterstützung leiht, sondern im Gegenteil hinter den Kulissen die Verbündeten noch einmal auf die Positionen und Methoden des Kalten Krieges festzulegen versucht. Im Osten, und das gilt nicht nur für die Sowjetunion, sondern (wie die jüngsten gemeinsamen Erklärungen kommunistischer und katholischer Persönlichkeiten zur Deutschland-Frage zeigen!) auch für Polen und die Tschechoslowakei, wächst das Mißtrauen gegen die Bundesrepublik immer mehr. Durch ihr in der Praxis absolut uneinsichtiges Verhalten provoziert die Bundesregierung geradezu immer wieder jene scharfen Äußerungen Chrustschows zum Deutschland-Problem, die sie dann zum Anlaß, besser gesagt zum Vorwand nimmt, die Tatsache einer Entspannung einfach abzuleugnen. Das ist der Tenor der letzten Reden Dr. Adenauers. Aus ihnen muß der Schluß gezogen werden: der Bundeskanzler ist nicht bereit, eine Entspannung auf der Basis des Status quo anzuerkennen, sondern er fordert eine radikale Revision des Status quo als Voraussetzung für eine Bereitschaft, von Entspannung zu sprechen. Er fordert von der Sowjetunion Vorleistungen politischer Art und droht für den Fall, daß solche Vorleistungen ausbleiben, die Fortsetzung der westdeutschen Aufrüstung mit atomaren Waffen an! Es ist aber auch bekannt, daß die Westmächte mit der Sowjetunion im Prinzip einig darüber sind, daß eine Entspannung heute unerläßlich, daß sie aber nur auf der Grundlage des Status quo möglich ist. Der Westen ist nicht gewillt, die Entspannung an westdeutschen revisionistischen Forderungen scheitern zu lassen, die jeden Wirklichkeitssinn und auch jedes Bewußtsein von den geschichtlichen Voraussetzungen der heutigen Situation vermissen lassen. So sind diese Forderungen, als das einzige „Programm" Bonns, heute nur noch geeignet, Osten und Westen zu einer Verständigung über die Köpfe der Deutschen hinweg zu veranlassen!

Mit anderen Worten: das Beharren der Bonner Regierung auf der Forderung nach politischen Vorleistungen der Sowjetunion in der Deutschland-Frage, die faktisch auf eine Kapitulation der Sowjetunion hinauslaufen würde, löst das Wiedervereinigungs-Problem nicht, sondern kompliziert es nur weiter.

Die Entwicklung der Berlin-Frage läßt erkennen, wohin solch absolute Intransigenz führen muß. Zwar stellt die Bundesregierung deklamatorisch-theoretisch immer wieder den Zusammenhang der Berlin-Frage mit dem Deutschland-Problem fest. Ihre eigene Praxis entspricht aber diesen Feststellungen nicht. Von dem Augenblick an, da die Sowjetunion ihre Absicht zu erkennen gab, gemeinsam mit den Westmächten einen neuen Berlin-Status zu schaffen, hat Bonn sich an den bisherigen Status Westberlins geklammert. Immer und immer wieder wurde und wird erklärt: jede Veränderung dieses Status sei abzulehnen, weil sie immer nur eine Verschlechterung des Status sein könne. Die Westmächte sind sich offenbar noch nicht ganz einig darüber, zu welcher Modifizierung des bisherigen Berlin-Status sie sich bereit erklären werden. Aber sie teilen keineswegs die Bonner Ansicht, eine solche Modifizierung sei überhaupt unzumutbar! Sie tun es um so weniger, als die Sowjetunion erst jüngst wieder erklärt hat, sie bestehe keines-

wegs unbedingt auf der Durchsetzung ihres Vorschlages über eine „Freie Stadt", sondern sei durchaus bereit, auch andere Vorschläge zu diskutieren. Bonns hinhaltender Widerstand wird auf die Dauer die Westmächte nicht hindern können, sich mit den Sowjets über eine von der bisherigen abweichende Lösung zu einigen. Und je länger die Bundesregierung es versäumt, sich mit eigenen konstruktiven Vorschlägen, mit realistischen Alternativen in die Berlin-Diskussion einzuschalten, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit eines Übereinkommens zwischen der Sowjetunion und den Westmächten, das Bonn noch mehr isolieren würde. Konstruktive Alternativen zu dem sowjetischen Plan sind aber nur denkbar unter Berücksichtigung des Zusammenhanges der Berlin-Frage mit dem Deutschland-Problem. Aber gerade dazu ist die Bundesregierung nicht bereit. Sie verzichtet nach wie vor darauf, einen Beitrag zur Lösung d i e s e s übergreifenden Problems auch nur zu erörtern, sie lehnt es ab, über irgendwelche Vorschläge zur Berlin-Frage auch nur zu diskutieren — und sie erreicht damit nur eine fatale Isolierung des Berlin-Problems sowie eine weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands!

Dieser sowohl in der Berlin- wie in der Wiedervereinigungsfrage rein negativen, in absurden Postulaten sich erschöpfenden, dabei aber mit ungehemmter atomarer Aufrüstung verbundenen Bonner Politik liegt offensichtlich nur ein einziges Bestreben zugrunde: der unausweichlichen politischen Konfrontation der Bundesrepublik mit der DDR zu entgehen! Noch immer tut man in der Bundeshauptstadt so, als gäbe es gar keine DDR. Noch immer hält man sich an das Ziel und die Illusion einer politischen Liquidation des ostdeutschen Staates; noch immer lehnt man jegliche aktive Koexistenz im deutschen Raume ab. Alle Bonner Wiedervereinigungs-Vorstellungen bewegen sich nach wie vor auf diesem Geleis. Darum sind sie so schal und leer, wie sie gefährlich sind. Jeder Einsichtige weiß, daß es absurd ist, von der Sowjetunion heute eine Preisgabe der DDR zu verlangen, sei es durch „Selbstbestimmung" oder wie immer. Und der Bundeskanzler, der seine eigene außenpolitische Intransigenz durch die durch unermüdliche Wiederholung nicht realistischer werdende Forderung nach „Freien Wahlen" zu rechtfertigen versucht — gerade er mag im Geheimen diese „Freien Wahlen" (als Form der Liquidation der DDR gedacht!), von denen er in der Öffentlichkeit mit scheinheiliger Emphase spricht, bereits weit mehr fürchten als wünschen; seine vertraulichen Äußerungen gegenüber Herrn S e g n i anläßlich seines letzten Besuches in Rom, die durch eine für Bonn peinliche Indiskretion bekannt geworden sind, lassen diesen Schluß zu; der Kanzler zeigte sich „besorgt" über den wachsenden Lebensstandard in der DDR ... Heute noch immer diese Forderung und nur sie, als der Weisheit letzter Schluß in der Deutschland-Frage erheben, heißt angesichts der politischen Realitäten und des allgemeinen Entspannungswillens nichts anderes als: vorsätzlich diese Entspannung blockieren. Bonn tut nicht das Mögliche, das zugleich das Notwendige ist, sondern es fordert das Unmögliche! Der deutschen Sache ist damit nicht gedient, im Gegenteil.

Denn niemand in Washington, London und Paris gedenkt Bonn heute noch auf solchen Pfaden zu folgen und das Bonner Ansinnen an die Sowjetunion zu unterstützen. Im Gegensatz zur Bundesregierung ist die Liquidation der DDR für die Westmächte n i c h t die conditio sine qua non der Entspannung und Abrüstung. Wie immer sie die weltpolitische Wirklichkeit im stillen Kämmerlein einschätzen mögen, es fehlt ihnen jene vermessene, selbstmörderische Wirklichkeits-Fremdheit, die die offizielle Politik Bonns kennzeichnet. Darum ist die Position der Bundesregierung im westlichen Lager je länger desto schlechter geworden. Sie kann für ihr Wiedervereinigungs-Programm keinerlei internationale Unter-

stützung mehr erwarten. Ganz im Gegenteil: immer geringer wird das Verständnis für diese westdeutsche politische Blindheit, sowohl im Westen wie im Osten.

Jedermann, der bei Sinnen ist und die weltpolitischen Realitäten einigermaßen abzuschätzen vermag, weiß heute: daß eine Berlin- und eine Deutschland-Lösung n u r noch in der Form eines gewissen Übereinkommens zwischen beiden deutschen Staaten möglich sind; daß alles Rumoren und Agitieren, alle Verzögerungs-Taktik und alle Forderungen nicht mehr weiterhelfen. Die Haltung der Sowjetunion zu diesen Fragen hat sich in letzter Zeit nicht geändert und irgendeine grundsätzliche Änderung in dieser Haltung ist nicht zu erwarten. Wenn heute, wenige Monate vor der Gipfelkonferenz und im Hinblick auf die Berlin-Verhandlungen von gewissen Bonner Kreisen behauptet wird, die Haltung Moskaus sei in letzter Zeit „noch unnachgiebiger" geworden, die sowjetische Position sei noch weiter verhärtet, so ist das nur Zweckpropaganda. Es gibt Schwankungen in der Ausdrucksweise. Im Grundsätzlichen aber ist das Interesse der Sowjetunion an Abrüstung und Entspannung so evident wie die Position der sowjetischen Regierung in der Deutschland-Frage eindeutig. Sie entspricht den seit langem an die deutsche Seite gerichteten Erklärungen, allein die DDR sei für das Wiedervereinigungsproblem zuständig. Offensichtlich versucht man durch bewußt falsche Interpretation von Äußerungen sowjetischer Politiker dem deutschen Volke zu suggerieren, was Dr. Adenauer den Westmächten zu suggerieren versucht: es gebe gar keine Entspannung, denn die Sowjetunion wolle sie nicht. Unverkennbar ist freilich auch, daß die absolute Einsichtslosigkeit Bonns und sein Festhalten am Programm der atomaren Aufrüstung die Sowjetunion zu einer gelegentlich äußerst scharfen Sprache gegenüber der Bundesrepublik veranlaßt. Es wäre selbstmörderisch, sich über diesen psychologischen und auch politischen Effekt der „Stärke"-Politik der Bundesregierung täuschen zu wollen.

Nichts kann die Sowjetunion bestimmen, die Bonner Wunschträume zu erfüllen; am wenigsten vermag es die angekündigte Fortsetzung dieser Wunschtraum-Politik! Je länger man sie in Bonn betreibt und verbindet mit der atomaren Aufrüstung, desto größer wird nicht nur in Moskau, sondern auch in Warschau und Prag das Mißtrauen gegen die Bundesrepublik, zumal diese nicht nur nicht zu sinnvollen Verhandlungen in der Deutschland-Frage, nicht nur nicht zu einem Stop der Atomrüstung im Rahmen von Vereinbarungen über eine atomwaffenfreie Zone, sondern nicht einmal zu einer Anerkennung der heutigen Grenzen Polens und der CSR bereit ist, sondern immer wieder den offen revisionistischen Kräften bedenkliche Konzessionen macht, die die Friedens- und Verständigungs-Beteuerungen derselben Regierung immer wieder unglaubwürdig machen!

Wir wiederholen unsere Frage: welches Programm zur friedlichen Lösung des Deutschland-Problems hat heute, 1960, die Bundesregierung, die nach Lage der Dinge nicht mehr und nicht weniger als die Regierung des e i n e n deutschen Teilstaates ist? Hat sie Vorstellungen und Pläne, die sich an das Mögliche halten und dem Notwendigen gerecht werden? Es hat ganz im Gegenteil den Anschein, als sei sie dabei, durch eine Fortsetzung ihrer schon bisher überaus problematischen, heute aber für die Nation lebensgefährlichen Politik den Staat und das Volk mit in den Abgrund hineinzureißen, den sie sich selbst durch vermessene machtpolitische Fehlspekulationen („Politik der Stärke um jeden Preis") bereitet hat! Die Antwort auf unsere Frage muß präzisiert werden: nicht nur hat die Regierung k e i n Programm zur Lösung des Problems, sondern sie ignoriert noch immer das Problem selbst! Denn Faktum und Problem der durch die weltpolitische Nachkriegsentwicklung geschaffenen deutschen Zwei-Staatlichkeit existieren für das offizielle Bonn bis heute gar nicht! Wer das Problem beim Namen nennt und eine Lösung auf dem Boden der Tatsachen sucht, der wird einfach des „Verrats"

oder der „Kommunisten-Hörigkeit" bezichtigt. Alle Forderungen, Beschwörungen, Deklamationen von Bundesregierung und Bundestag sind nichts anderes als der Versuch, dieses nationalpolitische Faktum zu verschleiern, sie sind eine Politik-als-ob, ein nationalpolitischer Selbstbetrug in Permanenz! Es gibt heute nur noch zweierlei: entweder macht man endlich die Wirklichkeit zum Ausgangspunkt aller politischen Überlegungen, d. h. versucht, die zunächst unaufhebbare Zweistaatlichkeit zumindest zu mildern durch Ausschöpfung aller Verhandlungs-Möglichkeiten (man sollte weder mit Übermut noch mit Minderwertigkeitskomplexen, weder mit Illusionen noch mit Fatalismus, sondern mit Realismus und Selbstbewußtsein in solche Verhandlungen mit der DDR gehen!); oder man verzichtet auch weiterhin darauf und bestätigt damit die Endgültigkeit der Spaltung selbst, nicht ohne durch eine Ablehnung aller Verhandlungen den Antagonismus der beiden deutschen Staaten immer mehr zu verschärfen und die Gefahr eines Konfliktes zwischen ihnen heraufzubeschwören. Es ist in der Bundestags-Debatte vom 10. Februar ein einziger Vorstoß in Richtung einer solchen halbwegs realistischen Deutschland-Politik gemacht worden: in der von seiner eigenen Partei bedauerlicher (und beschämender-)weise sofort wieder desavouierten Erklärung des FDP-Abgeordneten Dr. Achenbach.

So verzichtet die Bundesregierung noch immer auf das, was man im vollen Sinne des Wortes „Politik" nennen kann; sie beschränkt sich auf eine bloße Nein-Taktik einerseits, eine Fortsetzung der westdeutschen Aufrüstung andererseits. Mancher mag noch immer glauben, das sei ein Ersatz für eine überzeugende, sinnvolle politische Konzeption. Aber alle diplomatischen Augenblicks-Erfolge jener Taktik (und auch sie werden ja immer spärlicher, die Bonner Störmanöver im Westen immer unmutiger quittiert!) können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Situation der Bundesrepublik in der internationalen Politik und in der Deutschland-Frage sich dadurch nur immer weiter verschlechtert. Wer die weltpolitische Entwicklung so völlig ignoriert, wie Bonn das tut, der schaltet sich damit selbst von jeder Einflußnahme auf diese Entwicklung aus. Und er läuft Gefahr, alsbald politisch überhaupt nicht mehr ernst genommen zu werden. Es wird zwischen den Großmächten zu Vereinbarungen über Abrüstung, Entspannung und Berlin kommen, entweder mit oder ohne Bonn. Diese Vereinbarungen werden die deutsche Zweistaatlichkeit nicht aufheben, sondern von ihr ausgehen! Moskau und Ostberlin haben genügend Handhaben, die Westmächte langsam aber sicher, durch ‚sanfte Gewalt' an eine (zumindest, wenn nicht mehr!) defacto-Anerkennung der DDR zu gewöhnen. Das ist unabänderlich. Und die Sowjetunion wird zweifellos gegebenenfalls auch nicht vor dem wiederholt angekündigten separaten Friedensvertrag zurückscheuen — und ebensowenig vor der von Ulbricht vor kurzem angedrohten Atombewaffnung der DDR, sollte Bonn seine Atomrüstung weiter fortsetzen. Die Taktik der Bundesregierung verhindert nicht nur nicht solche gefährlichen Entwicklungen, sondern sie fordert sie geradezu heraus. Denn auch heute ignoriert sie nicht nur die weltpolitischen Realitäten, sondern auch die ständigen Warnungen der Sowjetunion! Das ist unter den heutigen Umständen nicht Mut, nicht Kaltblütigkeit, sondern Leichtfertigkeit und Vermessenheit, für die das deutsche Volk wird zahlen müssen.

Der Eindruck verstärkt sich von Tag zu Tag mehr, daß man in Bonn jedes Maß, jede Fähigkeit einer realistischen Einschätzung der Lage verloren hat und das

Bewußtsein des Scheiterns der Konzeption einer Wiedervereinigungspolitik durch Aufrüstung kompensiert durch ein gesteigertes „Machtbewußtsein"! Wann endlich gedenkt man sich auf die Situation von 1960 einzustellen? Auf welches Wunder hofft man noch? Und wann endlich wird diese Regierung wenigstens den Mut haben, in letzter Stunde, kurz vor dem Abgrund, ihren Kurs zu ändern und dem eigenen Volke Rechenschaft über ihre Konzeption abzulegen?

Nicht weniger unbefriedigend und gefährlich wie die Berlin- und die Wiedervereinigungs-„Politik" der Bundesregierung ist ihre Haltung in der Abrüstungs-Frage. Man spricht neuerdings häufig von „allgemeiner Abrüstung", flüchtet sich in solch unverbindliche Allgemeinheiten und erklärt die „Großmächte" dafür zuständig. Läßt sich die geringste Bereitschaft zu einem eigenen Abrüstungs-Beitrag erkennen? Niemand verlangt von der Bundesrepublik, sie solle einseitig abrüsten. Aber Bonn lehnt ja sogar Verhandlungen ab, sei es über ein europäisches Sicherheits-System, sei es über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Bonner Vertreter im westlichen Lager hinter den Kulissen alles tun, um die Abrüstungsverhandlungen zu komplizieren oder gar zu blockieren. Will man in Bonn Zeit gewinnen — für die eigene Atomrüstung? Die unverhohlene Sympathie, mit der man in Kreisen der Bundesregierung und nur dort die französischen Atom-Versuche in der Sahara begleitet hat, ist ebenso symptomatisch wie die Tatsache, daß man in denselben Kreisen alles tat, um die in der ganzen Welt gewürdigte (und dabei nirgends über-bewertete!) Bedeutung der Demobilisierung von 1,2 Millionen sowjetischer Soldaten abzuschwächen. Das Verhalten der Bundesregierung ist auch in dieser heute so vordringlichen Frage äußerst problematisch und zweideutig.

Zum Schaden des Rufes der Bundesrepublik hat die Bundesregierung in vieler Hinsicht den Eindruck der Unglaubwürdigkeit nicht vermeiden können. Oder was soll man anderes sagen angesichts der Erklärungen der Regierung im Bundestag gegen Nationalsozialismus und Antisemitismus, die begleitet werden von Ehrenerklärungen derselben Regierung für den wahrhaftig übel genug beleumundeten, längst aktiver nationalsozialistischer und antisemitischer Betätigung überführten Bundesminister Dr. Theodor O b e r l ä n d e r? Und spricht es nicht allen Wiedergutmachungs-Beteuerungen Hohn, wenn derselbe Kanzler, der nach Bergen-Belsen fährt, die etwa gleichzeitig abgehaltenen eindrucksvollen Feiern zum 15. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz nicht einmal zur Kenntnis nimmt, geschweige daß er dort irgendeine Geste des Versöhnungswillens und der Wiedergutmachungs-Bereitschaft gezeigt hätte! Denn — Auschwitz, das liegt ja in Polen! Kein Wunder, daß gerade in Polen in diesen Wochen die Bitterkeit gegenüber der Bundesrepublik weiter zugenommen hat!

B e f r e m d e n d e R e d e n u n d g e f ä h r l i c h e V o r b e r e i t u n g e n

All dies in der außenpolitischen Debatte zur Diskussion zu stellen, die Regierung endlich zur Darlegung ihrer Konzeption zu veranlassen, oder aber sie der Konzeptionslosigkeit zu überführen, wäre die Pflicht der parlamentarischen Opposition gewesen. Sie hat es versäumt. Aber nicht genug damit. Sie hat außerdem auch in nicht minder fahrlässiger Weise unterlassen, die Regierung mit Nachdruck nach Ziel und Sinn all jener zahllosen Maßnahmen zu fragen, die ausgerechnet in diesen Monaten vor der Gipfelkonferenz und vor konkreten Abrüstungsverhandlungen von Bonn angekündigt werden, Maßnahmen, die allesamt der Vorbereitung der Bundesrepublik auf den Kriegs-Zustand dienen!

Es ist überaus beunruhigend, daß in einem Augenblick, da Ost und West sich mit Abrüstungsproblemen zu beschäftigen beginnen, und da die außenpolitische

Situation der Bundesrepublik dringend nach der Entwicklung konstruktiver außenpolitischer Vorschläge verlangt — daß in diesem entscheidenden Augenblick in Bonn das Sinnen und Trachten der Verantwortlichen noch ausschließlicher als bisher schon der Aufrüstung und dem Aufbau para-militärischer Institutionen gilt! Anstatt endlich, vielleicht in letzter Stunde, alle Energien auf politische Auswege zu konzentrieren, beschäftigt man sich mit ganz anderen Dingen, und zwar mit einem Eifer, der fatale Erinnerungen erweckt. Diese Vorbereitungen sind um so beunruhigender, als sie von äußerst befremdenden Reden begleitet werden. Der Bundeskanzler und Minister S t r a u ß werden nicht müde, landauf landab zu erklären, sie glaubten nicht an Entspannung. Herr Strauß hat jüngst in einem in zahlreichen Zeitungen der Bundesrepublik verbreiteten Aufsatz wiederum die Umstellung vom Konzept des „großen" auf das des „regionalen" Krieges propagiert. Er wird bei dieser Propaganda von dem bereits wiederholt auf Einladung des Verteidigungsministeriums und anderer der Regierung nahestehender Stellen in der Bundesrepublik aufgetretenen amerikanischen Militärtheoretiker K i s s i n g e r unterstützt, der auch jetzt wieder in Westdeutschland Vorträge hält. Strauß und Kissinger liefern mit ihren Ausführungen über den „begrenzten Krieg" gewissermaßen die militär-technische Begleitmusik zu der Agitation jenes anderen Amerikaners William S. S c h l a m m , der als Ideologe einer totalen antikommunistischen Militarisierung, einer geschichtlichen deutschen „Mission" im „Kampf gegen den Kommunismus" und des Liebäugelns mit dem „Präventivkrieg" durch die deutschen Lande zieht. Nicht etwa auf eigene Initiative, sondern eingeladen und gefördert von Kreisen, die ebenfalls der Regierung nahestehen.

Das fadenscheinige Doppelspiel, das in diesen Monaten die Politik der Bundesregierung so unglaubwürdig erscheinen läßt, wiederholt sich auch hier. So wies in der Debatte vom 10. Februar der CDU-Abgeordnete G r a d l mit „Entrüstung" die Behauptung zurück, Schlamm vertrete die (geheimen) Absichten der Regierung und der CDU; am Abend desselben Tages aber sprach ausgerechnet in Bonn, auf Einladung der christlich-demokratischen Studentengruppe, Herr Schlamm! Acht Tage später dasselbe noch einmal. Im Namen der Bundesregierung erklärte Herr v a n S c h e r p e n b e r g in der Fragestunde des Bundestages, nicht nur identifiziere sich die Bundesregierung nicht mit Schlamms Thesen, sondern sie betrachte es geradezu als „beleidigend", wenn man ihr dergleichen überhaupt unterstelle! In demselben Augenblick aber stellten sich 31 CDU- (zumeist CSU)- Abgeordnete, fast alle als besonders radikale antikommunistisch-„abendländische" Scharfmacher bekannt, schützend vor Mr. Schlamm; in freilich sehr plumper Form forderten sie den SPD-Abgeordneten E r l e r zu einem öffentlichen Disput mit Schlamm im westdeutschen Fernsehen auf, mit der leicht durchschaubaren Absicht, den ihnen nur allzu genehmen Thesen Schlamms eine neue Publizität zu verschaffen. Es ist das alte Spiel: man läßt den Agitator sein Geschäft verrichten, wissend um die Wirkung, die man beabsichtigt, und gleichzeitig distanziert man sich . . . Am 1. Mai 1960 soll Schlamm auf Einladung in München auf einer Großkundgebung der katholischen Jugend sprechen! All dies gibt Anlaß zu dem Verdacht: daß Herr Schlamm von gewissen Kreisen in der Regierungspartei heute als ideologischer rocher de bronce, als antikommunistischer Stimmungsmacher planmäßig „eingesetzt" wird — um heute ideologisch den Boden zu bestellen, auf dem morgen (nicht zwar Herr Adenauer, wohl aber, von seiner CDU/CSU-Hausmacht unterstützt) Herr Strauß politisch zu ernten gedenkt. Gewiß, man sagt uns, Schlamm vertrete nicht die offizielle Bonner Politik von heute. Aber können wir das glauben? Liegt nicht vielmehr die Vermutung nach allem Vorgefallenen nur allzu nahe, daß er die Hintergedanken gewisser Bonner (vielleicht weniger, aber einflußreicher) Politiker hinsichtlich der Politik von morgen und über-

morgen zum Ausdruck bringt und zunächst die deutsche Bevölkerung ideologisch vorbereiten soll? Warum sonst ist man in Kreisen der CDU/CSU so auffällig interessiert an Herrn Schlamm?

Das Auftreten Mr. Schlamms fällt zusammen mit der Anti-Entspannungs-Kampagne der Bundesregierung. Der Kanzler selbst hat es gerade in der letzten Zeit an „markigen" Reden nicht fehlen lassen. Er spricht von der Notwendigkeit einer „Befreiung" der Bevölkerung der Ostzone aus der „Sklaverei", in der sie immer mehr versinke . . . Kürzlich nannte er die Ostzone „ein einziges großes Gefängnis". Man halte daneben, was Dr. Adenauer anläßlich seines Besuches bei Papst Johannes XXIII. in Rom vor wenigen Wochen sagte: „Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in diesen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat: Hüter zu sein für den Westen gegen die mächtigen Einflüsse des Ostens, die auf unser Land einwirken." Soll das die „missions-ideologische" Rechtfertigung eines politischen oder gar militärischen Alleingangs der Bundesrepublik sein? Mit Betroffenheit erinnert man sich ähnlicher Äußerungen Kaiser Wilhelms II. und des „Führers" Adolf Hitler über ihren „Glauben" an die „deutsche Mission" — und an die Katastrophen, in die die Politik führte, die solchem Missions-Anspruch entsprach. Ganz abgesehen von den fatalen Schlüssen auf den Geisteszustand der heutigen politischen Führer der Bundesrepublik, die angesichts solcher Verlautbarungen eines antikommunistischen Sendungsbewußtseins gezogen werden müssen — diese Erklärungen, die die Forcierung der militärischen und paramilitärischen Aufrüstung der Bundesrepublik begleiten, haben überall im Ausland, im Westen wie im Osten, Erstaunen und Unruhe hervorgerufen; die Frage bleibt nicht aus: was hat man von diesen Deutschen noch zu erwarten, in einer Welt, die sehnsüchtig auf Sicherung des Friedens hofft, und die in Abrüstung, Entspannung und Koexistenz die unerläßlichen Voraussetzungen eines solchen Friedens sieht!

Man kann nicht umhin, mit dieser Agitation alle die oben bereits erwähnten Vorbereitungen auf einen militärischen Notstand in Verbindung zu bringen, die heute in der Bundesrepublik mit einer bestürzenden Selbstverständlichkeit — als handele es sich um die natürlichsten Dinge der Welt! — in Gang gesetzt werden. Von dem in den letzten Wochen Angekündigten nennen wir hier nur das Wichtigste. Die Bundesregierung plant im „Notstandsfall" die Dienstverpflichtung aller Frauen vom 18. bis zum 55. Lebensjahr; der CDU-Abgeordnete Admiral a. D. Heye hat die Vorbereitung eines Evakuierungs-Programms für den Fall des „totalen Krieges" gefordert; der Ausbau des Luftschutzes wird neuerdings mit besonderem Nachdruck betrieben; das Wehrpflicht-Alter soll, nach dem Willen von Minister Strauß, von 20 auf 18 Jahre herabgesetzt werden; der Aufbau der sog. „Territorial-Verteidigung" beginnt in diesem Jahre; dazu kommt das im Bundestag bereits diskutierte, überaus problematische Notstandsgesetz. Und nicht unerwähnt bleiben dürfen in diesem Zusammenhang auch die Pläne der Regierung zur Neuordnung des Rundfunk- und Fernsehwesens, die darauf abzielen, ihr selbst eine weit größere Propaganda-Möglichkeit in beiden Institutionen zu geben als sie bisher hatte! Alle diese Bestrebungen stehen im Mittelpunkt der politischen Aktivität in der Bundeshauptstadt! Am 4. Februar 1960 meldete die im allgemeinen sehr regierungstreue Kölnische Rundschau unter der Überschrift „Notdienstgesetz rückt näher": „Im Bundesinnenministerium wird zur Zeit mit Hochdruck an den Gesetzen gearbeitet, die im Zusammenhang mit einem Notstand oder bei Eintritt des Verteidigungsfalles von entscheidender Bedeutung sind. Neben der Novelle zum Bundesleistungsgesetz wird zur Zeit auch ein Evakuierungsgesetz vorbereitet, während der Gesetzentwurf, der den Notdienst

regelt, bereits dem Kabinett vorliegt. Erstmalig für die Bundesrepublik ist darin auch eine Dienstverpflichtung für Frauen vorgesehen. Das Notdienstgesetz hat zum Ziel, den Fortgang des zivilen Lebens auch im Verteidigungsfall sicherzustellen. Nach den bisherigen Plänen sollen Männer zu Notdienstleistungen im Alter von 18 bis 65 Jahren herangezogen werden können, sofern sie nicht für den Wehrdienst in Frage kommen ..." Die Süddeutsche Zeitung meinte dazu am 5. Februar: „S c h r ö d e r s Gesetz, so fürsorglich es gemeint sein mag, paßt schlecht in die Landschaft, und das viele Gerede vom ‚Ernstfall', dessen sich auch der Vizeadmiral a. D. Heye im Bundestag bei seinem soeben im Parlament vorgelegten ‚Plan für zivilen Bevölkerungsschutz im totalen Krieg' nicht enthalten konnte, erzeugt eher Bitterkeit und Sorge als Beruhigung darüber, daß die Regierung Schutzmaßnahmen zu treffen gedenkt und darum auch die Zivilisten mustert."

Die Frage drängt sich gebieterisch auf: w a s hat all dies hektische Treiben ausgerechnet in diesem Augenblick, da die Welt an Entspannung und Abrüstung denkt, da die Kriegsgefahr wesentlich geringer als in manchen früheren Jahren (die die Bundesrepublik auch ohne alle diese Gesetze überstanden hat) ist, zu bedeuten? An w e l c h e n ‚Ernstfall' denkt man in Bonn? W a s hat es zu bedeuten, daß alle diese Vorbereitungen auf die Katastrophe eines Atomkrieges zusammenfallen mit der absoluten politischen Intransigenz der Bundesregierung in der Entspannungs- und der Abrüstungs-Frage? W a s hat es zu bedeuten, daß Bonn noch immer an Maximalforderungen in der Wiedervereinigungsfrage festhält, die auf friedlichem, politischem Wege durchzusetzen es nicht mehr die geringste Chance hat? Was hat die Forcierung der Aufrüstung zu bedeuten? Was bedeutet das Auftreten der Herren Schlamm und Kissinger?

Wir halten uns an die Tatsachen. Wir spekulieren nicht und wir unterstellen nichts. Aber wir sind zutiefst beunruhigt durch alle diese Vorgänge. Wohin s o l l all das führen? Diese Frage muß von allen Einsichtigen in die Öffentlichkeit getragen werden, nachdem die parlamentarische Opposition sie im Bundestag zu stellen versäumt hat — ehe es einmal mehr und dann endgültig zu spät ist! Und zu spät wird es auch schon sein, wenn erst einmal die Gesetze der Herren Schröder, Strauß und Schäffer die bloße öffentliche Diskussion einer solchen Frage als „staatsgefährdend" verbieten und der Regierung endgültig freie Bahn geben! Eine andere, nicht minder wichtige Frage aber muß diese nach den Plänen, Absichten, Hintergedanken einflußreicher Bonner Kreise ergänzen: die Frage nach den unausweichlichen Konsequenzen einer solchen Politik: wohin m u ß all das führen? Sollen Verblendung und wahnwitziges Sendungsbewußtsein, das das eigene politische Fiasko zu verdecken hat, soll diese machtpolitische Flucht nach vorn einer radikalen Minderheit noch einmal die Nation ins Unglück stürzen? Es ist selbstmörderische Leichtfertigkeit, alle diese Fragen heute nicht zu stellen.

Noch einmal: wie sieht das Programm der Bundesregierung im Jahre 1960 aus? Wo ist dieses Programm? Ist man etwa bereits so sehr der Gefangene der eigenen Aufrüstungs- und Notstands-Pläne, daß man von der Vorbereitung einer F r i e d e n s - Initiative, von einem Beitrag zur Abrüstung im Rahmen der heutigen weltpolitischen Gegebenheiten, von Vorschlägen zur Lösung des Berlinproblems und schließlich von der Einleitung von Verhandlungen mit der Ostberliner Regierung über eine friedliche Lösung des Wiedervereinigungs-Problems gänzlich glaubt absehen zu können? Alle diese Initiativen sind heute der Prüfstein des Friedens- und des Wiedervereinigungswillens der Bundesregierung!

Aber so notwendig es ist, daß in der Bundesrepublik endlich die Öffentlichkeit aus ihrer Passivität, aus ihrem bloßen Unmut heraustritt und jene Fragen unermüdlich stellt — das allein genügt noch nicht, um das Schlimmste zu verhin-

dern. Die Bundesregierung hat offenbar gar nichts anderes mehr im Sinne als jene Gesetze und Maßnahmen, die morgen die Freiheit in der Bundesrepublik und übermorgen vielleicht schon den Frieden in Europa bedrohen werden. Es ist sinnlos, von ihr eine Kursänderung aus freien Stücken zu erhoffen. Eine solche Kursänderung zur Sicherung des Friedens und zur Wahrnehmung der letzten Chancen in der Wiedervereinigungs-Frage, aber auch bereits zur Bewahrung der Demokratie in der Bundesrepublik muß ihr von der Öffentlichkeit abgezwungen werden. Das ist aber nur möglich, wenn endlich in dieser Öffentlichkeit die Lebensfragen der Nation so freimütig und ernsthaft diskutiert werden, wie sie im Bundestag eigentlich diskutiert werden müßten, aber, wie die Debatte am 10. Februar gezeigt hat, immer noch nicht diskutiert werden! Von einer solchen öffentlichen Diskussion muß der Weg zur Formulierung eines nationalpolitischen Minimalprogramms führen, auf das sich alle freiheits- und friedens-willigen Kräfte in der Bundesrepublik ungeachtet der Meinungsdifferenzen in kleineren Fragen einigen können. Ein solches Programm des nationalen Ausweges muß den weltpolitischen Gegebenheiten ebenso wie den elementaren Lebensinteressen des deutschen Volkes gerecht werden, ohne Illusionen, ohne Vermessenheit. Ein deutscher Beitrag zur Abrüstung, ein deutscher Verzicht auf atomare Bewaffnung in Verbindung mit einem ernsthaften Versuch, ungeachtet der verschiedenartigen gesellschaftlichen Entwicklung, in innerdeutschen Verhandlungen minimale Übereinstimmung zu erreichen in bezug auf die Ablehnung jeder Gewaltanwendung, der Stärke der beiderseitigen Streitkräfte, würde auch die Berlinfrage unmittelbar entschärfen. Eine solche Politik könnte die Voraussetzung für eine von Ost und West gebilligte schrittweise Wiedervereinigung schaffen und unmittelbarer Auftakt zu umfassenden internationalen Verhandlungen über das Deutschlandproblem unter deutscher Beteiligung sein. Nur in diesem großen Rahmen erscheinen uns auch akzeptable Lösungen in der Berlinfrage möglich. Kommt es jedoch nicht zu einem Rüstungsstop in ganz Deutschland, sondern zu zweifacher Atomrüstung und nicht zu innerdeutschen Verhandlungen, dann ist damit nicht nur die letzte Chance zur Wiedervereinigung vertan, sondern dann wird es auch zum Abschluß eines separaten Friedensvertrages kommen. Selbstvertrauen und Kompromißbereitschaft schließen sich in der Politik nicht aus, sie bedingen einander. Wer heute und morgen in frevelhafter Verblendung jeglichen politischen Kompromiß ausschlägt, der kann übermorgen vor der furchtbaren Alternative stehen: politische Kapitulation oder totale Katastrophe! Nur darum, weil er es an Besonnenheit und Realismus hat fehlen lassen. Wer wider alle politische Vernunft jahraus jahrein alles fordert, anstatt im Rahmen seiner Möglichkeiten zu bleiben, der wird eines Tages — auch das verlieren, was er hat! Oder, wie Jean Paul sagt: „Wenn ihr eure Augen nicht braucht, um zu sehen, ihr werdet sie brauchen, um zu weinen!"

Dr. Hermann Rauschning

Von Amerika aus gesehen

Die verbreitetste und angesehenste populäre Wochenschrift in den USA, noch von Benjamin Franklin vor anderthalb Jahrhunderten gegründet, die „Saturday Evening Post", veröffentlicht zur Zeit einen historischen Roman über eine Episode des amerikanischen Bürgerkrieges, in der es sich um den Bau des ersten eisernen Kriegsschiffes, eines Schraubendampfers, des „Monitor" handelt, ein revolutionäres technisches Vorhaben, das die Union vor dem Schicksal bewahrte, daß ihre Küstenstädte durch die überlegene Feuerkraft eines Kriegsschiffes der Konföderierten zerstört wurden. Dabei ist die Charakterisierung des Unverstandes, der Langsamkeit und Störrischkeit der Washingtoner Bürokratie gegenüber der technischen Neuerung eine sorgfältig hervorgehobene Seitenlinie. Auch der naivste Leser kann nicht umhin, die Parallele zur Gegenwart zu ziehen und sich zu fragen, ob nicht ähnliches bürokratisches und politisches Unvermögen auch gegenwärtig die Entscheidung in dem Weltbürgerkrieg gefährde. Die Tatsache eines solchen weltbürgerkriegsähnlichen Ringens der Völker um die politische und soziale Neugestaltung der Menschheit ist nicht abzustreiten. Aber ist die Frage der technischen Rüstung, eine von überall einem entgegenschallende Frage, ob nicht phantasielose Bedenklichkeit und bürokratische Pinseligkeit „zu wenig und zu spät" des Notwendigen bereitstellt, wirklich die entscheidende?

Der Präsident denkt darüber anders als die Mehrzahl seiner politischen und technischen Ratgeber. Mit der ihm eigenen Freimütigkeit erklärte er jüngst: „Wir befinden uns in einer neuen Ära, und die Nation muß auf der Hut sein gegen hysterische Forderungen von großen Summen für neue Waffen." Der Präsident hat erkannt, daß die entscheidende Aufgabe ist, das unvermeidliche, ja heilsame und schöpferische Ringen der Völker um eine neue Gestalt in der beruhigten Bahn einer Evolution zu halten. Es reicht nicht aus und ist irreführend, die politische Weltlage allein als den Machtkonflikt zwischen Westen und Osten aufzufassen und sich gegen die Kräfte und Impulse der Umgestaltung zu rüsten und zu verteidigen. Es ist lebensnotwendig, mit ihnen an die Spitze der Entwicklung zu treten, um an ihr mitschöpferisch teilzunehmen. Der Präsident hat in einer jüngst stattgefundenen Pressekonferenz freimütig erklärt, daß er viele Entscheidungen des Pentagon und des Statedepartment, um der notwendigen Verhandlungen und Verständigung willen mit bisherigen Gegnern, umgestoßen habe.

Die ganze Größe der politischen Wendung Präsident Eisenhowers seit dem Ausscheiden des Außenministers John F. Dulles ist bisher kaum richtig gewürdigt worden, vor allem nicht in der Bundesrepublik. Es ist nicht eine Änderung der Taktik. Es ist eine wahrhaft „kopernikanische Wendung" der Politik. Ihr Ziel ist nicht ausschließlich der Friede. Eisenhower als „Pilger des Friedens" zu begrüßen, wie es in Indien geschah, betont nur die eine Seite seiner neuen Politik. Die wesentlichere ist, daß USA an der Umgestaltung der Welt mitgestaltend teilnehmen soll, statt wie bisher, mehr oder weniger im Bündnis mit Kräften der Alten Welt, den bisherigen Ordnungs- und Besitzstand zu erhalten. Es ist, anstatt einer von so vielen geforderten militärischen Offensivkonzeption — eine soziale, politische.

Die Statur des Präsidenten ist in dem letzten Jahr beträchtlich gewachsen. Gewachsen ist aber auch der Widerstand mächtiger Gruppen der Nation gegen seine neue Politik. Imponierend war die Ruhe und Zurückhaltung, mit der der Präsi-

dent, ohne „Feuerwerk", fast ohne die Stimme zu heben, bisher so manche Krise und Gefahr beseitigt hat. Die Frage ist, ob die mitbestimmenden Machtgruppen der Nation ihm auf dem neuen Wege folgen werden, auch wenn die große Mehrheit der Bürger es tun wird (wie die Meinungsforschung erweist). Fraglicher noch ist es, ob ihm die Zeit vergönnt ist, die zweifellos größte innere Krise, die im Zuge der Verwirklichung der neuen Politik unvermeidlich ist, mit derselben Ruhe wie die früheren zu überwinden.

Das Jahr 1960 ist ein Jahr des Präsidentenwechsels. Der Präsident kann in den Wahlen im Herbst nicht wiedergewählt werden. Den Entscheidungen des Präsidenten fehlt in seinem letzten Amtsjahr die Autorität und Kraft der Dauerhaftigkeit. Es könnte geschehen, daß der Präsident somit in eine Lage geriete, die nicht unähnlich der des Präsidenten W i l s o n wäre, als ihm sein krönendes Friedenswerk mit dem Völkerbund vom amerikanischen Senat aus den Händen geschlagen wurde. Die innerpolitischen, sich vielfach überschneidenden Probleme stehen für gewöhnlich in einem Präsidentenwechseljahr im Vordergrund und überschatten die außenpolitischen Fragen. In diesem Jahr ist es jedoch anders. Es scheint, als ob eine gefährliche Verquickung außenpolitischer Entscheidungen mit der Behauptung innerpolitischer Machtpositionen im Vordergrund des Wahlkampfes stehen werde und die Bemühungen des Präsidenten um eine Entspannung stören könnte. Es ist wahrscheinlich, daß die Frage der Rüstung und angeblichen Unterlegenheit USA's in den entscheidenden technischen Elementen der Verteidigung gegenüber Sowjetrußland den Hauptraum der Wahldiskussion einnehmen und das wirkliche Problem in den Hintergrund drängen wird. Das amerikanische Volk ist nicht gewohnt, auf irgendeinem Gebiet den zweiten Rang einzunehmen. Es hält es für selbstverständlich, in allem und jedem an der Spitze der Entwicklung zu stehen. Es ist daher ein leichtes, seinen Unwillen zu erregen, indem auf Fehler hingewiesen wird, die angeblich USA in eine zweitrangige Lage gebracht haben. Die Frage, ob nicht auf dem Gebiet der Rüstung, insbesondere der Raketen, Versäumnisse der Regierung vorliegen, wird daher leicht die entscheidende Erkenntnis mundtot machen, daß die großen politischen Probleme nicht durch Atombomben und noch weitreichendere Raketen gelöst werden können.

Beweiskräftig ist dafür der gefährliche Druck, der auf USA in der eigenen westlichen Hemisphäre lastet, der sozial-ökonomisch-rassische Bevölkerungsdruck, der sich hier überall abhebt und nicht durch Atombomben und Raketen beseitigt werden kann. Wenn Kuba kommunistisch würde, sagt ein Berichterstatter, so können wir dem nicht durch eine Wasserstoffbombe auf Havanna und den Tod von einer Million Menschen begegnen, aber auch nicht durch andere militärische Expeditionen. Zwar versuchten militärische und politische Fanatiker bereits das legale Rahmenwerk nach Analogie der Monroe-Doktrin für eine bewaffnete Aktion festzulegen. Aber wenn USA etwas derartiges versuchte, würde ganz Lateinamerika in wütendem Anti-Amerikanismus aufplatzen. Von anderer Seite wird festgestellt, daß die „Gut-Nachbar-Politik" zu Ende gehe; das Ende sei bereits „um die nächste Ecke". Kontinentweiter Aufbruch von Nationalismus und sozialrevolutionären Kräften mache die von Franklin D. R o o s e v e l t zugrunde gelegte „Dollardiplomatie" der dreißiger Jahre mit ihren Marinelandungen in Haiti, Nicaragua und der Dominikanischen Republik unmöglich. Die Reise des Präsidenten zu den großen Staaten Südamerikas, die demnächst vonstatten gehen soll, ist somit von der Erkenntnis veranlaßt, daß eine Überprüfung der bisherigen Hemisphärenpolitik der Vereinigten Staaten notwendig geworden sei. Als eine einzige große Tragödie bezeichnet ein Kolumnist die politische Lage der westlichen Hemisphäre als Ganzes; dem amerikanischen Volk sei bisher nicht die Wahrheit und vor allem nicht zeitig genug gesagt worden.

„USA hat nicht die Führung übernommen, um die demokratischen Kräfte Lateinamerikas in einem konstruktiven Programm zu vereinigen und freundliche Hilfe zu geben." Angesichts gewisser Unruhen in Panama fordert der republikanische Sanator für Vermont und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses George D. Aiken eine neue Hemisphärenpolitik. Die Idee einer Internationalisierung des Panamakanals müsse leidenschaftslos erforscht werden, auch wenn viele es als Häresie, wenn nicht Schlimmeres, auffassen. Es sei dies der einzige Weg aus dem Dilemma, das USA früher oder später gewärtig sein müsse, nämlich die Kanalzone mit Gewalt zu halten oder sich völlig zurückziehen zu müssen. Lateinamerika, sagt der Senator, befindet sich in einem Wettrennen zwischen Evolution und Revolution. Die kritische Frage sei, ob Lateinamerikas politische Institutionen tragfähig genug seien, um die notwendigen und sozialen Reformen schnell genug durchführen zu können. Die USA sollte diesen Vorgang unterstützen.

Die Probleme der westlichen Hemisphäre sind für USA die naheliegendsten der Außenpolitik. Die hier drohenden Gefahren liegen unmittelbar vor der Tür. Alles andere, vor allem das deutsche Problem, wird demgegenüber zweit- und drittrangig. Aber das, was den Hemisphärenproblemen als Erkenntnis möglicher und nicht mehr möglicher Lösungen abgerungen wird, hat weittragende Bedeutung und wird früher oder später die ganze Politik USA's bestimmen. Es kann gar nicht ausbleiben, daß es auch die Politik der Vereinigten Staaten den Problemen der Alten Welt gegenüber präjudiziert. Das wird insbesondere für die Einstellung zu dem allgemein zutreffen, was als kommunistische Bedrohung gilt, der mit Waffengewalt, überhaupt mit Gewalt welcher Art immer, nicht zu begegnen ist. Man spräche von kommunistischer Infiltration, führte ein Kolumnist jüngst mit bezug auf die kubanische Revolution aus, aber überlege nicht, welcher Art das Denken über Kommunismus in den „unterentwickelten" Ländern sei. Sekou Toure, der Präsident des neuen afrikanischen Staates Guinea, hat sich in einem Interview nach Rückkehr aus den Vereinigten Staaten geäußert: „Viele Leute verstehen nicht, wie wir über die Kommunisten denken. Wir glauben, daß marxistische Methoden gut sind, wenn sie angewandt werden können, um das Los des einfachen Volkes zu verbessern. Jede Art Doktrin oder Methode, die Lebensweise des Volkes zu bessern, ist nützlich. Wir beobachten alle Teile der Welt, und alles, was, wie wir glauben, uns helfen könnte, werden wir annehmen."

Das Jahr 1960 wird wirtschaftlich das bisher glänzendste Jahr der amerikanischen Geschichte sein. Man nimmt bereits den Mund etwas voll und spricht von den „soaring sixties", den hochfliegenden Sechzigern, wie man einst von den „goldenen" Neunzigern sprach. Nach der Schätzung des Präsidenten wird das Sozialprodukt mehr als eine halbe Trillion Dollars (nach europäischer Rechnung Billion) betragen. Prüft man indessen näher, so erweist sich das erwartete ökonomische Wachstum in der Hauptsache als Prosperität der großen Korporationen. Das „Fortune Magazine" berichtet, daß General Motors einen Nettoprofit nach Abzug der Steuern von 24 % ausweist. Bei General Electric sind es 18 %, bei Standard Gulf und Shelloil 13 %. Der Durchschnitt der 20 größten Stahlkorporationen liegt bei 17 %. Nicht so glänzend sieht es bei den kleineren, unabhängigen Wirtschaftsunternehmungen aus. Wir finden hier, daß ein 7 %iger Profit des Investments bereits ein überdurchschnittlicher ist, während Farmer aller Art bereits gut daran sind, wenn sie einen annehmbaren Lohn erarbeiten können ohne Verzinsung des investierten Kapitals. Die wirtschaftliche Lage des Durchschnittsamerikaners entspricht dank der fortschreitenden Inflation und den steigenden Lebenskosten keineswegs der von der Presse hochgespielten Prosperität der Industrie. Bei „normalem" Verlauf wird der im Vergleich zu 1939/40 zur Zeit nur

noch 39 cent wertige Dollar während der neuen Dekade eine weitere Wertverminderung um 10 bis 15 cent erleiden. Das Farmereinkommen ist beispielsweise in den letzten 18 Monaten um 8 % gesunken (seit 1950 um 13 %), während die Preise für die Farmausrüstung und Betriebsmittel um 28 % gestiegen sind. Die Erklärung der großen Lebensmittelverarbeitungsindustrien, daß die steigenden Lebensmittelpreise durch die wachsenden Verarbeitungs- und Packkosten entstehen — eine auch in der Bundesrepublik nicht mehr unbekannte Melodie —, reichen angesichts der steigenden Profite der Lebensmittelkorporationen nicht aus.

Was geschieht, fragt ein Analyst, wenn diese Art Prosperität der großen Korporationen „top heavy" wird im Verhältnis zu den niedrigeren Ebenen der Wirtschaft. „Wie sicher ist unter diesen Umständen unsere freie Unternehmerwirtschaft?" Der ungewöhnlich lange Stahlstreik hat angezeigt, daß im Gefüge der ökonomischen und sozialen Ordnung USA's schwere, wenn auch meist unter der politischen Oberfläche gehaltene Unstimmigkeiten bestehen. Das Ringen um eine durch notwendige soziale Aufgaben und die Unterordnung unter gemeinnützige Erfordernisse reformierte Wettbewerbswirtschaft, ist — sofern eine solche überhaupt möglich ist — keineswegs beendet. Der „Volkskapitalismus" reicht jedenfalls nicht aus. Man kann, statt von Fortschritten in der Entwicklung, vielmehr von Versuchen in der Richtung auf eine rückläufige Bewegung sprechen. Der Vorsitzender U.S. Steel Corporation wurde vor dem Anti-Trust-Monopol-Unterkomitee des Senates über eine vorgeschlagene Gesetzregelung befragt, die den großen Korporationen zur Pflicht machen soll, Preissteigerungen vor der Federal Trade Commission zu begründen. Er antwortete, alle solche Ideen folgten den Linien des russischen Kommunismus. Was eine Korporation für ihr Produkt verlange und welche Profite sie dabei mache, sei niemandes Angelegenheit.

Es geht wieder einmal um die Zurückgewinnung der „Herr-im-Hause"-Position der Wirtschaftsführung. Es ist während des Stahlstreikes klar ausgesprochen worden, man müsse die Gelegenheit ausnützen, um dem Management wieder zurück in den Sattel zu helfen. Mit der fortschreitenden Automation erschien es den Wirtschaftskapitänen unerläßlich, die ausschließliche Kontrolle über den Arbeitseinsatz zurückzugewinnen und die alleinige Verfügung über die durch die Automation erzielten Lohnersparnisse zu behalten. Auf einer jüngst stattgefundenen Versammlung der National Association of Manufacturers wurde allgemein die Forderung erhoben, daß die Wirtschaftsführung die Arbeitervertretung auf jeder Front niederschlagen müsse. Die Wirtschaftsführung müsse der alleinige Herr der nationalen Situation sein. Immerhin fand ein Mann, der Inhaber der Internationalen Büromaschinen Corporation, W a t s o n , der kompakten Majorität gegenüber den Mut, gegen eine derartige armselige Führung zu protestieren. Er forderte R e a l i s m u s im Verständnis der Anziehungskraft des Kommunismus. Die Presse berichtete „vereinzelten" Beifall.

Worum es der Arbeiterschaft im wesentlichen geht, zeigt die Sonderregelung, die die Kaiser Corporation und Inland Steel in Chicago vor der allgemeinen Beendigung des Stahlstreikes getroffen hatten. Es gilt allgemein, vorsorglich nach Methoden zu suchen, um die Vorteile der Automation gleichmäßig beiden, Kapital wie Arbeit, zugute kommen zu lassen. Es geht dabei nicht allein um eine Beteiligung an dem Profit, sondern um die Sicherung des Arbeitsplatzes und die Möglichkeit, notwendigerweise zu entlassende Arbeitskräfte umzuschulen, so daß sie auch noch in vorgeschrittenen Jahren anderweitige Arbeitsplätze finden können. Seit 1955 werden beispielsweise 55 000 Stahlarbeiter weniger beschäftigt bei einer 8 % höheren Stahlproduktion. Auch das innerpolitische Ringen zwischen Kapital und Arbeit um den Primat ist nicht durch Gewalt und die Vorherrschaft der Wirtschaftsführung über die Arbeit zu beenden. Innerpolitisch wie auch

außenpolitisch steht dieselbe Frage im Vordergrund: Evolution oder Gewaltlösung. Kann die Gefahr innerer Aufspaltung und Lähmung durch den Hinweis auf außenpolitische Bedrohung und eine strenge nationale Disziplinierung überwunden werden? Der Appell an das nationale Gewissen ist häufig der Anlaß für nur kurzfristige Lösungen und falsche Disziplinierung gewesen. Der Ruf nach Disziplinierung in USA hat für den Deutschen der Jahre unmittelbar vor und während der Krise, die zur nationalsozialistischen Machtübernahme führte, einen unerfreulichen Nebenklang.

Reich sein bedeute noch nicht, daß man als Nation groß sei, bekämpft mit Recht Walter Lippmann die allzu oft ins Kraut schießende Selbstgefälligkeit des Durchschnittsamerikaners —, und die der Wirtschaftswunderdeutschen, kann man hinzufügen. Die Sowjetwirtschaft wächst 6 % per Jahr, die amerikanische 3 %. Aber während die Sowjetwirtschaft in ihrer Entwicklung vornehmlich auf bestimmte industrielle, militärische und nationale Machtziele gerichtet sei, komme die amerikanische der Produktion von Konsumgütern und Diensten zugute, die wenig zur nationalen Stärkung beitrügen. Nationale Interessen müßten den Vorrang vor privaten bekommen. Nur strenge Männer, die Hartes von den Bürgern forderten, könnten retten. Entscheidend sei nicht — mit bezug auf Eisenhowers wachsende Popularität infolge seiner Friedensbemühungen — die Anzahl der Stimmen der Volksmeinungserforschung. „Wenn auch die Zeit des Vorranges USA's, die kurz war, beendet sein mag, es darf nicht dazu kommen, daß die Vereinigten Staaten die Gleichrangigkeit mit den größten Mächten verlieren." Wenn ein so scharfsinniger politischer Schriftsteller wie Lippmann die großen neuen Linien der Eisenhower'schen Politik mehr nach der augenblicklichen außenpolitischen Lage, die gewiß nicht rosig ist, beurteilt und über das mit Schweigen hinweggeht, was der Präsident durch seine neuen Bestrebungen begründen helfen will, dann wird man von den Ultras des Wettrüstens und der Durchkämpfung des Kalten Krieges bis zum siegreichen Ende heftige Angriffe und scharfe Kritik erwarten. Sie sind nicht ausgeblieben.

Die stärkste Kritik an der derzeitigen Militärpolitik der USA ist in Gestalt eines Buches des ehemaligen Generalstabschefs der Armee, Maxwell D. Taylor, unter dem Titel „The Uncertain Trumpet" ans Tageslicht getreten. Ein Motto nach dem 1. Korintherbrief 14:8 ziert es, das nach der Lutherschen Übersetzung lautet: „Und so die Posaune einen undeutlichen Ton gibt, wer wird sich zum Streit rüsten?" Taylors Buch wird reichliches Wasser auf die Mühle der bundesdeutschen Militärpolitiker und ihre beschleunigten Aufrüstungsbemühungen in der Bereitschaft auf „kleine Kriege" leiten. Sein Hauptthema ist, die große Täuschung der massiven Vergeltungsstrategie nachzuweisen, die gegenwärtig das grundlegende strategische Konzept ist und zu der Alternative führt: allgemeiner Kernwaffenkrieg oder Kompromiß und Rückzug. Ein Thema somit, das in der Bundesrepublik an Hand der Propagandavorträge des amerikanischen Kleinkrieg-Professors Kissinger weidlich abgehandelt worden ist. Statt dessen schlägt Taylor „elastische Antworten" auf die „Karnickel-Stöße" des Feindes vor, um die kleinen Kriege zu gewinnen, die er für unvermeidlich hält. Um dafür die Voraussetzungen zu schaffen, fordert er die Wiederherstellung der Armee als die Grundwaffe, die von der Luftwaffe die Kontrolle über die taktische Luftunterstützung und den Oberbefehl über die Atomwaffen, soweit sie aus Feldstellungen operiert werden, zurückgewinnen soll.

Als „äußerster Unsinn" wird von dem Chef des Raketenkommandos der Armee, General Medaris, die Bemerkung Eisenhowers bezeichnet, daß die Armee nichts bei der Erforschung des Weltraumes zu suchen habe. Amerika könne so weit im Weltraum und auf dem Gebiet der Raketen überholt werden, daß USA

eine zweitrangige Macht mit allen Folgen werden würde. Senator Symington unterstreicht, daß USA drei bis fünf Jahre hinter der Sowjetunion in der Entwicklung der Raumschiffahrt nachhinke. „Zu wenig und zu spät" wird dem Präsidenten mit bezug auf die Bereitstellung von weitreichenden Raketen vorgeworfen. Rußland habe mehr als drei abschußbereite Raketen auf je eine USA's. Anders kritisiert „Newsweek" und das „Air Force and Space Magazine". Sie fragen, warum das Bomberprogramm der B 70 fallengelassen sei, obwohl diese Maschine 2000 Meilen in der Stunde (dreimal die Schallgeschwindigkeit) bei einer Flughöhe von 70 000 Fuß und einer Flugweite (ohne Betriebsstoffnachfüllung) von 7000 Meilen fliegen und ein halbes Dutzend Kernbomben an jedem Punkt der Erdoberfläche abwerfen könne.

Das nur eine kleine Blütenlese kritischer Vorstöße gegen die Eisenhower'sche Politik, und zwar auf dem Gebiet, auf dem er selbst Fachmann ist und auf dem es ihm dank seiner Autorität gelungen ist, die extremen Forderungen und Richtungskämpfe der Militärs zu zügeln. Was wird geschehen, wenn im nächsten Jahr ein einfacher ziviler Bürger ohne militärische Statur als Präsident den Fachmännern des Pentagons und den ihnen den Steigbügel haltenden Wirtschaftlern, die um ihre Rüstungskontrakte besorgt sind, entgegentritt? Wird er imstande sein, die traditionelle zivile Führung auch in Militärangelegenheiten zu behaupten, wie es noch Präsident Truman gegenüber dem verdienten General Mac-Arthur vermochte. Oder wird das Pentagon imstande sein, sich eine größere Autonomie zu sichern? Wie einst in Deutschland — vielleicht schon wieder auf deutschem Boden — hat die enge Interessengemeinschaft der Militärs mit der Schwerindustrie ein eigenwilliges starkes Machtzentrum neben den legalen Machtfaktoren geschaffen. Eine Interessenverfilzung ist entstanden, die bis in die Privatsphäre hineinreicht. Immer wieder wird bekannt, wie inaktive, aber mit ihren aktiven Kameraden eng liierte Militärs für ihre Ratschläge an die Industrie und Anregungen in umgekehrter Richtung namhafte Zuwendungen erhalten. (Jüngst erst in einem Falle 75 000 Dollar.)

Die Eisenhower-Ära geht mit dem Jahreswechsel zu Ende. Die kritische Frage ist: kann der Präsident in den ihm noch verbleibenden Monaten seine neue Politik so fest verankern, daß sie von seinem Nachfolger weitergeführt werden muß und kann, wer immer es auch sein möge? Oder wird die Eisenhower'sche Friedenspolitik nur eine Episode sein, die schon von den leidenschaftlichen Kontroversen des herbstlichen Wahlkampfes weggespült werden wird? Schon melden sich die Skeptiker und Quertreiber zu Wort und betonen, daß der „Eisenhower-Tau" nicht anhalten werde. Der „Geist des Camp David" werde sich ebenso schnell verflüchtigen wie einst der sagenhafte „Genfer Geist". Es sei kein Zweifel, heißt es, daß die „Aura des guten Willens" seit September 1959 weithin verschwunden sei. Die politischen Planer für die Maikonferenz in Paris lassen verlauten, daß das Beste, was dabei herauskommen könne, die höfliche Übereinkunft sein werde, nicht übereinkommen zu können („polite agreement to disagree").

Es ist kein freundliches Bild, das sich damit für alle diejenigen enthüllt, die auf den klaren und kräftigen Beginn einer allgemeinen Entspannung gehofft hatten. Es erklärt, warum Konrad Adenauer, der jeder Änderung des bisherigen Status der deutschen Frage abhold ist, mit Zuversicht der politischen Entwicklung entgegensieht. Wird wirklich nichts Grundlegendes auf einer Gipfelkonferenz erreicht werden können? Ist der bisherige gedämpfte Optimismus fehl am Platz? Wird die Welt nicht vielmehr mit einer Wiederaufnahme des „Kalten Krieges" rechnen müssen?

Es soll hier nicht prophezeit werden. Alles ist möglich, auch eine ernsthafte und dauerhafte Entspannung, allerdings auch eine solche Entwicklung, die den befriedigen würde, der mit dem Autor William Schlamm und dem Bundeskanzler Adenauer den Deutschen eine besondere Mission im Kampf gegen den Bolschewismus zuschreiben, auf die Gefahr hin, daß dabei das deutsche Volk schließlich doch noch von der Erdoberfläche weggewischt werden könnte.

Worauf es in diesem Überblick ankam, war, mit ein paar Zügen das wirkliche große Problem zu charakterisieren, mit dem Amerika zur Zeit ringt, um den Bundesdeutschen verständlich zu machen, daß von USA aus gesehen weder die Frage der Einheit noch die des Status von Westberlin von großer Bedeutung ist. Wenn auf die Frage eines deutschen Professors nach der Bereitschaft, für Berlin zu sterben, abermals eine begeisterte Jugend ihre Zustimmung gibt, so wird sich der Deutsche darüber klar sein müssen, daß er jedenfalls dabei allein bleiben wird, wenn er ein neues Abenteuer nach dem Vorschlag des Mr. Schlamm unternehmen sollte. Walter Lippmann sagt mit bemerkenswerter Nüchternheit: die Teilung dieses Landes wird von beiden Seiten nicht für unerträglich gehalten und ist grundsätzlich der Wiedervereinigung unter allen theoretisch möglichen Umständen vorzuziehen. Über die Aussichtslosigkeit einer integralen Lösung der Deutschlandfrage wäre es überflüssig, auch nur noch ein Wort zu verlieren, wäre nicht die Illusionswilligkeit der Deutschen und ihrer Vertreter in den Parteien und Parlamenten anscheinend unüberwindbar. Von einer deutschen Einheit würde im Ausland kein Mensch mehr sprechen, wenn nicht noch die Westberlin-Frage bestünde, mit der für den Westen gewisse Prestigefragen, keineswegs militärische Belange, verknüpft sind. Sagen wir es zum xtenmal hier: wie immer der Status dieses Stadtbruchteiles geregelt werden wird, ob nach dem Wunsche Adenauers alles beim alten bleibt oder ob es zur Erklärung einer „Freien Stadt" unter der Garantie der UNO kommt, beides sind kurzfristige Provisorien. Es gibt nur zwei dauerhafte Lösungen: als wieder in sich vereinte Hauptstadt eines wiedervereinten Deutschland oder als Haupt- und Residenzstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Die letztere Entwicklung wird um so sicherer der Volksrepublik in den Schoß fallen, je länger die Bundesrepublik sich weigert, den vom Osten vorgeschlagenen Gesamtdeutschen Rat zusammen mit Vertretern der Volksrepublik zu bilden, um auf evolutionärem Wege — nicht auf dem von Mr. Schlamm vorgeschlagenen militärischen — zu einer gemeinsamen Lebensbasis zu gelangen. Die Wiedervereinigung ist auch von Amerika als eine interne Angelegenheit der Deutschen außenpolitisch abgeschrieben worden. Man wird bestenfalls eine von den Deutschen vollzogene Einigung tolerieren, unterstützen wird man sie nicht. Unterstützen kann eine solche allenfalls die Sowjetunion. Sie würde es voraussichtlich tun, wenn und sofern sich die Bundesrepublik zu einer Änderung ihrer Politik verstünde, die bisher in der Sowjetunion den Feind sieht. Es ist gewiß eine politische Häresie, dies heute auszusprechen. Aber wie so oft wird sich auch in diesem Falle die Häresie von heute als die Wahrheit von morgen erweisen.

Nicht nur die Schlammpolitiker, die ihre Hoffnung auf eine offensive Strategie setzen, sondern auch Vertreter der bundesdeutschen Wirtschaft haben sich in Washington klar und deutlich gegen eine Wiedervereinigung auf dem allein friedlichen Wege der Evolution ausgesprochen. Sie sind für den gewaltsamen Austrag des Bürgerkrieges. Alle indessen, die in der Bundesrepublik von einer Bürgerkriegslage des deutschen Volkes sprechen, sollten sich darüber klar sein, daß dies nur eine besondere Ausprägung der allgemeinen Weltlage ist und daß in Amerika

um die volle Erkenntnis dieser Lage und die Entscheidung gerungen wird, ob die großen Probleme einer universalen Umgestaltung evolutionär in einer Zusammenarbeit mit dem Osten gelöst werden sollen und können, oder ob man sich auf einen gewaltsamen Austrag des Weltbürgerkrieges vorbereiten soll. Denn die Ausflucht mit der Konzeption der „kleinen Kriege" ist bereits eine Sache von gestern. Wenn es zu keiner wirklichen und tragfähigen Verständigung zwischen Westen und Osten kommt, dann ist es mit einer Rückkehr zu dem stationär gewordenen Kalten Krieg nicht mehr getan. Dann wird es zu einer Verschärfung des Rüstungswettlaufes und der Sicherung strategischer Ausgangspositionen kommen, die mit mathematischer Gewißheit zu einer weltweiten Entladung führen wird. Es wird dann nicht bei den Vorbereitungen zu einem Kernwaffenkrieg bleiben. Was der Welt auch von den anderen der ABC-Waffen droht, erfährt man so nebenbei aus einer Warnung der amerikanischen Gesellschaft für soziale Verantwortung der Wissenschaft, der chemische Kriegsführungsdienst der amerikanischen Armee verlange, daß im Interesse der Landesverteidigung Wissenschaftler und das allgemeine Publikum „moralische Skrupel und emotionelle Abneigung" gegen den Gebrauch bisher als grauenvoll abgelehnter Waffen aufgeben solle, worunter Nervengas, Psychochemikalien und sonstige Giftgase verstanden werden. Dabei erfährt der etwas erschütterte amerikanische Zeitgenosse aus einem Interview des Obersten George A l l e n , daß in acht Meilen Entfernung von der Hauptstadt Colorados ein oberirdisches Arsenal des Nervengases in solcher Menge in Metallgefäßen thesauriert sei, um nach des Abgeordneten B. L. J o h n s o n Wort „jeden Mann, Weib und Kind in der Welt zu töten".

Niemand sollte daran zweifeln, daß das amerikanische Volk, wenn es sich einmal in die Sielen legt, ungeheurer Leistungen fähig ist. Wir danken es Paul S e t h e von der „Welt" als einem der wenigen prominenten Journalisten der Bundesrepublik, darauf hingewiesen zu haben, daß die Amerikaner sich jahrelang verrechnet hatten, als sie die Sowjets unterschätzten. Man soll nun nicht den Fehler begehen, die Amerikaner zu unterschätzen. Uns ist das bitterböse Wort des alten „Tigers" C l e m e n c e a u in Erinnerung: „L'Amérique c'est une nation qui passe du barbarisme à la décadence sans avoir touchée la culture". Amerika hat gewiß einige Erfahrungen nachzuholen und Gefahren zu bestehen, die Europa bereits gemacht hat und denen es erlegen ist. Wir sind indessen überzeugt, daß die nüchterne Besonnenheit in USA den Versuchungen einer Gewaltlösung widerstehen wird und daß sich die evolutionäre Friedenspolitik des Präsidenten durchsetzen wird.

Es liegt ein zwingendes Moment in der einmal vollzogenen politischen Wendung Eisenhowers. So schwer der einmal ohne Sieg abgebrochene Koreakrieg wieder aufgenommen werden kann, so schwer wird es sein, den einmal ohne endgültigen Sieg abgebrochenen Kalten Krieg aufs neue zu beginnen. Wir hoffen darum, daß trotz allen Schwierigkeiten es dem Präsidenten gelingen werde, noch das Fundament nicht nur für ein „Co-survival" zu legen, wie es Außenminister H e r t e r bezeichnete, sondern für eine organisierte Kooperation der großen Mächte. Sollte aber die Unvernunft und Gewalt die Oberhand gewinnen, dann werden wir mit Max Frisch's Schlußchor der Feuerwehrmänner (in „Biedermann und die Brandstifter") im Jenseits sprechen können: „Was nämlich jeder voraussah, lange genug, dennoch geschieht es am Ende: Blödsinn, der nimmer zu löschende, jetzt Schicksal genannt."

Prof. Dr. Walter Hagemann

Abrüstung und Koexistenz

Seit langem spricht man in der Welt von Abrüstung und Koexistenz. Wenn wir freilich in Westdeutschland um uns blicken, werden unsere Hoffnungen auf Entspannung bitter enttäuscht. Erst kürzlich ist in Bonn beschlossen worden, die Militärdienstpflicht von 20 auf 18 Jahre herabzusetzen und auch die Kriegsjahrgänge wieder einzuziehen. Westdeutsche Städte und Industriegebiete werden beschleunigt mit Militärflugplätzen und Abschußrampen für Raketen garniert. Minister Strauß reist als militärischer Einkäufer von Land zu Land und kauft Flugzeuge und Raketenwaffen. Der Luftschutz wird wieder organisiert, und die Evakuierung von Millionen von Deutschen für den „Ernstfall" wird vorbereitet. Als ob es im Zeichen der Atombombe noch einen Ort gäbe, an den man rechtzeitig flüchten kann. Die Bundesrepublik rüstet, als ob der Krieg vor der Tür stände.

Indessen geht es draußen in der Welt weitaus friedlicher zu. Eisenhower und Chrustschow haben sich in Camp David über die Koexistenz, den Gewaltverzicht und den Grundsatz einer umfassenden Abrüstung geeinigt. Eine Gipfelkonferenz ist für Mai dieses Jahres anberaumt, weitere Besuche und Konferenzen sind zu erwarten. Kein Zweifel: Die Fronten des Kalten Krieges sind in Bewegung geraten, aus dem Stellungskrieg ist ein Bewegungskrieg geworden. Man trifft sich in der offenen diplomatischen Feldschlacht. Man sucht die alten Formeln und Methoden durch neue zu ersetzen, man entwickelt Konzeptionen für die angebrochene neue Ära der Nachkriegsentwicklung.

Am Anfang dieser Wandlung des politischen Denkens stand eine zwangsläufige Erkenntnis: Die Erkenntnis, daß es zwischen den Großmächten in Zukunft keinen militärischen Sieg mehr geben kann, sondern nur noch die gegenseitige totale Vernichtung. Nachdem die Kriegstechnik die Furchtbarkeit der Waffen ständig gesteigert hat, ist sie an einem Punkt angelangt, an dem eine gezielte Vernichtung nicht mehr möglich ist. Das hat Präsident Truman nicht vorausgesehen, als er 1945 die ersten Atombomben über Japan werfen ließ. Damals gaubte man in Washington, man werde im Alleinbesitz der absoluten Waffe in Zukunft die Rolle des Weltschiedsrichters spielen können. Inzwischen ist an die Stelle der atomaren Überlegenheit Amerikas das atomare Remis getreten, das Gleichgewicht der Abschreckung und damit das Gleichgewicht der Angst. Die Amerikaner, die bisher auf ihrem Kontinent wie auf einer unerreichbaren Insel lebten, haben durch die Entwicklung der Raketentechnik einen ebenbürtigen militärischen Grenznachbarn bekommen, die Sowjetunion. Der Chef der strategischen Bomberverbände, General Power, hat kürzlich erklärt, die Sowjetunion könne mit etwa 300 Fernraketen die gesamte atomare Feuerkraft der USA in etwa 30 Minuten zerschlagen. Er hätte ebensogut von 300 amerikanischen Städten sprechen können, die sich binnen 30 Minuten in einen Atomfriedhof verwandeln würden. Die Amerikaner versichern, daß sie von den vorgeschobenen Positionen ihres Einkreisungsringes aus der Sowjetunion das gleiche Schicksal bereiten könnten. Angesichts dieser Lage kann der Krieg nicht mehr wie früher eine „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" sein, der Krieg wäre das Ende aller Politik und der Völker, um deretwillen Politik gemacht wird. Angesichts dieser Lage gibt es nur noch zwei Möglichkeiten für einen sinnvollen Umgang mit Atombomben: Entweder sie alle zu beseitigen oder sie einer Weltbehörde anzuvertrauen, welche Sicherheit gegen Gewaltanwendung garantieren kann und ein Kontrollrecht gegen jede heimliche Produktion ausübt.

Diese Sachlage ist noch längst nicht allgemeine Erkenntnis geworden. Auch nach der Erfindung der Feuerwaffen hat es lange Zeit gedauert, ehe die Ritter und Knechte begriffen, daß ihre Kampfmittel überholt waren. Schon im Ersten Weltkrieg hat sich das Massenaufgebot der Kriegstechnik in den Schützengräben Westeuropas festgebissen. Im Zweiten Weltkrieg verließ die Kriegsführung vollends alle traditionellen Wege, sie machte nicht mehr die kämpfende Truppe, sondern die Völker selbst, Greise, Frauen und Kinder zum Objekt der Vernichtung durch Bomben und Aushungerung. Nach der Erfindung der Absoluten Waffe ist das Töten im Krieg endgültig zum sinnlosen Massenmord entartet. Leider operieren die Politiker, Generale und Publizisten noch mit den überholten Begriffen vergangener Kriege, als ob sie noch anwendbar wären. Wenn in jedem Fall am Ende die totale Vernichtung steht, wo bleibt dann der Unterschied zwischen Angriff und Verteidigung, zwischen taktischen und strategischen Waffen, zwischen bedingter und totaler Kapitulation? Trotz der Höllenvision der totalen Vernichtung wollen uns immer noch falsche Propheten einreden, die modernen Mittel des Massenmordes seien anwendbare Waffen, ja eine Fortentwicklung der Artillerie. Das sind die gleichen Leute, die wie Prof. T e l l e r von der sauberen Atombombe schwärmen oder wie Prof. K i s s i n g e r die Möglichkeit des kleinen Atomkrieges verkünden. Noch schlimmer ist es, wenn solch ein Wanderprediger des Hasses wie William S c h l a m m eiskalt die Vernichtung von Hunderten von Millionen Menschen in seinen Feldzug der Rache einkalkuliert und diese höllische Weisheit landauf — landab in der Bundesrepublik unter Verletzung des Grundgesetzes verkünden darf. Wir wissen, wer hinter diesen Propheten der Vernichtung steht: Eine kleine Gruppe von Rüstungsmagnaten, die wieder einmal Geschäfte mit der Angst und dem Haß machen, eine Gruppe von Generalen und Politikern, die durch Abrüstung ihre Stellung gefährdet sehen, eine Gruppe von Publizisten, die sich zu Lohnschreibern des Rüstungsgeschäfts degradieren ließen. Viele unter ihnen sind sogar guten Glaubens. Sie haben noch nicht begriffen, daß sie den Völkermord predigen. Aber es gibt auch Zyniker unter ihnen, die um den tödlichen Ernst der Lage wissen, die aus Lust am Untergang mit der Vernichtung spielen. Betrogene Betrüger! Weder das Landhaus im Tessin und der Bungalow auf der Südseeinsel noch etwa der „atombombensichere" Bunker werden sie im Falle X vor der Vernichtung retten.

Auf der Herbsttagung der Vereinten Nationen ist ein umfassender Plan für eine totale und kontrollierte Abrüstung vorgetragen und von fast allen Mächten grundsätzlich angenommen worden. Es war der Sprecher der heute vielleicht stärksten Militärmacht der Welt, der Sowjetunion, der diesen Vorschlag den Mächten unterbreitet hat. Es ist peinlich, das feststellen zu müssen, denn jeder Nichtkommunist — auch ich bin kein Kommunist — hätte es v i e l l i e b e r gesehen, wenn ein christlicher Staatsmann es gewesen wäre, der mit der Lehre des Friedensfürsten ernst gemacht hätte. Aber in den Jahren, als die USA die stärkste Militärmacht der Welt waren und von Christen wie T r u m a n und D u l l e s regiert wurden, ist keine Abrüstung betrieben worden, sondern Aufrüstung, Einkreisung, kalter Krieg. Das alles geschah unter dem lebhaften Beifall hoher kirchlicher Würdenträger. Einzelne unter ihnen gingen so weit, sich für den Einsatz atomarer Vernichtungsmittel auf den heiligen Willen des Himmels zu berufen. Der Atheist Chrustschow berief sich nicht auf Gott, sondern auf den gesunden Menschenverstand und auf den Friedenswillen der Völker, als er seine Vorschläge machte. Er brachte die Friedensfreunde in der westlichen Welt in die nicht geringe Verlegenheit, den Moskauer Vorschlägen und Forderungen zustimmen zu müssen, wenn sie nicht ihren eigenen Friedensbeteuerungen ins Gesicht schlagen wollten. Sie bekennen sich zu diesen Vorschlägen, nicht weil sie aus

Moskau kommen, sondern weil sie vernünftig sind und den vielleicht einzigen Weg zum Überleben der Menschheit weisen. Fast alle Völker und die meisten Regierungen haben das begriffen und meinen es ernst mit ihrem Kampf für die Abrüstung. Nur in der Bundesrepublik konnten es die Kalten Krieger wagen, die Freunde einer weitgehenden Abrüstung als Kommunisten zu diffamieren und sie des Angriffs auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung anzuklagen. Als ob Freiheit und Demokratie mit Atombomben geschützt werden könnten. Und Minister Strauß hat sein noch unvergessenes Wort von den potentiellen Kriegsverbrechern nicht auf die unentwegten Verteidiger der Atomrüstung gemünzt, sondern auf die Vorkämpfer des Friedens durch Abrüstung.

Gewiß, Vorschläge sind noch keine Beschlüsse, und diplomatische Zustimmung bedeutet noch nicht, daß mit der Abrüstung wirklich Ernst gemacht wird. Dazu bedarf es langwieriger Verhandlungen mit zahlreichen Partnern. Die Gefahr ist nicht gering, daß inzwischen die Trommler der Aufrüstung wieder die Oberhand bekommen. Schon ist unter dem Einfluß der Generale und Rüstungsgewinnler auf die ersten hoffnungsvollen Ansätze ein Stillstand gefolgt. In Genf kommt die Konferenz über den Atomversuchsstop wieder einmal nicht von der Stelle. Eisenhower hat, wahrscheinlich unter dem Druck des Pentagon oder im Hinblick auf die kommenden Abrüstungsverhandlungen, die Stillhaltefrist für Atomexplosionen nicht verlängert. Chrustschow antwortete mit der Erprobung von Fernraketen im Stillen Ozean und dunklen Andeutungen über noch schrecklichere Waffen, die in der Sowjetunion entwickelt würden. Freilich verkündete er gleichzeitig die Herabsetzung der russischen Truppenstärke um ein volles Drittel ihres Bestandes, um 1,2 Millionen. Schon einmal hat Moskau durch eine Vorleistung den Westen moralisch mit Erfolg unter Druck gesetzt, nämlich bei der einseitigen Erklärung eines Atomversuchsstops. Der Westen versucht die neue sowjetische Vorleistung damit zu verkleinern, daß es sich nur um eine Umrüstungsmaßnahme handele, und viele Menschen sind vergeßlich genug, dieses Schlagwort hinzunehmen. Sie vergessen, daß sich die Westmächte jahrelang gegen jede atomare Abrüstung mit dem Argument gesträubt haben, daß die Sowjetunion eine ungeheure Überlegenheit an konventionellen Rüstungen besitze. Und nun? Nach Durchführung der vom Obersten Sowjet zum Gesetz erhobenen Truppenverminderung werden die Sowjets weniger Soldaten unter Waffen haben als die Vereinigten Staaten. Dabei besitzt die Sowjetunion 30 % mehr Einwohner als die USA und ein dreimal so großes Territorium. Es ist also wenig glaubhaft, wenn man im Westen den Moskauer Abrüstungsschritt leugnet, um keine Folgerungen aus diesem Schritt ziehen zu müssen. Ähnlich ist es mit dem von Chrustschow seit Jahren vorgeschlagenen militärischen Rückzug der Großmächte aus Mitteleuropa oder mindestens einer Verdünnung der Besatzungstruppen. Auch in Mitteleuropa ist Moskau mit einseitiger Truppenverminderung vorangegangen. Nur zögernd sind Washington und London dabei gefolgt. Dabei gäbe es für die Entspannung in Mitteleuropa kein besseres Mittel als ein Disengagement oder mindestens die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Sinne des Rapackiplanes. Wie E d e n in seinen Memoiren berichtet, war die Bundesregierung 1955 während der Genfer Gipfelkonferenz geneigt, solchen Vorschlägen näherzutreten. Staatssekretär Dulles sprach ein hartes Nein, und seitdem will man in Bonn nichts mehr von solchen Plänen hören. Im Gegenteil, die Bundeswehr selber beschäftigt sich seit 18 Monaten mit ihrer atomaren Ausrüstung. Aus Angst? Aus Mißtrauen? A d e n a u e r selbst hat in den letzten Monaten mehrfach erklärt, daß Moskau ohne Zweifel den Frieden wolle, weil es ihn brauche für seinen Siebenjahresplan und für seine Wirtschaftsoffensive in den Entwicklungsländern. Brauchen wir unseren Frieden nicht oder gönnen wir unseren Menschen nicht den

Wohlstand und das Glück friedlicher Arbeit? Nicht nur die Sowjetunion, auch die Westmächte können die Abrüstung gut gebrauchen, für ihre Währung, ihren Staatshaushalt, ihre wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit. Aber die Rüstungswirtschaft kann ihn nicht gebrauchen, jene Handvoll Kaufleute des Todes, die leichte Gewinne einstreichen wollen.

Trotzdem schreitet die Erkenntnis von der Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz im Westen fort. In England ist die grundsätzliche Entscheidung längst gefallen. Macmillans Entspannungspolitik wurde vom Volk mit einem Wahlsieg quittiert. Die Erbitterung über die Vorgänge in der Bundesrepublik erklärt sich nicht zuletzt aus der entspannungsfreundlichen Haltung der maßgebenden Kreise.

In den USA fällt die Wahlentscheidung in diesem Jahr. Es ist kennzeichnend für den Friedenswillen der amerikanischen Öffentlichkeit, daß der Scharfmachergouverneur Rockefeller sich entschlossen hat, seine Präsidentschaftskandidatur zurückzuziehen. Im Lager der Gegenpartei, der Demokraten, wird Senator Humphrey als Gegenkandidat präsentiert, derselbe, der sich schon vor 2 Jahren für Verhandlungen mit den Sowjets, für Abrüstungsmaßnahmen und für ein Disengagement einsetzte. Vorsichtig distanzierten sich die Demokraten von der Atompolitik ihrer eigenen Parteifreunde Truman und Acheson, die als Väter des Kalten Krieges gelten dürfen.

Selbst in führenden amerikanischen Wirtschaftskreisen verbreitet sich allmählich die Erkenntnis, daß im Rüstungswettlauf mit den Sowjets nichts zu gewinnen ist, wohl aber mit der Umschaltung des Wirtschaftsapparates auf den friedlichen Wettbewerb. Die neue Parole lautet: Nicht Wettrüsten, sondern Wettwirtschaften. Man beschäftigt sich mit den Vorstellungen eines Wettbewerbsfriedens, in dem die industrielle Überkapazität des Landes erfolgreich in die Entwicklungsländer abfließen kann.

Weniger friedensfreundlich ist der Kurs der westeuropäischen Festlandmächte. De Gaulles Politik steht unter dem algerischen Alptraum, der ihn emporgehoben hat und beinahe zerschmettert hätte. Nach dem Treffen zwischen de Gaulle und Chrustschow im März werden wir wohl klarer sehen, wohin die Reise geht. Schon bisher hat Bonn mit de Gaulle nicht viel Freude erlebt; er hat den von Bonn aus leidenschaftlich betriebenen europäischen Zusammenschluß zugunsten eines „Europa der Vaterländer" verworfen. Er hat der NATO den Souveränitätsanspruch Frankreichs gegenübergestellt. Er hat durch seine Oder-Neiße-Erklärung die Traditionen der französischen Ostpolitik wieder aufgenommen. Es ist still geworden um die Achse Bonn—Paris. Wenn der General so nachdrücklich die Bonner Thesen für Berlin unterstützt, so sollten wir uns fragen, welchen Preis er dafür bei Chrustschow fordern wird.

Auch die römische Regierung versucht mit den Sowjets ins Geschäft zu kommen, ungeachtet der unerbetenen Einmischung vatikanischer Kreise. Die römische Regierung sieht keine andere Wahl, als sich die neuen Formeln der Koexistenz zu eigen zu machen.

Hat Bonn noch eine Wahl? Der Kurs der Bundesregierung war bis zum heutigen Tag auf der Politik der Stärke aufgebaut. Diese Stärke war geborgt von jener Weltmacht, der die Westdeutschen nach 1945 ihr Schicksal bedingungslos anvertraut haben. Bedingungslos, aber mit bestimmten Erwartungen. Schon im Frühjahr 1948 hat Konrad Adenauer behauptet: der Krieg zwischen Amerika und Rußland kommt auf jeden Fall, wir müssen nur auf der richtigen Seite dabei sein. „Richtige Seite", das bedeutete, bei Amerika, das damals im Alleinbesitz der Atombombe war. Den Amerikanern bot Adenauer 1950 auf eigene Faust deutsche Divisionen an. Den Amerikanern war Adenauer bereit, den Boden der neuge-

gründeten Bundesrepublik auf unbegrenzte Zeit als Militärglacis zur Verfügung zu stellen. Im Gefolge der siegreichen USA konnte die Bundesrepublik hoffen, die „Zone" zu befreien, die Polen zurückzudrängen und wahrscheinlich auch die alte Großmachtstellung wiederzugewinnen. Mit einem so starken Bundesgenossen im Rücken glaubte man es sich in Bonn leisten zu können, gegenüber dem kommunistischen Osten völlig unnachgiebig zu sein. So wurden alle östlichen Vorschläge für Wiedervereinigung, Entmilitarisierung und Neutralisierung abgelehnt, ebenso diplomatische Beziehungen zu den Ostblockstaaten. Umso eifriger wurde die deutsche Aufrüstung betrieben, die Westintegration, der Eintritt in die NATO. Als schließlich die Bundesrepublik grünes Licht für die atomare Aufrüstung bekam, glaubte man, dem Ziel nahe zu sein. Nur mit Verachtung wurde in Bonn noch von den Vorschlägen der Jahre 1952—1955 gesprochen, freie Wahlen in der „Zone" gegen Neutralität und Abrüstung einzuhandeln. Bonn wollte Anschluß, nicht Zusammenschluß der getrennten deutschen Teile, es wollte Befreiung, nicht Wiedervereinigung. So stark fühlte man sich in jenen Tagen in Bonn dank der Unterstützung des Pentagon und des Kalten Kriegers Dulles.

Vergebens warnten die Sprecher der Opposition und ungebetene außerparlamentarische Kritiker die Regierung davor, den Bogen zu überspannen und an die Ewigkeit der herrschenden Machtverhältnisse zu glauben. Die russischen Sputniks, die britisch-amerikanischen Besuche in Moskau, die Vermittlungsvorschläge maßgebender westlicher Persönlichkeiten hätten eine Warnung sein müssen. Die Bonner Selbstsicherheit wurde nicht einmal erschüttert, als nach der sowjetischen Berlinnote vom November 1958 die Washingtoner Zugeständnisse auf diese Note erfolgten. Tatsächlich erneuerten zwar die Westmächte ihre Garantien für Berlin, und in Genf gelang es der Bundesrepublik noch einmal, Vereinbarungen der Mächte über die alte Reichshauptstadt zu verhindern; aber es war ein Pyrrhussieg. Mit dem Besuch Chrustschows in den USA begann eine neue Ära zwischen den Weltmächten, die im Zeichen des Abbaues des Kalten Krieges steht. In einer solchen Atmosphäre ist kein Platz mehr für die Unterstützung eines latenten Bürgerkrieges in Mitteleuropa, eines Krieges, der 10 Jahre lang Reflex und Folge eines Weltkonfliktes war. Die Koexistenz muß auch Mitteleuropa umfassen, wenn sie von Dauer sein soll. Sie muß zu einem Friedensvertrag führen, dessen Fehlen Deutschland 15 Jahre nach dem Krieg noch immer in einem gefährlichen Schwebezustand läßt.

Die Bonner Konzeptionen sind im Zusammenbrechen. In aller Stille wurde bereits die Hoffnung auf Grenzrevision im Osten begraben, wurde die Befreiung der „Zone" auf unbestimmte Zeit vertagt. Selbst für Westberlin ist eine ernste Lage entstanden. Die Westmächte haben auf der Genfer Außenministerkonferenz Konzessionen angeboten. Der Bundeskanzler aber vertritt heute den Standpunkt, die Genfer Vorschläge seien nicht akzeptiert worden und daher nicht existent. Demgegenüber haben Washington und London zu verstehen gegeben, daß sie zufrieden sein würden, wenn Chrustschow heute noch auf die westlichen Vorschläge einginge. Die Westmächte sind sich darüber einig, daß die anormale und rechtlich schwierige Lage Berlins durchaus verbesserungsbedürftig ist. Auch wenn nur eine zeitlich begrenzte, sagen wir, eine fünfjährige Neuregelung zustande kommt, so befreit sie doch den Westen von der ständigen gefährlichen Unruhe, die die sowjetische Trumpfkarte der Absperrung der Zufahrtswege nach Berlin bedeutet. Adenauer aber hält jedes Abweichen vom Status des Jahres 1945 für eine Verschlechterung, er besteht darauf, daß die Westmächte auf der Gipfelkonferenz nicht das kleinste Zugeständnis machen. Der Bundeskanzler mutet also der sowjetischen Weltmacht zu, in einer Angelegenheit zu verzichten, deren Aussichten für sie mit jedem Tage günstiger werden.

Oder hat er etwas Entscheidendes als Ausgleich anzubieten? Die diplomatische Anerkennung der Ostblockstaaten hat seit der amerikanisch-sowjetischen Entspannung kaum noch einen Handelswert. Das gleiche gilt nach den Erklärungen de Gaulles und dem Besuch Nixons in Warschau für die Zurückstellung der Oder-Neiße-Frage. Eine Vertagung der Wiedervereinigung hat in sowjetischen Augen nur noch einen deklaratorischen Wert, weil sich der Osten stark genug fühlt, revolutionären oder militärischen Gefahren vorzubeugen. Bliebe noch der auszuhandelnde Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Von dieser Konzession hat man sich noch vor ein paar Monaten in Bonn viel versprochen; man schloß aus den lebhaften Warnungen Moskaus, daß die Sowjets eine atomar bewaffnete Bundesrepublik fürchteten. Man übersah, daß die Sowjets den Krieg fürchten, den auch eine militärisch weit unterlegene Bundesrepublik provozieren könnte. Als Handelsobjekt ist die Atomrüstung umso weniger brauchbar, als sie nach der Ulbricht-Erklärung mit entsprechenden Gegenmaßnahmen ausgeglichen werden soll. Wieder einmal hat man in Bonn eine günstige Stunde versäumt, ähnlich wie damals im Jahre 1952, als Moskau freie Wahlen und Wiedervereinigung gegen Entmilitarisierung und Neutralisierung anbot. Die Lage ist jetzt wirklich ernst, zwar nicht für die Welt, aber für die Bundesrepublik, und d. h. für jeden einzelnen von uns. Man kann es schon als Tragik bezeichnen, daß wir Deutschen die internationale Entspannung zu gleicher Zeit begrüßen und fürchten müssen. Dahin sind wir gekommen, weil Adenauer seine politische Konzeption einseitig auf den Vorstellungen der militärischen Stärke aufgebaut hat.

Kein Zweifel, die Bonner Konzeption ist gescheitert. In einer Demokratie sollte das eigentlich bedeuten, daß die Regierung zurücktritt oder gestürzt wird und einem neuen Kurs Platz macht. Das hat mit staatsmännischen Verdiensten nichts zu tun. Die Amerikaner stürzten den Präsidenten Wilson, obwohl er als Sieger heimkehrte, die Engländer ihren siegreichen Weltkriegspremier Winston Churchill, Ministerpräsident Eden wurde nach dem Fehlschlag seines Suezabenteuers von der öffentlichen Meinung des Landes buchstäblich hinweggefegt. Nichts ist bezeichnender für den Zustand unserer Bundesrepublik als die Tatsache, daß alle Welt mit dem Fortbestand der derzeitigen Regierung bis zum Ende der Parlamentsperiode rechnet, manche Leute noch weit darüber hinaus. Ursache für diese Lage ist nicht allein das Grundgesetz, das bewußt eine Kanzlerdemokratie geschaffen hat und damit dem Regierungschef eine ungewöhnliche Machtfülle gab. Ursache ist nicht allein die Persönlichkeit und die taktische Meisterschaft des Bundeskanzlers, der nacheinander alle seine Gegner und Kritiker überspielt hat. Schuld ist vor allem der in den Führungsschichten vorhandene Mangel an Zivilcourage; schuld ist aber auch die politische Gleichgültigkeit der breiten Bevölkerungsschichten. Die Massen sind völlig von ihrem persönlichen Wohlergehen aufgezehrt und überlassen die Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten bereitwillig „den Leuten da oben".

Man mag einwenden, was man will, die Geschichte beweist es: Wir Deutschen haben wenig Begabung für die Demokratie. Immer wieder sind die hoffnungsvollen Ansätze zur politischen Selbstbestimmung gescheitert: 1815 und 1848, im zweiten Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Nach dem Zusammenbruch des Tausendjährigen Reiches haben wir Deutschen es wieder einmal mit der Demokratie versucht, und die Besatzungsmächte haben uns dabei zunächst geholfen. Das Grundgesetz bot, mindestens in seiner ursprünglichen Form und Anlage, geradezu ideale Voraussetzungen für die Erziehung zu echter Demokratie und dauerhaftem Frieden. Aber dann wurden wir in den Strudel des Ost-West-Konfliktes und einer neuen antikommunistischen Großkompagne hinein-

gerissen, und die höchste Verantwortung fiel für lange Zeit an eine autoritäre Persönlichkeit, an Konrad Adenauer, der seine politische Konzeption gegen alle Widerstände mit Konsequenz und Härte durchgesetzt hat. Als 1950 Adenauer dem Westen deutsche Divisionen anbot, da geschah das gegen eine starke Mehrheit des Volkes und sogar des Parlaments. Nach harten Kämpfen setzte der Kanzler seinen Willen durch. Ähnliches geschah bei der atomaren Aufrüstung und anderen heißumstrittenen Entscheidungen des Kanzlers: Die öffentliche Meinung beugte sich vor den vollendeten Tatsachen. Ohne daß der Buchstabe des Grundgesetzes verletzt wurde — in Konfliktsfällen hat das Bundesverfassungsgericht meist zugunsten der Bundesregierung entschieden — wurde doch immer wieder der Geist der Demokratie verletzt, aus dem diese „freiheitlich-demokratische Grundordnung" begründet worden war. Die politische Willensbildung, die sich in einer lebendigen Demokratie in einer ständigen Bewegung von unten nach oben vollziehen soll, nahm gewöhnlich den umgekehrten Weg, die Opposition mußte sich mit ihrer Bedeutungslosigkeit abfinden, zumal ihre Kritik kein lebendiges Echo im Volke fand. Ein sattes Volk wurde zum stillen Teilhaber und Mitverantwortlichen einer Politik, die uns in das gefährlichste Experiment seit Hitlers Machtergreifung hineingeführt hat.

In der repräsentativen Demokratie ist das Parlament das vom souveränen Volk gewählte Gesetzgebungs- und Kontrollorgan der Regierung. In Wirklichkeit fallen die großen politischen Entscheidungen bei uns nicht im Parlament, sondern im Palais Schaumburg, allenfalls hinter den Türen der Bundestagsausschüsse. Die Entscheidungen sind meistens schon gefallen, bevor man im Plenum des Bundestages diskutiert. Sogar bei Lebensfragen unseres Volkes verzichtet die Opposition gelegentlich auf öffentliche Austragung der Gegensätze. Wie hätte sie sonst zustimmen können, daß am 5. November 1959 die erste seit 18 Monaten stattfindende außenpolitische Debatte genau da abgebrochen wurde, wo man die Kernfragen berührte — wobei der Sprecher der CDU zugleich namens der SPD den Antrag auf Beendigung der Aussprache stellte — und daß man die Fortsetzung der Debatte um über drei Monate auf den 10. Februar 1960 vertagte — an diesem Tage hatte man ganze fünf Stunden — jede Fraktion einen Redner für unsere zentralen Lebensfragen. In Hamburg hat der Präsident des Bundestages, Dr. Gerstenmaier, warnend gesagt: „Es wird Nacht über einem Volk, wenn sich das Parlament in einen Gesangs- und Jasageverein verwandelt." So geschah es im Dritten Reich. Wollen wir heute den gleichen Weg gehen? Bundesinnenminister Schröder hat nach einer Besichtigung des englischen Unterhauses vorgeschlagen, man möge den Bundestag nach dem Muster dieses ältesten Parlaments der Welt umbauen, damit die Diskussionen lebendiger und fruchtbarer würden. Nun, es liegt nicht an der Bestuhlung und an den Sitzreihen, es liegt an dem Geist der demokratischen Institutionen, daß sie so oft vor der Aufgabe versagen, die Kontrolle über die Exekutive auszuüben. Der katholische Weihbischof Dr. Kampe, Limburg, hat kürzlich vor den Halbdemokraten gewarnt, die über vergangene Sünden und Irrtümer nicht hinwegkämen und damit den Geist der Demokratie Lügen straften. Merkwürdig, daß kein Volk in der Welt soviel von der Freiheit redet, die es schützen müsse, wie unsere Westdeutschen; ohne eine lebendige Demokratie ist aber Freiheit nichts als eine hohle Phrase.

Unter Adenauers strenger Zügelführung sind die Minister in vielen Fällen zu bloßen Erfüllungsgehilfen geworden. Über ihren Kopf hinweg werden nicht selten Entscheidungen ihres Fachgebietes getroffen, die sie erst auf Umwegen erfahren. Adenauer hat anläßlich des Falles Lemmer erklärt: „Die Minister sitzen auf Sesseln, die ins Museum gehören, weil sie zu bequem geworden sind." Vielleicht hat er damit auch Herrn Minister Oberländer gemeint. Anläßlich

des Rundfunkgesetzentwurfes forderte der Bundeskanzler von den der CDU angehörenden Länderchefs Parteidisziplin; dabei ist die Kulturhoheit der Länder im Grundgesetz eindeutig festgelegt. Gleiches gilt für die Parteidisziplin der CDU-Fraktion, deren 270 Abgeordnete aus allen Landesteilen, allen Schichten und Berufen kommen, und die doch nach außen hin dank dem Fraktionszwang als eine geschlossene Phalanx des Parteichefs auftreten. Wer aber wider den Stachel löckt, wer öffentlich mit eigenen Vorschlägen hervortritt, der bringt seinen Ruf und seine Stellung in Gefahr. Man denke an das Kesseltreiben gegen den CDU-Abgeordneten Peter Nellen, weil er in Fragen der Atomrüstung und Wiedervereinigung von der verordneten Einheitsmeinung abweicht. Besonders empfindlich reagiert man in Bonn, wenn Professoren von ihrem Recht als Staatsbürger Gebrauch machen. Das begann mit der Abfuhr für die 18 Göttinger Professoren, es steigerte sich, je deutlicher das Scheitern des Regierungskurses sichtbar wurde. Kritik an der Regierung wird dabei mit einem Angriff auf den Staat und die Verfassung gleichgesetzt. Wer entsprechend der Forderung des Grundgesetzes eine eigene politische Initiative entwickelt, wer in der Wiedervereinigungsfrage mit der Parole „Macht das Tor auf" ernst macht, ohne Bonn um Erlaubnis zu fragen, der wird als Utopist, als Kommunist oder mindestens als moskauhörig diffamiert. Es kommt vor, daß auch Gerichte sich diese Kurzschlußthesen zu eigen machen. Gegen den Würzburger Staatswissenschaftler Prof. Schneider wurde ein Dienststrafverfahren eingeleitet, weil er in Vereinigungen tätig ist, die sein Dienstherr, der Kultusminister, als für Beamte verboten bezeichnet. In München wird eine Novelle zum Beamtengesetz vorbereitet, nach der die Mitarbeit an solchen Vereinigungen als Verletzung der Treuepflicht des Beamten untersagt werden soll. Die Absicht wird deutlich, die unerwünschten Kritiker zum Schweigen zu bringen. Dem gleichen Zweck dient die Häufung von politischen Strafverfahren, deren Tatbestände weit zurückliegen. In Dortmund verhandelt man gegen Mitarbeiter der Weltjugendfestspiele, die von der Regierung, nicht etwa vom Bundesverfassungsgericht, als staatsfeindlich erklärt worden sind. Internationales Aufsehen hat der Düsseldorfer Prozeß gegen 6 Mitglieder der deutschen Friedensbewegung erregt. Über diesen Prozeß wird seit Wochen in Auslandszeitungen ausführlich berichtet, während bei uns der größte Teil der Presse das Verfahren totschweigt. Der bisherige Verlauf und die Aussagen der Zeugen haben im Ausland den Eindruck entstehen lassen, wie eine holländische Zeitung schrieb, daß hier der Friede selbst auf der Anklagebank sitze, daß in der Bundesrepublik Friedensarbeit und kommunistische Betätigung gleichgesetzt würden, während der Kalte Krieg als eine staatspolitisch wertvolle Betätigung gefördert wird.

Es handelt sich hier eindeutig um Musterprozesse, deren Wirkung nur sein kann, die Staatsbürger von jeder kritischen Meinungsäußerung abzuschrecken. Was aber soll aus der Demokratie werden, wenn die Staatsbürger aus Angst oder Resignation die Entscheidung über ihr eigenes Schicksal unkontrolliert durch eine demokratische öffentliche Meinung der Regierung überlassen. „Es ist manchmal sehr bequem, nur Untertan zu sein", hat Carlo Schmid in Hamburg erklärt, „vor allem, wenn ein Großvater für ihn sorgt." Und er fuhr fort: „Die Eigenschaft, für eine gute Sache auch dann zu kämpfen, wenn kein persönlicher Vorteil zu erwarten ist, unterscheidet den Helden vom furchtlosen Banditen." Wohin es führen kann, wenn die Staatsbürger alles mit sich geschehen lassen, hat das Dritte Reich erschreckend gezeigt. Was heute nicht ist, kann morgen über uns hereinbrechen. Die Jugend hat ein Recht, von uns zu fordern, daß wir nicht feige schweigen. Unsere Pflicht ist es, furchtlos die Wahrheit zu sagen, auch wenn uns die Vernichtung unserer Existenz droht.

Wir wollen und dürfen kein zweites Spanien werden. Oder hat Außenminister von Brentano recht mit seiner Behauptung, daß Deutschland und Spanien eine gemeinsame Grundlage staatlicher und sittlicher Ordnung besitzen? Ist es wirklich schon so weit? Spanienenthusiasten wie Brentano, wie Dr. Jäger, von Meerkatz, prominente Mitglieder der abendländischen Akademie, wissen genau, daß Franco im Bürgerkrieg die noch schwache Demokratie ausgelöscht hat, daß jede Opposition in Spanien unterdrückt wird und daß Tausende von Intellektuellen wegen ihres Widerstandes gegen die klerofaschistische Meinungsdiktatur in die Gefängnisse oder ins Ausland wandern mußten. Schon hören wir, daß Diktator Franco im Sommer Bonn besuchen will, daß eine Achse Madrid—Bonn geschmiedet werden soll. Wollen wir ein zweites Spanien werden? Soll auch bei uns die Freiheit um der angeblich bedrohten Freiheit willen ausgelöscht werden? Der von Minister Schröder vorgelegte Entwurf eines Notstandsgesetzes bedeutet die Aufhebung aller Freiheitsrechte für die westdeutschen Staatsbürger auf Grund einer bloßen parlamentarischen Mehrheitsentscheidung der CDU. Der Einparteienstaat kommt auch auf uns mit Riesenschritten zu. Es wird höchste Zeit, daß sich der westdeutsche Staatsbürger sorgfältiger mit dem Grundgesetz vertraut macht, daß in seinem Geist, nicht nur nach seinem Buchstaben regiert und Recht gesprochen wird. Die vielberufene freiheitlich-demokratische Grundordnung könnte uns entgleiten, wenn wir nicht auf der Hut sind.

Die angebliche kommunistische Gefahr ist das Zaubermittel, mit dem Minister, Abgeordnete und Publizisten eingeschüchtert und die Rechtsprechung beeindruckt werden. Im Schlagschatten des kommunistischen Angstkomplexes vollzogen sich die Aufrüstung, der Eintritt in die Nato, das Verbot der KPD, das Verbot der Ostkontakte, die Ablehnung der Disengagementvorschläge und der Konföderationsvorschläge, die Einschüchterung der außen- und innenpolitischen Opposition. Es ist ein ganz einfaches Universalrezept, das immer zur Hand ist und nie versagt. Unter der Wirkung dieses Betäubungsmittels sehen die Menschen nicht mehr, was in der Welt um sie her vor sich geht, einer Welt, in der heute eine völlig neue Sprache gesprochen wird. Es wird höchste Zeit, daß unsere Abgeordneten und Publizisten, unsere Pfarrer, Richter und Wirtschaftsführer endlich das Tabu des der Propaganda für die Rüstung vorgeschalteten kommunistischen Hexenwahns überwinden, daß sie aufhören, aus diesem einen Punkte Wert und Unwert alles Tuns, Vorteile und Gefahr, Nutzen und Schaden, gut und böse abzuleiten. Die Erde dreht sich, und was gestern richtig schien, ist heute widersinnig geworden. Inzwischen kamen nicht nur die Sputniks und die Luniks, nicht nur Ungarn und die Berlinnote, sondern auch Gipfelbesuche, Abrüstungsvorschläge und Entspannungsmaßnahmen. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus geschieht — und kann nur geschehen — durch bessere Leistungen für unsere eigene Welt!

Dieser Antikommunismus und der Antisemitismus stammen aus der gleichen Wurzel des Hasses und der Selbstgerechtigkeit, sie bildeten im Dritten Reich eine unlösbare Einheit. Ist es ein Wunder, wenn die Pflege des einen das andere nach sich zieht? Wer zum Haß gegen ein Volk oder eine Weltanschauung aufgerufen wird, der fühlt sich legitimiert, auch die alten antijüdischen Parolen wieder aufzugreifen. Man hat versucht, die Schuld an den antisemitischen Zwischenfällen abwechselnd der DRP und den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Warum in die Ferne schweifen? Hat die Regierung genug getan, um das Nazigift auszurotten? Gewiß, niemand wird dem Bundeskanzler antisemitische Neigungen vorwerfen. Aber er war es, der prominente Nationalsozialisten in führende öffentliche Positionen gebracht und sie gegen alle Widerstände darin

gehalten hat. Haben die Kultusminister genug getan, damit die Jugend im Geiste des Völker- und Rassefriedens erzogen wird? Haben die Eltern genug getan, damit die Jugend erfährt, was im Dritten Reich an Schrecklichem geschehen ist? Taten die Strafverfolgungsbehörden genug, um rassische und politische Diskriminierungen mit Härte zu verfolgen? Leider konnte es geschehen, daß schwerbelastete Nazis untertauchten oder ins Ausland flüchteten. Jetzt endlich kommt man darauf, daß seit Jahren wieder Männer als Richter fungieren, die als Sonderrichter oder Kriegsrichter eindeutige Terrorurteile gefällt haben. Endlich kommt man darauf, daß in den Geschichtsbüchern der Schulen die Untaten des Dritten Reiches vielfach beschönigt oder verschwiegen werden. Statt dessen ist wieder eine gewisse Literatur im Umlauf in Millionen von Exemplaren, welche die Rasse verherrlicht und den Krieg heroisiert. Manche von ihnen erfüllen klar den Tatbestand der Völkerverhetzung und der Verrohung. Warum schreitet hier der Innenminister nicht ein, wozu er nach dem Grundgesetz verpflichtet ist! Warum haben so viele Priester den Feind der Kultur und der Menschlichkeit bisher immer nur im Osten gesucht und nicht auch in den eigenen Reihen? Wie gefährlich es war, die Entartungen des Dritten Reiches allzu schnell mit dem Mantel christlichen Verzeihens zuzudecken, das wird sich, so fürchten wir, noch einmal krasser äußern als in antijüdischen Schmierereien. Bisher ist nur Farbe vergossen worden, wie leicht könnte Blut daraus werden wie in der nationalsozialistischen Kampfzeit. Adenauer betrachtet die Täter als Halbstarke und empfiehlt gegen sie als Züchtigungsmittel die Prügelstrafe. Mit Prügeln hat es auch damals angefangen, später verging kaum noch ein Tag, an dem nicht Blut geflossen ist. Eine Wirtschaftskrise könnte in unserem staatsfrommen, unpolitischen Volk unberechenbare Elemente wieder an die Oberfläche bringen. Sind dann wirklich die Kommunisten die Hauptgefahr? „Der Feind steht rechts", so hat Altreichskanzler Dr. Josef W i r t h 1922 ausgerufen. Bald darauf erfolgte der Marsch zur Feldherrnhalle. Die Gefahr droht auch heute wieder mehr von rechts als von links. Aber in Bonn rüstet man sich wieder einmal gegen die Gefahr von links, genau wie damals, wo die NS-Bewegung mit Duldung und Förderung führender Kreise der Justiz und der Wirtschaft üppig ins Kraut schoß. Wenn der einstige NS-Bauernführer und heutige Vorsitzende der DRP, „Staatsrat" M e i n b e r g, von einer kommunistischen Unterwanderung seiner Partei sprach, und wenn Minister S c h r ö d e r und Staatssekretär v o n E c k a r d t ähnliche Andeutungen machten, so fehlen dafür bis heute die Beweise. Um so eindeutiger erscheint die Rolle gewisser rechtsradikaler Hintermänner. Sie fühlen sich legitimiert, solange in der Spitzengruppe des Staates Männer wie Oberländer und Globke Entscheidungen treffen.

Es ist eine gefährliche Unwirklichkeit, in der Bonn heute lebt. Angesichts einer in Bewegung geratenen Welt hat man sich in eine Igelstellung zurückgezogen, die man offenbar bis zum äußersten verteidigen will. Man scheint nicht zu sehen, daß diese Methode des Sicheinkapselns die Katastrophe eher beschleunigen als aufhalten muß. Nur wenn sich die Bundesregierung in den diplomatischen Bewegungskrieg mit eigenen Vorschlägen und Initiativen einschaltet, kann sie hoffen, durch die Entwicklungen dieses Entscheidungsjahres 1960 leidlich hindurchzukommen. Totstellen ist keine Politik. Neinsagen zu allen Vorschlägen und jeglichen Verhandlungen führt notwendig zur totalen Isolierung. Das ist es, was uns Sorge bereiten muß. Uns allen. In der westlichen Welt wächst die Neigung, die Bundesrepublik nur noch als lästigen Störenfried zu betrachten, die Neigung, über die Köpfe der Westdeutschen hinweg einen Ausgleich mit den Sowjets zu suchen. Die neuesten antisemitischen Vorfälle haben bei den Siegern von gestern die alten Weltkriegswunden wieder aufbrechen lassen. Die Verhandlungen über

die Freigabe deutschen Privatvermögens im Westen wurden gleich auf Eis gelegt. Nur Toren können sich einbilden, daß in dieser Atmosphäre die deutschen Beschwerden und Forderungen Aussicht haben, ernstlich beachtet zu werden.

Wir sollten die Entspannung zwischen Ost und West auf unsere Mühlen leiten. Noch ist es nicht zu spät, Gespräche zu beginnen, und dies, ohne daß unsere Staatsmänner dabei — nach Camp David — das Gesicht zu verlieren brauchen, Gespräche mit Moskau, mit Warschau, aber auch mit der Regierung der DDR.

Ende Januar hat Walter Ulbricht einen Brief an den Bundeskanzler gerichtet. Darin schlägt er als Parteichef der SED dem Parteichef Adenauer vor, eine Volksabstimmung durchzuführen über die allgemeine und vollständige Abrüstung und den Abschluß eines Friedensvertrages auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen. Weit über 100 Vorschläge ähnlicher Art sind im Laufe der vergangenen 10 Jahre durch Instanzen der DDR den Institutionen der Bundesrepublik unterbreitet worden. Alle diese Vorschläge wurden von Bonn ignoriert oder als Propaganda zurückgewiesen. Die Bundesrepublik hat bis heute an ihrem Standpunkt festgehalten, daß sie allein legitimiert sei, im Namen ganz Deutschlands zu sprechen, daß demgemäß ein zweiter deutscher Staat für sie nicht existiert. Auch diesmal hat die Bundesregierung keine Antwort gegeben. Dennoch hat der neue Schritt aus Ostberlin internationales Aufsehen erregt. Das erklärt sich einmal daraus, daß im Hinblick auf die kommende Gipfelkonferenz die Beziehungen der beiden deutschen Teilstaaten im Ausland aufmerksam beobachtet werden, und dann daraus, daß heute auch die Westmächte an dem Zustandekommen gesamtdeutscher Kontakte interessiert sind. Ein ebenso wichtiger Grund ist die Tatsache, daß Ulbricht der Bundesregierung im Falle der Nichtbeantwortung des Briefes gewisse Konsequenzen ankündigt: „Wenn die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik", so schreibt Ulbricht, „nicht in kurzer Frist die Atomrüstung einstellt und den Rüstungsstop durchführt, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gezwungen sein, entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen, und ihre Verbündeten ersuchen, ihr Raketenwaffen zur Verfügung zu stellen." Man kann diese Erklärung ebensowohl als eine ultimative Drohung wie als eine befristete Warnung bezeichnen. Sicher ist, daß die Durchführung dieser Maßnahme eine neue strategische Lage in Mitteleuropa schaffen würde.

Walter Ulbricht hat seine Ankündigung damit begründet, daß die Bundesregierung sich darauf vorbereitet, die DDR in einem Blitzkrieg zu überfallen und zu „befreien". Zahlreiche Maßnahmen der Bundesregierung, so behauptet er, verrieten deutlich diese Absicht. Und ist es nicht Wasser auf diese Mühle, wenn neuerdings der Bundeskanzler nicht mehr von der Wiedervereinigung, sondern nur noch von der „Befreiung" der Deutschen aus der Sklaverei spricht? Selbst der Bundespräsident hat in seiner Neujahrsansprache vom schweren Los der Knechtschaft gesprochen, in dem die Ostdeutschen auf ihre Befreiung warteten. Lübke verlangte in der Frage der deutschen Einheit Taten, nicht Worte, und lobte „unsere junge Mannschaft", die sich in die „Wehrgemeinschaft" eingegliedert habe. Diese junge Mannschaft aber wird heute bei der Bundeswehr für den nuklearen Krieg ausgebildet und mit der Möglichkeit vertraut gemacht, daß eines Tages Atombomben auf Dresden oder Leipzig fallen könnten, während Millionen von Westdeutschen aus den Evakuierungsgebieten an der „Zonengrenze" nach Westen flüchten. So kann man selbst in der westlichen Presse die Vermutung lesen, daß die Bundesregierung die deutsche Frage eines Tages nach dem gleichen Rezept lösen wolle wie seinerzeit Hitler die österreichische, die sudetendeutsche und die polnische Frage. Es ist ein fatales Zusammentreffen, daß zur gleichen Zeit, in der dieser schlimme Verdacht die Runde macht, Strategen wie Herr Kissinger in der Bundesrepublik den kleinen Atomkrieg verkünden, daß der Wanderpre-

diger des Hasses, William S. Schlamm, ein Militärbündnis Bonn—Washington, ein Rückzugsultimatum an Moskau und das Risiko des atomaren Großeinsatzes fordert. In einem Volk, das seine NS-Vergangenheit noch nicht bewältigt hat, in dem antisemitische und flache antikommunistische Tendenzen verwurzelt sind, in einem solchen Volk kann, trotz der schrecklichen Lehren der Vergangenheit, der Glaube an das Zaubermittel des Blitzkrieges zur Lösung internationaler Probleme wieder sehr lebendig werden.

Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß sie nicht beabsichtige, die Fragen der Wiedervereinigung und der Ostgrenze mit Gewalt zu lösen. Walter Ulbricht hält dem entgegen, daß Adolf Hitler um so mehr vom Frieden geredet habe, je intensiver er den Krieg vorbereitete. Nach den klassischen Traditionen der Diplomatie gelten Friedensversicherungen als eine erlaubte Kriegslist, um den Gegner zu täuschen. Die Bundesregierung hätte Ulbrichts Unterstellungen wirksam damit entkräften können, daß sie an einem System friedlicher Sicherheitsgarantien mit Gewaltverzicht, Nichtangriffspakt und Schiedsgerichtsbarkeit mitgewirkt und auf jede nukleare Aufrüstung ausdrücklich verzichtet hätte. Das Gegenteil ist geschehen: Die Bundesregierung hat alle Arten von Sicherheitsverträgen und Nichtangriffspakten, ja sogar den Abschluß eines Friedensvertrages bis heute abgelehnt. Und die DDR? Ein Land, das nicht existiert, kann man nicht überfallen, sondern nur „von seinen Bedrückern befreien", die es widerrechtlich vom Mutterland abgespalten haben. Das alles ist von einer bestürzenden Logik.

Dennoch trauen wir der Bundesregierung derartige Absichten nicht zu. Auch ihr sind die realen Kräfteverhältnisse bekannt. Die sowjetische Regierung hat wiederholt unzweideutig erklärt, daß sie jeden Angriff auf einen Mitgliedsstaat des Warschauer Paktes wie einen Angriff auf sich selbst betrachte. Chrustschow hat mehrfach gegenüber der Regierung der DDR die sowjetische Unterstützungspflicht unterstrichen. Es erübrigt sich der Nachweis, daß die Bundesrepublik auch bei stärkster Aufrüstung niemals der Sowjetunion militärisch gewachsen sein kann. Ein durch westdeutsche Aktion ausgelöster sowjetischer Atomschlag würde die Bundesrepublik mit ihrem engen Territorium und ihrer Bevölkerungsdichte binnen Stundenfrist in einen Atomfriedhof verwandeln. Ulbricht zitiert in seinem Brief an Adenauer jenes Wort, das Minister Strauß am 16. Dezember vor der Ministerkonferenz der Nato in Paris geprochen hat und das auch bei uns berechtigtes Aufsehen erregte: „Wir sind trotz der dichten Besiedlung der Bundesrepublik ... bereit, die damit verbundenen Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volke zu vertreten." Diese Worte wären der blanke Aberwitz, wenn der Minister an einen sowjetischen Atomschlag gegen eine isolierte Bundesrepublik dächte. Die Worte wurden vor der Nato gesprochen, auf deren Unterstützung Bonn im Falle eines unprovozierten Angriffs rechnen kann. Es erscheint indessen als höchst zweifelhaft, ob auch nur eine der Nato-Mächte bereit wäre, die Bundesrepublik bei der „Befreiung der Zone" zu unterstützen. Wenn weiterhin die Bonner Regierung jede Art von Kompromiß oder konföderativer Lösung ablehnt, könnten die Westmächte — so ist heute die Lage — bereit sein, sich mit der Existenz eines zweiten deutschen Staates abzufinden.

Bliebe also nur der Ausweg, vollendete Tatsachen in der Hoffnung zu schaffen, daß sich die Großmächte damit um des Weltfriedens willen abfinden würden. Man kann von alten Weltkriegsoffizieren heute gelegentlich hören, wenn eines Morgens Panzerspitzen vor Dresden und Fallschirmtruppen an der Oder ständen, so würde Herr Ulbricht kapitulieren und Herr Chrustschow um seines Volkes willen sich damit abfinden. Wir weigern uns, zu glauben, daß man in der Ermekeilkaserne solche Milchmädchenrechnungen aufmacht. Einmal hat Hitler Europa

mit einer solchen Blitzkriegstrategie der vollendeten Tatsachen bluffen können — bis eben das Maß voll war. Ein zweites Mal in einer Generation gelingt ein solcher Schlag nicht, selbst wenn noch so viele Kollaborateure in Ost und West bereit wären, mitzuspielen. Die Chancen in diesem Spiel um Deutschlands Existenz ständen 1 : 100. Wir trauen keinem der führenden Männer den traurigen Mut zu, um diesen Einsatz zu spielen.

Prof. Dr. Aloys Wenzl

Blindheit gegenüber dem Gebot der Stunde?

Der 13. Februar 1960 wird für Frankreich ein schwarzer Tag sein. Es ist paradox, aber symptomatisch, daß ihn Herr de Gaulle als Ruhmes- und Ehrentag feiert. Weiß er, daß er vor Gott und der Geschichte verantwortlich ist für die zusätzliche radioaktive Verseuchung und die Schäden, die sie anrichten kann unter Lebenden und durch Schädigung des Erbgutes an den Generationen der Zukunft — in Afrika, aber auch in Europa, auch in Frankreich? Weiß er es nicht, so möge er sich unterrichten lassen von den Wissenschaftlern der Welt, die ihm die Wahrheit sagen, nicht nur, was er gerne hört. Aber ahnen muß er es doch wohl, sonst hätte er den Versuch ja nicht in die Sahara verlegt. Aber die Gefahr läßt sich nicht begrenzen, wenn auch die näher gelegenen Länder sich mehr bedroht fühlen müssen. Aber ahnt er nicht einmal, welchen Haß gegen Frankreich er dadurch bei den afrikanischen Völkern provoziert? Und ahnt er nicht, welche Gefahr darin liegt, daß er nun die ähnlich gerüsteten Staaten provoziert, ihrer Geltungssucht und ihrem „Ehrgeiz" zuliebe das gleiche Experiment zu erstreben? Und wenn erst ein „souveräner" Staat nach dem andern die gleiche Gewissenlosigkeit wagt, wie unabsehbar groß dadurch die Gefahr einer Katastrophe wird? Und wie sehr dadurch das Streben nach einer Ächtung der atomaren Waffen, nach Abrüstung und Kontrolle noch weiter erschwert wird? Der 13. Februar 1960 war kein Ruhmestag für Frankreich, der Ehrgeiz de Gaulles trägt nicht zur Ehre Frankreichs bei. Es ist kein Zweifel, daß auch in Europa, auch auf Seiten seiner Verbündeten, dieses Experiment von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt und sicher von allen Verantwortlichen verurteilt wird, es ist kaum ein Zweifel, daß das auch in Frankreich selbst sehr weitgehend der Fall sein wird, auch wenn es nur wenige zu sagen wagen.

Aber wir können in Deutschland leider nicht unsere Hände in Unschuld waschen! Während auch von der Regierung in Worten die kontrollierte Abrüstung mit Recht gefordert wird, erfolgt in der Tat die eigene Aufrüstung mit Raketen, und während die Wiedervereinigung gefordert wird, finden an der Grenze „modernste" Manöver im großen Stile statt. Sollte man sich nicht fragen, ob das nicht zur Folge hat, daß jenseits der Grenze bald die gleichen Manöverkriege gespielt werden, daß sich das deutsche Volk dann in zwei Atomarmeen gegenübersteht? Muß man sich nicht fragen, ob die Gefahr eines „Ernstfalls" dadurch nicht vergrößert wird, in dem jedenfalls unser Volk und unser Land am meisten gefährdet wäre, mögen dann die großen Gegner auch vielleicht noch sich retten, wenn Deutschland schon Niemandsland geworden wäre? Jedenfalls darüber müßte sich die Regierung klar sein, daß die Mehrheit des deutschen Volkes diesen Gefahren

mit einer solchen Blitzkriegstrategie der vollendeten Tatsachen bluffen können — bis eben das Maß voll war. Ein zweites Mal in einer Generation gelingt ein solcher Schlag nicht, selbst wenn noch so viele Kollaborateure in Ost und West bereit wären, mitzuspielen. Die Chancen in diesem Spiel um Deutschlands Existenz ständen 1 : 100. Wir trauen keinem der führenden Männer den traurigen Mut zu, um diesen Einsatz zu spielen.

Prof. Dr. Aloys Wenzl

Blindheit gegenüber dem Gebot der Stunde?

Der 13. Februar 1960 wird für Frankreich ein schwarzer Tag sein. Es ist paradox, aber symptomatisch, daß ihn Herr de Gaulle als Ruhmes- und Ehrentag feiert. Weiß er, daß er vor Gott und der Geschichte verantwortlich ist für die zusätzliche radioaktive Verseuchung und die Schäden, die sie anrichten kann unter Lebenden und durch Schädigung des Erbgutes an den Generationen der Zukunft — in Afrika, aber auch in Europa, auch in Frankreich? Weiß er es nicht, so möge er sich unterrichten lassen von den Wissenschaftlern der Welt, die ihm die Wahrheit sagen, nicht nur, was er gerne hört. Aber ahnen muß er es doch wohl, sonst hätte er den Versuch ja nicht in die Sahara verlegt. Aber die Gefahr läßt sich nicht begrenzen, wenn auch die näher gelegenen Länder sich mehr bedroht fühlen müssen. Aber ahnt er nicht einmal, welchen Haß gegen Frankreich er dadurch bei den afrikanischen Völkern provoziert? Und ahnt er nicht, welche Gefahr darin liegt, daß er nun die ähnlich gerüsteten Staaten provoziert, ihrer Geltungssucht und ihrem „Ehrgeiz" zuliebe das gleiche Experiment zu erstreben? Und wenn erst ein „souveräner" Staat nach dem andern die gleiche Gewissenlosigkeit wagt, wie unabsehbar groß dadurch die Gefahr einer Katastrophe wird? Und wie sehr dadurch das Streben nach einer Ächtung der atomaren Waffen, nach Abrüstung und Kontrolle noch weiter erschwert wird? Der 13. Februar 1960 war kein Ruhmestag für Frankreich, der Ehrgeiz de Gaulles trägt nicht zur Ehre Frankreichs bei. Es ist kein Zweifel, daß auch in Europa, auch auf Seiten seiner Verbündeten, dieses Experiment von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt und sicher von allen Verantwortlichen verurteilt wird, es ist kaum ein Zweifel, daß das auch in Frankreich selbst sehr weitgehend der Fall sein wird, auch wenn es nur wenige zu sagen wagen.

Aber wir können in Deutschland leider nicht unsere Hände in Unschuld waschen! Während auch von der Regierung in Worten die kontrollierte Abrüstung mit Recht gefordert wird, erfolgt in der Tat die eigene Aufrüstung mit Raketen, und während die Wiedervereinigung gefordert wird, finden an der Grenze „modernste" Manöver im großen Stile statt. Sollte man sich nicht fragen, ob das nicht zur Folge hat, daß jenseits der Grenze bald die gleichen Manöverkriege gespielt werden, daß sich das deutsche Volk dann in zwei Atomarmeen gegenübersteht? Muß man sich nicht fragen, ob die Gefahr eines „Ernstfalls" dadurch nicht vergrößert wird, in dem jedenfalls unser Volk und unser Land am meisten gefährdet wäre, mögen dann die großen Gegner auch vielleicht noch sich retten, wenn Deutschland schon Niemandsland geworden wäre? Jedenfalls darüber müßte sich die Regierung klar sein, daß die Mehrheit des deutschen Volkes diesen Gefahren

mit größter Sorge gegenübersteht, auch wenn sie die meisten nur im Privatgespräch zu äußern wagen, um sich nicht der Verleumdung auszusetzen, sie seien vom Osten infiziert. Aber wenn die Regierung sich Klarheit verschaffen will, könnte sie ja eine Volksbefragung einleiten; zum mindesten müßten die Parteien v o r den Wahlen Farbe bekennen, welche Wege sie n a c h den Wahlen einzuschlagen gedenken. Wenn auch das als Illusion betrachtet würde, weil die „Masse" darüber nicht entscheiden könne, wäre das dann noch eine Demokratie zu nennen?

Aber auch von Genf hat man den Eindruck, daß die Politiker und Generäle offenbar schwer jenes Umdenken lernen, das die Stunde fordert. Es ist gar kein Zweifel, daß in allen Ländern der Welt die überwältigende Mehrheit der Völker und gerade die Verantwortlichsten und Sachverständigsten endlich eine Einigung über eine hinreichend kontrollierte Abrüstung verlangen. Wenn sich die Politiker als nicht fähig erweisen, diese in Gang zu bringen, so mögen sie den Nobelpreisträgern, sachverständigen Naturwissenschaftlern und auch den Vertreterinnen der Mütter die Entscheidung zur Einigung übergeben. Die Staatsmänner mögen sich jedenfalls klar sein, im Osten und im Westen, daß sie, wenn sie jetzt nicht dem Gebot der Stunde gehorchen, die Menschheit zu retten vor der Gefahr eines mindestens partiellen Selbstmordes, dann nicht als Retter ihrer Länder in die Geschichte eingehen werden, sondern als Schuldige. Was gegen die Fortführung der Experimente und die Gefahren des atomaren Wettrüstens schon oft gesagt wurde, ist nicht widerlegt, und daher werden die Mahnungen nicht verstummen.

Prof. Dr. h. c. M a n f r e d v o n A r d e n n e

Eine ernste Stunde für Deutschland

Der schwerste Fehler, den eine Staatsregierung begehen kann, ist es, das gegnerische Machtpotential in spannungserfüllten Zeiten zu unterschätzen. An diesem Fehler ist im ersten Weltkrieg die Regierung W i l h e l m s II. gescheitert, durch diesen Fehler hat im zweiten Weltkrieg H i t l e r Deutschland in das Chaos von 1945 gestürzt, und durch den gleichen Fehler führt die heutige Bonner Regierung das deutsche Volk in eine nationale Katastrophe, wenn sie nicht in letzter Minute ihre bisherige Politik der atomaren Aufrüstung aufgibt oder durch Entwicklungen in anderen Bereichen der Welt zu dieser Aufgabe gezwungen wird.

Der Brief Walter U l b r i c h t s vom 27. 1. 1960 an Bundeskanzler A d e n a u e r ist ein sehr ernster Warnschuß vor den Bug des Bonner Regierungsschiffes. Eine Bemerkung in diesem Brief deutet eine entscheidende machtpolitische Tatsache an, welche von allen Menschen mit Vernunft und Verantwortungsbewußtsein in ihrer Bedeutung erkannt und richtig eingeschätzt werden sollte. Ich meine die Bemerkung:

„... d a ß n u r w e n i g e M i n u t e n n a c h e i n e m m i l i t ä r i s c h e n A n g r i f f a u f d i e D e u t s c h e D e m o k r a t i s c h e R e p u b l i k B o n n u n d n o c h m a n c h e s a n d e r e M i l i t ä r z e n t r u m i m w e s t d e u t s c h e n S t a a t a u f g e h ö r t h a b e n w ü r d e z u b e s t e h e n". Diese Voraussage muß im Zusammenhang mit dem sowjetischen Raketenexperiment vom

mit größter Sorge gegenübersteht, auch wenn sie die meisten nur im Privatgespräch zu äußern wagen, um sich nicht der Verleumdung auszusetzen, sie seien vom Osten infiziert. Aber wenn die Regierung sich Klarheit verschaffen will, könnte sie ja eine Volksbefragung einleiten; zum mindesten müßten die Parteien v o r den Wahlen Farbe bekennen, welche Wege sie n a c h den Wahlen einzuschlagen gedenken. Wenn auch das als Illusion betrachtet würde, weil die „Masse" darüber nicht entscheiden könne, wäre das dann noch eine Demokratie zu nennen?

Aber auch von Genf hat man den Eindruck, daß die Politiker und Generäle offenbar schwer jenes Umdenken lernen, das die Stunde fordert. Es ist gar kein Zweifel, daß in allen Ländern der Welt die überwältigende Mehrheit der Völker und gerade die Verantwortlichsten und Sachverständigsten endlich eine Einigung über eine hinreichend kontrollierte Abrüstung verlangen. Wenn sich die Politiker als nicht fähig erweisen, diese in Gang zu bringen, so mögen sie den Nobelpreisträgern, sachverständigen Naturwissenschaftlern und auch den Vertreterinnen der Mütter die Entscheidung zur Einigung übergeben. Die Staatsmänner mögen sich jedenfalls klar sein, im Osten und im Westen, daß sie, wenn sie jetzt nicht dem Gebot der Stunde gehorchen, die Menschheit zu retten vor der Gefahr eines mindestens partiellen Selbstmordes, dann nicht als Retter ihrer Länder in die Geschichte eingehen werden, sondern als Schuldige. Was gegen die Fortführung der Experimente und die Gefahren des atomaren Wettrüstens schon oft gesagt wurde, ist nicht widerlegt, und daher werden die Mahnungen nicht verstummen.

Prof. Dr. h. c. M a n f r e d v o n A r d e n n e

Eine ernste Stunde für Deutschland

Der schwerste Fehler, den eine Staatsregierung begehen kann, ist es, das gegnerische Machtpotential in spannungserfüllten Zeiten zu unterschätzen. An diesem Fehler ist im ersten Weltkrieg die Regierung W i l h e l m s II. gescheitert, durch diesen Fehler hat im zweiten Weltkrieg H i t l e r Deutschland in das Chaos von 1945 gestürzt, und durch den gleichen Fehler führt die heutige Bonner Regierung das deutsche Volk in eine nationale Katastrophe, wenn sie nicht in letzter Minute ihre bisherige Politik der atomaren Aufrüstung aufgibt oder durch Entwicklungen in anderen Bereichen der Welt zu dieser Aufgabe gezwungen wird.

Der Brief Walter U l b r i c h t s vom 27. 1. 1960 an Bundeskanzler A d e n a u e r ist ein sehr ernster Warnschuß vor den Bug des Bonner Regierungsschiffes. Eine Bemerkung in diesem Brief deutet eine entscheidende machtpolitische Tatsache an, welche von allen Menschen mit Vernunft und Verantwortungsbewußtsein in ihrer Bedeutung erkannt und richtig eingeschätzt werden sollte. Ich meine die Bemerkung:

„... d a ß n u r w e n i g e M i n u t e n n a c h e i n e m m i l i t ä r i s c h e n A n g r i f f a u f d i e D e u t s c h e D e m o k r a t i s c h e R e p u b l i k B o n n u n d n o c h m a n c h e s a n d e r e M i l i t ä r z e n t r u m i m w e s t d e u t s c h e n S t a a t a u f g e h ö r t h a b e n w ü r d e z u b e s t e h e n". Diese Voraussage muß im Zusammenhang mit dem sowjetischen Raketenexperiment vom

20. 1. 1960 gesehen werden, denn dieses Experiment hat vor aller Welt die absolute Treffsicherheit der sowjetischen Mehrstufenrakete hoher Tragfähigkeit bewiesen. Die Formulierung „absolute Treffsicherheit" ist berechtigt, denn bei einer Schußweite von 12 500 km betrug die Abweichung vom Ziel weniger als 2 km, während der Todeskreisradius eines Raketensprengkopfes mit Fusionsladung etwa 16 km beträgt.

Walter Ulbricht hat angekündigt: Wenn die Regierung der Deutschen Bundesrepublik nicht in kurzer Frist die Atomrüstung einstellt, wird die Regierung der DDR gezwungen sein, ihre Verbündeten zu ersuchen, ihr Raketenwaffen zur Verfügung zu stellen. Bei der schon geschilderten Lage ist die Ankündigung Ulbrichts ein politisches Ereignis, über das Bonn sich nicht mehr hinwegsetzen kann. Nur eine völlige Kehrtwendung der Bonner Politik kann Deutschland aus der heutigen gefährlichen Situation herausführen. Sollte Bonn seine bisherige Intransigenz in der Deutschlandfrage trotz der Ulbricht'schen Warnung beibehalten, so wäre die unausbleibliche Folge hiervon die kritische militärpolitische Zuspitzung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten, und das in einem Augenblick, wo Moskau und Washington sich sehr ernstlich um Entspannung und Wege zur allgemeinen Abrüstung bemühen.

Seit vielen Jahren haben die Naturwissenschaftler von ganz Deutschland in einer fast geschlossenen Front ihre Stimme erhoben gegen die Atomrüstung der Bundesrepublik und vor den Folgen dieser Rüstung gewarnt. In diesem Zusammenhang sei besonders erinnert an die „Mahnung gegen die Vorbereitung des Atomkrieges auf deutschem Gebiet", die am 14. 4. 1957 von Dresden aus erfolgte, und an den etwa gleichzeitig der Öffentlichkeit übergebenen Appell der 18 Göttinger Naturwissenschaftler. Daß sich an ihren Grundauffassungen auch in der Zwischenzeit nichts geändert hat, deutet auch die in den letzten Tagen veröffentlichte Äußerung[1]) eines der Unterzeichner des Göttinger Appells an, die Äußerung von Prof. Walcher in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften.

Die vielen Warnungen aus dem Bereich der Wissenschaft sind bisher in Bonn unbeachtet geblieben, obwohl sie von Fachleuten ausgegangen sind, welche die Wirkung der modernen Kernwaffen, den technischen Stand der Raketenwaffen und die Größe der Waffenarsenale auf beiden Seiten besonders gut abschätzen und beurteilen können. In dem gegenwärtigen, für unser Land so kritischen Augenblick ist es geradezu die Pflicht jedes Deutschen, erneut und gründlich den Wortlaut der zahlreichen Wissenschaftler-Appelle seit 1955 zu studieren und ebenso auch den genauen und vollständigen Wortlaut des Ulbricht-Briefes. Nur wer sich so ein unabhängiges Urteil über die gegenwärtige deutsche Situation erarbeitet, ist in der Lage, eine Politik der wahren deutschen Interessen zu treiben.

Bemühungen solcher Art führen zwangsläufig zu folgenden Schlüssen: Atomare Neutralität in Gesamtdeutschland[2]), Einleitung direkter Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten mit dem Ziel gemeinsamer Abrüstung, Verbot der politischen Hetze und Förderung des Willens zum gegenseitigen Verstehen, Ausrichtung der Volkswirtschaften auf die Ära der friedlichen Koexistenz, deren Herannahen eine unmittelbare Folge der in den letzten Jahren eingetretenen Wandlungen im Kräfteverhältnis Ost—West ist.

---

[1]) W. Walcher, Physikalische Blätter 16. 1. 1960.

[2]) Siehe hierzu den Beitrag des Verfassers „Erklärung deutscher atomarer Neutralität als Konsequenz aus der Entwicklung interkontinentaler Raketen und des ersten künstlichen Erdsatelliten", Blätter für deutsche und internationale Politik 2, 354, 1957.

Wilhelm Vogel

Der eingefrorene Deutschlandplan der SPD

Während sich der Vorsitzende der SPD in den letzten Wochen wiederholt beklagt hat, der Deutschlandplan seiner Partei werde in der Öffentlichkeit zu wenig erörtert, hat es doch die SPD ihrerseits bis heute versäumt, ausgehend von diesem Deutschlandplan, eigene Vorschläge für die Behandlung der deutschen Frage auf der Gipfelkonferenz zu unterbreiten. Ja, es gibt Anzeichen dafür, daß maßgebliche Persönlichkeiten der SPD vom Deutschlandplan bereits wieder abzurücken beginnen. Im nachfolgenden nimmt der zweite Vorsitzende der SPD in Worms aus seiner Sicht zu dieser Frage Stellung. D. Red.

Als der Parteivorstand der SPD Anfang vorigen Jahres mit dem Deutschlandplan an die Öffentlichkeit trat, wurden die darin entwickelten Vorschläge bei der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder und ganz bestimmt auch bei den meisten Wählern mit Begeisterung aufgenommen. Durch diesen Plan wurde einem seit Jahren fühlbaren Mangel abgeholfen und der Passivität und der Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung endlich mit einer klaren Stellungnahme entgegengetreten und damit der vom Bundeskanzler immer wieder vorgebrachte Einwand entkräftet, daß die SPD nur die Politik der Bundesregierung ablehne, aber selber keine eigenen Vorstellungen entwickele.

Welche Schockwirkung der Deutschlandplan bei der Bundesregierung und bei der CDU auslöste, zeigte sich in der sofort einsetzenden heftigen Pressekampagne. Abermals wurde die Sozialdemokratie nach alt bewährtem Muster des Landesverrats bezichtigt, und Adenauer erklärte, daß man der SPD gegenüber nur mit dem Holzhammer vorgehen könne.

Es darf nicht übersehen werden, daß der Deutschlandplan zu einem innen- und außenpolitisch für die SPD günstigen Zeitpunkt veröffentlicht wurde und der Bundesregierung äußerst ungelegen kam. Einerseits waren innerhalb der CDU ernste Unstimmigkeiten aufgetreten, und andererseits war die zu erwartende Genfer Konferenz das Hauptthema der außenpolitischen Betrachtungen. Der Deutschlandplan enthielt viele Gesichtspunkte, die zur internationalen Entspannung beitragen konnten, und das war für die Bonner Regierung und die CDU schon Grund genug, ihn erbittert zu bekämpfen. Von dieser Seite konnte man auch nichts anderes erwarten. Um so bedauerlicher und befremdender war es dagegen, daß der CDU eine unerwartete, aber ihr sehr willkommene Hilfe aus der Sozialdemokratischen Partei selbst zuteil wurde; genauer gesagt von einigen rechtsstehenden Spitzenfunktionären, die sich in der Öffentlichkeit vom Deutschlandplan distanzierten. Das Lob, das daraufhin den Herren Brand, Erler, Mommer und anderen in der CDU-Presse zuteil wurde, muß jeden mit tiefer Besorgnis erfüllen, der in der Sozialdemokratischen Partei die einzige Hoffnung auf eine Wende in der deutschen Politik sieht. Geradezu erstaunlich war die Selbstlosigkeit, mit der die CDU sich bemühte, der SPD „gute Ratschläge" zu geben, was sie zu tun hätte, um bei der nächsten Bundestagswahl die CDU zu überrunden. Man müßte schon ein politischer Säugling sein, um sich einreden zu lassen, daß die CDU an einem Wahlsieg der SPD interessiert sei. August Bebel hat einmal treffend gesagt: „Wenn mich meine Feinde loben, dann weiß ich, daß ich einen Fehler gemacht habe." Was sich dann weiter ereignete, ist geradezu alarmierend. Die von den oben Genannten vertretene Richtung (es wäre zwecklos, sich darüber hinwegtäuschen zu wollen, daß es innerhalb der SPD zwei Richtungen gibt) gewann zusehends an Einfluß in der Führung und setzte es durch, daß auf die außenpolitische Debatte vor der Genfer Konferenz verzichtet wurde. Seitdem ist der Deutschlandplan mehr und mehr in den Hintergrund getreten.

Die „Deutsche Zeitung" vom 28. 1. 1960 konnte folgende Notiz bringen:

„Aus einem Rundfunkinterview des SPD-Vorstandsmitglieds Helmut Schmidt (Hamburg) scheint hervorzugehen, daß die SPD nicht abgeneigt ist, von ihrem Deutschlandplan etwas abzurücken. Der Rundfunkreporter fragte, ob der Deutschlandplan Bestandteil der Außenpolitik der SPD oder ob die Außenpolitik der SPD heute identisch mit dem Deutschlandplan sei. Schmidt beschränkte sich auf die zweite Frage, die er nur „modifiziert bejahen" wolle. Der Deutschlandplan sei jetzt beinahe schon 12 Monate alt, sagte Schmidt. Er sei vor der Genfer Außenministerkonferenz in einer Situation entstanden, in der die Bundesregierung weder der Öffentlichkeit noch den Mitgliedern des Parlaments oder des auswärtigen Ausschusses über die von ihr einzuschlagende Politik Aufschluß gegeben habe. Die sozialdemokratische Opposition habe sich genötigt gesehen, dann wenigstens von sich aus Gedanken zur Konferenz zu entwickeln. Sie habe damals schon gesagt, daß diese Gedanken kein „allein seligmachendes Rezept" seien. Inzwischen habe sich die Lage „ein wenig geändert, nicht zuletzt auch auf dem Felde der großen Abrüstung". Soweit Helmut Schmidt. Da kann man sich nur fragen, was hat sich denn eigentlich geändert? Etwa die ablehnende Haltung der Bonner Regierung gegenüber allen Vorschlägen, die geeignet sind, eine Entspannung herbeizuführen? Ist Herr Adenauer etwa bereit, den kalten Krieg zu beenden? Ist er geneigt, über eine atomwaffenfreie Zone, über eine militärisch verdünnte Zone zu verhandeln? Will er auf die atomare Aufrüstung der Bundeswehr verzichten?

Nein, in dieser Beziehung ist noch kein Ereignis eingetreten, das Veranlassung gäbe, den Deutschlandplan als überholt zu erklären. Im Gegenteil, die Fronten im kalten Krieg haben sich verhärtet. Die Antwort Bonns auf den Abrüstungsvorschlag Chrustschows ist die verstärkte Aufrüstung der Bundeswehr. Die Antwort Bonns auf die beträchtliche Reduzierung der russischen Streitkräfte ist verstärkte Aufrüstung. Die Sowjetunion hat von sich aus auf weitere Kernwaffenversuchsexplosionen verzichtet. Die Bundesregierung denkt gar nicht daran, sich bei den Westmächten zur Einstellung der Kernwaffenversuche ihrerseits einzusetzen, obwohl dies doch sehr naheliegend wäre bei dem guten Einvernehmen, das nach den Worten des Herrn Bundeskanzlers zwischen ihm und den Natopartnern herrscht. Ausgerechnet in dieser Situation glaubt der Parteivorstand der SPD vom Deutschlandplan abrücken und eine Verlautbarung herausgeben zu müssen, worin der Kommunismus als der zur Zeit gefährlichste Feind bezeichnet wird. Damit will man den blinden Antikommunismus der CDU noch übertreffen.

Es braucht wohl an dieser Stelle nicht noch einmal ausführlich dargelegt zu werden, daß der demokratische Sozialismus sich im Weg und in den Methoden zur Herbeiführung einer besseren Gesellschaftsordnung vom Bolschewismus grundsätzlich unterscheidet. Es dürfte aber auch einmal daran erinnert werden, daß durch die Kommunisten in Deutschland noch kein Dachziegel von einem Haus gefallen ist. Die im Bombenhagel zerstörten Städte und die vielen Millionen Tote des zweiten Weltkrieges sind das Werk der Hitlergeneräle und ihrer Hintermänner in der Rüstungsindustrie. Zweimal haben Kapitalismus und Militarismus Deutschland in die furchtbarste Katastrophe gestürzt. Es wäre Zeit, das Wort Bert Brechts zu beherzigen: „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten; es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten."

***

Ein lehrreiches Beispiel

Ein lehrreiches Beispiel für die Pressemethoden und für die Glaubwürdigkeit von Pressemeldungen im Kalten Krieg sei hier vorgeführt. Auch die Verweigerung von Dementis gehört zu diesen Methoden. Das hat z. B. jüngst Frau Prof. Riemeck nach einem verleumdenden Artikel in der „Deutschen Zeitung" erfahren müssen ebenso wie einer der unten Angegriffenen, der auf eine Richtigstellung nicht einmal eine Antwort bekam. In einer großen deutsch-schweizerischen Zeitung stand folgender, Satz für Satz von uns kommentierter Artikel:

Kommunistische Propaganda unter westdeutschen Theologen.

Tel. unseres Korrespondenten O. F. Berlin 15. Januar 1960.

Der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller und der an der Freien Universität in West-Berlin wirkende Theologieprofessor Helmut Gollwitzer haben in der letzten Zeit auf Einladung von Organisationen des SED-Staates die Sowjetzone bereist.

Beide waren von kirchlichen Stellen eingeladen worden, Prof. Gollwitzer von den theologischen Fakultäten der Universitäten Rostock und Greifswald, die theologisch völlig „intakt" sind, d. h. Theologie genau so lehren, wie sie überall, auch in Westdeutschland gelehrt wird.

Während Niemöller direkt mit Parteileuten in Verbindung trat und auf einer Veranstaltung in dem thüringischen Ort Eisleben die sowjetische Politik öffentlich unterstützte,

Niemöller trat mit Angehörigen des Friedensrates in Verbindung. Er unterstützte nicht „die sowjetische Politik", sondern betonte die Notwendigkeit der Abrüstung und begrüßte die Vorschläge Chrustschows vor der UN in New York für eine allgemeine und totale Abrüstung, denen er zu unser aller Bestem Erfolg wünschte.

vermied Gollwitzer, der an der Universität Rostock Gastvorlesungen hielt, eine einseitige Festlegung auf den kommunistischen Kurs.

Er hielt dort theologische Vorlesungen, dabei war gar nichts Politisches „zu vermeiden".

Trotzdem leistete er durch seinen Besuch der SED und ihren kirchlichen Hilfsverbänden einen großen Dienst, der auch prompt mit allerlei Ehrungen an Ort und Stelle honoriert wurde.

Wieso er durch theologische Vorlesungen an einer theologischen Fakultät der SED Dienste erwiesen haben soll, ist uns leider rätselhaft. Ebensowenig können wir verstehen, warum theologische Fakultäten, die genau wie im Westen Pfarrer ausbilden, als „Hilfsverbände der SED" bezeichnet werden. Die „Ehrungen durch die SED" sind völlig frei erfunden, im Gegenteil: niemand von der SED nahm an seinen Vorlesungen teil.

Es ist bemerkenswert, daß der Autor des vor einigen Jahren mit Hilfe des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen erschienenen Buches „Und führen, wohin du nicht willst".

Das Buch erschien ohne jede Unterstützung im Chr. Kaiser Verlag München. Erst später, nachdem es längst seinen Erfolg hatte, übernahm jenes Ministerium eine Sonderauflage zur Verteilung.

von den Exponenten des Sowjetzonenstaates als willkommener Gast empfangen wurde,

Von wem er empfangen wurde, siehe oben! Es ist erstaunlich, daß dieser Journalist christliche Theologen für „Exponenten des Sowjetzonenstaates" hält.

während ein Bürger dieses Staates wegen Besitzes des Buches eine Zuchthausstrafe zu gewärtigen hat.

Es war bisher trotz Nachforschungen nicht festzustellen, daß jemand „wegen Besitzes des Buches" ins Gefängnis oder Zuchthaus gekommen ist. Zu erfahren war nur, daß bei politischen Prozessen der Besitz des Buches als für die Gesinnung des Besitzers bezeichnend gewertet wurde.

Den größten Dienst hatte Gollwitzer den kirchenpolitischen Kreisen der Ost-CDU durch seine Mitwirkung an dem in das Fahrwasser der SED geratenen „Studentenkongreß gegen Atomrüstung" in Westberlin im Januar 1958 erwiesen. Zu den Initiatoren des Kongresses, der mit der Annahme einer Erklärung zugunsten der von Ulbricht propagierten Konföderationsidee beendet wurde,

Daß jener Kongreß nicht „in das Fahrwasser der SED geraten" war und daß jene Erklärung absolut frei und nach den demokratischen Spielregeln zustande kam, wurde längst durch eine Erklärung des Komitees richtig gestellt. Allerdings waren nur wenige Zeitungen so gewissenhaft und wahrheitsliebend, daß sie nach der Falschmeldung auch diese Erklärung verbreiteten.

gehörte der Leiter der Evangelischen Akademie in Westberlin, Erich Müller-Gangloff, der kürzlich eine Gruppe von evangelischen Theologen und Pastoren auf eine Reise in die Sowjetunion führte, um dort unter anderem mit Angehörigen des „Weltfriedensrates" über „Friedensprobleme" zu sprechen. Nach der Rückkehr schrieb Müller-Gangloff in einem Reisebericht, man müsse bei einer Fahrt durch die Sowjetunion vor allem „Empfinden für die feine Grenzen zwischen dem Sagbaren und dem auf keinen Fall Auszusprechenden mitbringen". Die Forderung nach politischem Takt hinderte ihn jedoch nicht daran, nach der Rückkehr aus der Sowjetunion zusammen mit anderen „nonkonformistischen" Theologen beim Kommandanten der französischen Schutzmacht in Berlin einen Protest gegen die geplanten französischen Atombombenversuche in der Sahara einzulegen.

Es ist bezeichnend für den Geisteszustand dieses Kalten-Kriegsberichterstatters, daß er den „Protest" mit der „Rückkehr aus der Sowjetunion" koppelt, um im Leser die Meinung zu erzeugen, Müller-Gangloff sei in der Sowjetunion auf diese Idee gekommen. Übrigens haben diesen Protest nicht nur „nonkonformistische" Theologen, sondern auch andere Geistesschaffende und Christenmenschen, wie z. B. der Berliner Intendant Barlog, unterzeichnet.

An der Kirchlichen Hochschule sowie an der Evangelischen Akademie und der mit amerikanischen Spenden gegründeten und unterhaltenen Freien Universität in Westberlin wirkt seit Jahren eine Gruppe von „fortschrittlichen" Theologen, die mehr oder weniger offen für die Idee eines „Ausgleichs" mit dem Osten auf kirchenpolitischem Gebiet plädieren.

Soll der Hinweis auf die „amerikanischen Spenden" besagen, daß die dortigen Professoren lieber ihrem Gewissen untreu werden und dem Geist der „Freien" Universität und ihrem freien, verantwortungsbewußten Denken Schande machen sollen, indem sie käuflich werden und dem Geld ihre Gesinnung opfern? Und sollte auf „kirchenpolitischem Gebiet" nicht recht sein, was seit Camp David sogar auf dem politischen Gebiet billig ist?

Der profilierteste Vertreter der von Karl Barth und den Thesen der Ost-CDU-Leute beeinflußten Richtung ist der Prodekan der Theologischen Fakultät der Ostberliner Universität, Heinrich Vogel, der gleichzeitig an der Kirchlichen Hochschule in Westberlin lehrt.

Ein Schweizer Theologe und die Ost-CDU also sind die geistigen Ernährer dieser Männer, die zu unselbständig sind, um selbst auf eigene Gedanken zu kommen. Und warum sagt Herr O. F. von Heinrich Vogel nicht, er lehre an der Westberliner Kirchlichen Hochschule und lehre daneben auch in Ostberlin, zumal Vogel in Westberlin wohnt? Die Antwort ist klar: weil Rufmord sein Handwerk ist, weil im Leser der Anschein erzeugt werden soll, der absolut integre Vogel importiere aus dem Osten landesverräterische Einflüsse. Immerhin berichtet O. F. auch, daß Vogel in Westberlin lehrt, während die meisten westdeutschen Zeitun-

gen in ihren Berichten über die letzte Berliner Synode heimtückisch vom „Ostberliner Professor Vogel" sprachen.

Zu den „fortschrittlichen" kirchenpolitischen Kreisen gehören ferner der Theologieprofessor K u p i s c h und Martin F i s c h e r, der inzwischen Westberlin verlassen hat.

Herr O. F. hat seinen gläubigen Leser nun schon soweit, daß dieser denkt: sicher in Richtung Osten! Leider ist das aber schon wieder eine Lüge: Fischer ist noch in Westberlin!

Bischof D i b e l i u s hat vor einiger Zeit aus Protest gegen die Durchsetzung des Lehrkörpers mit „fortschrittlichen" Theologen das Ehrenpräsidium der kirchlichen Hochschule in Westberlin niedergelegt, die innerhalb des vorwiegend lutherisch orientierten Berliner Kirchenbereichs infolge der Beeinflussung durch die Lehren Karl Barths eine gewisse Außenseiterposition einnimmt.

Der Zustrom von Studenten aus Westdeutschland läßt jedenfalls auf eine große Beliebtheit dieser „Außenseiter"-Hochschule schließen. Der Anlaß für den Rückzug des Bischofs Dibelius war die Nichtberufung eines von ihm vorgeschlagenen Pfarrers aus reinen Hochschulgründen.

Auf Seiten der katholischen Theologie sind die Verhältnisse wesentlich klarer, doch ist nicht zu übersehen, daß es den „fortschrittlichen" kirchenpolitischen Kreisen während der Amtszeit des inzwischen verstorbenen katholischen Bischofs von Berlin, Wilhelm W e s t k a m m, gelang, die Ernennung des luxemburgischen Theologen Marcel R e d i n g zum Professor für katholische Theologie an der Freien Universität in Westberlin durchzusetzen. Reding hatte in früheren Jahren — besonders in der Zeit seiner Tätigkeit in Graz — zahlreiche Schriften über Christentum und Marxismus veröffentlicht, die in der Ost-CDU-Presse regelmäßig zitiert und wohlwollend kommentiert wurden. Seitdem er in Westberlin wirkt, hält er sich auf dem Gebiet der politischen Theologie vorsichtig zurück.

Das letztere stimmt, und es wird Prof. Reding nicht angenehm sein, so öffentlich „in der Gesellschaft" genannt zu werden. Die „zahlreichen Schriften" sind seine Dissertation über „Thomas von Aquin und Marx", die von M i k o j a n wohlwollend gelesen wurde, der Reding in die Sowjetunion einlud. Inzwischen hat Reding ein großes Buch über den politischen Atheismus veröffentlicht, das im Osten ablehnend besprochen wurde. Es ist offenbar Herrn O. F. trotz seiner Spürnase noch nicht zu Gesicht gekommen oder er hat es unterschlagen, weil es „nicht in seinen Kram paßte". Oben wurde vom „kirchenpolitischen Gebiet" gesprochen, nun heißt es „politische Theologie". Was stellt sich Herr O. F. eigentlich darunter vor? Wenn sich diese Theologen zu politischen Fragen äußern, dann tun sie das politisch o d e r theologisch. Zu ersterem ist ja jeder Bürger eines demokratischen Staates berechtigt und verpflichtet, auch wenn er einmal nicht mit der Tendenz der derzeitigen Regierung einverstanden ist. Wir waren vor der Belehrung durch Herrn O. F. der Meinung, gerade dies zeichne eine Demokratie vor einer Diktatur aus. Daß solche freie Meinungsäußerung als „kommunistische Propaganda" — siehe Überschrift! — verleumdet wird, beweist, in welch bedrohliche Nähe zu verflossenen undemokratischen Zuständen wir bereits geraten sind. Wenn diese Theologen sich theologisch zu politischen Fragen wie z. B. zur atomaren Bewaffnung äußern, dann tun sie das wohlüberlegt theologisch, wovon sich jeder durch die Lektüre z. B. der Schrift von Prof. D. Helmut Gollwitzer überzeugen kann, und sie tun es, weil sie — ist das so absurd? — meinen, daß die Kirche auch zu politischen Fragen nicht schweigen darf, wenn sie nicht ins Ghetto gehen will. Ebenso könnte sich Herr O. F. sehr leicht durch Vorlesungsbesuche in der Kirchlichen Hochschule davon überzeugen, daß die dortigen Professoren ihr theologisches Lehramt nicht zu politischer, von der Ost-CDU oder gar von der SED beeinflußter Propaganda mißbrauchen, wie er seinen Lesern suggerieren möchte.

Dr. Josef Peters

Die Gefahr ist groß

Eines der größten Übel unserer Tage besteht darin, daß sich die Menschen nicht der Gefahren bewußt sind, in denen sie leben. Wären sie sich nämlich dieser Gefahren bewußt, dann hätte die jüngste außenpolitische Debatte des Bundestages anders verlaufen müssen.

Es genügt, einige Dinge zu registrieren. Nehmen wir als erstes die Pläne des Bundesinnenministers für eine Notstandsgesetzgebung. Hätte Schröder nicht den Fehler begangen, sein Ausnahmegesetz auch für einen möglichen „inneren Notstand" zu konzipieren, wäre er in der glücklichen Lage, auf die Zustimmung der SPD rechnen zu können. Der Kardinalfehler der SPD-Führung besteht nämlich darin, daß sie dieses Gesetz zu bejahen können glaubt, wenn es nur für den „äußeren Notstand" konstruiert wäre. Der äußere Notstand, so spekuliert sie, käme schließlich nur für einen Kriegsfall in Frage, der nach Lage der Dinge kaum eintreten wird. Es hieße aber den Innenminister unterschätzen, wenn er nur den Kriegsfall in Rechnung stellte. Das Notstandsgesetz soll schließlich, wie seine geistigen Väter verkünden, jede Bedrohung der Bundesrepublik von außen abwehren helfen. Die Bundesregierung brauchte keine „Purzelbäume" schlagen, um eines Tages die Existenz der DDR als eine solche Bedrohung darzustellen. Somit besteht die Gefahr, daß — wenn das Notstandsgesetz erst einmal Tatsache ist — der Ausnahmezustand von heute auf morgen und ohne jede akute Kriegsgefahr ausgerufen werden kann.

Die Aktivität des Bundesinnenministers darf nicht losgelöst vom Treiben seiner Kabinettskollegen gesehen werden. Da ist Franz Josef Strauß, der drauf und dran ist, seinen Militärapparat zu komplettieren. Kurzstreckenraketen genügen ihm nicht, es drängt ihn nach Mittelstreckenraketen mit atomarem Verwendungszweck. Gegen den Widerstand der Öffentlichkeit setzte er die Herabsetzung des Wehrpflichtalters von 20 auf 18 Jahre durch, und ohne Kenntnis der Öffentlichkeit verabschiedete sein Ministerium die sogenannte „Truppenführung 1959", ein Dienstreglement, das die Ausrichtung der Bundeswehr auf den Atomkrieg zum Inhalt hat. Im Manöver „Wintershield" wurde die „Truppenführung 1959" erstmals erprobt.

Aber nicht nur Schröder und Strauß tun das ihre, um die friedlichen Absichten der Bundesregierung möglichst unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Da ist auch der Bundesernährungsminister Schwarz, der die Bevölkerung mit Plänen behelligt, die nur ihre Rechtfertigung in kriegsmäßigen Überlegungen finden. Oder soll der Staatsbürger sich „Krisenvorräte" für friedliche Zeiten anlegen?

Auch Sozialminister Blank und Wohnungsbauminister Lücke stehen nicht abseits. Blank drängt auf die Verwirklichung seiner Krankenversicherungsreform, während Lücke das Prinzip der „freien Marktwirtschaft" auf dem Wohnungssektor angewandt sehen möchte. In beiden Fällen werden dem Staatsbürger Lasten zugemutet, die ihre Ursache im Gesamtkonzept der Bonner Politik haben. Zu allem Überfluß — damit die Erwerbstätigen nur ja nicht auf den Gedanken verfallen, höhere Einkommen zu fordern — rät ihnen der Bundeswirtschaftsminister zum „Maßhalten".

Derweil spricht der Bundeskanzler davon, die friedliche Koexistenz sei eine Illusion. Gleichzeitig verkündet er Befreiungsgedanken, wie am 25. 12. 1959 über die „Deutsche Welle". Das hörte sich so an: „Nach wie vor bleibt die Befreiung dieser Deutschen (in der DDR) eine Kernfrage im internationalen Leben der Völker." Während der Audienz bei Papst Johannes XXIII. sprach er gar von der

„göttlichen Mission" des deutschen Volkes bei der Abwehr der aus dem Osten drohenden Gefahren.

Nicht einmal der höchste Repräsentant unseres Staates, der Bundespräsident, wahrt Zurückhaltung. Was dem ehrwürdigen Altbundespräsidenten H e u s s nie über die Lippen kam, spricht Heinrich L ü b k e wie eine Selbstverständlichkeit aus. Die Landsleute in der Zone warten „nun schon fast fünfzehn Jahre vergebens auf ihre Befreiung . . . deshalb haben wir auch in der Zukunft das unsere dazu beizutragen und die notwendigen Verteidigungslasten zu übernehmen". (In der Neujahrsbotschaft.)

Seit 10 Jahren hat Bonn nichts anderes im Sinn, als zu rüsten. Seit 10 Jahren hören wir, daß wir uns stark machen müssen, um die Wiedervereinigung zu erreichen. Nach 10 Jahren ist aber die Wiedervereinigung keinen Schritt näher gerückt. Statt dessen bedrohen uns die Atomrüstungspläne des Bundesverteidigungsministers, das Notstandsgesetz des Bundesinnenministers, die Forderung von Bundesernährungsminister Schwarz nach Krisenvorräten, die Krankenversicherungsreform des Sozialministers, die Wohnungsbaureform Dr. Lückes und die „Maßhalte"-Parolen des Bundeswirtschaftsministers.

Wohin soll das alles führen? Wie lange soll der Rüstungskurs noch fortgesetzt werden? Bis 1961 will Strauß die atomare Bewaffnung der Bundeswehr abgeschlossen haben. Was dann? Dann werden wir so stark sein, wie es die Bundesregierung wünschte. Aber werden wir der Wiedervereinigung näher sein?

Seit 10 Jahren dreht sich die Bonner Politik im Kreise. Als die Bundesregierung letzthin gefragt wurde, wie es weiter gehen soll, fiel dem Bundesaußenminister nichts anderes ein, als zu erklären, es gebe keinen anderen Weg zur deutschen Einheit als den gesamtdeutscher Wahlen. Als der Vorgänger des amerikanischen Außenministers H e r t e r , der inzwischen verstorbene Staatssekretär D u l l e s , am 13. Januar vergangenen Jahres gefragt wurde: „Ist es unsere Einstellung, daß freie Wahlen der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands sind?" antwortete er wie folgt: „Nun, das haben wir niemals gesagt. Die Formel ‚Wiedervereinigung durch freie Wahlen' war die vereinbarte Formel. Dies scheint uns ein natürlicher Weg zu sein. Aber ich möchte nicht sagen, daß es die einzige Methode sei, mit der die Wiedervereinigung herbeigeführt werden könnte."

Das sagte Dulles vor einem Jahr. Heute legt die Bundesregierung wieder die abgespielte Platte auf.

Wie war es denn? Als die Sowjets 1952 ihren ersten Friedensvertragsentwurf vorlegten, antworteten die Westmächte am 25. März 1952 mit der Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen. G r o t e w o h l erwiderte, diese Wahlen könnten binnen weniger Tage stattfinden, wenn man sich über ein gesamtdeutsches Wahlgesetz geeinigt habe. Die Bundesregierung sagte Nein, weil die DDR für sie nicht existierte. Im April 1952 griff auch die Sowjetunion den amerikanischen Vorschlag für gesamtdeutsche Wahlen auf. Sie erklärte: „Die Anerkennung der Notwendigkeit der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen seitens der Regierung der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs würde durchaus die Möglichkeit schaffen, diese Wahlen in kürzester Zeit durchzuführen." Die Westmächte antworteten mit neuen Forderungen. Daraufhin schlugen die Sowjets sofortige Verhandlungen über das Deutschlandproblem und den Abschluß eines Friedensvertrages vor. Davon aber durfte in der Bundesrepublik nicht einmal gesprochen werden. Das Landratsamt Villingen verbot am 22. 3. 1952 eine Versammlung mit folgender Begründung: „Vereinigungen, die den Abschluß eines Friedensvertrages zum Ziel haben, sind nach dem Beschluß der Bundesregierung vom 24. 4. 1951 . . . gemäß Artikel 9, Abs. 2 des Grundgesetzes verboten."

In der Nachtsitzung des Bundestages vom 24./25. Januar 1958 rief der ehemalige Bundesinnenminister Heinemann dem Regierungschef zu: „Herr Bundeskanzler, was Sie in diesen Jahren getrieben haben, war die gleiche Politik der Preissteigerung in der deutschen Politik, wie wir sie auch hier in der Wirtschaft haben. Ich erachte es für die historische Schuld der CDU, daß sie bis zum Jahre 1954 in dieser leichtsinnigen Weise die damaligen Möglichkeiten ausgeschlagen hat, denen wir heute nachtrauern müssen. Wie lange wollen Sie dieses Spiel noch fortsetzen? Wie lange noch?"

Für Heinrich von Brentano hat dieses Spiel noch kein Ende. Ein Jahr, nachdem selbst Dulles die unrealistische Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen fallengelassen hat, tischt er sie aufs neue auf. Tut er es, weil er weiß, daß diese Forderung keinen Schritt weiterführt?

Einhundertneunmal ist die DDR in den vergangenen 10 Jahren mit Verhandlungsvorschlägen an die Bundesregierung herangetreten. Darunter waren Vorschläge über gesamtdeutsche Wahlen, für einen gesamtdeutschen Rat und jetzt neuerdings wieder der Vorschlag für einen Nichtangriffspakt. Bonn hat jedesmal nein gesagt. Bonn will nicht vertraglich auf Gewaltanwendung verzichten, es will keinen gesamtdeutschen Rüstungsstop vereinbaren. Es will die atomare Bewaffnung nicht beenden. Warum das alles? Weil angeblich die DDR nicht existiert, weil man mit ihr nicht verhandeln kann. Trotzdem will man dieses Etwas, das nicht existiert, „befreien".

Es gibt keinen anderen Weg zur Beseitigung der Kriegsgefahr und zur Überwindung der deutschen Spaltung als Verhandlungen mit der DDR. Die Zeit vergeht rasch. Gibt es der Bundesregierung nicht zu denken, daß die Westmächte eine Interimslösung für Westberlin anstreben? Die Westmächte wissen genau, daß die Sowjets am längeren Hebel sitzen. Niemand könnte sie hindern, das Berlin-Problem von sich aus zu lösen. Sie tun es nicht. Ganz einfach aus dem Grund, weil sie wissen, daß die Anerkennung der DDR ohnedies nicht zu umgehen ist.

Es wäre höchst gefährlich, sich der Illusion hinzugeben, das Deutschlandproblem auf gewaltsame Weise durch Annektierung der DDR lösen zu können. Weder die Westmächte noch die Sowjetunion werden sich vor vollendete Tatsachen stellen lassen. Blitzaktionen wie einst gegen Polen gehören der Vergangenheit an. Aber realistisches Denken ist nicht jedermanns Sache. Die Gefahr ist groß, riesengroß, daß Wunschträume und Fehlspekulationen eine Weltkatastrophe auslösen können. Möge sich jeder dieser Gefahr bewußt werden und möge jeder daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß nicht länger damit gezögert werden darf, der Politik in der Bundesrepublik eine neue Richtung zu geben.

Dr. Werner Müller

Das politische Verdikt über Professor Hagemann

Am 1. 12. 1959 wurde der seit April v. J. suspendierte Direktor des Instituts für Publizistik in Münster, Prof. Dr. Walter Hagemann, von der Disziplinarkammer des Landesverwaltungsgerichts Münster wegen Dienstvergehens mit Entfernung aus dem Dienst bestraft. Dem Verurteilten wurden jegliche Unterhaltsansprüche abgesprochen und die Kosten des Verfahrens auferlegt. Form und

Härte des Urteils haben in weitesten Kreisen Bestürzung hervorgerufen. Am 10. 2. 1960 wurde dem Verurteilten die schriftliche Urteilsbegründung ausgehändigt, die sich auf ca. 100 Seiten mit den zahlreichen politischen Anklagepunkten befaßt. Das Gericht hat, wie es ausdrücklich feststellt, die Anklagepunkte für die verhängte Höchststrafe als ausreichend erachtet.

Prof. Hagemann hat beim Oberverwaltungsgericht in Münster gegen das erstinstanzliche Urteil Berufung eingelegt.

Hauptpunkte der Anklage ist der Vorwurf, Hagemann habe mit seinem Auftreten und seiner Rede vor dem „Nationalrat" eine verfassungsfeindliche Organisation unterstützt und dadurch ein schweres Dienstvergehen begangen. Das Gericht hat dabei die Tatsache unbeachtet gelassen, daß eine solche Unterstützung weder beabsichtigt war noch bewirkt worden ist. Es mußte vielmehr eingeräumt werden, daß H. aus nationalen Motiven gehandelt hat, da ihm gesamtdeutsche Verhandlungen als der einzig mögliche Weg zur Wiedervereinigung erschienen. So wenig wie der Bundesregierung war dem Gericht ein anderer gewaltloser Weg bekannt, um die durch das Grundgesetz geforderte Wiedervereinigung zu verwirklichen. Nach geltender Auffassung ist die Wiedervereinigung allen anderen Zielen und Rücksichten juristisch und politisch übergeordnet. Im übrigen widersprechen die Richter sich selbst, wenn sie den von Walter Ulbricht dem Redner gegebenen Antworten überhaupt eine Propagandawirkung in der Bundesrepublik zumessen. Ihre Kenntnisgabe durch den Beklagten an einen kleinen Kreis offiziöser Persönlichkeiten war nicht allein berechtigt, sondern notwendig, da der ganze Vorgang nach Verlauf, Inhalt und Zielsetzung in fast der gesamten Bundespresse falsch dargestellt worden war.

Die Wiedervereinigung

Darüber hinaus hat das Gericht dem Beschuldigten seine gesamte kritische Haltung gegenüber der Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung als Dienstvergehen angerechnet. Es heißt in der Urteilsbegründung:

„Durch die gesamten Äußerungen des Beschuldigten zieht sich die Behauptung, daß die Bundesregierung und an ihrer Spitze der für ihre Politik verantwortliche Bundeskanzler den Willen zur Wiedervereinigung nicht habe, diesen dem Volke vielmehr nur vortäusche. So nennt er u. a. die Wiedervereinigung nur ein „Märchen" (I. 2.), bezeichnet die Politik der Bundesrepublik betreffend die Wiedervereinigung ein „unehrliches, heuchlerisches Verfahren" (I. 4.), rechnet den Bundeskanzler nicht zu denen, die Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland wünschen, weil es für ihn zu unmoralisch und heidnisch ist (I. 2.), sondern zu den Kreisen, die jahrelang die Wiedervereinigung systematisch sabotiert haben, weil er Berlin stets gehaßt hat (I. 5.). So spricht er im Zusammenhang mit der Politik der Wiedervereinigung von „Heuchelei" (I. 2.), „leerer Ausrede" (I. 3.). Der Beschuldigte wußte, das hat er in der Hauptverhandlung eingeräumt, daß er damit den Bundeskanzler und die Bundesregierung einer Grundgesetzverletzung zieh. Denn schon aus dem Vorspruch des Grundgesetzes leitet sich für alle Staatsorgane der Bundesrepublik die Rechtspflicht ab, mit allen Kräften die Einheit Deutschlands anzustreben und alle ihre Maßnahmen auf dieses Ziel auszurichten. (Vgl. Urteil des BVerfG a.a.O. S. 605). Dieser Vorwurf der Verfassungsverletzung und Täuschung, zu dessen Begründung der Beschuldigte keinerlei Tatsachen in der Hauptverhandlung hat anführen können, sondern nur die Auffassung vorgetragen hat, der Bundeskanzler habe über die Einheit Europas die Wiedervereinigung zu erreichen geglaubt, überschreitet weit das Maß der für einen Beamten zulässigen Kritik an der Politik seiner rechtmäßigen Regierung."

Wer die inkriminierten Aufsätze des Beschuldigten in den „Blättern für deutsche und internationale Politik" mit den hier angezogenen Zitaten vergleicht, der stellt zunächst eine unzulässige Verallgemeinerung, Überspitzung und Konzentrierung auf die Person des Bundeskanzlers fest, die der Verfasser offensichtlich nicht beabsichtigt hatte. Ferner muß es Erstaunen erregen, daß ein Verfahren, das sich mit formalen, nicht inhaltlichen Verstößen beschäftigen sollte, auf die inhaltliche Richtigkeit der Behauptung des Beschuldigten einging. Ferner muß es Aufsehen erregen, daß dem Beschuldigten der Vorwurf einer regierungsseitigen Verfassungsverletzung als Dienstvergehen angerechnet würde, wobei wir offenlassen, ob der Beschuldigte in der Hauptverhandlung tatsächlich den Vorwurf der Grundgesetzverletzung erhoben hat. Was aber die Täuschung der Öffentlichkeit über die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung betrifft, so sind dem Gericht offenbar wichtige Tatbestände unbekannt geblieben. Wie oft haben Mitglieder der Bundesregierung einschließlich des Bundeskanzlers öffentlich und feierlich verkündet, die Wiedervereinigung werde bald kommen, obgleich ihr bekannt sein mußte, daß im Zeichen wachsender Aufrüstung und Westintegration derartige Aussichten immer ferner rückten. Kein Geringerer als Herr von Brentano hat offen zugegeben, daß nicht die Wiedevereinigung, sondern die kleineuropäische Integration das oberste Ziel der Bundesregierung sei. Niemals hat die Bundesregierung die Sowjetunion nach dem Preise für die Wiedervereinigung in einem den bestehenden weltpolitischen Realitäten Rechnung tragenden Rahmen gefragt. Auch das Gericht muß wissen, daß die Bundesregierung zu dem Angebot gesamtdeutscher freier Wahlen unter Aufsicht der Großmächte vom Jahre 1952 nein gesagt hat, weil sie eine Abstimmung mit Abrüstung und Neutralisierung hätte kompensieren müssen. Das Gericht sollte auch wissen von den Bestrebungen des Bundeskanzlers, für den Fall der Wiedervereinigung den Generalvertrag auf ganz Deutschland auszudehnen und damit die Wiedervereinigung praktisch unmöglich zu machen. Ein klarer Beweis für die mangelnde gesamtdeutsche Bereitschaft der Bundesregierung ist auch die Saarpolitik gewesen; schließlich war es mehr als eine politische Laune, wenn die beiden Vorkämpfer für die Wiedervereinigung der Saar, Dr. Ney und Dr. Heinrich Schneider, es abgelehnt haben, das Bundesverdienstkreuz aus der Hand dieser Bundesregierung anzunehmen. Offenbar kennt das Gericht auch nicht die Abendländische Akademie und ihren Vorkämpfer P. W. Wenger, dessen „Rheinischer Merkur" ohne Widerspruch des Bundeskanzlers oder sonstiger Mitglieder der Bundesregierung einen Plan der Dreiteilung Deutschlands entwickeln konnte. Weiß das Gericht wirklich nicht, wieviele Mitglieder der Bundesregierung dieser Akademie angehören und daß der „Rheinische Merkur" allenthalben als Adenauers Leibblatt bezeichnet wird, ohne daß dieser je von ihm abgerückt wäre? Auch das Gericht müßte sich jener denkwürdigen Nachtsitzung des Bundestages vom 23. 1. 1958 erinnern, als die Sprecher der Regierung den schweren und sachlich fundierten Vorwürfen der Abgeordneten Dr. Dehler und Dr. Heinemann nicht ein sachliches Argument entgegenzusetzen hatten. Welche Vermessenheit ist es, wenn ein Gericht ohne Kenntnis dieser zeitgeschichtlichen Tatbestände einen Universitätsprofessor für Publizistik und Neueste Geschichte verurteilt, der seine Auffassungen aufgrund sorgfältiger Beschäftigung mit zeitgeschichtlichen Fragen gewonnen hat.

Was schließlich die allgemein bekannte Abneigung des Bundeskanzlers und einiger seiner engsten Gefolgsleute gegenüber Berlin betrifft, so lassen sich seine Äußerungen urkundlich nachweisen; er habe sich in Berlin immer wie in einer heidnischen Stadt gefühlt; die deutsche Hauptstadt müsse zwischen Rebenhügeln, sie dürfe nicht zwischen Kartoffeläckern liegen; wer Berlin zur deutschen

Hauptstadt mache, der schaffe geistig ein neues Preußen; etc. etc. Sind wir schon so weit, daß es einem Hochschullehrer verboten werden kann, eine urkundlich nachweisbare Wahrheit mitzuteilen? Offenbar hat das Gericht auch die außenpolitische Debatte des Bundestages vom 5. 11. 1959 unbeachtet gelassen, in welcher der Fraktionsvorsitzende der FDP das Beweismaterial des früheren Adenauer-Mitarbeiters Kindt-Kiefer über die von Adenauer gewünschte Trennung Berlins von der Bundesrepublik vorlegte? In die gleiche Richtung weisen die Anwürfe der „Abendländer", daß Berlin niemals zum eigentlichen Reich gehört habe, daß man es nur eines Tabu wegen als „die Deutsche Hauptstadt" bezeichne, und daß Adenauer zu diesen und ähnlichen Ausführungen in einer Wahlsondernummer der Zeitschrift „Neues Abendland" das Geleitwort geschrieben hat. Bis heute sind die schweren Vorwürfe des ehemaligen Bundesinnenministers Dr. Heinemann nicht widerlegt, Adenauer habe die schwer um ihre Existenz ringende Berliner CDU im Stiche gelassen und sei trotz drängender Bitten von Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Dr. Schreiber und Dr. Lenz nie nach Berlin gekommen. Damals hat der von Heinemann als Zeuge aufgerufene Dr. Gradl geschwiegen, statt seinem Partei- und Regierungschef zu Hilfe zu kommen. Hat das Gericht auch nicht die bemerkenswerte Rede des Ministers Lemmer auf der Novembertagung 1959 des Kuratoriums Unteilbares Deutschland gelesen, in der Lemmer offen den Vorwurf erhob, daß alle diese Vorgänge seinem Vorgänger Minister Jakob Kaiser das Herz zerbrochen und auch seiner eigenen Gesundheit schwer zugesetzt hätten?

Mit solchen und vielen anderen Beweisstücken hätte der Beschuldigte aufwarten können, wenn man ihn nach Belegen für seinen Vorwurf mangelnder gesamtdeutscher Bereitschaft der Bundesregierung gefragt hätte. Darf man sich wundern, wenn ein erfahrener Publizist, ein Hochschullehrer für Neueste Geschichte und anerkannter Forscher der öffentlichen Meinungsbildung, von solchen Tatsachen tief betroffen, sich entschloß, seine Überzeugung öffentlich kundzutun? Er war zu dieser Kundgabe nicht nur als Staatsbürger und Hochschullehrer berechtigt, sondern im Gewissen verpflichtet.

Die Staatsordnung

Zu den Dienstverfehlungen rechnet das Gericht auch folgendes:

„Vielfach verunglimpft der Beschuldigte in seinen Meinungsäußerungen die rechtsmäßigen Verfassungsorgane und die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, so, wenn er behauptet, das Grundgesetz selbst sei auf die Person Konrad Adenauers zugeschnitten (I. 4.), wenn er den Vorwurf erhebt, die Bundesregierung habe unter der „schützenden Robe der Richter des Bundesverfassungsgerichts" die Volksabstimmung in Hamburg verhindert (I. 2.), also das Bundesverfassungsgericht zu politischen Zwecken mißbraucht, ferner Teile des Bundestages ließen sich unter persönlichen und politischen Druck setzen (I. 4.), entschieden also nicht nach sachlichen Gesichtspunkten; eine politische Beamtenschaft werde durch ein ausgeklügeltes System von Bindungen und Vorteilen in Gehorsam gehalten (I. 4.); das Bundespresseamt führe die Staatsbürger systematisch irre (I. 2.); die Bundesrepublik sei ein Staat ohne Freiheit (I. 2.). Auch diese schweren Vorwürfe hat der Beschuldigte durch keine Tatsachen belegen können, sondern nur die allgemeine Behauptung erhoben, einige Abgeordnete klebten an ihren Diäten, und der damalige Staatssekretär Lenz habe ihm erklärt, er habe zu einer politischen Maßnahme, die er nicht billige, geschwiegen, weil er nicht wieder unbekannter Regierungsrat werden wolle. Damit kann er die gemachten unqualifizierten verallgemeinernden Vorwürfe keinesfalls entschuldigen."

Auch in diesem Falle ist der Beschuldigte nicht nach Beweisen gefragt worden, die er sonst schwerlich schuldig geblieben wäre. Er hätte mit der gesamten Fachwelt feststellen können, daß sich die über jeden deutschen Vergleich hinaus starke Stellung des Bundeskanzlers im Grundgesetz und die Wesensart Konrad Adenauers, den Prof. Theodor E s c h e n b u r g einmal als „Machtmenschen" bezeichnet hat, aufs engste entsprechen und daß Adenauer als Vorsitzender der CDU und des Parlamentarischen Rates auf diese Verfassungsgestaltung entscheidenden Einfluß genommen hat.

Ferner kann mit der gesamten Fachwelt und sogar mit der Regierungskoalition festgestellt werden, daß dem Bundesverfassungsgericht immer wieder Fragen vorgelegt werden, die nicht eigentlich juristischer, sondern politischer Natur sind. Weiß das Gericht wirklich nicht mehr, daß im Streit um die EVG genau der gleiche Vorwurf in viel massiverer Form von der Regierung gegen die SPD erhoben wurde, als diese das Verfassungsgericht anrief? Schließlich weiß jeder politische Praktiker und Staatsrechter, daß im Bundestag immer wieder Entscheidungen wider besseres Wissen getroffen werden, daß das Parlament, ja das Kabinett und erst recht die Opposition über Tatbestände unzureichend informiert werden, über die sie entscheiden müssen, daß offen oder versteckt mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Druckmitteln gedroht (Mandatsverlust, Aufsichtsratsposten) oder ihre Gewährung versprochen wird, daß engste Mitabeiter des Bundeskanzlers der öffentlichen Lächerlichkeit preisgegeben werden, wie die Tonbandaffären Brentano und Lemmer und die Notizbuchaffäre Schröder-Erhardt zeigen, daß politische Resignation in Bonn immer mehr um sich greift und daß in Wahljahren „sachliche Gesichtspunkte" vollends zurücktreten müssen. Was das Bundespresseamt betrifft, so hätte sich das Gericht etwa durch Vergleich der Bulletins mit den amtlichen Akten und der Fachliteratur davon überzeugen können, daß man es in diesem Amt mit der Wahrheit nicht genau nimmt, wenn vermeintliche Regierungsinteressen auf dem Spiele stehen.

Was schließlich den in aller Munde befindlichen, viel mißbrauchten Begriff der Freiheit betrifft, so darf man sich nicht wundern, wenn er unter dem kritischen Auge des Wissenschaftlers die Relativität seiner Geltung enthüllt. Wie wäre es sonst möglich, daß man Länder wie Spanien, Portugal, die Türkei, Formosa, Südkorea als Teile der freien Welt ausgibt, daß man westdeutsche Kontakte mit den Landsleuten in der DDR bestraft, ohne nach Ziel und Inhalt zu fragen, ja, wie wäre dieses Verfahren möglich, in dem die Freiheit der Meinung und der Wissenschaft vor die Schranken des Gerichts gezogen wird?

Kennzeichnend für die Methoden des Gerichts ist seine Verurteilung von kennzeichnenden Begriffen wie „Kalte Krieger". Diese Begriffe sind nicht nur allgemein üblich, sondern die Regierung und Abgeordneten der CDU bekennen sich selbst mit Stolz zur Politik des Kalten Krieges. Für die an dem Scheitern der Wiedervereinigungspolitik Verantwortlichen sind Ausdrücke wie „Illusionisten", „politische Dilettanten" wahrlich eine milde Umschreibung dessen, was mit „gesamtdeutschen Seperatisten" deutlicher gesagt wird. Das Gericht scheint auch nicht zu wissen, daß die Bezeichnung des politischen Zustandes Berlins als „Eiterbeule" von niemandem anders stammt als von Adenauers großem Freund John Foster D u l l e s, der auch als erster den Vergleich zwischen Quemoy und Berlin gezogen hat. Wenn das Gericht es anscheinend verbieten will, „einen amtierenden Bundesminister mit Adolf H i t l e r zu vergleichen", so scheint es zu vergessen, daß in der Demokratie Minister der öffentlichen Kritik nicht entzogen sind und daß ein V e r g l e i c h e n etwas anderes ist als ein G l e i c h s e t z e n. Leider müssen wir feststellen, daß die Methoden der Diskreditierung des politischen Gegners, die in Wahlkämpfen leider nur zu häufig sind, in pein-

lichster Form an ähnliche Methoden des Dritten Reiches erinnern. Ist es nicht infam, in Millionenauflage die Parole zu verbreiten: „Wer SPD wählt, wählt den Untergang Deutschlands" oder „Ich wünsche der SPD etwas mehr Liebe zum deutschen Volk" oder den niederträchtigsten Slogan: „Wer FDP wählt, wählt SPD, wer SPD wählt, wählt U l b r i c h t"?

D i e L e h r f r e i h e i t

Das Gericht verneinte die Zugehörigkeit der inkriminierten Äußerungen zu Wissenschaft, Forschung und Lehre und bestritt damit dem Angeklagten den Anspruch auf das Grundrecht der Lehrfreiheit (Artikel 5 III GG). Die Äußerungen des Beklagten wurden vielmehr als „zufällige Redewendungen zu Tagesereignissen, politische Augenblicksurteile, gelegentliche Artikel in der Tagespresse, Propagandareden für einen Verein oder eine Partei" disqualifiziert. Dies geschah, obgleich dem Gericht bekannt sein mußte, daß allen Äußerungen umfassende Studien und eine geschlossene Gesamtkonzeption zugrunde lagen, die in einer kürzlich erschienenen Schrift „Das Wagnis des Friedens" dem Gericht zugeleitet worden war.

Auch unabhängig vom Gesichtspunkt der Lehrfreiheit qualifizierte das Gericht den Angeklagten schlechthin als Beamten und machte keinen Unterschied zwischen dem weisungsfreien Hochschullehrer und dem weisungsgebundenen Beamten der allgemeinen Verwaltung. Ebenso wenig hielt es das Gericht für notwendig, obwohl es ausdrücklich darauf hingewiesen worden war, einen Unterschied zu machen zwischen dem der Landesregierung unterstellten Hochschullehrer und den von Bonn abhängigen Bundesbeamten. Es muß besonderes Befremden erregen, daß das Gericht es nicht für notwendig hielt, den speziell auf den Fall Hagemann zugeschnittenen Fachaufsatz des Hochschulexperten Prof. Dr. Werner T h i e m e, Saarbrücken, der in den offiziellen Mitteilungen des Hochschulverbandes erschienen ist, auch nur mit einem Wort zu erwähnen.

D i e n e r d e s S t a a t e s

Das Gericht berief sich für seine Entscheidung über den Umfang des Rechtes auf freie Meinungsäußerung eines Beamten einfach ohne jede Erörterung auf „die Urteile des Preuß. Disziplinarhofs", zitiert bei K l e i n in „Die Justiz" 1930 S. 373 ff., insbesondere S. 376 bis 384, und S c h ü t z, „Das Disziplinarrecht des Landes Nordrhein-Westfalen", Bielefeld 1955 S. 94 ff. Trotz seines soviel späteren Erscheinungsdatums enthält auch das zuletzt genannte Werk als anscheinend unbedenklich fortgeltendes Recht zum Thema „Mäßigung und Zurückhaltung des Beamten bei seiner politischen Betätigung auf Grund seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes" nur eine einzige Entscheidung aus den Jahren nach 1933, nämlich eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes von Nordrhein-Westfalen von 1955. Dagegen entstammen alle anderen Entscheidungen der Zeit vor dem 2. 3. 1933: Es sind Entscheidungen des Preuß. Oberverwaltungsgerichts von 1909, 1923 (2) und 1929, des Preuß. Disziplinarhofs von 1923 (2), und 1932. Kennzeichnend sind die folgenden Sätze: „Der Beamte darf sich bei öffentlicher Erörterung politischer Fragen auch nicht zu offenbar unwahren (quis judicat?) und ungerechten Behauptungen und zu verletzenden persönlichen Angriffen verleiten lassen (Preuß. Oberverwaltungsgericht, Urteil vom 24. 9. 1909). Er muß . . . in politischen Kundgebungen die gebührende Rücksicht darauf nehmen, daß er als Diener der Gesamtheit in den für die Staatsverwaltung geschaffenen Beamtenkörper eingeordnet ist, daß die Einordnung eine Unterordnung bedeutet, und daß die innere Kraft der Unterordnung durch die Offenbarung der Mißachtung gegenüber den übergeordneten, insbesondere den mit der Staatsleitung betreuten Stellen und ihren In-

habern in gefährlicher Weise beeinträchtigt wird . . ., wenn die überhand nehmende Einmischung gehässiger Vorwürfe einer unlauteren Gesinnung und Haltung gegenüber den Mitgliedern der Regierung allgemein einen schweren Schaden insofern bereitet, als sie dazu beiträgt, den Sinn für Anstand, Sitte und Ehrfurcht zu zersetzen und die Zerrissenheit zu fördern, so muß doch die Teilnahme eines Beamten an einer solchen Kampfweise für besonders verwerflich und für durchaus unvereinbar mit den Pflichten erachtet werden, die aus dem Amt erwachsen." (Reichsdisziplinarhof, Entscheidung vom 22. 4. 1931). . . . der Beamte ist immer und überall Beamter. Sein Beamtenverhältnis umfaßt seine Gesamtpersönlichkeit. Er ist niemals nur Privatmann. In allen seinen Handlungen, auch außerhalb seinen Dienstes, liegen ihm diese sich aus seinem Beamtenverhältnis ergebenden Sonderpflichten ob, nach denen er sich stets — auch in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte — diejenige Mäßigung und Zurückhaltung oder gar eine Enthaltung aufzuerlegen hat, die durch seine Stellung als Diener der Gesamtheit und des Staates bedingt ist." (Preuß. Disziplinarhof, Urteil vom 2. 3. 1933!) Diese Entscheidungen wurden herangezogen, obwohl das Gericht nachdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß weder die Entscheidungen aus der unmittelbar post-wilhelminischen Epoche, noch die Entscheidungen aus der Zeit der Präsidialdiktatur (1930—1932) noch gar der Zeit nach dem Reichstagsbrand aus dem Zeitzusammenhang gerissen und ungeprüft angewandt werden dürfen, als ob sie unter dem Grundgesetz des republikanischen, demokratischen und liberalen Rechtsstaates entstanden wären.

Einerseits erklärte das Gericht, es werde dem „Angeklagten nicht vorgeworfen, daß er politische Lehren vorgetragen habe, die sich nicht mit der politischen Auffassung der herrschenden Partei vereinbaren lassen", um dann aber fortzufahren: „Vorgeworfen wird ihm vielmehr, daß er . . . bei seinen politischen Kundgebungen nicht gebührend Rücksicht genommen hat auf die staatlichen Interessen, denen er auch außerhalb des Dienstes in seinem Amt zu dienen hat." Ähnlich sagt das Gericht an anderer Stelle, der Angeklagte habe „der geltenden Staatsform und deren Vertretern nicht die gebührende Achtung entgegengebracht", er habe nicht „Respekt vor der Regierung" bewiesen und „weit das Maß der für einen Beamten zulässigen Kritik an der Politik seiner rechtmäßigen Regierung" überschritten. Dies geschah, obwohl das Gericht darauf aufmerksam gemacht worden war, daß Kritik an der jeweiligen Regierung nur in einem Einparteienstaat als Verstoß gegen „staatliche Interessen" qualifiziert werden könnte, im Vielparteienstaat dagegen nur als Kritik an der „herrschenden Partei"; daß es für einen Hochschullehrer zumal bezüglich seiner Sachaussagen nichts dergleichen gäbe wie „seine" Regierung oder „Respekt" oder gar „Ehrfurcht" vor ihr, daß er vielmehr zur Treue zu Staat und Verfassung verpflichtet sei und demzufolge auch die „herrschende Partei" und deren (!) Bundesregierung auf die Achtung der Verfassung hinzuweisen und festzulegen habe.

Das Gericht sagte einerseits, der Angeklagte habe in den inkriminierten Vorträgen und Aufsätzen „die vorgeschriebene Mäßigung und Zurückhaltung erheblich verletzt", weil er „bei pflichtmäßiger Überlegung hätte erkennen können, daß die von ihm gewählten Ausdrücke und Redewendungen unpassend waren und er sich hätte anders ausdrücken können und müssen". Das Gericht erhob aber dann für alle anschließenden Beispiele den Vorwurf, der Angeklagte habe für alle seine „schweren Vorwürfe" „keinerlei Tatsachen" anführen können. Das Gericht ging also von seinem ursprünglichen Vorwurf bloßer Formverletzungen, des Gebrauches „unpassender Ausdrücke und Redewendungen" plötzlich über zu dem Vorwurf der Verbreitung unwahrer Behauptungen über den Inhalt der Regierungspolitik.

Obrigkeitsstaatliches Denken

Das Gericht warf dem Angeklagten also vor, für seine schweren Vorwürfe „keinerlei Tatsachen" beigebracht und damit durchweg die Unwahrheit gesagt zu haben. Dies geschah, obwohl der Angeklagte für alle Vorwürfe in seiner Verteidigungsschrift nachdrücklich und ganz allgemein Beweise für alle seine Vorwürfe angeboten hatte. Das Gericht hat von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht. Dies geschah, obwohl das Gericht für den größeren Teil der Vorwürfe gar nicht nach Tatsachen gefragt hatte, obwohl es für die Vorwürfe, nach denen es gefragt hatte, entweder die Antwort erhielt, daß der Angeklagte die ihm unterstellten Vorwürfe gar nicht mit dem Anspruch auf juristische Beweiskraft, sondern nur als historisch-politische Indizien erhoben hatte, oder aber die Antwort, daß die ihm vorgehaltenen Formulierungen gar keine Vorwürfe enthielten, sondern allgemein gebräuchliche Formulierungen.

Mit diesen massiven Verstößen gegen die anerkannten Methoden einer ordnungsgemäßen Rechtsfindung überhaupt und speziell unter dem Grundgesetz und mit der Richtung dieser Verstöße allein gegen den Angeklagten ist der Rahmen eines bloßen Fehlurteils, eines Justizirrtums oder bloßer landläufiger „Verstöße gegen die Denkgesetze" objektiv überschritten: Freilich wohl nur objektiv, denn diese Richter glaubten sich sicherlich im Recht. Offenbar sind sie schon wieder oder noch so stark in obrigkeitsstaatlichem Denken befangen, daß ihnen jedes Gespür für Inhalt und Geist des Grundgesetzes abgeht.

Diese Urteilsbegründung wurde am 10. Februar dem Verurteilten überreicht, dem gleichen Tage, an dem der Bundestag seine letzte außenpolitische Debatte vor der wahrscheinlich entscheidenden Gipfelkonferenz abhielt. Was aber tat das freigewählte Parlament in dieser Debatte? Es demonstrierte seine „Einheit in der Berlinfrage". Die Regierungspartei beschränkte sich nicht auf diese Proklamation, sie holte vielmehr wieder Forderungen hervor, die auch von den westlichen Verbündeten längst über Bord geworfen wurden, weil mit ihnen eine Wiedervereinigung schlechterdings unvereinbar ist. Leider hat die Opposition wieder einmal gute Miene zu einem hintergründigen Spiel gemacht, anstatt bei dieser letzten möglichen Gelegenheit, einen Kurswechsel herbeizuführen, mit größter Entschiedenheit ihre Kritik auszusprechen. Wenn irgendetwas die Schwäche des Parlaments gegenüber der Führung des einen Mannes, die mangelnde Entschlossenheit der Oppositionsparteien gegenüber einer als verhängnisvoll erkannten Politik, die Abhängigkeit der Parlamentarier von dem von oben verordneten verhängnisvollen Kurse deutlich gemacht hat, dann war es diese Scheindebatte des Bundestages. Der Tag, an dem das frei gewählte Parlament der Bundesrepublik in der Frage der deutschen Wiedervereinigung resigniert hat, brachte dem unermüdlichen Vorkämpfer für eine realistische Wiedervereinigungspolitik Prof. Hagemann als Illustration seine Verurteilung ins Haus; die erste und die dritte Gewalt, die Legislative und die Jurisdiktion, dankten in der gleichen Sache am gleichen Tage zugunsten der zweiten Gewalt ab, der Exekutive. Das obrigkeitsstaatliche Denken hat in einem Augenblick von schicksalhafter Tragweite wieder einmal über das demokratische Denken gesiegt. Erst einen Tag zuvor war Schröders Entwurf über den Ausnahmezustand dem Bundesrat zugeleitet worden. Sollte dieser Entwurf Gesetz werden, dann wird die Legislative auf rechtsstaatlichem Wege ausgeschaltet und Konrad Adenauer wird als Diktator legalisiert, der Gesetze geben, Gegner verhaften und einer parlamentarischen Mehrheit das Risiko einer Neuwahl ersparen kann.

Es gab einmal einen König von Preußen, der sich dem Urteil eines Kammergerichts gebeugt hat, weil er Ehrfurcht vor der Unantastbarkeit des Rechtes

hatte. Heute fordert eine Disziplinarkammer im Gebiet des ehemaligen Preußen Ehrfucht vor der Regierung. Freilich, jener preußische König war ein Schüler der Aufklärung, die heute zugunsten eines mystischen Glaubens an „Eliten" und „große Männer" überwunden ist.

Dr. med. Hans-Joachim Tepe

Zur geplanten Neuregelung der Krankenversicherung

Seitdem Bundesarbeitsminister Blank für seinen Entwurf unerwartet glatt im Kabinett Zustimmung erhielt, ist die vorgesehene Neuordnung der sozialen Krankenversicherung der Bundesrepublik aus dem Stadium der öffentlichen Kritik und Diskussion in das Kreuzfeuer eines z. T. polemischen und der Klärung der Probleme nicht dienlichen Meinungsstreites geraten. Die folgenden Ausführungen stellen den Versuch dar, die aktuelle Problematik unter verschiedenen Gesichtspunkten — ärztlichen, ökonomischen und sozialpolitischen — zu durchleuchten.

Bevor man ein Problem diskutiert, sollte man sich klar darüber werden, wie die Quelle der infragestehenden Problematik aussieht. Es sei daher auf die Hauptmerkmale der jetzigen im Vergleich mit der geplanten Gesetzesformulierung hingewiesen, die man wie folgt skizzieren kann.

Zur Zeit gilt:	Vorgesehen ist:
Kreis der Versicherungspflichtigen	
Arbeiter unterliegen generell der Versicherungspflicht. Die Bruttogehaltsgrenze von 660 DM gilt nur für Angestellte.	Erfaßt sind alle Arbeiter und Angestellten bis zu einem Monatseinkommen von 660 DM. Für den, der mehr verdient — auch für den Arbeiter — entfällt der Arbeitgeberanteil am Krankenkassenbeitrag (durchschnittlich $4^1/_2$ %). Er muß den vollen Beitrag selbst bezahlen.
Vorsorgeuntersuchungen	
Nicht ausdrücklich vorgesehen, aber im Wege der Krankheitsfeststellung auch bisher schon möglich.	a) zur Früherkennung von Krankheiten vom 40. Lebensjahr ab, einmal in 3 Jahren;
Vorsorgekuren	
Nur Kuren zur Wiederherstellung der Gesundheit.	b) einmal jährlich zum Zahnarzt. Zur Vermeidung einer etwaigen Arbeitsunfähigkeit.

hatte. Heute fordert eine Disziplinarkammer im Gebiet des ehemaligen Preußen Ehrfucht vor der Regierung. Freilich, jener preußische König war ein Schüler der Aufklärung, die heute zugunsten eines mystischen Glaubens an „Eliten" und „große Männer" überwunden ist.

Dr. med. Hans-Joachim Tepe

Zur geplanten Neuregelung der Krankenversicherung

Seitdem Bundesarbeitsminister Blank für seinen Entwurf unerwartet glatt im Kabinett Zustimmung erhielt, ist die vorgesehene Neuordnung der sozialen Krankenversicherung der Bundesrepublik aus dem Stadium der öffentlichen Kritik und Diskussion in das Kreuzfeuer eines z. T. polemischen und der Klärung der Probleme nicht dienlichen Meinungsstreites geraten. Die folgenden Ausführungen stellen den Versuch dar, die aktuelle Problematik unter verschiedenen Gesichtspunkten — ärztlichen, ökonomischen und sozialpolitischen — zu durchleuchten.

Bevor man ein Problem diskutiert, sollte man sich klar darüber werden, wie die Quelle der infragestehenden Problematik aussieht. Es sei daher auf die Hauptmerkmale der jetzigen im Vergleich mit der geplanten Gesetzesformulierung hingewiesen, die man wie folgt skizzieren kann.

Zur Zeit gilt:	Vorgesehen ist:
Kreis der Versicherungspflichtigen	
Arbeiter unterliegen generell der Versicherungspflicht. Die Bruttogehaltsgrenze von 660 DM gilt nur für Angestellte.	Erfaßt sind alle Arbeiter und Angestellten bis zu einem Monatseinkommen von 660 DM. Für den, der mehr verdient — auch für den Arbeiter — entfällt der Arbeitgeberanteil am Krankenkassenbeitrag (durchschnittlich $4^1/_2$ %). Er muß den vollen Beitrag selbst bezahlen.
Vorsorgeuntersuchungen	
Nicht ausdrücklich vorgesehen, aber im Wege der Krankheitsfeststellung auch bisher schon möglich.	a) zur Früherkennung von Krankheiten vom 40. Lebensjahr ab, einmal in 3 Jahren;
Vorsorgekuren	
Nur Kuren zur Wiederherstellung der Gesundheit.	b) einmal jährlich zum Zahnarzt. Zur Vermeidung einer etwaigen Arbeitsunfähigkeit.

Arztkosten

Keine Zuzahlung.	Jede ärztliche Leistung (nach einer Gebührenordnung, die noch nicht vorliegt) bezahlt der Erkrankte 6 Wochen lang mit jeweils 1,50 DM. Nach 6 Monaten Behandlungszeit beginnt die Zuzahlung erneut. Ausgenommen von der Kostenbeteiligung sind Kinder. Wer ein Einkommen von weniger als 200 DM im Monat hat, kann auf Antrag von der Zuzahlung befreit werden.

Medikamente

Eine Rezeptgebühr von 0,50 DM.	Zuzahlung von 1 DM durch den Versicherten für jede Verordnung bis zu 5 DM. Darüber hinaus 10 Pf. für jede angefangene Mark, höchstens jedoch 3 DM. Für einige Arzneimittel, die für bestimmte langandauernde Krankheiten gebraucht werden (z. B. Substitutionstherapie, Diabetes), soll Befreiung erfolgen.

Krankenhauspflege

Nur für 26 Wochen. Für Familienangehörige nur „Kann"-Leistung, wird jedoch von den Kassen durchweg gewährt.	a) zeitlich unbegrenzt, für dieselbe Krankheit jedoch nur 78 Wochen innerhalb von 3 Jahren. b) als Pflichtleistung auch für Familienangehörige.

Finanzielle Beteiligung der Versicherten an der Krankenhauspflege

Keine Zuzahlung.	Jeder Kranke zahlt 6 Wochen lang einen Unterhaltsbeitrag im Krankenhaus von 0,5 % seines Monatseinkommens, mindestens jedoch 1 DM, höchstens 3,30 DM je Tag. Für Angehörige, für die der Versicherte Familienhilfe bekommt, ermäßigt sich die Beteiligung auf die Hälfte. Befreiung in Härtefällen ist möglich.

Karenztage

Zwei Karenztage werden bezahlt, wenn die Krankheit länger als 14 Tage dauert.	Zwei Karenztage sind in jedem Falle vorgesehen, ehe die Zahlung von Krankengeld beginnt.

Krankengeld

65—75 % innerhalb der ersten 6 Wochen, 50 % von der 7. bis 26. Woche, dann kein Krankengeld mehr.	60—75 % des entgangenen Arbeitsentgeltes (je nach Familienstand), zeitlich unbegrenzt, für dieselbe Krankheit jedoch nur für 78 Wochen innerhalb von 3 Jahren.

Freiwillige Weiterversicherung

Unbegrenzt möglich.	Ist möglich nach Ausscheiden aus der Pflichtversicherung, sofern der Betroffene während der letzten 5 Jahre mind. 52 Wochen versichert war, davon unmittelbar vor dem Ausscheiden 13 Wochen. Sie erlischt, wenn das Monatseinkommen 1250 DM übersteigt und der Versicherte noch nicht 10 Jahre krankenversichert war.

Arztrecht

a) Begrenzte Zahl der Kassenärzte. b) Die Pauschale für die ärztliche Leistung wird zwischen den Landesverbänden der Krankenkassen und den Kassenärztlichen Vereinigungen frei verhandelt. Ausgegangen wird dabei von einem festen Prozentsatz an der Lohn- und Beitragssumme. Das erst 1955 verabschiedete Kassenarztrecht läßt der Selbstverwaltung einen weiten Spielraum und sieht keine Schiedsrichterfunktion des Bundes vor.	a) Zulassung der Ärzte — auf Antrag muß jeder Arzt am Ort seiner Niederlassung zugelassen werden, sofern er 7 Jahre eigene Praxis hat, oder 10 Jahre am Krankenhaus war, oder das 40. Lebensjahr bei 5jähriger ärztlicher Praxis überschritten hat; Zahnärzte nach 5jähriger Tätigkeit am Ort; b) Honorare — eine Gebührenordnung, die durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates aufgestellt wird. Die Werte für die einzelnen Positionen der Gebührenordnung werden zwischen den Bundesverbänden der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung vereinbart. Kommt eine Einigung nicht zustande, ist der Bundesarbeitsminister Schiedsrichter.

Wie man sieht, stehen gewichtige Änderungen mit weitreichenden Folgen zur Diskussion, die mit Inkrafttreten der Neuregelung sofort direkt 85% der westdeutschen Bevölkerung — so hoch ist etwa der von der soz. Krankenversicherung gesetzlich oder freiwillig betreute Anteil einschließlich der Familienangehörigen — beträfen, zugleich aber nicht minder die Ärzte, Zahnärzte und Apotheker und die mit diesen verbundenen Institutionen und Behörden.

Von den indirekt betroffenen Kreisen wollen wir einmal absehen, um den Rahmen dieser Betrachtung nicht allzusehr auszuweiten.

Allgemeinkritisch sei vorab folgendes bemerkt:

Die Kompliziertheit der Materie einerseits und der große Kreis der Betroffenen (alle Mitglieder der sozialen Krankenversicherung und die gesamte deutsche Ärzte- und Apothekerschaft) macht es völlig unverständlich, weshalb das Bundesarbeitsministerium 1. so spät in der Legislaturperiode an die Ausarbeitung der Reform ging, 2. diese Reform in so mangelhafter Zusammenarbeit mit den für die Erhaltung der Volksgesundheit befaßten Berufsgruppen, nämlich Ärzten, Zahnärzten und Apothekern, ausarbeitete und 3. schließlich den letzten Entwurf den

Fachausschußmitgliedern so spät vorlegte, daß diese zur gründlichen Prüfung bis zur ersten Lesung angesichts der Vielzahl von Problemen nicht genügend Zeit fanden.

Noch befremdlicher ist es aber, wenn die Regierung eines demokratischen Landes es zuläßt, einen Gesetzentwurf, der dem Parlament noch nicht vorgelegen hat, mit allen Mitteln der Publizistik zu propagieren und dem Volk schmackhaft zu machen, noch ehe die Volksvertretung im Parlament Gelegenheit hatte, zu einem solch einschneidenden Gesetz Stellung zu nehmen.

Macht aber die Ärzteschaft als Hüterin der Volksgesundheit von dem demokratischen Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch, indem sie ihrerseits die Bevölkerung und damit die Abgeordneten über den Inhalt und die Folgen des Gesetzes aufklärt, bezeichnet dies eine prominenter Vertreter der Regierungspartei als „staatsabträglich". Und gleich wie seinerzeit zahlreiche Ärzte, die ihre warnende Stimme gegen die atomare Rüstung erhoben, völlig zu Unrecht in diffamierender Art und Weise als „kommunistisch inspiriert" etc. hingestellt wurden, so waren auch jetzt wieder Überschriften zu lesen wie: „Ärzte hinter der roten Fahne" oder solche, die besagen, die Ärzte hätten Gewerkschafts- oder Parteigelder für einen Kampffonds erhalten. Wo bleibt da die Sauberkeit der Demokratie, für die sich die jüngere Generation einsetzen und zu deren Prinzipien wir unsere Jugend erziehen sollen?

Distanzieren wir uns nun von den unerfreulichen Auswüchsen dieses Meinungsstreits und versuchen wir aufzuzeigen, worin die Problematik des Themas liegt.

Hinsichtlich der Abgrenzung des Kreises der Versicherten, der ohne Zweifel ein wichtiges Erfordernis einer vernünftigen und sozialökonomisch vertretbaren Regelung ist, hat die Ärzteschaft schon seit 2 Jahren Vorschläge zur Diskussion gestellt. Krankengeld und Krankenpflegekosten sind zwei völlig verschiedene Risiken, die bei den verschiedenen Gruppen der Versicherten ganz unterschiedlich zu Buche schlagen. Die Krankenkasse als Träger beider Versicherungen sollte sie hinsichtlich Beiträgen und Leistungen getrennt behandeln, wobei die Beiträge für Krankengeldleistungen durch eine Beitragsbemessungsgrenze nach oben ein Limit haben müßten.

Die Krankenpflege müßte dagegen gleich sein und von den nach Einkommen gestaffelt unterschiedlichen Beiträgen gemeinsam getragen werden. Folgerichtig müßten die freiwillig Weiterversicherten und die freiwillig Versicherten für die Krankenpflege die prozentual gleichen Anteile ihres Einkommens abführen wie die Pflichtversicherten.

Auf diese Weise ließe sich die Begrenzung des Versichertenkreises elastisch und sinnvoll lösen: Der freiwillig Versicherte könnte selbst überlegen und entscheiden, von wann ab er den „Solidaritätsschutz" zu Gunsten eines der Eigenversorgung dienenden Privatversicherungsvertrages aufgibt.

Eine andere Möglichkeit für die freiwillig Versicherten wäre der Übergang vom Naturalleistungssystem zur Kostenerstattung der Krankenpflege- und Arzneikosten.

Die Vorsorgeuntersuchungen sind eine Einrichtung, die im Interesse des Prinzips des „Vorbeugen ist besser als Heilen" liegen; gleiches gilt von den Kuren zur Vermeidung einer etwaigen Arbeitsunfähigkeit, die vom behandelnden Arzt im Einvernehmen mit dem Vertrauensarzt vorzuschlagen wären. Eine Beteiligung in zumutbarem Umfang an den Kosten solcher Kuren wäre im Gegensatz zu anderen Selbstbeteiligungen durchaus vertretbar. Auch die vorgesehenen Lösungen für Vorsorgeuntersuchungen im Rahmen der Mutterschaftshilfe sind ärztlich zu befürworten.

Die „Selbstbeteiligung der Versicherten" ist ohne Zweifel das „heißeste Eisen" innerhalb der Reformvorschläge. Genau genommen handelt es sich um „zusätzliche Beiträge" anläßlich des Arztbesuches, des Arzneimittelerwerbs und des Krankenhausaufenthaltes. In diesem Punkte herrscht allenthalben eine bemerkenswerte Einigkeit in der Ablehnung.

Das Selbstbeteiligungsprinzip sieht der Bundesarbeitsminister als Bindeglied für die menschliche Beziehung Arzt—Patient an. Sowohl der Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik als die Ärzteschaft können dieser Auffassung nicht beipflichten. Die Selbstbeteiligung soll dem Versicherten das Gefühl, eine Art Privatpatient dem Arzt gegenüber zu sein, verschaffen. Das ist aber nicht des Pudels Kern und wäre mit solch einem Kniff gar nicht zu realisieren.

Sicher sind die Verhältnisse in der heutigen Kassenpraxis oft alles andere als ideal. Das liegt aber vor allem an der Überfüllung der Wartezimmer, der Beschränkung der Zulassung für Kassenärzte, der Notwendigkeit für den Arzt, in der Zeiteinheit zu viele Patienten behandeln zu müssen etc.

Es erscheint mir wesentlich, einige Stellen aus dem Text der ministeriellen Begründung zu bringen:

„Die Beteiligung bezweckt nicht, die Versicherten vom Arztbesuch abzuhalten, sondern will ihnen zum Bewußtsein führen, daß die ärztliche Behandlung im Interesse der Versichertengemeinschaft maßvoll in Anspruch genommen werden soll." Da kann man nur sagen: möglich, daß sie nicht bezweckt, aber höchst wahrscheinlich, daß sie dem Patient den Weg zum Arzt in gesundheitspolitisch gesehen bedenklicher Weise verbaut. Wie oft fällt es uns Ärzten nicht leicht, im Beginn einer Krankheit deren wahren und prognostischen Charakter zu erkennen. Nun aber soll in vielen Fällen der Laie selbst die Entscheidung darüber fällen. Die pseudo-wissenschaftlichen medizinischen Beiträge der Illustrierten werden eine neue Blütezeit erleben!

Näher an die Hauptmotive führt uns schon der Satz: „Die Selbstbeteiligung ist zur Finanzierung der notwendigen Leistungsverbesserungen erforderlich." Auf finanzielle Fragen gehe ich später noch ein.

Weiter will das Bundesarbeitsministerium mit der Selbstbeteiligung und Verminderung sogenannter Bagatellfälle der mißbräuchlichen Ausnutzung der Krankenversicherung entgegenwirken.

In dieser Auffassung ist eine Diskriminierung der Versicherten zu sehen, denen man in erheblichem Ausmaß einen Mißbrauch der Krankenversicherung unterstellt. Kein vernünftiger Mensch wird leugnen, daß auch die sozialen Versicherungseinrichtungen, wie alle Einrichtungen, Gesetze und Bestimmungen, die Vergünstigungen einräumen, in begrenztem Umfang mißbraucht werden. Indirekt richtet sich diese Diskriminierung auch gegen die deutsche Ärzteschaft, denn ein Versicherungsmißbrauch von Rang ist ja nur unter ärztlicher Mitwirkung möglich.

Die Ärzteschaft sieht diese Frage aber frei von Ressentiments und warnt in erster Linie vor den möglichen Gefahren für die Volksgesundheit, wenn den Versicherten vom Arzt und Apotheker eine finanzielle Barriere trennt. Aus Bagatellfällen können sich dann allzuleicht ernste Krankheiten entwickeln.

Völlig unausgegoren erscheint auch die Konzeption vom Inkasso der zusätzlichen Selbstbeteiligung, die man zuerst den Ärzten selbst, nach deren Protest den Kassenärztlichen Vereinigungen aufbürden möchte, ohne sich offenbar zu vergegenwärtigen, welchen verwaltungstechnischen Aufwandes dies in finanzieller (ca. 200 Mill. DM) und personeller Hinsicht bedarf.

Wenig glücklich erscheint auch die Handhabung der Frage des sozial-ärztlichen Dienstes. Der Arbeitsminister spricht abmildernd nicht mehr vom „Vertrauensärztlichen Dienst", sondern vom „Beratungsärztlichen Dienst", obwohl der bis-

herige Vertrauensarzt nun eine ganz kurzfristig eingeschaltete Kontrollinstanz darstellen soll, die das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient unnötig belastet und auch für den Arzt sowie den Vertrauensarzt zweifellos zu vielen peinlichen Differenzen führen wird.

Was das Kassenarztrecht anlangt, so ist zwar der Vorschlag bezüglich des geplanten Kassenzulassungsmodus zu begrüßen. Andererseits war diese oder eine ähnliche Lösung mehr als überfällig. Denn bisher stand die angeblich mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbarende Schaffung eines numerus clauses für Medizinstudenten in krassem Gegensatz zu der nach starren Verhältniszahlen Arzt—Patient gehandhabten Zulassungsmethode.

„Die sozial-politischen Informationen" behaupten, der Regierungsentwurf berücksichtige den Vorschlag der Ärzte, die Höhe der Gebühren durch Vertrag zwischen Ärzten und Krankenkassen vereinbaren zu lassen. (Ausgabe 41 vom 20. 11. 1959). Dies trifft nicht zu. Richtig ist vielmehr, daß im Streitfalle die ärztliche Vergütung nicht mehr durch ein unabhängiges Schiedsamt, sondern durch den Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung festzusetzen sein soll. Damit hebt der Entwurf die bisherige Vertragsfreiheit mit den einzelnen Kassen- und Kassenarten auf, die die wirtschaftliche und soziale Struktur der Mitgliederkreise berücksichtigt.

Das Thema Selbstbeteiligung — besser gesagt „zusätzliche Selbstbeteiligung" — soll Ausgangspunkt einiger kurzer ökonomischer Betrachtungen sein. Die Höhe der Zuzahlung gilt z. B. unverändert für einen Versicherten mit 350 DM Einkommen wie für einen solchen mit z. B. 900 DM Monatsgehalt. Und um ein paar Krankheiten und ihre Kosten anzugeben:

Grippe mit Folgeerkrankungen kann innerhalb 6 Wochen 31,50 DM, Ischias 24 DM, Kreislaufstörungen 22,50 DM, Gallenblasenentzündung 15 DM erfordern. Dazu kämen noch Arzneimittelbeiträge; ein Krankenhausaufenthalt ist noch nicht berücksichtigt.

Ein Zusatzbetrag für Medikamente sähe in der Praxis etwa so aus: Die vom Arzt verschriebenen Schmerztabletten im Wert von 1,50 DM werden den Kassenpatienten — der sie nach Meinung der Reformer überflüssigerweise holt — 1 DM zusätzlich kosten. Im Falle einer Lungenentzündung mit einem Aureomycin-Rezept von 36 DM müßte der Kranke 3 DM Zuzahlung leisten. Die vorgesehenen Zusatzbeiträge treffen also nicht den immer wieder zitierten „Bagatellfall". Mit der Ernsthaftigkeit der Erkrankung steigert sich jedenfalls der geforderte Zusatzbeitrag, eine gesundheitspolitisch und sozial gesehen bedenkliche Bestimmung, da selbst Rentner und Arbeitslose ohne Rücksicht auf die Höhe der Rente bzw. der Unterstützung und ohne Begrenzung die im Entwurf vorgesehenen Zusatzleistungen für Arzneimittel bezahlen müssen.

Wie sieht nun die Bilanz des ganzen Reformwerkes aus?

Addiert man diejenigen Leistungsverbesserungen, die im Jahre des Inkrafttretens des Regierungsentwurfes auf die Krankenkassen zukommen würden, unter Zugrundelegung der Zahlen, die die Begründung des Regierungsentwurfes enthält, so ergibt sich eine Summe von 333 Mill. DM. Davon müßten noch die Summen abgesetzt werden, die durch die Einschränkung von satzungsmäßigen Mehrleistungen frei werden und die naturgemäß kaum zu schätzen sind, ferner die oben erwähnten 10 Mill. DM bei der Entbindungskostenpauschale. Eine Summe von 300 Mill. DM dürfte also — wenn die Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums einigermaßen richtig sind — etwa das treffen, was das „Kernstück" des Entwurfs umfassen soll. Um dieser 300 Mill. DM willen aber will man einen Zusatzbeitrag in verschiedenen Formen von rund 550 Mill. DM erheben, will

einen beratungsärztlichen Dienst für angeblich nur 20 Mill. DM Mehrkosten einführen, will der Ärzteschaft einen Verwaltungsapparat aufzwingen, der ihr bis zu 200 Mill. DM Belastungen bringen dürfte.

Eine vorsichtige Rechnung eines anerkannten sozial-politischen Fachmannes, Prof. Schellenberg, ergibt, daß die Leistungsverbesserungen jährlich ca. 350 Mill. DM ausmachen werden, die Mehrbelastungen der Versicherten etwa 740 Mill. DM, was die Meinung des Arbeitsministers, die Selbstbeteiligung sei zur finanziellen Deckung der Leistungsverbesserungen notwendig, in reizvollem Kontrast beleuchtet. Z. Z. werden im Bundesgebiet ca. 115 Mill. DM Behandlungsfälle pro Jahr abgerechnet mit etwa 550 Mill. DM Leistungen nach der jetzigen Gebührenordnung. Nach der neuen Gebührenordnung (die groteskerweise nicht etwa simultan mit dem Reformentwurf fertiggestellt wurde, sondern erst in Kürze zu erwarten ist) wird für die Kassenärztliche Vereinigungen, selbst bei einer Halbierung der Leistungen nach dem Gruppentarif, der finanzielle Effekt der zusätzlichen Selbstbeteiligung völlig illusorisch sein.

Ich glaube, diese wenigen Hinweise genügen, um die ganze Problematik der Finanzierungsmöglichkeiten und -Methoden deutlich zu machen. Solange Regierungen steigende Rüstungsausgaben in ihren Etats vorsehen, muß es dem kritischen Bürger Unbehagen verursachen, wenn der Sozialetat undurchsichtig wird. Zweckentfremdung von bestimmten finanziellen Mitteln gab es und gibt es leider immer wieder. Vom Sozialetat wurden im kaiserlichen Deutschland 3 Milliarden, unter Hitler 10 Milliarden für Rüstungsfonds entnommen. Zwei verlorene Kriege erfordern eben nun einmal in einer christlich fundierten Welt enorme Mittel an Wiedergutmachung sowie zur Linderung sozialer Notstände, ohne daß man nun gleich ins Extrem fallen müßte, indem man einen Wohlfahrtsstaat wünscht, bei dem jeder Bürger eine Hand in die Tasche des Nachbarn steckt oder einer des anderen Krankenwärter ist. Diese Art von Solidarität wäre für die Währungsstabilität — und die Volkswirtschaft überhaupt — in Ländern, die zwei Weltkriege hinter sich und die Hauptlast der zu versorgenden alten Bevölkerungsgruppen noch vor sich haben, verhängnisvoll. Aber auch ein Land wie Schweden, das seit mehreren Generationen eine ungestört friedliche Entwicklung nahm, zeigt, wie bedenklich ein Wohlfahrtsstaat inflationäre Tendenzen beschleunigen kann und daß solche Experimente lange Zeit laufen müssen, ehe sie endgültig zu beurteilen sind.

Wenn eine Regierung zu Lasten der Gesundheit des Staatsbürgers den Sozialetat überkompensieren will, darf sie sich nicht wundern, daß sie allerseits Unwillen bei den Betroffenen erregt. Wenn sie den Etat hinsichtlich Ausgaben und Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen beabsichtigt oder zu limitieren gedenkt, um Steuererhöhungen zu vermeiden, so erscheint dies durchaus billigenswert.

1913 arbeitete man in Deutschland 11 Tage für Sozialleistungen
1938 " " " " 22 " " "
1950 " " " " 44 " " "
1960 sind etwa zu arbeiten 50 " " "

1913 wurden rund 38 %, 1938 ca. 43 %, 1950 50 % des Sozialbetrages durch öffentliche Mittel erbracht.

Gewiß sind das Zahlen, die zu Überlegungen und Plänen veranlassen, wie man den Sozialetat vor exzessiven Ausmaßen bewahren könnte. Welche Wege böten sich hierfür an?

1. Es wäre m. E. vertretbar, die einmalige Krankenscheingebühr und die Rezeptgebühr indexmäßig mit dem Lohn- und Preisniveau anzuheben.
2. Sodann wäre es an der Zeit, endlich den Fortschritten von Zivilisation und Wissenschaft, die zu einer merkbar gesteigerten Lebenserwartung geführt

haben, Rechnung zu tragen, d. h. der Zeitpunkt der gesetzlichen Pensionierung sollte um 1, wenn nicht 2 Jahre hinausgeschoben werden. Gerade die höchst aufschlußreichen Studien und Beobachtungen von Prof. J o r e s und seiner Schule zum Thema „Pensionierungstod" haben eindeutig gezeigt, wie ungünstig sich heute, wo die Menschen älter und länger leistungsfähig bleiben, eine zu frühe Berentung auswirkt. Hier liegen unnötigerweise erhebliche produktive und finanzielle Reserven, deren Ausschöpfung in jeder Hinsicht wünschenswert erscheint.

3. Senkung der Krankenhauspflegekosten durch Schaffung von „Leichtkrankenhäusern". Der kürzlich wieder in unangenehmer Weise zu Tage getretene Bettenmangel der westdeutschen Krankenanstalten beruht zum großen Teil auf einer fehlerhaften Krankenhausstruktur. Der zunehmende Anteil alter Patienten bringt in Gestalt der Pflegefälle und Alterskrankheiten einen neuen und nicht übersehbaren Akzent in das Mosaik der spitalbedürftigen Krankheiten. Wegen des Bettenmangels blockieren zahlreiche Kranke mit langwierigen Krankheiten Betten von Abteilungen, die einen viel zu kostspieligen diagnostischen und therapeutischen Zuschnitt für diese Pflegefälle bieten.
4. In Zusammenhang damit steht der Vorschlag, solche Leichtkrankenhäuser auch personell weniger aufwendig auszustatten. Die Liberalisierung der Niederlassung wird für die Ärzte eine Entlastung der überfüllten Praxen mit sich bringen. Teilweise werden sie die gewonnene Zeit und Arbeitskraft ihren Patienten, teilweise als Belegarzt einer Leichtkrankenhausabteilung zukommen lassen können.

Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst M a y

Wiederbegegnung mit der Sowjetunion nach 30 Jahren

Im Jahre 1929 erhielt ich den Ruf der UdSSR, mit einem Stabe von mir zu wählender Mitarbeiter maßgeblich an dem Aufbau der Wohnstädte mitzuwirken, die im Zusammenhang mit der Entwicklung der Schwerindustrie in verschiedenen Teilen Rußlands errichtet werden sollten. Mit einer Gruppe von Spezialisten, Eisenbahningenieuren, Tiefbautechnikern, Landschaftsgestaltern, Innenarchitekten u. a. begann ich im Frühjahr des Jahres 1930 meine Arbeit mit dem Sitz in Moskau.

Wir hatten uns zuvor mit dem Studium der russischen Sprache befaßt und auch versucht, uns mit den inneren Verhältnissen des Landes einigermaßen vertraut zu machen. Trotzdem bedurfte es geraumer Zeit, ehe wir uns mit den gegenüber den unseren so gänzlich verschiedenen Lebensbedingungen in der Sowjetunion abfinden konnten. Wohin das Auge schaute, fanden wir Spruchbänder, Fahnen, Plakate oder an Masten gebündelte Lautsprecher, die die kommunistischen Leitsprüche verkündeten. Bei der 1.-Mai-Feier sahen wir in überlebensgroßen Dimensionen entwickelte Standbilder auf den Hauptplätzen der Stadt, die im Charakter

haben, Rechnung zu tragen, d. h. der Zeitpunkt der gesetzlichen Pensionierung sollte um 1, wenn nicht 2 Jahre hinausgeschoben werden. Gerade die höchst aufschlußreichen Studien und Beobachtungen von Prof. J o r e s und seiner Schule zum Thema „Pensionierungstod" haben eindeutig gezeigt, wie ungünstig sich heute, wo die Menschen älter und länger leistungsfähig bleiben, eine zu frühe Berentung auswirkt. Hier liegen unnötigerweise erhebliche produktive und finanzielle Reserven, deren Ausschöpfung in jeder Hinsicht wünschenswert erscheint.

3. Senkung der Krankenhauspflegekosten durch Schaffung von „Leichtkrankenhäusern". Der kürzlich wieder in unangenehmer Weise zu Tage getretene Bettenmangel der westdeutschen Krankenanstalten beruht zum großen Teil auf einer fehlerhaften Krankenhausstruktur. Der zunehmende Anteil alter Patienten bringt in Gestalt der Pflegefälle und Alterskrankheiten einen neuen und nicht übersehbaren Akzent in das Mosaik der spitalbedürftigen Krankheiten. Wegen des Bettenmangels blockieren zahlreiche Kranke mit langwierigen Krankheiten Betten von Abteilungen, die einen viel zu kostspieligen diagnostischen und therapeutischen Zuschnitt für diese Pflegefälle bieten.
4. In Zusammenhang damit steht der Vorschlag, solche Leichtkrankenhäuser auch personell weniger aufwendig auszustatten. Die Liberalisierung der Niederlassung wird für die Ärzte eine Entlastung der überfüllten Praxen mit sich bringen. Teilweise werden sie die gewonnene Zeit und Arbeitskraft ihren Patienten, teilweise als Belegarzt einer Leichtkrankenhausabteilung zukommen lassen können.

Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst M a y

Wiederbegegnung mit der Sowjetunion nach 30 Jahren

Im Jahre 1929 erhielt ich den Ruf der UdSSR, mit einem Stabe von mir zu wählender Mitarbeiter maßgeblich an dem Aufbau der Wohnstädte mitzuwirken, die im Zusammenhang mit der Entwicklung der Schwerindustrie in verschiedenen Teilen Rußlands errichtet werden sollten. Mit einer Gruppe von Spezialisten, Eisenbahningenieuren, Tiefbautechnikern, Landschaftsgestaltern, Innenarchitekten u. a. begann ich im Frühjahr des Jahres 1930 meine Arbeit mit dem Sitz in Moskau.

Wir hatten uns zuvor mit dem Studium der russischen Sprache befaßt und auch versucht, uns mit den inneren Verhältnissen des Landes einigermaßen vertraut zu machen. Trotzdem bedurfte es geraumer Zeit, ehe wir uns mit den gegenüber den unseren so gänzlich verschiedenen Lebensbedingungen in der Sowjetunion abfinden konnten. Wohin das Auge schaute, fanden wir Spruchbänder, Fahnen, Plakate oder an Masten gebündelte Lautsprecher, die die kommunistischen Leitsprüche verkündeten. Bei der 1.-Mai-Feier sahen wir in überlebensgroßen Dimensionen entwickelte Standbilder auf den Hauptplätzen der Stadt, die im Charakter

modernistischer Plastiken aus Sperrholz und Metall Helden der Arbeit, politische Führer oder andere Gestalten der öffentlichen Verehrung versinnbildlichten. Auf den Straßen fanden wir die Menschen dicht zusammengedrängt, oft primitiv gekleidet, vielfach unterernährt und nie heiter. Man hatte die Empfindung, die sich nach längerem Aufenthalte immer mehr in uns vertiefte, daß das gesamte Volk freiwillig oder unfreiwillig, aber auf jeden Fall bewußt, tägliche Opfer für das riesenhafte Aufbauwerk brachte, das die politische Führung zu verwirklichen strebte. Es war schon damals außerordentlich schwer, sich ein objektives Bild über das große Geschehen zu verschaffen, da wir zu sehr dazu neigten, die Dinge aus westlichen Aspekten zu betrachten. Es erschien uns zunächst untragbar hart, den menschlichen Lebensstandard, angefangen mit Ernährung und Kleidung, überprimitive und unzureichende Verkehrsmittel, bis zu dem nach unseren westlichen Begriffen höchst kümmerlichen Angebot in Läden und Kaufhäusern zu begreifen. Offensichtlich bedurfte es eines Abstandes vom Erlebten von Jahrzehnten, um die Berechtigung des dem Volke auferlegten überharten Lebenskampfes einigermaßen objektiv beurteilen zu können.

Man stellte mir und meinen Mitarbeitern einen Schlafwagen zur Verfügung. Mit diesem bereisten wir das Land, d. h. wir ließen uns jeweils dort auf ein Nebengeleise schieben, wo wir städtebauliche Aufgaben zu lösen hatten. Bei diesen Reisen erlebten wir am eigenen Körper einige der außerordentlichen Schwierigkeiten, die Rußland zu bewältigen hatte, um seine im ersten Weltkrieg in großem Umfang demolierten Verkehrsanlagen wieder in Gang zu bringen. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Waggons und insbesondere die der Lokomotiven war äußerst beschränkt, und wiederholt blieben wir halbe Tage auf freier Strecke liegen, wenn eine Lokomotive zusammengebrochen war und Ersatz beschafft werden mußte. Wir saßen dann oft bei eisiger Kälte, in Pelze gehüllt, verloren in weiter Schneelandschaft, bis wir unsere Fahrt fortsetzen konnten. Die Zustände in den Wartesälen der Bahnhöfe spiegelten eindeutig die Verkehrsnot. Dicht zusammengedrängt hockten ganze Familien mit Sack und Pack auf den Fußböden der Wartesäle in einer Luft, die den Atem benahm. Die Menschen spuckten um sich, so daß es ekelerregend war, wenn wir uns durch diese lebenden Bündel den Weg zum Bahnsteig zu bahnen hatten. Tagelang warteten diese Menschen darauf, bis sie eine Fahrkarte zur Weiterfahrt erhielten. Ungepflegt fanden wir auch die Straßen und Baulichkeiten in den Städten. Man hatte offenbar zunächst noch Wichtigeres zu tun.

Allmählich gewöhnten wir uns daran, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu unterscheiden, uns auf unsere Arbeit zu konzentrieren und die Schwierigkeiten des Alltagslebens zu vergessen. Anders lagen die Dinge allerdings für unsere Frauen, denen die schwere Arbeit der Haushaltung in unseren Wohnungen zufiel und die nun drohten, bei den fortgesetzten Mühsalen des täglichen Lebensablaufes — von der nichtfunktionierenden Heizung an über Transportschwierigkeiten und das Einkaufen in langen Schlangen — die Nerven zu verlieren, bis auch sie sich jene seelische Hornhaut zugelegt hatten, ohne die in den damaligen Tagen das Leben für den Westeuropäer in der Sowjetunion schier unerträglich schien.

Wir arbeiteten in der Weise, daß wir, an einem unserer Zielorte angelangt, von den lokalen Sowjetstellen Transportmittel und Unterkünfte zur Verfügung gestellt bekamen und nunmehr sofort mit unseren planerischen Studien begannen. Die Arbeit war häufig sehr erschwert durch den Mangel an brauchbarem Kartenmaterial. Und es bedurfte unermüdlicher Arbeitskraft und fortgesetzter Bewältigung von Hindernissen, die uns bei ähnlicher Arbeit im Westen gänzlich unbekannt waren, um unser Ziel zu erreichen. Es bedarf kaum besonderer Erwähnung, daß während der langen Wintermonate äußerst harte klimatische Bedingungen,

wie Temperaturen bis zu 45 Grad Kälte, unsere Arbeit erschwerten. Nur ein unermüdlicher Arbeitsfanatismus hielt uns aufrecht und die Erkenntnis der einmaligen Bedeutung der uns gestellten Aufgabe. Erfreulich war von Anbeginn unserer Arbeit an nicht nur das Arbeitsverhältnis innerhalb unserer Gruppe, sondern auch das mit unseren russischen Mitarbeitern. Jeder gab das Beste an seinem Platze, und nur so war es möglich, die zahlreichen Planungen, die wir während des dreijährigen Aufenthaltes beendeten, zu schaffen.

Bei den umfangreichen Reisen, die uns in den Ural, an die mongolische Grenze, im Süden bis zur türkischen Grenze führten, hatten wir eine Unzahl höchst eindrucksvoller Erlebnisse, die sich uns allen unvergeßlich einprägten. Gelegentlich erhielten wir primitive Autos zur Verfügung gestellt, die vorn statt der Kühlerkappe ein in Lappen gehülltes Bündel Heu aufwiesen, während das rote Schlußlicht aus einem abgerissenen Stück Fahne über einer Glühbirne bestand. Unsere Fahrer — es waren meistens Frauen — setzten ihren besonderen Ehrgeiz darein, ihren Schneid z. B. dadurch zu beweisen, daß sie mit 60 km Geschwindigkeit quer über unversenkte Eisenbahnschienen fuhren oder mit gleicher Geschwindigkeit auf vereisten Straßen dahinsausten, so daß wir uns nach jeder solchen Fahrt beglückwünschten, daß wir sie mit heiler Haut überstanden hatten. Allerdings ging es nicht immer so glimpflich ab. Einer meiner russischen Mitarbeiter erlitt einen Kinnbackenbruch bei solcher Fahrt, und blaue Flecken gehörten nicht zu den Seltenheiten.

Die Gastfreundschaft der verschiedenen Völkerschaften der Sowjetunion war nicht zu übertreffen. Nachdem wir einen Generalplan für die Stadt Leninakan, die ehemalige Festung Alexandropol, an der armenisch-türkischen Grenze, fertiggestellt hatten, wurden wir von dem Chef der Sowjetverwaltung zu einer Abschiedsfeier eingeladen, die mir eine unauslöschliche Erinnerung bleiben wird. In einer Anzahl primitiver Autos fuhren wir durch erdbebenzerstörte Gebiete einen ungeschützten Steilhang hinab zum Bett des Grenzflusses Arpa-Tschai. Hier wurden Behälter aus getrockneten Schweinshäuten, wie sie schon in der Odyssee erwähnt werden, mit Wein gefüllt in das kühle Flußbett versenkt, und zudem noch eine reiche Auswahl an Früchten. Ein Hammel wurde geschlachtet und vor unseren Augen köstliches Schaschlik bereitet. An den Ufern des Flusses gelagert, begann das Festmahl. Zunächst dankte man uns für unsere Arbeit. Ich erwiderte mit einer Anerkennung der uns gewährten Gastfreundschaft. Nun entwickelte sich in einer menschlichen Atmosphäre, die erhaben war über jede Politik, ein festliches Zusammensein, das in einer knappen halben Stunde dank der Ströme kalten Weines die Versammelten in eine Art von alkoholischem Trancezustand versetzte. Die armenischen Gastgeber begannen in wunderbarer Gelöstheit Volkstänze vorzuführen, die denen eines Bolschoi-Balletts würdig gewesen wären. Nach einigen Stunden begann ein leichter Regen zu fallen, und wir mußten zurückkehren. Mir graute bei dem Gedanken, daß die hochrgadig angeheiterten Fahrer nunmehr die Autos über die glitschigen Steilhänge des Flußufers zu lenken hatten, ohne abzurutschen. Aber das gütige Geschick, das Kinder und Betrunkene mit besonderer Fürsorge zu bedenken pflegt, ließ uns auch in diesem Falle nicht im Stich, und wir erreichten auf der Höhe die Trümmerstätte des ehemaligen Dorfes Aschasch-Kalar. Vor einem gewitterschwarzen Himmel, von dem sich ein riesenhafter doppelter Regenbogen abhob, stand in heller Silhouette eine jener stilistisch eigenartigen armenischen Kirchen. Durch die bogenförmige Öffnung erblickten wir im Innern einen Priester in weißem Talar vor einer schweinsledergebundenen Bibel, der nur durch eine Lichtöffnung der Kuppel beleuchtet war. Die angeheiterten Parteileute sprangen aus den Wagen und pfiffen und johlten, um den Geistlichen aus der Fassung zu bringen. Der aber

stand unberührt wie eine Bildsäule, gleichsam in einer anderen Welt, und die Störenfriede begaben sich unverrichteter Sache wieder in ihre Fahrzeuge.

Nach Beendigung der örtlichen Planungsaufgabe pflegten wir das Resultat unserer Arbeit in öffentlichen Massenversammlungen zu erläutern, um dann in Moskau die Arbeit zu beenden.

Die beiden wichtigsten Aufgaben, die wir damals zu lösen hatten, waren die Errichtung einer Wohnstadt für 250 000 Menschen in Magnitogorsk im Ural sowie eine Generalplanung für Moskau unter Zugrundelegung einer Einwohnerzahl von 4 Millionen. Viele Monate verbrachten wir in der steppenartigen Landschaft des südlichen Urals mit der Planung dieser Stadt für das im Bau befindliche größte Hochofenwerk der UdSSR. Der Magnitnaya Gora, ein Berg mit einem ganz anormal hochwertigen Erz (bis zu 80 %), gab Anlaß zur Errichtung des Kombinates, mit dessen Aufbau einige amerikanische Firmen betraut waren. Uns oblag es, die zugehörige Wohnstadt zu erbauen. Die grundsätzliche Frage, die zu entscheiden war, war die, ob die Stadt auf dem linken oder rechten Uralufer errichtet werden sollte. Da mir feste Termine gestellt waren, mußte ich mit dem Bau beginnen, ohne daß eine Entscheidung der maßgebenden Stellen gefallen war. Da ich diesen Zustand der Unklarheit beenden wollte, bat ich in Moskau um eine Audienz bei dem zuständigen Kommissar für Schwerindustrie, Ortschonikidse. Ich wollte es mit Humor versuchen und ließ mir durch den Graphiker meiner Gruppe, Leistikow, ein großes Pappzifferblatt herstellen mit einem Zeiger, der entweder nach dem wort ‚na pravo beregu' oder ‚na levo beregu' (auf das rechte Ufer oder auf das linke Ufer) eingestellt werden konnte, und bat nun den hohen Kommissar, den Zeiger so zu stellen, wie er die endgültige Entscheidung wünsche. Der Versuch scheiterte vollständig. Ohne mit der Wimper zu zucken, drehte Ortschonikidse die Uhr um, unterhielt sich mit mir eine halbe Stunde lang über die Vor- oder Nachteile einer Lage der Stadt auf dem rechten oder linken Ufer des Urals und teilte mir dann mit, eine endgültige Entscheidung werde bald gefällt werden. Sie kam während meines Aufenthaltes in Rußland nicht zustande; im letzten Jahre, anläßlich meines erneuten Besuches, erfuhr ich, daß man die Stadt auf beiden Ufern gebaut habe!

Als man mir die Aufgabe gestellt hatte, einen Generalplan für Moskau zu fertigen, beschloß ich, eine zum erstenmal bei meinem Wettbewerbsentwurf für Breslau vorgeschlagene städtebauliche Lösung in großem Stil in Anwendung zu bringen. An Stelle massiver konzentrischer Entwicklung der Stadt wollte ich sie auflockern und eine Anzahl von Stadtelementen von 80—100 000 Einwohnern schaffen. Einzelne dieser Elemente sollten so weit hinausgeschoben werden in die schöne Landschaft in der Umgebung der Stadt, daß sie die Funktion sogenannter Trabanten erfüllen konnten. Für die Laien unter den Lesern sei erläutert, daß man unter einem Trabanten einen Teil einer Großstadt versteht, der in einer Entfernung von 20—30 km vom Zentrum Wohnstätten und Arbeitsplätze umfaßt, so daß die Bewohner für ihr Alltagsleben die Kernstadt nicht aufzusuchen brauchen. Hierdurch wird erreicht, daß sie nicht nur günstigste Lebensbedingungen in freier Natur besitzen, sondern auch kürzeste Entfernungen zwischen Wohnstätte und Arbeitsplatz überwinden. Als weiterer besonderer Vorteil dieses sich heute allgemein durchsetzenden Systems der Stadterweiterung ist die Verkehrsentlastung aufzuführen, da die Trabantenbewohner die Innenstadt nur dann aufzusuchen haben, wenn sie die dort untergebrachten Zentraleinrichtungen, wie Zentralverwaltungsgebäude, Hochschulen, Theater und Museen, Großkrankenhäuser u. dgl. in Anspruch nehmen.

Ich glaubte, daß die Machthaber meinen Vorschlag, der an der Stelle veralteter Repräsentation eine neue Konzeption bot, die allein das Wohl des Menschen zum

Ziele hatte, lebhaft begrüßen würden. Aber auch in diesem Falle erlebte ich wieder eine Enttäuschung. Man konnte sich zunächst nicht entscheiden, und als man sich endlich entschied, wählte man das alte System monumentaler Straßen mit Blickabschlüssen auf Prunkbauten und Großdenkmäler.

Dieses Versagen des Auftraggebers veranlaßte mich, im Jahre 1933 meinen Vertrag abzubrechen und das Land zu verlassen.

30 Jahre lang blieb ich fast ohne jeden Kontakt mit der Sowjetunion. Nur hie und da erhielt ich spärliche Nachrichten durch eine Korrespondenz, die mein jüngster Sohn mit meinem damaligen Fahrer weiterführte, und die sich im wesentlichen um ihre gemeinsamen Interessen als Briefmarkensammler bewegte.

Um so freudiger begrüßte ich im letzten Jahr die mir gebotene Gelegenheit, an einer kurzen Studienfahrt durch Rußland teilzunehmen. Konnte ich hierbei doch aus eigenem Erleben feststellen, inwieweit sich die Dinge gewandelt hatten, und konnte ich überdies aller Wahrscheinlichkeit nach frühere russische Mitarbeiter begrüßen. Denn die Architektenverbände in Moskau und Leningrad hatten mich aufgefordert, anläßlich meines Besuchs in beiden Städten Vorträge über Städtebau und Wohnungswesen in Westdeutschland zu halten. Die Reise führte über Kopenhagen, Stockholm, Helsinki, Wiborg, Leningrad, Moskau nach der Krim und von dort über Minsk, Brest Litowsk, Warschau zurück nach Kopenhagen.

Das Ergebnis dieser Studienfahrt übertraf meine Erwartungen. Denn ich fand bald, daß sich viele Dinge in den 30 Jahren meiner Abwesenheit von Grund auf gewandelt hatten. Schon als wir in Wiborg die Grenze überschritten, den Bahnhof und seine Umgebung betrachteten, stellte ich fest, daß die aufdringliche Propaganda früherer Tage verschwunden war. In der geräumigen Halle des Bahnhofes stand ein Lenindenkmal. Alle Räume waren peinlich sauber gehalten, und es fiel unangenehm auf, daß einige unserer Reiseteilnehmer Zigarettenenden auf die Erde warfen, anstatt die hierfür vorgesehenen Behälter zu benutzen. Wir wurden kalt, aber mit großer Höflichkeit behandelt. Die Waggons, in denen wir unsere Fahrt fortsetzten, waren sauber. Bald sollten wir erfahren, daß diese Sauberkeit nicht eine zufällige Erscheinung war, sondern sich in allen Gebäuden, die wir besuchten, in unseren Hotels, aber auch in den Straßen bemerkbar machte. Überall hörte man das Summen der Staubsauger, mit denen die Korridore und Räume gereinigt wurden.

Als wir in Leningrad eintrafen, das mir wegen seiner großartigen Schönheit in guter Erinnerung war, hatte ich mich bereits damit abgefunden, viele der vor 30 Jahren besichtigten herrlichen Bauwerke aus der Zeit Peters des Großen in Trümmern vorzufinden; denn aus Kriegsberichten und der Presse hatte ich entnommen, daß Leningrad während des Krieges schwere Zerstörungen erlitten hatte. Umso größer war mein Staunen, als ich die Innenstadt, die berühmte Admiralität, die Isaakskathedrale und das Winterpalais, den gewaltigen Triumphbogen durch den Pagenbau und viele andere bedeutsame Bauwerke in vollkommener Erhaltung antraf. Dieser Eindruck beruhte aber — wie ich bald herausfinden sollte — auf einer Täuschung. Viele dieser Bauten hatten eine große Anzahl von Bombeneinschlägen erlebt, wie man mir dann berichtete. Unmittelbar nach Kriegsende hatte man sich daran gemacht, diese Schäden zu reparieren, und zwar mit so vollendetem Geschick, daß sie schlechterdings nicht mehr warzunehmen waren. Das gleiche Bild bot sich dann in Moskau, wo ich den Roten Platz und die innere Stadt genau so wiederfand, wie ich sie in Erinnerung hatte. In Moskau angekommen, galt einer meiner ersten Besuche dem Roten Platz und dem Naturhistorischen Museum am Zugang zu diesem. Vor 30 Jahren prangten dort in großen Buchstaben die Worte „religia opium dlja narod" — Religion ist Opium fürs Volk —. Die Inschrift war spurlos verschwunden. An keiner Stelle der Stadt sah ich mehr

Plakate oder äußere Anzeichen antireligiöser Propaganda. Da mich die Einstellung des politischen Systems zur Religion lebhaft interessierte, fuhr ich nach Zagorsk, etwa 70 km östlich von Moskau. Dort hatte ich vor 30 Jahren eine Klosterstadt besichtigt, die insbesondere deshalb berühmt war, weil sie die künstlerisch wertvollsten Ikonen der Sowjetunion enthielt. Wiederum mußte ich feststellen, daß auch nicht ein Stein versetzt worden war. Die gesamte Klosteranlage war in vollem Betrieb. Man sah überall die Zöglinge des Priesterseminars mit ihren typischen Kopfbedeckungen und schwarzen Kaftanen einhergehen und Gläubige — fast ausschließlich alte Frauen und Männer — die Heiligenbilder küssen. In der ältesten orthodoxen Kirche des Komplexes fand ich in mystischer Stimmung die dichtgedrängten Gläubigen beisammen, denen der Priester Früchte, Brot und Wein austeilte. Die künstlerisch hervorragenden Ikonostase war unverändert erhalten. Es wäre natürlich falsch, wollte man aus dem eben Geschilderten schließen, daß in der Sowjetunion volle Religionsfreiheit wiederhergestellt sei. Es ist offenbar nur das eine festzuhalten, daß man der Kirche — soweit sie sich in den sehr engen ihr gestellten Grenzen hält — keine Hindernisse in den Weg legt. Für die Gesamthaltung der Partei gegenüber der Religion mag die Mitteilung aufschlußreich sein, die eine Dolmetscherin anläßlich einer Führung im Kreml unserer Gruppe gab. Sie sagte, 48 Kirchen „arbeiten" in Moskau. Bedenkt man, daß es früher deren Hunderte gab, so geht aus dieser Feststellung schon hervor, wieweit die Ausübung religiöser Betätigung eingeschränkt worden ist.

Vergleicht man das heutige Moskau und auch andere Städte, die wir sahen, mit ihrem Zustand von vor 30 Jahren, so ist einer der am meisten in Erscheinung tretenden Umstände die wesentliche Verbesserung des Ernährungs- und Bekleidungszustandes der Bevölkerung. An keiner Stelle sahen wir mehr diese verhungerten Gesichter mit den eingefallenen Wangen und tiefliegenden Augen, jene in Lumpen gekleideten Bettler an den Eisenbahnstationen. Sondern allenthalben sah man gut genährte und sauber gekleidete Menschen aller Schichten der Bevölkerung. Zwar fehlte jeglicher Luxus, aber auf der anderen Seite stellte man immer wieder fest, daß es am Notwendigen nirgends mangelt. Auch in den Theatern sieht man keinerlei elegante Toiletten und auch nur sehr wenig Make up und Schmuck.

Vor 30 Jahren war der Verkehr in Moskau vollkommen unzureichend. Es existierte keine Untergrundbahn. Iswostschiks fuhren mit ihren kümmerlichen zweisitzigen Wägelchen durch die Stadt, Taxis waren nur in ungenügender Zahl vorhanden und in schlechtem Erhaltungszustand. An den Taxihaltestellen warteten oft mehrere Gruppen und verhandelten dann untereinander und mit dem Fahrer über eine gemeinsame Tour, die die einzelnen an verschiedenen Stellen absetzte. Gelegentlich weigerte sich auch ein Taxifahrer, eine Fahrt anzunehmen, wenn sie in eine Richtung führte, die ihm aus irgend einem Grunde unbequem war. Heute sind die Iswostschiks aus dem Stadtbild verschwunden und Taxis in hinreichender Zahl und sauberem Zustand überall erhältlich. Waren ehedem die Straßenbahnen derart überfüllt, daß die Menschen sich in Trauben auf den Trittbrettern zusammenballten, so wird man heute ein solches Bild nicht mehr sehen, denn in den letzten 30 Jahren hat man in Moskau einen Untergrundbahnring um die innere Stadt und sechs Radialstrecken angelegt. Rolltreppen führen bis auf 60 m und darunter in die Tiefe auf die blendend sauberen Bahnsteige. Ihre überladene dekorative Ausstattung ist verhältnismäßig unerheblich gegenüber der hervorragenden technischen Leistung, die man vollbracht hat. Reibungslos wickelt sich der Publikumsverkehr ab. Für 40 Kopeken fährt man, wohin man will.

Vom Westen kommend, erscheinen uns die Straßen auch in den Großstädten zunächst relativ leer. Die Zahl der Kraftfahrzeuge ist gering. Verlegen antwor-

tete mir der Stadtarchitekt von Leningrad auf meine Frage nach ihrer Zahl ausweichend, sie sei ihm nicht geläufig. Um so erstaunlicher ist es, mit welcher Opulenz man alte Straßen verbreiterte, neue anlegte, offenbar ohne Rücksicht auf die außerordentlichen Kosten, die hiermit verbunden sind. So hat man z. B. in Moskau die ehemalige Twerskaja um 16 m verbreitert und die vielstöckigen Bauten der einen Straßenseite, die mir z. T. aus meinem früheren Aufenthalt noch gut bekannt waren, abgesägt und in bewohntem Zustand verschoben. Bei Straßenbreiten von z. T. 100—125 m kann die Sowjetunion mit Ruhe der mit Sicherheit zu erwartenden Zunahme der Motorisierung entgegensehen. Verstopfungen, wie sie heute bei uns dank unseres städtebaulichen Versagens in der Nachkriegszeit schon in allen größeren Städten festzustellen sind, werden Rußland erspart bleiben. Allerdings gilt diese weise Voraussicht nicht für die Wohnquartiere. Wie man uns mitteilte, haben sich die Bewohner gegen die Errichtung von Abstellplätzen oder Garagen innerhalb der Siedlungen entschieden. Meines Erachtens ist dies darauf zurückzuführen, daß heute nur verschwindend wenige Bewohner über ein eigenes Auto verfügen und infolgedessen ein persönliches Interesse für bequem gelegene Abstellplätze nicht besteht. Diese Unterlassung wird sich einmal rächen.

Wohl die stärkste Wandlung unter allen, die ich beobachten konnte, hat sich — abgesehen von der fundamental wichtigen Verbesserung des Ernährungs- und Kleidungszustandes — auf dem Gebiete des Wohnungsbaues vollzogen. Noch vor 30 Jahren bestanden 80 % der Wohnbauten in Moskau und die große Mehrzahl aller Wohnbauten in kleineren Orten aus ein- und zweistöckigen Blockhausbauten. In den letzten Jahrzehnten hat man ganze Stadtviertel erneuert, d. h. die primitiven Behausungen von ehemals abgerissen und an ihrer Stelle oft zehngeschossige massive Mietblocks erstellt. Empfinden wir auf der einen Seite viele dieser neueren Wohnbezirke als trostlos monoton, als von geradezu unmenschlicher Nüchternheit, insbesondere auch wegen stark vernachlässigter Begrünung ihrer Umgebung, so muß auf der anderen Seite festgestellt werden, daß für Hunderttausende von Menschen die Schaffung einwandfreier Wohnungen mit Küche, Bad und Spülklosett einen gewaltigen Fortschritt darstellt. Es ist auch keineswegs so, daß man sich in der UdSSR mit dem Erreichten zufrieden gibt, sondern man arbeitet ununterbrochen an einer Verbesserung des Wohnungsbaues.

Geradezu revolutionär ist die grundlegende Umstellung, die die Bautechnik betrifft. Systematisch über die Großstädte verteilt, werden Fabriken errichtet, in denen Großbauteile vorfabriziert werden, so daß der eigentliche Bauvorgang auf der Baustelle auf eine kurze Montagezeit beschränkt wird. Man berichtete uns, daß vierstöckige Mietbauten in ein bis zwei Monaten hochgeführt werden. Allerdings ist die technische Ausführung dieser Montagebauten noch in vieler Hinsicht verbesserungsbedürftig. Ich fragte mich wiederholt, wie man die Widersprüche miteinander versöhnen kann, die sich aus einer handwerklich vollendeten Aufbautätigkeit der wiederhergestellten Bauten und der mangelhaften Bautechnik des heutigen Wohnungsbaues ergeben. Ich habe nur die Erklärung, daß der stete Zwang, der auf den Arbeitern lastet, ein hochgeschraubtes Soll zu erfüllen, für diese Vernachlässigung der Qualität verantwortlich zu machen ist, hat doch auch bei uns die Einführung der Akkordarbeit die einst so hohe Qualität unserer handwerklichen Leistungen herabgedrückt.

Bezüglich der den Bewohnern der neueren Mietblocks gebotenen Bequemlichkeiten sind in erster Linie die heute in allen Baulichkeiten über fünf Geschosse eingebauten Fahrstühle zu erwähnen. Daneben sieht man gelegentlich Einbauküchen, die den unseren nicht nachstehen, wenn diese auch bisher noch auf Sonderfälle beschränkt sein dürften. Überholt haben uns die Russen aber mit ihren

großzügigen Fernheizanlagen. Während man bei uns häufig in der Presse Beschwerden über die Dunstglocken über den Städten mit ihren nachteiligen Folgen für die menschliche Gesundheit liest, ist man diesem Problem in der UdSSR tatkräftig zu Leibe gegangen. So hat man z. B. im Jahre 1956 in 3000 Fabriken Filter eingebaut. Was aber noch viel bedeutsamer ist: man hat die Heizversorgung der Großstädte durchweg auf Zentralheizung eingestellt, die von zentral gelegenen Kraftwerken aus betätigt wird. Auf Hunderte von Kilometern leitet man das Erdgas in große Gasometerkombinate in den Großstädten, verbrennt es hier in Heizkraftwerken und speist von dort aus die einzelnen Stadtteile.

Was die äußere Form der Architektur anbetrifft, so hat sich nach der Periode einer durchaus zeitgemäßen Einstellung, wie wir sie vor 30 Jahren erlebten, eine bedauernswerte Reaktion im Sinne eines mißhandelten Klassizismus — oder schlimmerer Entartungen — vollzogen. Unter dem sogenannten Sozrealismus errichtete man Fassaden, die in unsachlichster Weise Wohn- und Verwaltungsgebäude mit ornamentalen Zutaten überzogen, die weder funktionell noch ästhetisch, am allerwenigsten aber wirtschaftlich zu rechtfertigen waren. Bauten der verschiedensten Art, z. B. das Ukraine-Hotel in Moskau, das Innenministerium und die Lomonossow-Universität, weisen die gleichen zuckerbäckerartigen Aufbauten auf.

Seit der Rede Chrustschows auf dem 20. Parteitag im Jahre 1956 hat sich aber auch hierin ein grundsätzlicher Wandel vollzogen. Durchweg begrüßten die Architekten, mit denen wir zusammentrafen, die neue Linie, der ihre Überzeugung gilt und deren Verfolg sie nur politischen Zwanges wegen bisher unterdrücken mußten. Angefangene Bauten jüngsten Datums, Modelle geplanter Bauten und Hochschularbeiten russischer Architekturstudenten beweisen, daß eine grundsätzliche Annäherung an westliche Architektur sich durchzusetzen beginnt.

Ergreift uns auch heute noch in Hotels, Bahnhöfen, öffentlichen Gebäuden und Wohnungsbauten ein Gefühl des Unpersönlichen, der Kälte, ein Gefühl bewußter Negierung aller seelischen Werte, so steht dem entgegen die Erfahrung mit dem russischen Menschen, die ich auch dieses Mal wieder beim Zusammentreffen mit vielen meiner früheren Mitarbeiter anläßlich meiner Vorträge in Leningrad und Moskau machen konnte. Es herrschte eine Atmosphäre wärmster Anhänglichkeit und beruflicher Zusammengehörigkeit, die alle politischen Differenzen überbrückte. Meine Darstellungen unserer abweichenden städtebaulichen und architektonischen Konzeptionen im Westen wurden mit großem Verständnis aufgenommen, was zweifellos auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß wir geistig hüben und drüben bereits in Architektur und Städtebau verwandte Konzeptionen vertreten, so daß es nur eine Frage der Zeit sein wird, daß wir auf diesem Gebiet eine einheitliche Sprache sprechen werden. Daß wir in den Theatern erstklassige Aufführungen von Balletts und hochwertige schauspielerische Leistungen sehen durften, die uns wiederum Gemeinsames bedeuteten, sei nur nebenbei erwähnt.

Das Erlebnis meiner Wiederkehr in die UdSSR überdenkend, stelle ich mir erneut die bedeutsame Frage: war es zu verantworten, daß die führenden Schichten der Sowjetunion ihren Bürgern während einer ganzen Generation ungeheure Opfer bezüglich ihrer Lebenshaltung auferlegten, sie zum Verzicht auf zahllose Bequemlichkeiten des Alltags zwangen, die wir kaum mehr zu entbehren vermöchten, wobei das größte Opfer, das ich noch nicht berührte, das der persönlichen Freiheit war, die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung des Individuums? Ich möchte auch heute diese Frage noch unbeantwortet lassen, aber ich sehe durchaus die Möglichkeit, daß man in einer späteren Epoche der Geschichte in Anbetracht des gewaltigen Fortschritts, den das Land bereits in einer Generation auf nahezu allen Gebieten der staatlichen Entwicklung gemacht hat, zu einer

positiven Beantwortung kommen wird. Vor allem sollten wir auch nicht außer acht lassen, daß bei uns die unbeschränkte Freiheit uns gleichfalls mit Opfern belastet, deren Tragweite wir heute noch nicht zu übersehen vermögen. Ich denke in erster Linie an das Opfer unserer Geistigkeit und denke im besonderen an das Opfer der Nichtausnutzung der historischen Chancen, die uns der Krieg und seine Folgen gab, unsere veralteten Stadtkörper durch entschlossene Tat den gänzlich veränderten Lebensbedingungen unserer Zeit anzupassen. Adlai Stevenson, der amerikanische Präsidentschaftskandidat, sagte einmal: „Das Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen einer chaotischen, gleichgültigen, händlerischen Gesellschaft und der eisernen Disziplin der kommunistischen Welt würde ich nicht wagen vorauszusagen!"

Wilhelm Lamszus

Neue Wege der Lehrerbildung

Die Frage „Woher soll man Lehrer nehmen?" steht zur Zeit im Brennpunkt lebhafter Erörterungen. Die DDR leidet ebenso wie die Deutsche Bundesrepublik an einem chronischen Lehrermangel. Um diesem Übelstand abzuhelfen, hat man dort eine groß angelegte Werbung veranstaltet. 11 800 Nachwuchskräfte wollte man mobilisieren. 20 000 haben sich gemeldet. Das ist ein unerwarteter Erfolg. Das Charakteristische daran ist, daß fast 10 000 von ihnen aus dem Berufsleben kommen, die Mehrzahl unmittelbar aus der Produktion. Es sind junge Menschen, die kein Abitur abgelegt, sondern nur eine Volksschule besucht haben. Trotzdem hat man sie alle der Lehrerbildung zugeführt.

Wie soll man nun der Aufgabe gerecht werden, diese Anwärter, die man in Bausch und Bogen aufgenommen hat, zu brauchbaren Lehrern auszubilden? Die Ausbildung zum Lehrer für die Unterstufe (Klasse 1—4) der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule wird an den Instituten für Lehrerbildung durchgeführt. Voraussetzung für das Studium ist das Abschlußzeugnis der zehnklassigen Schule. Die Ausbildung dauert drei Jahre. Für Arbeiter und Angehörige der bewaffneten Formationen, die nicht im Besitz dieses Zeugnisses sind, werden an den Instituten für Lehrerbildung besondere Klassen eingerichtet. Die Ausbildung dauert ebenfalls drei Jahre.

Die Ausbildung der Abiturienten zu Fachlehrern für die Klassen 5—10 der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule wird an allen Universitäten, der Pädagogischen Hochschule Potsdam, an den Pädagogischen Instituten, der Deutschen Hochschule für Körperkultur Leipzig und an der Hochschule für Musik Weimar durchgeführt. Die Ausbildung dauert vier Jahre und schließt mit dem Staatsexamen ab.

Bewährte Arbeiterinnen und Arbeiter aus Industrie und Landwirtschaft mit mindestens dreijähriger Produktionserfahrung einschließlich der Lehrzeit und Angehörige der bewaffneten Formationen brauchen nicht erst wie die von der Schule kommenden Abiturienten ein einjähriges Industriepraktikum zu absolvieren. Sie können das Studium für Fachlehrer der Klassen 5—10 an den Pädagogischen Instituten und der Pädagogischen Hochschule Potsdam direkt aufnehmen. Die Ausbildung dauert fünf Jahre, einschließlich des vorbereitenden Studiums im Vorkurs.

Jungarbeiter können unmittelbar nach Abschluß der Lehre das Studium an der Arbeiter- und Bauernfakultät der Pädagogischen Hochschule Potsdam aufnehmen. Die Ausbildung dauert drei Jahre und schließt mit dem Abitur ab. Danach kann das vierjährige Studium an einer Einrichtung der Lehrerbildung aufgenommen werden.

Wer die entsprechenden Voraussetzungen hat, kann die erforderliche Hochschulreife durch die Sonderreifeprüfung an den Universitäten, Pädagogischen Instituten, der Pädagogischen Hochschule Potsdam und an der Deutschen Hochschule für Körperkultur Leipzig nachweisen und dann unter den gleichen Bedingungen wie die Abiturienten die vierjährige Ausbildung an diesen Einrichtungen aufnehmen.

Ab September 1959 wird eine neue Ausbildungsform für Lehrer der Klassen 5—10 eingerichtet. Die Ausbildung sieht ein zweijähriges Direktstudium vor und wird danach neben der Tätigkeit als Lehrer auf externem Wege weitergeführt und mit dem Staatsexamen abgeschlossen. Für diese Ausbildung können sich Produktionsarbeiter mit zehnjähriger Schulbildung bzw. mit entsprechenden Kenntnissen sowie Angehörige der bewaffneten Formationen mit Spezialkenntnissen bewerben.

Die Problematik dieser Neugestaltung der Lehrerbildung liegt darin, daß auch Nichtabiturienten und sogar Volksschüler, die nur acht Jahre zur Schule gegangen sind, zu Lehrern ausgebildet werden sollen. Aber die Bedenken gegen eine solche allzu großzügige Handhabung können behoben werden, wenn man die richtigen Menschen zu finden weiß.

Alle bisherige Lehrerbildung ging von der Voraussetzung aus, daß ein jeder normale Mensch erzieherische Anlagen besäße, die ihn bei entsprechender Ausbildung zum Lehrersein befähigen. Das Beispiel der Väter und der Mütter, die ihre Kinder zu erziehen wüßten, wäre ein deutlicher Beweis dafür. Diese Behauptung mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein. Aber abgesehen davon, daß es viele Väter und Mütter gibt, die sich ihren Kindern gegenüber als recht unzulängliche Erzieher erweisen, ist es doch etwas ganz anderes, ob jemand gelegentlich in seiner eigenen Familie sich erzieherisch betätigt, oder ob er Erziehung ein Leben lang als seinen Beruf an fremden Kindern auszuüben hat. Nur ein besonders hohes Maß erzieherischer Fähigkeiten vermag ihn davor zu bewahren, das immerwährende Zusammensein mit Kindern als lästige Mühsal zu empfinden und in der Tretmühle des täglichen Einerleis zum gleichgültigen Stundengeber herabzusinken.

Der zweite verhängnisvolle Irrtum bestand darin, zu glauben, man könne eine fehlende oder nicht genügend vorhandene Veranlagung durch eine erstklassige Ausbildung ersetzen. Man hatte schon längst erkannt, daß die zu kümmerlich betriebene Berufsvorbereitung der alten Lehrerseminare den Anforderungen, die an einen modernen Lehrer gestellt werden, bei weitem nicht genügten, und sie darum durch die akademische ersetzt. Aus dem simplen Präparanden, dem man nach dem Vorbild einer Oberschule das notwendige allgemeine Wissen übermittelte, und den man zusätzlich mit einigen ausgewählten Kapiteln der pädagogischen Literatur und ein paar unterrichtlichen Handgriffen vertraut machte, wurde ein Student der Pädagogik, ein Student der Psychologie, der Philosophie und verschiedener anderer pädagogischer Hilfswissenschaften. Die Kenntnis der Sozialpädagogik und der volksfürsorgerischen Einrichtungen sollte dem jungen Akademiker zu einer sozialen Einstellung verhelfen, und ausgedehnte ethische Belehrungen sollten ihn mit dem nötigen Berufsethos erfüllen. Diesem vielseitig in Anspruch genommenen Studierenden der Pädagogik wurde zudem aufgegeben, mindestens in einem Unterrichtsfach sich wissenschaftlich zu betätigen. Nur wer

selber wissenschaftlich arbeiten gelernt hat, so sagte man, ist imstande, auch seine Schüler in die Methode der Arbeit auf die rechte Weise einzuführen.

Nachdem man so die Ausbildung des künftigen Volksschullehrers auf eine völlig neue Grundlage gestellt hatte, glaubte man der Gefahr entronnen zu sein, den Volksschulen berufsuntüchtige Leute zuzuführen. Man war im Gegenteil fest davon überzeugt, das pädagogische Niveau des Lehrerstandes um ein beträchtliches gehoben zu haben. Eine Ansicht, die in der erheblich besseren Bezahlung des akademischen Nachwuchses zum Ausdruck kam.

Aber das ganze wissenschaftliche Gebäude der modernen Lehrerbildung ist auf Sand gebaut. Erziehung ist nicht, wie viele Menschen auch heute noch glauben, eine Wissenschaft, die man lernen kann. Sie ist vielmehr eine Kunst, die wie andere Künste auch dem Menschen angeboren wird. Der Philosoph und Pädagoge Eduard Sprang er, der in seinen vielen Schriften immer wieder auf das Thema „Begabung und Beruf" zu sprechen kommt, richtet an seine Zeitgenossen die Frage: „Wo führt der Weg zum Erziehertum?" Er antwortet auf diese schicksalsschwere Frage: „Man mache sich klar, wo er nicht führt. Man wird nicht zum Erzieher durch Studium der Pädagogik aus noch so guten Büchern; noch weniger aus Vorträgen über Kinderpsychologie und Erziehungslehre. Man wird auch nicht zum Erzieher dadurch allein, daß man in einer pädagogischen Praxis steht. Denn ich habe viele gesehen, die lange Jahre mit ihr in Berührung standen und doch keine Erzieher geworden sind."

Diese Erkenntnis, zu der der Hochschullehrer Spranger bei seinem Umgang mit den Studenten gelangte, hat der bekannte Schulreformer Kerschensteiner noch vertieft, der als Stadtschulrat von München Hunderte von Lehrern bei ihrer Tätigkeit beobachten konnte. In seinem Buch „Die Seele des Erziehers" schreibt er: „Es ist eines der naiven Mißverständnisse, diejenigen zu den großen Pädagogen zu rechnen, welche gelehrte Bücher über die Pädagogik geschrieben haben. Was man in der Mathematik oder in der Philosophie mit Recht schließt, daß der Autor eines bedeutenden philosophischen oder mathematischen Werkes auch ein bedeutender Philosoph oder Mathematiker sein muß, ist bei der Pädagogik ein falscher Schluß. Denn der Erzieher im eigentlichen Sinne ist immer ein praktisch eingestellter Mensch. Ob aber ein Theoretiker, wenn er noch so scharf in das Wesen seines Gegenstandes eindringt, auch als praktischer Mensch wertvoll ist, das ist keineswegs eine unbestreitbare Tatsache. Ich werde kaum einen Widerspruch befürchten müssen, wenn ich behaupte, daß unter denen, die namenlos durch die Welt gegangen sind, tausendmal mehr pädagogisch Begabte und Begnadete zu finden sind als unter den Sternen erster, zweiter und dritter Größe, die in der Geschichte der Pädagogik aufgezählt werden. Die ständige Verwechslung des theoretischen und praktischen Erziehers oder richtiger gesagt, die ungenügende Scheidung zwischen theoretischer und praktischer Begabung auf dem Gebiete der Erziehung spielt auch in der Lehrerbildungsfrage eine Hauptrolle."

Ich habe mir seit vielen Jahren die Frage nach der Berufseignung des Lehrers zum besonderen Studium erwählt. In meinem im Hamburger Kulturverlag erschienenen Buche „Pädagogische Dilettanten oder geborene Erzieher?" habe ich das Ergebnis dieser Untersuchungen der Öffentlichkeit zur Stellungnahme unterbreitet.

Angesichts des erzieherischen Notstandes, in dem wir uns nicht erst seit heute befinden, schien es mir angebracht zu sein, auch einmal mit größtmöglicher Deutlichkeit das unheilvolle Tun des ungeeigneten Erziehers sichtbar zu machen. Ich habe den pädagogischen Dilettanten in seinen verschiedenen Erscheinungsformen aufgezeigt, wie er mit seinen geisttötenden Dressurmethoden die Kinder sich selber entfremdet, ihre produktiven Kräfte zerstört und sie verwirrt ins Leben ent-

läßt, daß sie nicht im geringsten um sich Bescheid wissen. Des weiteren habe ich das schöpferische Wirken des für seinen Beruf geeigneten Lehrers geschildert und vielseitig begründet, wie wichtig es für unser ganzes Kulturleben ist, den Schulen nur solche Pädagogen zuzuführen.

Wenn man nun in der DDR diese Aufgabe im größten Maßstab in Angriff genommen hat, so steht man vor der Schwierigkeit, wie man die pädagogisch begabten Menschen ausfindig macht. Pädagogisch Unbegabte zu Lehrern auszubilden, so schrieb ich in meinem Buche, bedeutet für jeden von ihnen ein lebenslängliches Berufselend, für die ihnen ausgelieferten Kinder jahrelang geistige und seelische Mißhandlung und für den Staat ein unnütz verschwendeter Aufwand von finanziellen Mitteln. Es wird mithin alles darauf ankommen, solche Berufsverfehlungen von vornherein zu verhindern.

Daß die kommunistischen Pädagogen sich der Tragweite dieses Sachverhalts bewußt geworden sind, geht aus einem Bericht hervor, den die Ostberliner wissenschaftliche Zeitschrift „Pädagogik" vor einiger Zeit veröffentlichte. Die Sowjetunion hat die Erkenntnis von dem wahren Wesen des geeigneten Erziehers zum Ausgang durchgreifender Maßnahmen gemacht. Nachdem sie in der polytechnischen Erziehung vorangegangen ist, hat die sowjetische Regierung nunmehr auch die Frage der richtigen Lehrerauslese zielbewußt in Angriff genommen. „In den letzten Jahren war es üblich", so heißt es in dem zusammenfassenden Bericht, „jene Studenten in die Pädagogischen Hochschulen aufzunehmen, die bei den Aufnahmeprüfungen am besten abgeschnitten hatten. Da aber die Plätze bei weitem nicht ausreichten, um alle Bewerber aufzunehmen, bemühten sich die Pädagogenkollektive kaum noch darum, solche Schüler für das Lehrerstudium zu gewinnen, die sich wirklich dafür eigneten. Durch das formale Aufnahmeverfahren begünstigt, gab es an den Pädagogischen Hochschulen eine ganze Zahl von Studenten, die keine eigentliche Neigung zur pädagogischen Arbeit hatten und nur auf Grund ihrer besseren Prüfungsergebnisse aufgenommen waren."

Nachdem diese Frage lange in aller Öffentlichkeit diskutiert worden war, hat das Ministerium für Volksbildung angeordnet, „daß in Zukunft bei der Aufnahme in die Pädagogischen Hochschulen vor allem darauf geachtet werden soll, welches Verhältnis der Bewerber zur Arbeit mit Kindern und welche Erfahrungen er in der Anleitung der verschiedenen Formen der Selbsttätigkeit hat. Diese Forderungen sind auch bei der Aufnahme von Produktionsarbeitern in die Pädagogischen Hochschulen zu beachten. Absolventen der Mittelschule, die in die Produktion gegangen sind, sich dort bewährt haben und Neigung für die pädagogische Arbeit zeigen, sind auf die Aufnahmeprüfung vorzubereiten."

Mit diesem staatlichen Erlaß wird zum erstenmal in der Geschichte der Erziehung die pädagogische Begabung zum allgemein verbindlichen Ausleseprinzip erhoben. Die DDR bietet mit ihren vom Staate im größten Ausmaß ins Leben gerufenen Jugend- und Kindergruppen jungen Menschen Gelegenheit, sich auf mannigfache Weise erzieherisch zu erproben. Auch die Arbeiter in den Betrieben sind seit der Einführung der polytechnischen Erziehung mit den Schülern in pädagogischen Kontakt gekommen. Es ist doch anzunehmen, daß diese neue Weise der Erziehung, die Arbeiter zu Werklehrern macht, in manchem von ihnen eine pädagogische Begabung entdecken läßt. Wenn wir dann weiter in Rechnung stellen, daß alle Studenten der Pädagogik, die darauf angewiesen sind, vom Staate mit auskömmlichen Stipendien bedacht werden, dann kann sich die vermeintliche Bolschewisierung des Lehrerstandes als eine auch in der Medizin geübte Transfusion von frischem Blut erweisen. So ist denn auch die Lehrerwerbung für das nächste Jahr bereits in vollem Gange.

Auch die Bundesrepublik befindet sich mit ihren Lehrern in einer äußerst schwierigen Situation. Es hat sich bei uns schon seit etlichen Jahren in der Zusammensetzung des Lehrerstandes eine gründliche Wandlung vollzogen. Während früher der Lehrerberuf vornehmlich von Männern ausgeübt wurde, hat die Lehrerin in immer steigendem Maße ihren Einzug in die Schulen gehalten. Diese Entwicklung, die dazu geführt hat, daß in manchen Ländern bereits zwei Drittel aller Studienplätze von künftigen Lehrerinnen besetzt sind, ist keineswegs abgeschlossen. Der Anteil der sich zum pädagogischen Studium meldenden Abiturienten verschiebt sich noch immer zu Ungunsten des männlichen Geschlechts. In Hamburg kommt in diesem Semester auf sechs junge Mädchen nur noch e i n männlicher Aspirant. Es hat also eine regelrechte Massenflucht aus der Pädagogik stattgefunden.

Wie verhängnisvoll sich diese Entwicklung für den pädagogischen Nachwuchs auswirkt, geht aus einer Denkschrift hervor, welche die Philosophische Fakultät der Universität Kiel vor einigen Jahren der Öffentlichkeit übergab. „Die Prüfungsergebnisse der wissenschaftlichen Prüfung von Kandidaten für das höhere Lehramt zeigen", so heißt es in diesem Dokument, „in erschreckendem und höchst beunruhigendem Maße von Prüfung zu Prüfung ein Absinken des Ausbildungsstandes. Besonders auffallend ist dabei, daß es sich nicht nur um ein Absinken der reinen Fachkenntnisse handelt, sondern daß das gesamte geistige Niveau der Kandidaten zurückgegangen ist und noch weiter zurückgeht. Es ist eine durchaus häufige Erscheinung, daß die Kandidaten nicht mehr in der Lage sind, Fragen der Allgemeinbildung zu beantworten, selbst wenn diese Fragen ein Niveau voraussetzen, wie man es von jedem Abiturienten verlangen kann. Neben dem Fehlen eines lebhaften Interesses an den wissenschaftlichen Fragen des Faches wird ein völliges Abseitsstehen in Fragen von allgemeiner kultureller Bedeutung beobachtet. Dieses Resultat von wissenschaftlichen Prüfungen — obwohl an sich alarmierend genug — erhält dadurch noch eine ganz besondere Schärfe, daß die betreffenden Herren auch in zunehmendem Maße charakterlich ungeeignet für den Beruf eines Lehrers an einer Höheren Schule zu sein scheinen.

Die Prüfenden sind sich darin einig, daß die Kandidaten, die zur Zeit absolvieren, zu etwa 80 % nicht geeignet sind, einen Lehrerberuf zu erfüllen."

Es werden dann des weiteren in dieser Denkschrift auch die Ursachen dargelegt, die viele hochbegabte Abiturienten dazu bewegen, den Lehrerberuf zu meiden. Es sind die ungleich verlockenderen finanziellen Aussichten des Wirtschaftslebens, die sie in seinen unwiderstehlichen Sog hineinziehen.

Erschwerend fällt noch ins Gewicht, daß sich die Abiturienten fast nur aus bürgerlichen Kreisen rekrutieren. Während in der DDR allen begabten Schülern die Tür zur Universität offen steht, beträgt bei uns die Zahl der zum Studium gelangenden Arbeiterkinder auch heute noch nur wenige Prozent. Wir ermöglichen es zwar auch ehemaligen Volksschülern, das Abitur nachträglich zu machen, damit sie Lehrer werden können. Auf den Abendgymnasien können strebsame junge Menschen nach des Tages Arbeit sich wieder auf die Schulbank setzen und ihr Studium mit der Reifeprüfung abschließen. Aber wie weit erfüllen diese Institute ihren Zweck?

„Über vierhundert Menschen im Alter zwischen achtzehn und zwanzig Jahren", so heißt es in einem Hamburger Bericht, „bemühen sich zur Zeit in harter, entbehrungsreicher Arbeit am staatlichen Abendgymnasium um das Abitur. Rund zwanzig Prozent von ihnen werden erfahrungsgemäß das begehrte Ziel erreichen, zwei Prozent die Prüfung nicht bestehen, der Rest (achtzig Prozent) vorher ausscheiden. Das ist das statistische Fazit der Hamburger Abendschule seit 1945."

Achtzehn Prozent, das sind 72, bestehen durchschnittlich in jedem Jahr das Abitur. Sie studieren nicht alle Pädagogik, sondern verteilen sich auf alle Fakultäten. Nur ein paar von ihnen werden Lehrer. Das ist das ganze Ergebnis dieses staatlich sanktionierten „Aufstiegs der Begabten", auf das man mit Stolz hinweist. Wir brauchen nicht lange nach der Ursache dieses Fiaskos zu suchen, wenn wir hören, daß die ehemaligen Volksschüler mindestens vier Jahre lang neben ihrer Berufsarbeit den Lehrplan einer wissenschaftlichen Oberschule bewältigen müssen, der schon den regulären Schülern, die ihre ganze Zeit dafür zur Verfügung haben, genug zu schaffen macht. Was auf den ersten Blick als eine Maßnahme zur Förderung junger Talente aus dem Volke erscheint, erweist sich als eine unüberwindliche Sperre.

So haben sich denn auch einige Kultusminister darum bemüht, diesem wenig erfreulichen Zustand ein Ende zu machen. Niedersachsen und auch Nordrhein-Westfalen sind bereit, auch befähigten Nichtabiturienten durch eine Begabtensonderprüfung das pädagogische Studium zu ermöglichen. Es ist jedoch nicht viel damit erreicht, wenn man irgend welche jungen Menschen, die ihre ungewöhnliche Intelligenz in einer Prüfung bewiesen haben, zu Lehrern ausbildet. Es kommt doch auf die pädagogische Begabung an. Auf welche Weise will man sie ermitteln?

Ich habe in meinem oben erwähnten Buche einen Weg vorgeschlagen, der hier weiter helfen kann. Es ist derselbe Weg, den man auch sonst im Leben geht, wenn es gilt, eine besondere Begabung festzustellen. Wenn eine Kunstschule z. B. wissen will, ob der Malschüler, der sich zur Aufnahme gemeldet hat, auch künstlerisches Talent besitzt, dann fragt man ihn nicht nach seinem theoretischen Wissen. Man testet ihn auch nicht oder läßt ihn zu aufgegebenen Themen Aufsätze schreiben. Man sieht sich seine künstlerischen Versuche an. Ebenso machen es ein Koservatorium und eine Schauspielschule. Sie alle fällen ihr Urteil auf Grund der praktischen Betätigung in dem erwählten Fach. So und nicht anders müssen auch die Hochschulen für Lehrerbildung und die Universitäten ihre Auswahl treffen. Es genügt nicht, wie man es mancherorts gemacht hat, daß man den Kandidaten eine wohlvorbereitete Probelektion in der Schule abhalten läßt. Es genügen auch nicht ein paar Unterrichtsstunden, die der Student im ersten Semester erteilt. Es gehört eine geraume Zeit dazu, um ein von allen Zufälligkeiten freies Urteil zu ermöglichen. Man wird also den Lehreranwärter zunächst als Helfer in eine Schule schicken und ihn dort im Rahmen seiner Fähigkeiten sich erzieherisch betätigen lassen. Diese praktischen Versuche allein können ihn zur Selbsterkenntnis gelangen lassen und ihn dazu veranlassen, die nötigen Folgerungen zu ziehen. Die erste Auslese wird also vornehmlich eine Selbstauslese sein, der noch das Gutachten der Schule und des verantwortlichen Dozenten, der die jungen Praktikanten betreut, zu Hilfe kommt.

Es muß in diesem Zusammenhang noch auf einen Gesichtspunkt hingewiesen werden, der bei unserer Lehrerbildung bisher noch wenig beachtet wurde. Während die künstlerische, die technische und auch die theoretische Begabung sich schon verhältnismäßig früh zu zeigen pflegen, tritt das erzieherische Wollen meistens erst ziemlich spät zu Tage. Ein junger Mensch, der sich in den Sturm- und Brausejahren befindet, hat noch genug mit sich selber zu tun. Es gehört eine gewisse Lebensreife dazu, um klar und entschieden sagen zu können: Ich will Erzieher werden, weil das der Beruf ist, der am ehesten für mich in Frage kommt. Die nordischen Länder Dänemark, Schweden und Norwegen haben aus diesem Sachverhalt die Folgerungen gezogen. Dort wird der Lehrerberuf sehr häufig erst nach mehrjähriger Erfahrung in anderen nicht akademischen Berufen ergriffen. Dieser Tatbestand ist das Verdienst der Volkshochschulen, die von Grundvig

ins Leben gerufen wurden. Zwei Drittel der Bewerber beginnen ohne ordentliche Reifeprüfung das Lehrerstudium. Viele ausgezeichnete Lehrer, so heißt es in einem Bericht des Pädagogischen Instituts der Unesco, haben ihre Ausbildung mit 25 Jahren und darüber begonnen. Was hindert uns daran, diesem ermutigenden Beispiel zu folgen? Die Lehrerbildung würde auf keinen Fall schlechter fahren, wenn sie auf solche im Leben gereifte Menschen sich gründen würde, die meistens ihre geistige Fortbildung selber in die Hand genommen haben, als auf die soeben der Schulbank entronnenen und ihrer selbst noch unsicheren 18- und 19jährigen Schüler.

In einer Sitzung des Bundestages, die sich mit dem neuen Rahmenplan beschäftigte, hat Professor Carlo Schmid den Abgeordneten zur Kenntnis gebracht, daß nicht weniger als 53 000 neue Lehrer nötig sind, um diesen Plan sinngemäß zu verwirklichen. Fünf Jahre hat man dazu gebraucht, um den Rahmenplan zu entwerfen. Er ist bis heute nicht über das Stadium der theoretischen Erörterungen hinausgekommen. Auch das brennende Problem, wie man dem Lehrermangel ein Ende machen kann, befindet sich noch immer im Zustand der Meditation. Aber während man jahrein, jahraus des Rates pflegt und sich den Kopf darüber zerbricht, wie man es richtig machen soll, erschöpfen sich die Lehrer in einer Arbeit, die über ihre Kräfte geht. Weit entfernt davon, so wie andere Berufe auch, zu einer Arbeitszeitverkürzung zu gelangen, müssen sie in überfüllten Klassen noch zusätzlich Vertretungsstunden geben für jene Kollegen, die dem Übermaß gesundheitlich nicht gewachsen waren.

Ob man nicht doch etwa von dem energischen Zupacken des östlichen Rivalen lernen kann, auch wenn man nicht gewillt ist, ihm auf seinem radikalen Weg zu folgen?

Prof. Dr. Wilhelm Müller

Dostojewskij und das innere Rußland

Die im Westen betriebene Angstpropaganda hat uns ein vollständig falsches und entstelltes Bild von Rußland und vom russischen Volk übermittelt, das man nur mit dem Märchen vom schwarzen Mann vergleichen kann, mit dem man Kinder schreckt, um sie bei der Stange zu halten. Man kann Rußland nur gerecht werden, wenn man von seinem Leiden ausgeht und der Leidensbereitschaft, die zu den wesentlichen Charaktereigenschaften des russischen Menschen gehört. Als Repräsentant dieses russischen Leidens kann der große russische Dichter und Schriftsteller F. M. Dostojewskij angesehen werden. Er hat selbst zehn Jahre seines Lebens in sibirischen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern verbracht und in seinem „Totenhaus" hat er eine so erschütternde Darstellung seiner Erlebnisse und der Leiden des russischen Volkes gegeben, daß alles, namentlich alles, was die westliche Literatur zu sagen weiß, dagegen verblaßt. Auch sein späteres Leben ist eine Kette von Entbehrungen, Krankheiten und Kämpfen, die seine Frau Anni Gugorowna in ihrem ergreifenden Tagebuch anschaulich geschildert hat. In den Dostojewskijschen Romanen (Raskolnikow, Erniedrigte und Beleidigte, Die Dämonen, Der Idiot, Die Brüder Karamasoff u. a.) wird ein Menschenbild entworfen, dem die gesamte westliche

Literatur nichts angenähert Gleichwertiges entgegenstellen kann. Die Panzer und Masken der Wohlanständigkeit und die Fesseln der bürgerlichen Dressur erscheinen hier wie abgestreift, und unerhörte geistig-seelische Tiefen, die das gewöhnliche Auge gar nicht wahrnimmt, werden aufgedeckt. Während die Probleme der geschlechtlichen Beziehungen, die in unseren Romanen bis zum Überdruß wiedergekäut werden, kaum eine Rolle spielen, tritt uns hier eine ganz andere Welt entgegen, die zwar verborgen immer da ist, aber nur von wachsamen und scharfblickenden Augen bemerkt wird, eine Welt, in der Angst, Verzweiflung und Besessenheit vorherrschen. Aus dem dialektischen Wechselspiel dieser tragischen Konflikte, die in verschiedenen Menschentypen verkörpert sind, wächst dann wie von selbst eine neue Gottsuche hervor, und die Gestalt der Heiligkeit oder des inneren Christus erscheint und verbreitet überraschend ein verklärendes Licht auf diese gequälte Menschenwelt, die keiner mit solcher Liebe und Anteilnahme geschildert hat wie Dostojewskij. Man muß dieses Dostojewskijsche Menschenbild in sich aufgenommen haben, um die späteren Schicksale des russischen Volkes verstehen zu können. Charakteristisch sind die Worte, die Dostojewskij in dem „Tagebuch eines Schriftstellers" (herausgegeben und übersetzt von A. Eliasberg, I. Teil, Seite 65) ausgesprochen hat: „Ich glaube, das wichtigste, das wesentlichste geistige Bedürfnis des russischen Volkes ist das Bedürfnis, immer und unaufhörlich, überall und in allem zu leiden. Der Strom der Leiden fließt durch seine ganze Geschichte; er kommt nicht nur von äußeren Schicksalsschlägen, sondern entspringt der Tiefe des Volksherzens. Das russische Volk hat selbst in seinem Glück stets einen Tropfen Leid; sonst ist ihm das Glück nicht vollständig. Niemals, auch nicht in den feierlichsten Augenblicken seiner Geschichte, zeigt es ein stolzes und triumphierendes Gesicht, sondern immer nur ein bis zum Leid gerührtes; es seufzt und schreibt seinen Ruhm der Gnade Gottes zu." Die Leiden in der zaristischen Zeit sind auch von Gontscharow, Gorki, Tschechow u. a. anschaulich geschildert worden. Auch nach der Aufhebung der Leibeigenschaft durch den Zaren Alexander II. im Jahre 1861 sind die Leiden des russischen Volkes zunächst eher schlimmer geworden. In den beiden Weltkriegen hat das russische Volk mehr gelitten und größere Blutopfer gebracht als alle europäischen Völker zusammen genommen.

Die russische Revolution ist aus einem Protest gegen den kapitalistischen Krieg hervorgegangen, und man kann sagen, daß alle Kriege mehr oder weniger von Finanzkräften inszeniert worden sind. Die Schuld einzelner, die nicht bestritten werden soll, tritt hinter dieser anonymen kapitalistischen Schuld vollständig zurück, obwohl diese konsequent verschwiegen und gefälscht wird. Wenn wir Rußland Eroberungsgelüste andichten, so übertragen wir im Grunde die auf Macht und Eroberung gerichteten Motive, wie sie in der Kriegsgeschichte Westeuropas maßgebend sind, auf eine Welt mit ganz anderen Voraussetzungen und Grundlagen. Die oft ausgesprochene Tendenz zur Weltrevolution ist anders zu verstehen und hat mit kriegerischen Eroberungen nichts zu tun. Die Gegnerschaft gegen den Kapitalismus und den kapitalistischen Krieg ist geradezu eine Garantie für die friedliche Entfaltung und Entwicklung des Sowjetstaates, der dem Frieden seine besten Kräfte verdankt. Es ist also zuletzt eine Schuldverdrängung, wenn wir Rußland für den Unfrieden in der Welt verantwortlich machen. Man sucht immer beim anderen die Fehler und bösen Absichten, die man selbst hat. Dostojewskij sagt: „Selbst wenn Rußland durch das Bündnis mit den von ihm befreiten Völkern sogar übermäßig stark wird, so wird es sich doch nicht auf Europa mit dem Schwert stürzen, wird nichts erobern und rauben, wie es Europa unbedingt tun würde, wenn es die Möglichkeit hätte, sich wieder

gegen Rußland zu vereinigen, und wie es alle europäischen Völker, solange sie existieren, tun, wenn sie nur eine Gelegenheit finden, sich auf Kosten der Nachbarn zu bereichern. Gerade der Umstand, daß wir einen ungeheuren Machtzuwachs bekommen, gibt uns die Möglichkeit, von unserem Schwerte keinen Gebrauch zu machen, sondern im Gegenteil, in der Ruhe unserer Kraft das Beispiel eines aufrichtigen Friedens, einer internationalen Verständigung und Uneigennützigkeit zu zeigen" (Tagebuch eines Schriftstellers III, Seite 328).

Auch der Kommunismus, der bei uns ein leeres Schlagwort ist, mit dem wir keine klaren Begriffe verbinden, nur die unklar-schreckhafte Vorstellung von Unfreiheit, Zwang usw., muß aus der Atmosphäre der Angstpropaganda herausgelöst werden. Zunächst muß man bedenken, daß der Kommunismus in der von Karl Marx gegebenen Form ein westliches Erzeugnis ist und daher auch nicht einfach als etwas uns Fremdes abgetan werden kann. Wenn man aber den christlichen Maßstab konsequent anwendet, der bei uns in der Politik ja bekanntlich geltend gemacht wird, obwohl man längst vergessen hat, was christlich, d. h. was Christus überhaupt bedeutet, so kann man sagen, daß der Kommunismus aus dem kapitalistischen Mißbrauch des Christentums hervorgegangen ist oder als Reaktion aufgefaßt werden kann gegen den Widerspruch zwischen der Christlichkeit in ihrer ursprünglichen Bedeutung und der Verbindung des christlichen Namens mit den kapitalistischen und machtpolitischen Zielsetzungen der westeuropäischen Politik, vor allem im 19. Jahrhundert. Dostojewskij weist ferner in seinem Tagebuch eines Schriftstellers (II, Seite 306) auf das bemerkenswerte russische Paradoxon hin, das darin besteht, daß die besonders im 19. Jahrhundert feststellbare Neigung der Russen, sich an europäische liberale, sozialistische oder revolutionäre Ideen anzuschließen, gleichzeitig mit einem Protest gegen die europäische Kulturauffassung sich verbindet, der besonders dann hervortritt, wenn der Russe diese Ideen in die russische Sprache übersetzt oder auf die russische Situation überträgt. So ist auch der Kommunismus, den der Russe sozusagen vom Westen übernommen hat, in Rußland selbst etwas ganz anderes geworden, d. h. ein Protest, ich könnte sagen, mit religiösem Vorzeichen. Dostojewskij sagt geradezu: der Sozialismus (oder der Kommunismus) ist aus einer verzweifelten Umkehr des Klerikalismus auf moralischem Gebiet hervorgegangen, „um die verloren gegangene moralische Macht der Religion zu ersetzen, um den geistigen Durst der lechzenden Menschheit zu stillen und sie nicht durch Christus, sondern durch eine Vergewaltigung zu retten" (aus der Rede des Fürsten Myschkin in dem Roman Der Idiot, II. Teil, Werke Band VII, übersetzt von Kl. Brauner, Wien und Leipzig, 1908, Seite 848—52).

Da die falsche Verbindung von Christentum und irdischer Macht alles Unglück und Unheil in der Geschichte Westeuropas im Gefolge hatte, muß der Kommunismus, zunächst ganz unabhängig von seiner europäischen oder russischen Form, als die Schuld des sich christlich nennenden Abendlandes beurteilt werden. Nur das Eingeständnis dieser Schuld bildet die Brücke, die zum Verständnis der russischen Situation und zur Befreiung von der aus dem schlechten Gewissen kommenden Angst führen kann. Es war nur logisch und aus der radikalen Wende des Systems zu erklären, daß der russische Kommunismus zunächst mit dem atheistischen Programm in Erscheinung trat. Dieser politische Atheismus muß in erster Linie als Anklage gegen den Westen beurteilt werden. Wir müssen uns von dem ungeheuren Irrtum befreien, daß unser heuchlerisches politisches Christentum, das einerseits Gott anruft und auf der anderen Seite zur Vorbereitung auf den Massenmord aufhetzt — Chrustschow bezeichnet diesen Widerspruch als Gotteslästerung — dem christlichen Geist

näher steht als das ehrliche Eingeständnis, eine Politik ohne Gott oder ohne Christus zu treiben. Schon Gandhi, der letzte große Weise, sagte in der Zeit zwischen den Weltkriegen, daß in Europa nicht der Geist des Christentums verwirklicht sei, sondern der Geist Satans, der sich dann am gefährlichsten erweist, wenn er in der christlichen Maske oder mit dem Namen Gott auf den Lippen auftritt. Der Westen betet nicht Gott an, sondern Mammon, den Gott des Geldes. Die widerspruchsvolle und falsche Verbindung von Christentum (oder Kirche) und Kapitalismus wird ferner von Dostojewskij dahin gekennzeichnet, daß der wahre Christus für irdischen Besitz und irdische Macht verkauft und durch einen falschen Christus ersetzt wurde, der sich durch die Versuchung des Teufels verführen läßt: „Das alles will ich dir geben, so du niederfällst und mich anbetest" (Tagebuch II, S. 157). Diese Gedanken verfolgten den Dichter durch sein ganzes Leben, und er hat in seinem Roman „Die Brüder Karamasoff" einen letzten großartigen Ausdruck dafür gefunden in der bekannten, aber wenig verstandenen Erzählung vom Großinquisitor, die man als eine ergreifende Verdeutlichung der Idee des Antichristen ansehen kann.

Wir leben heute zweifellos mitten unter der Herrschaft des Antichristen, und der Glaube als eine Allgemeinerscheinung muß als erloschen betrachtet werden. Das was übrig geblieben ist, sind Einzelerscheinungen und glaubensartige Gewohnheiten, die an überlieferten Formen festhalten, hinter denen aber kein substanzieller Glaube mehr steht. Diese Glaubenslosigkeit, die in notwendigem Zusammenhang steht mit einem allgemeinen, auf alle Gebiete sich erstreckenden Werteverfall, sieht, von innen gesehen, einer Verzweiflung ähnlich und hat eine allgemeine Flucht zur Folge, die in Wahrheit eine Flucht vor Gott bedeutet. Die Flucht ist vielleicht das hervorragendste Kennzeichen der Zeit, und die meisten Erscheinungen unserer Zeit, auch auf dem Gebiete der Politik, lassen sich daraus ableiten.

In dem dunklen Gefühl dieser Glaubensleere und Gottferne suchen wir alle Gottlosigkeit und alles Böse in dem Gebiet hinter dem selbst geschaffenen „eisernen Vorhang" zu entdecken, um die eigene Fragwürdigkeit und Schuld zu überschatten. Wenn man auf den Terror hinweist, mit dem der russische Kommunismus sich durchgekämpft hat, so vergißt man den weit größeren Terror des Christentums und die ungezählten Verfolgungen und Verbrechen, die im Laufe der schaurig-blutigen Geschichte der Kirche im Namen Christi begangen worden sind, bis in die Weltkriege hinein, wo die „Soldaten Christi" gesegnet wurden, um sie zum Massenmord vorzubereiten. Man wälzt alle Schuld auf das „atheistische" Rußland und übersieht die eigenen geschichtlichen Sünden, wie der Pharisäer, der sich in seiner eingebildeten Frömmigkeit und Gesetzestreue abheben möchte von den anderen Menschen, Betrügern und Zöllnern. Heute steigen Hunderttausende von pharisäischen Gebeten gen Himmel: „Wir danken dir Gott, daß wir nicht sind wie jene Kommunisten." Wir haben im Westen den christlichen Namen mißbraucht als Mittel zum Stimmenfang und zur Machterweiterung einer Partei, die das große „C" in ihren Namen aufgenommen hat, und wir haben in der pharisäischen Politik vergessen, daß die Christlichkeit mit der Buße beginnt und nicht mit der Herabsetzung des Gegners, dem wir alles Böse zutrauen. Der eiserne Vorhang ist wie eine Wand, die uns von der Buße trennt. Heute wird sogar der Pharisäismus in der sog. „psychologischen Verteidigung" zum Prinzip der Politik erhoben. Buße ist Einkehr und Umkehr, und sie ist heute die vordringlichste Forderung, vor allem in der Politik, die sich christlich nennt, ohne zu wissen, was dieser Name überhaupt bedeutet.

Dostojewskij hat mehrfach auf das reine und im russischen Volk tief verwurzelte orthodoxe Christentum hingewiesen, das im engen Zusammenhang

stand mit den Leiden des Volkes. Es ist geradezu ein Hiob-Schicksal, das Rußland zu erdulden hatte. Wie Hiob am Schluß seiner langen Prüfungszeit erkennen muß, daß er bisher Gott nur vom Hörensagen gekannt, jetzt aber ihn wirklich erschaut hat, so unterscheidet sich vielleicht auch das tiefe Erleben Christi in der russischen Volksseele, von dem Dostojewskij mit so beredten Worten zu berichten weiß, von dem klerikalen Christentum des Westens, das meist nur vom Hörensagen den Namen Gottes noch kennt. Ich führe hier die Worte Dostojewskijs an: „Im russischen Christentum ist eigentlich gar keine Mystik enthalten, sondern nur Menschenliebe, die Gestalt Christi — jedenfalls ist es die Hauptsache. In Europa betrachtet man den Klerikalismus und die Kirchlichkeit schon lange mit Recht mit einem gewissen Argwohn. Dort sind sie, besonders an manchen Orten, dem Strome des lebendigen Lebens und jeder Vervollkommnung des Lebens im Wege und schaden auch der Religion selbst. Hat aber unsere stille, demütige Orthodoxie irgendeine Ähnlichkeit mit dem vorurteilsvollen, düsteren, konspirativen, durchtriebenen und grausamen Klerikalismus Europas?" (Tagebuch II, S. 466). Das mag in den Ohren unserer Christen vielleicht übertrieben klingen. Aber man lese einmal aufmerksam und ohne die üblichen Vorurteile die russische Literatur, vor allem das von wahrem Christusgeist erfüllte Werk Dostojewskijs, das Christus mit erstaunlicher Unmittelbarkeit in das alltägliche Leben hineinstellt, und man wird vielleicht doch einen Begriff erhalten von einem Wesensunterschied, der sich übrigens auch im Innern unseres Christentums bemerkbar macht.

Die Einführung des Kommunismus in Rußland, das man im Grunde das frömmste aller Völker nennen kann und das Dostojewskij das einzige Gott tragende Volk nennt, ist ein geheimnisvoller Vorgang, dem man nicht mit pharisäischen Phrasen beikommen kann. In dem politischen Atheismus drückt sich eigentlich nur die Unvereinbarkeit des inneren Gottes mit der Politik jeder Art aus. Man darf nicht annehmen, daß das russische Gottesbewußtsein verloren gegangen ist; es ist nur zurückgezogen und wirkt in der Verborgenheit weiter. Diese Zurückgezogenheit des Glaubens ist nicht zu verwechseln mit einer Erstarrung des religiösen Glaubens, wie sie im Westen beobachtet werden kann. Denn bei der Erstarrung bleiben nur die äußeren Formen erhalten, während der innere Kern ohne Leben ist. Ab und zu dringen Berichte zu uns, die unsere Pharisäer gerne nicht wahr haben möchten, daß nämlich Tausende von orthodoxen Gläubigen nach den Klosterkirchen bei Moskau und anderswo wallfahrten, um Buße zu tun und zu ihrem Gott zu beten, und diese Wallfahrten werden zunehmen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß einmal in Rußland eine große Erweckungsbewegung urchristlichen Charakters aufbrechen wird, die alles in den Schatten zu stellen verspricht, was wir im Westen erlebt haben. Ich führe einige prophetische Worte von Dostojewskij an, die einer Rede des Fürsten Myschkin in dem großen Roman „Der Idiot" entnommen sind: „Eröffnen Sie den dürstenden und fiebernden Genossen des Kolumbus das Ufer der „neuen Welt", eröffnen Sie dem Russen die russische „Welt", lassen Sie ihn das Gold finden, diesen Schatz, der vor ihm in der Erde verborgen ist! Zeigen Sie ihm in der Zukunft die Wiedergeburt und Auferstehung der ganzen Menschheit, vielleicht einzig auf Grund des russischen Gedankens, des russischen Gottes und Heilandes, und Sie werden sehen, welch ein mächtiger, wahrheitsliebender, weiser und sanfter Riese vor der erstaunten und erschrockenen Welt erstehen wird; denn sie erwarten von uns nur das Schwert und die Vergewaltigung, weil sie nur nach sich urteilen, und sich uns nicht ohne Barbarentum vorstellen können. Und das nimmt noch immer mehr zu" (a. a. O. S. 852).

Das alles scheint dem Bilde zu widersprechen, das der Westen in seiner perversen und pharisäischen Denkweise sich von Rußland zurecht gemacht hat. Aber das hat Dostojewskij vorausgesehen. Rußland steht heute anders da als damals, als der Dichter-Prophet diese Worte niederschrieb. Es hat den Schatz gefunden, der vor ihm in der Erde verborgen ist, und es ist bezeichnend und nicht von ungefähr, daß im Herbst 1959 der sowjetrussische Ministerpräsident N. Chrustschow den Vorschlag einer weltweiten totalen Abrüstung einer friedlosen Welt verkündet hat, in einem Augenblick, da das gegenwärtige Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Hauptmächten unbedingt zu einer Lösung drängte. Vielleicht besteht doch ein geheimer Zusammenhang dieser Friedensbotschaft, die dem russischen, immer bis zur Grenze gehenden Denken volle Ehre macht, mit der Prophezeiung Dostojewskijs: „Wir werden als die ersten der Welt verkündigen, daß wir nicht durch Unterdrückung der fremden Nationalitäten unser Wohl zu erreichen trachten, sondern im Gegenteil unser Wohl in der freiesten und selbständigsten Entwickelung der anderen Nationalitäten und der brüderlichen Vereinigung mit ihnen sehen, indem wir einander ergänzen, uns ihre organischen Eigentümlichkeiten aneignen, ihnen auch von uns Pfropfreiser geben, mit ihnen geistige und seelische Güter austauschen, sie lehren und von ihnen lernen, und das so lange, bis die Menschheit durch den universellen Verkehr untereinander die allgemeine Einheit erreicht haben und wie ein großer, herrlicher Baum die glückselige Erde beschatten wird" (Tagebuch III, S. 329).

Akten sagen aus

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Prag
B.Nr.: 602/44 — IV 4 a —

Prag, den 18. August 1944

Verhandelt

Vorgeführt aus dem Polizeigefängnis Prag-Pankraz erscheint der katholische Geistliche und Religionsprofessor i. R.

Karl Kratina,

geb. am 15. 2. 1881 in Wolownitz, zuletzt wohnhaft in Prag XIX, Sommerbergstraße 103, und erklärt zur Sache:

Frage: Bei Ihnen wurde in der Wohnung ein Brief vom 12. 3. 1942/43 von Breslau, Kletschkauer Straße 31, vorgefunden, der angeblich von einem zum Tode verurteilten Vereinsmitglied des katholischen Gesellenvereins in Prag stammt, dessen Vorsitzender Sie waren?

Antwort: Den vorgefundenen Brief habe ich im Jahr 1942 von dem katholischen Vereinsmitglied des katholischen Gesellenvereins Arnold Bures, etwa 34 Jahre alt, wohnhaft in Prag XII, Jirasekstr. 24, erhalten. Bei dem „Geköpften" handelt es sich um den Bruder des genannten Bures. Da zu der genannten Zeit der katholische Gesellenverein in Prag I, Anna-Platz Nummer 5, noch bestand, haben wir auf Veranlassung des Bruders des „Geköpften" in der Anstaltskapelle eine Totenmesse gehalten. Da an diesem Tage keine schwarze Kleidung getragen werden durfte, wurde die Messe in der Tagesfarbe — weiß — zelebriert. Auf einem Tisch in der Kapelle war das Bild des „Geköpften" und zwar neben dem

Das alles scheint dem Bilde zu widersprechen, das der Westen in seiner perversen und pharisäischen Denkweise sich von Rußland zurecht gemacht hat. Aber das hat Dostojewskij vorausgesehen. Rußland steht heute anders da als damals, als der Dichter-Prophet diese Worte niederschrieb. Es hat den Schatz gefunden, der vor ihm in der Erde verborgen ist, und es ist bezeichnend und nicht von ungefähr, daß im Herbst 1959 der sowjetrussische Ministerpräsident N. Chrustschow den Vorschlag einer weltweiten totalen Abrüstung einer friedlosen Welt verkündet hat, in einem Augenblick, da das gegenwärtige Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Hauptmächten unbedingt zu einer Lösung drängte. Vielleicht besteht doch ein geheimer Zusammenhang dieser Friedensbotschaft, die dem russischen, immer bis zur Grenze gehenden Denken volle Ehre macht, mit der Prophezeiung Dostojewskijs: „Wir werden als die ersten der Welt verkündigen, daß wir nicht durch Unterdrückung der fremden Nationalitäten unser Wohl zu erreichen trachten, sondern im Gegenteil unser Wohl in der freiesten und selbständigsten Entwickelung der anderen Nationalitäten und der brüderlichen Vereinigung mit ihnen sehen, indem wir einander ergänzen, uns ihre organischen Eigentümlichkeiten aneignen, ihnen auch von uns Pfropfreiser geben, mit ihnen geistige und seelische Güter austauschen, sie lehren und von ihnen lernen, und das so lange, bis die Menschheit durch den universellen Verkehr untereinander die allgemeine Einheit erreicht haben und wie ein großer, herrlicher Baum die glückselige Erde beschatten wird" (Tagebuch III, S. 329).

Akten sagen aus

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Prag
B.Nr.: 602/44 — IV 4 a —

Prag, den 18. August 1944

Verhandelt

Vorgeführt aus dem Polizeigefängnis Prag-Pankraz erscheint der katholische Geistliche und Religionsprofessor i. R.

Karl Kratina,

geb. am 15. 2. 1881 in Wolownitz, zuletzt wohnhaft in Prag XIX, Sommerbergstraße 103, und erklärt zur Sache:

Frage: Bei Ihnen wurde in der Wohnung ein Brief vom 12. 3. 1942/43 von Breslau, Kletschkauer Straße 31, vorgefunden, der angeblich von einem zum Tode verurteilten Vereinsmitglied des katholischen Gesellenvereins in Prag stammt, dessen Vorsitzender Sie waren?

Antwort: Den vorgefundenen Brief habe ich im Jahr 1942 von dem katholischen Vereinsmitglied des katholischen Gesellenvereins Arnold Bures, etwa 34 Jahre alt, wohnhaft in Prag XII, Jirasekstr. 24, erhalten. Bei dem „Geköpften" handelt es sich um den Bruder des genannten Bures. Da zu der genannten Zeit der katholische Gesellenverein in Prag I, Anna-Platz Nummer 5, noch bestand, haben wir auf Veranlassung des Bruders des „Geköpften" in der Anstaltskapelle eine Totenmesse gehalten. Da an diesem Tage keine schwarze Kleidung getragen werden durfte, wurde die Messe in der Tagesfarbe — weiß — zelebriert. Auf einem Tisch in der Kapelle war das Bild des „Geköpften" und zwar neben dem

Altar, umkränzt mit Blumen, aufgestellt. Ich berichtige mich, wir hatten auf dem Bild ein schwarzes Band angebracht und nebenan zwei Kerzen gestellt. Anwesend waren alle Mitglieder des katholischen Gesellenvereins, etwa 60 Personen, und außerdem noch fünf Ordensschwestern des hl. Franziskus, die in dem Gesellenheim den Haushalt versorgen. Nach der stillen Messe kam ich vom Altar und sagte: „Laßt uns drei Vaterunser beten für den Verstorbenen, für den die Messe geopfert wurde."

Der Oberin (Schwester des Dozenten M i k u l a von der tschechischen Fakultät und katholischer Geistlicher) zeigte ich den bei mir vorgefundenen Brief, worauf sie an zu weinen fing. Ich wurde außerdem von dem Bruder des „Geköpften" gebeten, den genannten Brief in das Archiv des katholischen Gesellenvereins zu geben.

F r a g e : Wenn ein Vereinsmitglied von Ihnen in Breslau zum Tode verurteilt wurde, so mußten Sie ohne weiteres annehmen, daß er ein Verbrechen begangen hat, das gegen das Deutsche Reich gerichtet war?

A n t w o r t : Ich dachte mir, daß der „Geköpfte" aus dem Reich zu fliehen oder irgendwelche Druckschriften verbreitet hat.

F r a g e : Ihre Kirchenbehörde hat in allen Konsistorialblättern veröffentlicht, daß für Personen, die wegen Reichsfeindlichkeit in Konzentrationslagern oder in der Gerichtshaft versterben, keine öffentlichen Totenmessen gelesen werden dürfen. Außerdem hätten Sie dies auch nicht tun können, wenn Sie deutsch-freundlich eingestellt wären, nachdem Ihnen bewußt war, daß der „Geköpfte" illegal gegen das Reich gearbeitet hat?

A n t w o r t : Mir ist bekannt, daß meine kirchliche vorgesetzte Behörde im Ordinariatsblatt veröffentlicht hat, daß Messen für reichsfeindliche Personen, die in einem Konzentrationslager oder in Haft verstorben sind, verboten sind. Ich bin der Meinung, wenn eine Person verstorben ist, daß die Seelen „international" sind und man Messen lesen kann, wie man will.

Meine Angaben entsprechen der Wahrheit, was ich durch meine Unterschrift bestätige.

Ins Tschechische übersetzt, gelesen, genehmigt und unterschrieben:

gez. Karl Kratina

Unterschrift unleserlich
Krim.-Ang.

Unterschrift unleserlich
SS-U'Stuf., KOS

Prag, den 18. August 1944

Vorgeführt erscheint der kath. Geistliche
Karl Kratina,
nähere Personalien bekannt, und erklärt auf Befragen folgendes:

Da ich Ende Juli d. Js. zu einem Kirchweihfest eingeladen war, zu dem gleichfalls mehrere kath. Geistliche erscheinen sollten, beabsichtigte ich, zur Unterhaltung meiner Berufskollegen auch einiges beizutragen...

Ich nenne nun die Witze, die ich anderen Personen oder in größerer Gesellschaft erzählt habe...

1. In einem Geschäft war ein Bild des Führers ausgestellt. Vor dem Schaufenster stand ein Mann, der beim Vorbeigehen eines Polizeibeamten auf das Bild deutete und sagte: „Du wirst nicht mehr lange da stehen." Auf den Hinweis des Polizeibeamten, derartige Redereien sein zu lassen, erwiderte der Unbekannte, daß das Bild nicht mehr lange im Fenster stehen werde, weil er es zu kaufen beabsichtige. Nachdem er es tatsächlich käuflich erworben hat, stellte er es in seinem eigenen Fenster auf und schrieb darunter die Buchstaben: V. R. A. H. Diese

Unterschrift löste bei der Bevölkerung Erstaunen aus, und der Mann wurde gewarnt, da die Bedeutung dieser Buchstaben eine Beleidigung des Führers sei. — Das Wort „Vrah" ist der tschechischen Sprache entnommen und bedeutet „Mörder". Der nunmehrige Inhaber des Bildes legte jedoch das Wort „V R A H" der Bevölkerung anders aus und zwar: V-udce — Führer — R-eichu, A-dolf H-itler . . .

(Es folgen sechs weitere politische Witze, der Verfasser)

Geschlossen:	Dolmetscher:	v. g. u.
gez. G e b a u e r	Unterschr. unleserl.	Karl K r a t i n a
SS-O'Stuf. u. KS.	Krim.-Angest.	

Bei dem kath. Geistlichen und Religionsprofessor Karl Kratina vorgefundene Predigttexte. Auszugsweise in Übersetzung mit Angabe des Datums der Predigt. . .

7. 12. 1941: In einer Marienpredigt spricht er vom Sturze der Mariensäule am Altstädterring i. J. 1918

. . . falschen Göttern, ja bloßen Menschen, Leuten, die später ganz und gar versagten, hat man zu ihren Lebzeiten Denkmäler gebaut und Götzenbilder daraus gemacht. . . Maria, unsere mächtigste Fürsprecherin, die uns noch nie im Stiche gelassen hat, wird uns auch jetzt, Gott gebe es, nicht verlassen.

24. 5. 1942: . . . unsere Seelen brauchen den Geist der Liebe ebenso wie die Lunge die Luft. . . Es kommt mir vor, als hingen über der heutigen Welt Tausende feuriger Schwerter und kündeten Verderben. . . Ganz Europa ist durch das böswillige Unterfangen des Satanismus ein wie von Maulwürfen unterwühltes und unterminiertes Feld. Diese Wühlarbeit kann nur der Geist Gottes unschädlich machen. . .

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Prag
B.Nr. 602/44 — IV 4 a —

Prag, den 2. September 1944

A n z e i g e

gegen K r a t i n a, geb. am 15. 2. 1881 in Wolownitz, Protektoratsangehöriger, katholischer Geistlicher und Religionslehrer i. R., zuletzt wohnhaft in Prag XIX, Sommerbergstraße Nr. 103;
wegen Verbreitung reichsfeindlicher Witze, Herabsetzung der Person des Führers und führender Persönlichkeiten des Reiches.

gez. Gebauer
SS-O'Stuf., Krim.Kom.Anw.

Politik 2 — 14

Öffentliche Sitzung der 3. Kammer
des Sondergerichts bei dem
Deutschen Landgericht Prag

Prag, den 6. Dezember 1944

Strafsache

gegen den Geistlichen und Professor i. R. Karl Kratina. . .

Die Staatsanwaltschaft beantragte:
Todesstrafe. Dauernden Ehrverlust
Der Verteidiger beantragte:
Zuchthausstrafe.

---

4 KLs 303/44 — 2155 III

Im Namen des Deutschen Volkes!

In der Strafsache gegen den katholischen Geistlichen und Religionslehrer i. R. Karl Kratina aus Prag XIX., Sommerbergstraße 103, geboren am 15. 2. 1881 in Wolownitz, ledig, Protektoratsangehöriger, z. Zt. in der deutschen Untersuchungshaftanstalt Prag-Pankraz,

wegen Sabotage,

hat die 3. Kammer des Sondergerichts bei dem Deutschen Landgericht Prag in der öffentlichen Sitzung vom 6. Dezember 1944, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Dr. Bellmann, als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Dr. Danneggger, Landgerichtsrat Narath, als Beisitzer,

Staatsanwalt Dr. v. Zeynek, als Beamter der Staatsanwaltschaft,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte hat durch fortgesetzte heimtückische Äußerungen Sabotage begangen.

Er wird deshalb zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust verurteilt.

Sein Vermögen wird eingezogen.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

Gründe:

I.

Der Angeklagte ist 63 Jahre alt. Sein Vater war Schneidermeister. Er hat die Volksschule in Welwarn und das Gymnasium in Prag besucht und dort im Jahre 1903 die Reifeprüfung bestanden. Bis 1907 studierte er in Prag Theologie und wurde noch im selben Jahr zum Priester geweiht. Er kam dann als Kaplan nach Rakonitz und blieb dort bis 1912, zuletzt als Katechet an der Bürgerschule.

Von 1912 ab war er in Prag an verschiedenen höheren Schulen als Religionslehrer beschäftigt, bis er im Jahre 1941 pensioniert wurde...

Die Schwere und Verwerflichkeit der Tat des Angeklagten und die Würdigung seiner Persönlichkeit ließen als gerechte Sühne für sein Verhalten nur die Strafe als gerecht erscheinen, die das Gesetz für den schweren Sabotagefall vorsieht, nämlich die Todesstrafe. Politische Brunnenvergifter, die es als Geistliche für richtig befinden, dem Deutschen Reich in einem Kriege in den Rücken zu fallen, ... haben kein anderes Schicksal als die Ausmerzung aus der Gemeinschaft ihres Volkes verdient.

Die Ehrlosigkeit des Angeklagten ließ es geboten erscheinen, ihm die Ehrenrechte auf restliche Lebensdauer gemäß § 32 RStGB abzuerkennen. Sein Vermögen war der Einziehung gemäß Art. II der Sabotage-VO verfallen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 RStPO.

gez. Bellmann gez. Danneggger gez. Narath

Vfg.

1. Zu berichten an den Herrn Generalstaatsanwalt in Prag.

Betrifft: Strafsache gegen Karl Kratina wegen Sabotage (mit H.T.G.-Vergehen)

Gnadenbericht vom 16. 12. 1944 zu 4 AR 1113/44

Anlage: Ein Gnadengesuch nebst Übersetzung, zwei Berichtsabschriften

Berichtsverfasser: Staatsanwalt Rhode.

In der Anlage überreiche ich ein nachträglich eingegangenes Gnadengesuch des Verurteilten im Nachhang zu den vorgelegten Akten.

Der Inhalt gibt mir keinen Anlaß meine im Gnadengericht niedergelegte Stellungnahme zu ändern.
Unterschrift unleserlich 4. Januar 1945

---

1. An den Herrn Generalstaatsanwalt beim Deutschen Oberlandesgericht in Prag
Betrifft: Strafsache gegen Kratina, Karl
Nr. 37 der R. V. v. 192.39 in der Fassung vom 13. 2. 42 — 4417 — III a 4246/42 —
AZ. d. H. Reichsprotektors: II/1 — E 1839/44
AZ. d. H. GSt.: 4 A R 1116/44
Anlagen: Urschrift des Erlasses vom 30. 1. 45
Das Urteil gegen Kratina, Karl wurde am 16. Februar 1945 um 16.02 Uhr vollstreckt.
Es vergingen:
1/ Von der Vorführung des Verurteilten bis zur Übergabe an den Scharfrichter 6 Sekunden.
2/ Von der Übergabe bis zur Vollstreckung 7 Sekunden.
Dies geschah ohne Zwischenfall.
2./ Dem Bericht ist der Erlaß des Reichsprotektors beizufügen.
3./ H. Sachbearb.

N a c h s a t z : Der ehemalige Landgerichtsrat am Sondergericht Prag, Dr. D a n n e g g e r, ist heute Oberamtsrichter in Wiedenbrück. Außer dem genannten war er an 36 weiteren Todesurteilen beteiligt.

Der ehemalige Staatsanwalt am Sondergericht Prag, Dr. Wolfgang v. Z e y n e k, ist heute Landgerichtsrat in Nürnberg. Insgesamt war Dr. v. Zeynek an 105 Verfahren beteiligt, in denen Todesurteile ausgesprochen wurden.

Der ehemalige Staatsanwalt am Sondergericht Prag, Werner R h o d e, ist heute Oberregierungsrat im schleswig-holsteinischen Justizministerium. D. Red.

Wirtschaftsberichte

USA: Inflation schreitet weiter fort

Der Lebenshaltungsindex in den USA ist jetzt zum sechsten Male innerhalb von sieben Monaten — um 0,2 Punkt über dem Vormonat — gestiegen. Damit erreichte er den Rekordstand von 125.5, wobei als 100 der Durchschnittsindex der Jahre 1947—1949 gilt, die in Amerika als die ersten Nachkriegs-Normaljahre betrachtet werden.

Bei der letzten Berechnung fielen zwar die Preise für Lebensmittel um 0,3 %, was jedoch durch erhöhte Ausgaben für Transport, Dienste, Mieten, Kleidung und Unterhaltung mehr als aufgewogen wird. Gleichzeitig fiel der Durchschnittsindustrielohn für einen Arbeitnehmer mit drei Unterhaltsberechtigten um 30 Cent auf 80,03 Dollar pro Woche und auf 72.51 Dollar für den Einzelstehenden. Er hatte eine Senkung der Kaufkraft um 0,6 % zur Folge. Verursacht wurde dieser Einkommensverlust durch erhöhte Steuern und Streiks, insbesondere den Stahlstreik.

Institut für Wirtschafts- und Seerecht in der DDR gegründet

Durch Beschluß des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen wurde mit Beginn dieses Studienjahres an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock das Institut für Wirtschafts- und Seerecht ins Leben gerufen. Das Staatssekretariat entsprach damit u. a. einer Forderung der Praxis nach einer Forschungsstelle, die die bisherigen Kenntnisse auf dem Gebiet des Seerechts auswertet und zur Weiterentwicklung des neuen sozialistischen Seerechts beiträgt.

Das neue Institut, dessen Leitung Prof. Dr. S p i t z n e r übertragen wurde, hat im wesentlichen zwei Funktionen zu erfüllen. Zunächst hat es den Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock diejenigen Kenntnisse auf dem Gebiet des Staates und des Rechts zu vermitteln, die das notwendige Rüstzeug eines zukünftigen Staats- bzw. Wirtschaftsfunktionärs bilden sollen. Zusätzlich obliegt ihm jedoch noch die spezifische Aufgabe, eine rege wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiete des Seerechts zu entfalten. Hierbei wird auf die Erfahrungen und die vorliegenden Ergebnisse der Arbeiten der sowjetischen und polnischen Seerechtler aufzubauen sein sowie darauf, daß den Mitarbeitern des Institutes Probleme und Forderungen aus allen Bereichen der Schiffahrtspraxis übermittelt und dargelegt werden.

Tausend industrielle Großbetriebe in einem Jahr

Nach offiziellen Angaben wurden im Jahre 1959 in der Sowjetunion tausend industrielle Betriebe in Gang gesetzt, ungefähr drei Werke pro Tag. Außerdem wurden in zahlreichen Werken neue Abteilungen eingerichtet.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Totaler Krieg

Die westdeutsche Bevölkerung soll auf den totalen Krieg vorbereitet werden. Nichts anderes bedeutet der Plan des CDU-Bundestagsabgeordneten Vizeadmiral a. D. Heye. Der Vorschlag wurde jetzt dem Parlament zugeleitet. Beim Lesen stockt der Atem: Die Öffentlichkeit ist mit den Auswirkungen eines Atomkrieges vertraut zu machen! Wie, ist es schon soweit? Was bisher nur als furchtbare apokalyptische Ahnung in Diskussionen um einen möglichen Einsatz von Kernwaffen auftauchte, soll der Bevölkerung jetzt als konkrete Möglichkeit nahegebracht werden. Das ist nur zu begrüßen, denn man darf hoffen, daß vielen dann endlich die Augen aufgehen, wohin eine leichtfertige Aufrüstung führen kann. Es bleibt zu hoffen, daß mit fortschreitender Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Schrecken des Atomkrieges auch der Widerstand in Westdeutschland gegen die Atomrüstung wächst.

Noch sind die Schrecken der Flucht bei Millionen deutscher Menschen nicht vergessen, da taucht in den Plänen des CDU-Heye erneut die Forderung nach Evakuierung ganzer Bevölkerungsteile aus Westdeutschland auf. Die Härten ziviler Dienstverpflichtungen sind unvergessen, und schon berät das Bundeskabinett ein Gesetz über zivilen Notdienst, der nicht nur im Verteidigungsfall, sondern sogar schon in Zeiten großer internationaler Spannungen praktiziert werden kann und zu dem auch Frauen einberufen werden sollen.

Anscheinend wird eine Mobilisierung des gesamten deutschen Volkes vorbereitet, um für den Krieg gerüstet zu sein. Wenn es noch eines Hinweises bedurfte, mit welchen Planungen sich unsere Bundesregierung beschäftigt: Hier ist er gegeben! Wird es jetzt nicht höchste Zeit, zur Wachsamkeit aufzurufen?

Die Wintermanöver in Bayern sollten in diesem Zusammenhang zu denken geben. Die Truppen erprobten den Einsatz von Atombomben in Westdeutschland. Dabei wurde realistisch eingeplant, daß explodierende Kernwaffen ihr Ziel verfehlen und dabei natürlich vermutlich verheerende Opfer fordern werden. Es wurde sogar das „Berieseln" der Hauptvormarschstraßen mit einem „Atomregen" erprobt, um dadurch Sperrwirkungen zu erzielen. Was eine solche Kriegsführung im Ernstfall für die Zivilbevölkerung bedeutet, kann man sich an fünf Fingern abzählen.

Natürlich muß eine verantwortungsbewußte Regierung Pläne bereit halten, um einem äußersten Notfall nicht unvorbereitet gegenüberzustehen. Ihre noch wichtigere Aufgabe sollte aber sein, eine Politik zu betreiben, die die Gefahr eines Krieges von Anfang an ausschaltet, so daß auch keine vorbeugenden Maßnahmen erforderlich sind. Die Bundesregierung hat bisher noch nicht erkennen lassen, daß sie alle Möglichkeiten hierfür überzeugend ausgeschöpft hat.

Westdeutsches Tageblatt vom 5. Februar 1960

Die Sondermission des deutschen Volkes

Nicht nur in Italien, auch in der Schweiz ist ein Satz des Bundeskanzlers Adenauer stark beachtet worden, den er anläßlich seines Gesprächs mit Papst Johannes XXIII. verbrochen hat. Dieser Satz lautete: ‚Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in diesen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat: Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse vom Osten, die auf unser Land einwirken.' Ein früherer deutscher Kanzler pflegte sich für die besonderen Aufgaben, die dem deutschen Volk zur Lösung aufgegeben worden seien, jeweils auf die Vorsehung zu berufen. Daß es nun Gott in Person sein soll, dessen Absichten dem deutschen Regierungschef wiederum so genau bekannt sind, macht die Sache nicht besser, sondern schlimmer. Vor allem auch deshalb, weil die Folgen des deutschen Wahnes, das Abendland ‚vor dem Osten' beschützen zu müssen, bereits so verheerend sind, daß auch die Hälfte Deutschlands verlorenging. Darum besteht in Europa nicht die geringste Neigung mehr, sich unter den unerbetenen deutschen Schutz zu begeben, auf daß nicht auch noch der Rest bachab geht. Dieser Meinung war offenbar auch der Vatikan. Denn im Organ des Vatikans, dem Osservatore Romano, wurde Adenauers Entgleisung unterschlagen. Und die Redaktoren des Blattes erklärten, der Wortlaut des Berichts über Adenauers Aussprache sei ihnen vom vatikanischen Staatssekretariat vorgeschrieben worden.

Die Tat, Zürich, vom 27. Januar 1960

Herrenvolk . . .

Die Frau Aneurin Bevans, die als Abgeordnete ihren Mädchennamen Jennie Lee trägt, lieferte ein Paradebeispiel für das, was Selwyn Lloyd meinte. Unter dem Beifall ihrer Gesinnungsgenossen erklärte sie, „das gleiche arrogante Herrenvolk" habe heute die Geschicke Westdeutschlands in den Händen wie in den Tagen Hitlers. Die gleichen Industriellen, die hinter Hitler gestanden hätten, stünden heute hinter Dr. Adenauer und hätten ihm die Gelder für die letzten Wahlen geliefert.

FAZ vom 13. Februar 1960

Rapacki: Adenauer will Großmachtträume verwirklichen

Rapacki bezeichnete das deutsche Problem als das „brennendste und gefährlichste" in der gegenwärtigen internationalen Politik. Mit Hilfe des „deutschen Imperialismus und Militarismus" versuche Adenauer, die alten deutschen Großmachtträume zu verwirklichen. Die Beteuerungen des Bundeskanzlers, seine Politik sei nicht revisionistisch, klängen umso

unglaubwürdiger, als er nach wie vor „Revisionisten" in der Regierung und in den Behörden dulde und schütze. Auf alle Anzeichen einer internationalen Entspannung reagiere Bonn, als habe man es mit einer tödlichen Gefahr zu tun.

Heftig kritisierte Rapacki auch die SPD, „die in einem Augenblick, da der Neofaschismus wieder stark wird, praktisch auf die Opposition verzichtet". Rapacki brachte Zitate aus Lehrbüchern für den Geschichtsunterricht in der Bundesrepublik und stellte anschließend die Frage: „Welchen Zweck hat es, junge Leute, die unter dem Einfluß eines solchen Unterrichts zum Schmierpinsel greifen, zu bestrafen?"

Der polnische Außenminister schilderte die Entwicklung des polnischen Verhältnisses zu allen Westmächten, von der Bundesrepublik abgesehen, als im großen und ganzen sehr erfreulich. Seine Erklärung ist vor allem ein Appell an die Westmächte, sich in den Bemühungen um Entspannung durch Bonn nicht behindern zu lassen.

Rapacki stellte sich völlig hinter die sowjetischen Deutschlandvorschläge. Er erkannte das deutsche Recht auf Wiedervereinigung prinzipiell an und behauptete, daß durch einen Friedensvertrag die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung geschaffen würden. Im Einklang mit der Moskauer Erklärung des Ostblocks sagte Rapacki, Polen sei für den Abschluß eines Separatvertrages mit der „DDR", wenn keine Einigung über einen allgemeinen Vertrag erzielt wird.

„Unser Vorschlag, auf Atom- und Raketenwaffen zu verzichten, wenn die Bundesrepublik das gleiche tut, bleibt gültig. Wenn die Bundesrepublik ihre Aufrüstung einstellt und ihre Streitkräfte verringert, dann würde auch Polen nicht mit entsprechenden Schritten zögern", sagte Rapacki.

Die Welt vom 17. Februar 1960

Drohung und Druck sind auf uns zurückgefallen

Die CDU steht heute vor dem Bankrott ihrer Außenpolitik. Der Versuch, jede Änderung des Berlin-Statuts zu verhindern, muß scheitern, weil Chrustschow die Krise nicht ausgelöst hat, um sich jetzt auf seine Ausgangspositionen zurückzuziehen. Sie hat ihre Wurzel auch in der Haltung der Bundesregierung, die jedem Versuch, zu einem neuen Ost-West-Verhältnis zu kommen, aus dem Wege gegangen ist und die mit Rüstung, Drohung und Druck die Gegenseite zur Kapitulation vor ihren Alleinansprüchen zwingen wollte. Heute sind Drohung und Druck auf uns zurückgefallen.

Bremer Bürgerzeitung vom 13. Februar 1960

„Harte Haltung"

Während sich die westlichen Großmächte verhältnismäßig zurückhaltend äußern, scheint man in Bonn auf eine harte Haltung zu drängen, die offensichtlich darauf hinzielt, die bei der Außenministerkonferenz in Genf erreichte Annäherung unberücksichtigt zu lassen. So jedenfalls war die Erklärung Bundeskanzlers Dr. Adenauers zu verstehen, der bei seinem Berlin-Besuch „jede Veränderung des Berlin-Statuts als eine Verschlechterung" und damit als unannehmbar bezeichnete.

Über das Thema Berlin besteht also, wie gesagt, nach wie vor weitgehende Unklarheit. Sicher ist aber, daß man dieses heiße Eisen bei der Gipfelkonferenz bevorzugt anpacken wird. Um gewisse Veränderungen, die keineswegs Verschlechterungen bedeuten müssen, dürfte man dabei nicht herumkommen.

Fränkische Presse vom 11. Februar 1960

Dünne Decke

Wenn Bundeskanzler A d e n a u e r in Berlin von einer „dünnen Decke" sprach, auf der wir alle miteinander stünden, dann muß die Antwort auf die Frage, was denn unter dieser dünnen Decke auf uns lauere, heißen: die Isolierung.

Die Zeit vom 5. Februar 1960

Zwei Lords für Anerkennung der DDR

Zwei Abgeordnete des britischen Oberhauses setzten sich in einem Interview mit dem Sowjetzonen-Fernsehen für eine Anerkennung der „DDR" ein. Lord Boothby äußerte, er könne keine Möglichkeit für einen Erfolg der Gipfelkonferenz sehen, wenn die Sowjetzone nicht anerkannt werde. Der konservative Politiker Lord Hinchingbrock sprach sich für die Entsendung eines britischen Handelskonsuls nach Leipzig aus. Lord Boothby empfahl eine Konförderation der „beiden deutschen Staaten". Außerdem befürwortete er die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

Der Tagesspiegel vom 19. Februar 1960

CDU-Abgeordneter Heye fordert Vorsorge für den Kriegsfall

Die Bevölkerung Westeuropas müsse sofort über die Wirkung und Bekämpfung der modernen Kriegsmittel aufgeklärt werden. Das fordert der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vizeadmiral a. D. Heye in einem Plan für den Zivilen Bevölkerungsschutz, der am Donnerstag dem Bundestag vorgelegt wurde. Heye hat internationale Untersuchungen und Versuche vorgeschlagen, damit im Falle eines totalen Krieges die Bevölkerung über die Grenzen hinweg mit Medikamenten sowie mit ärztlichem und technischem Hilfspersonal versorgt werden könne. Heye hat seine Pläne als Berichterstatter des Verteidigungsausschusses der Westeuropäischen Union ausgearbeitet. Sie wurden von der Beratenden Versammlung der WEU gebilligt. Heye fordert, daß alle Nato-Staaten gemeinsame Pläne zum Schutze der Zivilbevölkerung entwerfen und auf einen Teil ihrer Souveränitätsrechte verzichten. Sein Antrag ist von 15 CDU- und SPD-Abgeordneten des WEU-Parlaments unterzeichnet.

Zur Aufrechterhaltung der Regierungsgewalt verlangt Heye für Regierung und Verwaltung bewegliche Arbeitsstäbe. Ferner fordert der Abgeordnete ein Notstands-, Leistungs- und Zivildienstgesetz. Außerdem Gesetze für Luftschutz, Evakuierung, zur Vereinfachung der Verwaltung und Justiz, Gesetze für Wirtschaft und Preiskontrolle und für die Lenkung des Arbeitseinsatzes. Eine Verkehrsorganisation soll im Kriegsfall zur Sicherung der Transportwege beitragen. Neben dem Bau von Behelfsbrücken und der Erfassung ziviler Kraftfahrzeuge wird die Entballung von Werkstätten und Werften gefordert. Verwundete und Kranke sollen in neutralen Zonen untergebracht werden. Heye denkt dabei an die Schweiz und an Österreich.

Die Belegschaften hochwertiger Industriewerke könnnten in natürlichen unterirdischen Hohlräumen untergebracht werden. Außerdem ließen sich Schutzbauten für Werkanlagen errichten, die im Frieden als Großgaragen benutzt werden könnten. Heye hält jedoch nichts von Plänen, den Städtebau unter die Erde zu verlegen. Die einfachste Schutzmaßnahme ist nach seiner Ansicht die Evakuierung dichtbesiedelter Gebiete. Bisher sind von den Nato-Staaten keine Evakuierungen über die Grenzen hinaus vorgesehen.

Deutsche Zeitung vom 5. Februar 1960

Warum keine eigenen Vorschläge?

Der Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zur Regelung seiner nationalen Fragen — Wiedervereinigung, Berlin usw. — mag einmal erhebliche Beweiskraft gehabt haben. Wenn Adenauer ihn heute vorbringt, so gibt er Chrustschow damit nur Gelegenheit, zum soundsovielten Male seine ihn und die anderen Großmächte so bequem entlastende These an den Mann zu bringen, die Wiedervereinigung sei eine Angelegenheit von Verhandlungen zwischen Bundesdeutschen und DDR-Deutschen.

Es ist auch keineswegs klug und schafft der Gegenseite nur Propagandastoff, wenn der Kanzler in seiner Note offen ausspricht, er halte einen deutschen Friedensvertrag und eine Neuregelung in Berlin nicht für dringlich. Sehr geschickt hat Chrustschow die „anomale Lage" Berlins wieder ins Feld geführt, die nicht bestehen bleiben dürfe — eine Formulierung, die sich bekanntlich mit der amerikanischen Auffassung deckt. Nicht minder geschickt kann Chrustschow jüngste Stilblüten Adenauerscher Redelust zitieren, wie die von der „besonderen Mission der Bundesrepublik im Kampf gegen den Kommunismus", um die Bundesrepublik als Fortsetzerin nationalsozialistischer Eroberungsideen zu brandmarken.

Aufhorchen lassen in dem uns bisher bekannten Auszug der Chrustschow-Note lediglich die Worte, in der g e g e n w ä r t i g e n S i t u a t i o n sehe er keinen anderen Weg zu einer gründlichen Gesundung der Lage in West-Berlin als die Umwandlung in eine Freie Stadt. Das scheint anzudeuten, daß es in einer a n d e r e n Situation a n d e r e Möglichkeiten geben könne. Nach einer Rundfunkfassung hat Chrustschow den Bundeskanzler in diesem Zusammenhang aufgefordert, wenn er eine andere Lösung sehe, möge er sie vorschlagen. Diesen Satz haben wir allerdings in keiner der uns vorliegenden Agenturfassungen der Chrustschow-Note — im Gegensatz zu der im Wortlaut wiedergegebenen Adenauer-Note nur Auszüge! — gefunden. Hält man bei uns diesen Satz nicht für wichtig genug, ihn auch nur zu erwähnen?

Hamburger Echo vom 2. Februar 1960

Regierung von Nordrhein-Westfalen für Zivilverteidigung, Luftschutz und Notstands-Gesetzgebung

Auf einer Sondersitzung des nordrhein-westfälischen Kabinetts sind unter Hinzuziehung der Staatssekretäre und Beteiligung des Befehlshabers im Wehrbereich III, Generalmajor S c h i m p f, Fragen der zivilen Verteidigung besprochen worden. Innenminister D u f h u e s erklärte dazu vor der Landespressekonferenz, die den Landes- und Kommunalbehörden zufallenden Aufgaben müßten mit Energie angepackt werden. Zunächst solle ein Katalog der gesetzgeberischen und organisatorischen Aufgaben aufgestellt werden, worauf die Landesregierung einen Gesamtplan der zivilen Verteidigungsaufgaben nach Dringlichkeitsstufen festlegen werde, und zwar in enger Fühlungnahme mit dem Bundesressort und dem Wehrbereich von Nordrhein-Westfalen.

Die Aufstellung des Luftschutzhilfsdienstes sei im Gange. Bei der Evakuierung gefährdeter Gebiete sei nur an einen begrenzten Teil der Bevölkerung gedacht. Die Parole „Bleibe zu Hause!" sei nach Auffassung der Landesregierung auch für Nordrhein-Westfalen die einzig richtige. Unerläßlich sei allerdings der Bau ausreichender Luftschutzräume durch den Bund. Ein leistungsfähiges Fernmeldenetz sei die Voraussetzung für das Funktionieren des Warnsystems. Die Vorratshaltung an Lebensmitteln müsse das zivile Verteidigungsprogramm ergänzen. Voraussetzung für diese Vorhaben seien ein Evakuierungsgesetz, ein Gesetz zur Ergänzung des Bundesleistungsgesetzes, ein Notdienstpflichtgesetz und vor allem ein Notstandsgesetz.

Vom Standpunkte des Landes Nordrhein-Westfalen forderte der Innenminister, daß die Notstandsgesetzgebung auch vom Vertrauen der Arbeiterschaft dieses Gebietes getragen werden müßte, vor allem von den Gewerkschaften. Zu der Frage, ob die Ausnahmegesetzgebung lediglich auf den Fall des äußeren Notstandes abzustellen sei, vertrat die Landesregierung den Standpunkt, daß es unter den heutigen Verhältnissen schwierig sei, die Tatbestände des äußeren Notstandes von denen des inneren zu trennen. Die Methoden totalitärer Staaten hätten ihr eigenes Gesicht. Auf der anderen Seite müsse nach den Erfahrungen der Vergangenheit alles getan werden, um jeden Mißbrauch der Notstandsgesetzgebung für innenpolitische Zwecke zu verhindern. Hier müßten Wege gefunden werden, die auch von der Opposition gebilligt werden könnten. Niemals dürften Arbeitskämpfe Gegenstand von Notstandsmaßnahmen werden. Die Entscheidung über die Ausrufung des Ausnahmezustandes will Innenminister Dufhues einem Notstandsausschuß übertragen wissen, wenn der Bundestag am Zusammenkommen verhindert sei. Dieser

Ausschuß sollte nach dem Vorbild des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat zusammengesetzt werden, womit die Mitwirkung der Länder gesichert sei.
Frankfurter Allgemeine vom 12. Februar 1960

Katholische Organisationen erhielten von Strauß Geld für psychologische Verteidigung

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am Freitag die Vermutung geäußert, daß die CDU/CSU Einfluß auf die Verwendung der Gelder für psychologische Verteidigung genommen habe. Nach Angaben der SPD ist es in der letzten Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestags zu einer scharfen Kontroverse gekommen, als sich herausstellte, daß die aus diesem Haushaltstitel für „Maßnahmen außerhalb der Bundeswehr" bereitgestellten Mittel nur an Organisationen vergeben wurden, die der CDU/CSU oder der katholischen Kirche nahestehen. Die SPD hat in diesem Zusammenhang die Kürzung des Titels psychologische Verteidigung gefordert.

Nach einem Bericht des Verteidigungsministeriums sind aus den Mitteln für psychologische Verteidigung, die 1,12 Millionen Mark für das laufende Haushaltsjahr betragen, Gelder an den Ring christlich-demokratischer Studenten, die Kolpingsfamilie und den Bund katholischer Jugend vergeben worden. Diese Verteilung wurde von einem Sprecher des Verteidigungsministeriums mit dem Hinweis begründet, daß andere Jugendverbände keine Anträge auf Zuteilung gestellt hätten.
Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Februar 1960

Die Regierung soll die Wahrheit sagen

Der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Max Becker, forderte in Gießen die Bundesregierung auf, dem deutschen Volk endlich die Wahrheit zu sagen, welche außenpolitische Zukunft vor ihm stehe. Das deutsche Volk habe das Gefühl, daß auf seinem Rükken etwas geschehe, es wisse nur noch nicht, was. Die Regierung solle den Mut haben, dem deutschen Volk den Ernst der Lage offen vor Augen zu führen, dann werde es die kommenden schweren Ereignisse gefaßter ertragen.

Dr. Becker wies darauf hin, daß nach Ansicht der FDP der kalte Krieg endgültig vorbei sei. In der konventionellen Rüstung seien die Sowjets und der Ostblock wesentlich stärker als der Westen. In dieser Situation gebe es nur den einen Weg, daß der Schwächere dem Stärkeren irgendwie entgegenkommen müsse.

Die deutsche Frage sei nur eine unter vielen, und die Bundesrepublik dürfe die weltpolitische Entspannung nicht aufhalten, jedoch auch den Zusammenhalt mit dem Westen nicht verlieren. Die Hallstein-Doktrin müsse endlich abgeschafft werden und die Bundesrepublik müsse sich an der Entwicklung anderer Länder beteiligen. Eine Abrüstung habe jedoch nur dann einen Daueréffekt, wenn alle Krisenherde beseitigt würden. Dr. Becker warnte davor, heute allzu viel über Berlin als Einzelfall zu sprechen, weil sonst die deutschen Gesamtprobleme nicht mehr gesehen würden. Die Berlin-Frage sei nur im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung zu lösen.
Gießener Freie Presse vom 10. Februar 1960

Reisebeschränkungen für bayerische „Geheimnisträger"

Einen Urlaub in Ländern des Ostblocks werden einige Gruppen von bayerischen Beamten in Zukunft nur noch unter Schwierigkeiten verbringen können. Das neue bayerische Beamtengesetz erhält eine Bestimmung, nach der „dem Beamten in der Wahl seines Urlaubs Beschränkungen auferlegt werden können, wenn es die öffentliche Sicherheit zwingend erfordert". Im Beamtenrechtsausschuß des Bayerischen Landtags erklärte hierzu Ministerialrat Dr. Weiß vom Finanzministerium, dies gelte in erster Linie für Beamte des Polizeidienstes und andere „Geheimnisträger".
Frankfurter Rundschau vom 3. Februar 1960

Eine gute Figur gemacht

Die neue westdeutsche Armee ließ im Manöver „Wintershield" ihre wachsenden Muskeln spielen, wobei sowohl Stärken wie Schwächen erkennbar wurden. Trotz der gewaltigen Probleme, die der deutschen Armee infolge der kurzen Dienstzeit der Wehrpflichtigen und des sich daraus ergebenden schnellen Wechsels der Masse der Soldaten sowie der unzureichenden Ausbildungszeit aufgezwungen wurde, hat die neue Generation der deutschen Jugend eine gute Figur gemacht. Die Saat der früheren militärischen Größe der deutschen Armee sprießt wieder.

New York Times vom 16. Februar 1960

Wehrgedanken fördern

Wehrgedanken und Wehrbereitschaft will der Reservistenverband der Bundeswehr fördern, der in Bonn gegründet worden ist. Publizist und Major der Reserve Adalbert W e i n s t e i n hat den Vorsitz des neuen Verbandes übernommen.

Die Welt

„Times" warnt vor Atommacht Westdeutschland

Es kann sehr wohl sein, daß Präsident Eisenhower die Lage Frankreichs im Sinn hatte, als er von einer Liberalisierung der Atomwaffengesetze sprach. Wenn man die Diskriminierung gegen Frankreich auf dem Gebiete der Atomwaffen aufgibt, wie lange würde es dauern, bis die Bundesrepublik dieselbe Behandlung verlangt? Und könnte Amerika dann ablehnen? Die Nato-Länder sind Mitglieder einer Allianz, aber man muß der Tatsache ins Auge sehen, daß eine Atommacht Westdeutschland für die meisten der Nato-Mitglieder unannehmbar wäre. Frankreich und Deutschland sind aber keine Parallelfälle. Frankreich hat ebenso wie Großbritannien eine mühsame atomare Lehrzeit durchgemacht. Deutschland hat mit einer feierlichen Verpflichtung auf die Herstellung von Atomwaffen und damit auch auf die Lehrzeit verzichtet. Im Hinblick auf diesen freiwilligen Verzicht könnte man es nicht als einen Akt der Diskriminierung ansehen, wenn Frankreich Atomwaffenhilfe erhalten sollte und Deutschland nicht.

Times vom 5. Februar 1960

Bundesregierung sanktioniert französische Kernexplosion

Frankreich hat nichts getan, was nicht mit seinen souveränen Rechten zu vereinbaren wäre, und kann als freies Land wie jeder andere Staat eigene Kernversuche unternehmen. Dies ist die Ansicht der Bundesregierung zur ersten französischen Kernexplosion, die am Montag vom Bundespressechef v o n E c k a r d t in Bonn vor der Presse vorgetragen wurde.

Kölnische Rundschau vom 16. Februar 1960

Amerikanische Wissenschaftler protestieren

Die Empfehlung Präsident Eisenhowers, die Bestimmungen über die Lieferung amerikanischer Kernwaffen an die verbündeten Länder zu lockern, ist am Donnerstag von dem Exekutivausschuß des Verbandes amerikanischer Wissenschaftler als „die gefährlichste Sorte des kurzsichtigen Opportunismus" bezeichnet worden. Eine solche Maßnahme, erklären die Wissenschaftler, würde „die Verbreitung nuklearer Technologie in aller Welt unvermeidlich machen und uns praktisch schließlich dem Unglück des Kernkrieges ausliefern". Die in Genf mit der Sowjetunion geführten Verhandlungen würden torpediert werden.

Stuttgarter Zeitung vom 6. Februar 1960

31 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion stehen hinter Schlamm

Eine klare Absage an die Thesen des austro-amerikanischen Propagandisten William S. Schlamm erteilte gestern Staatssekretär van Scherpenberg vor dem Bundestag.

Im Gegensatz zu dieser Erklärung des Brentano-Staatssekretärs gab Innenminister Schröder eine äußerst zurückhaltende Antwort auf die Frage, ob die Tätigkeit Schlamms unter die Bestimmungen des Grundgesetzartikels 26/1 falle, wonach Handlungen, die das friedliche Zusammenleben von Völkern stören könnten, verfassungswidrig und strafbar sind.

Schröder sagte, die Bundesregierung habe bisher weder Anlaß noch Gelegenheit gehabt, sich mit dieser Frage zu befassen. Sie sähe zur Zeit auch noch keinen Grund, dies zu tun. Auf die Zusatzfrage, ob er über die enge Tuchfühlung bestimmter CDU-Abgeordneter mit Schlamm informiert sei, antwortete der Minister unter allgemeinem Gelächter, daß ihm davon nichts bekannt sei.

Schlamm lebt zur Zeit, wie es in einem Bericht der „New York Times" heißt, unter dem Eindruck, daß sich ein Sturm über seinem Kopf zusammenziehe, nachdem er sich sechs Monate lang in der Bundesrepublik für eine „Befreiung" der kommunistisch beherrschten Länder eingesetzt habe. Schlamm habe dementiert, daß er von der Bundesregierung eine offizielle Unterstützung für seine Tätigkeit erhalte: „Allerdings kenne ich mehrere Minister, und ich habe eine Menge Freunde im Parlament."

Seit gestern weiß die Öffentlichkeit auch, welche Abgeordnete der CDU-Bundestagsfraktion zu den „vielen Freunden im Parlament" gehören. Ein Schreiben von 31 CDU-Parlamentariern wurde u. a. unterzeichnet von: Gedat, Baron zu Guttenberg, Graf Henckel zu Donnersmarck, Höcherl, Dr. Kliesing und Baron von Manteuffel-Szöge.

Bonner Rundschau vom 18. Februar 1960

Am Kern der Sache vorbei ...

Wir haben bisher alle vom falschen Thema gesprochen: Von den jungen Flegeln, von der DRP und von den Neonazis. Wie die Katzen um den heißen Brei sind wir um den gutbürgerlichen, biederen deutschen Nationalismus herumgeschlichen, weil seine Vertreter überall sitzen: In den Schulen, Behörden, Universitäten, Regierung, Parlamenten. Die Klugen unter ihnen schweigen noch, die Dummen schreiben im „Stahlhelm", die Vollidioten malen Hakenkreuze. Deshalb sind alle Anrufe von Regierungen und Behörden, die sich gegen die Neonazisten richten, so hohl, so uninteressant, so sehr am Kern der Sache vorbeiführen.

Welt der Arbeit vom 22. Januar 1960

Auszüge aus der Rede des FDP-Abgeordneten Dr. Achenbach in der außenpolitischen Debatte des Bundestages am 10. Februar 1960

„An dieser Stelle möchte ich dem Chef der Vormacht des Westens, dem Präsidenten Eisenhower, Dank sagen dafür, daß er auch in Wahrnehmung der Interessen des deutschen Volkes das ganze Gewicht seines Amtes und seines persönlichen Prestiges in die Waagschale des Friedens und der Entspannung geworfen hat und nach freimütiger Aussprache mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten in Camp David die Bahn für die nun im Mai dieses Jahres in Paris zusammentretende Ost-West-Gipfelkonferenz frei gemacht hat, der wir alle einen wirklichen Erfolg für die Befestigung des Friedens wünschen.

Es ist ein weiter Weg von der Zeit, als die Untersuchungskommission des Senators MacCarthy die Schlagzeilen der amerikanischen Presse lieferte, bis zum Geist von Camp David. Es ist, wie ich meinen möchte, auch ein Stück Weges zurückgelegt worden von den ständigen virulenten Angriffen Moskaus gegen die Westmächte bis zu den heutigen häufig doch freundlichen, ja warmherzigen Worten des sowjetischen Ministerpräsidenten in bezug auf diese Mächte.

Wir sollten, Herr Bundeskanzler, den Friedenswillen des sowjetischen Ministerpräsidenten aus politischer Fairneß und Klugheit nicht bezweifeln, wir sollten ihn beim Wort nehmen."

„. . . alle Verhandlungen zu unterstützen, die nach Auffassung der an der Gipfelkonferenz beteiligten Mächte diesem Ziele dienen. Der Deutsche Bundestag wünscht, daß die Bundesrepublik in vorderster Front an der großen und edlen Aufgabe mitwirkt, einen dauerhaften Frieden in der Welt zu sichern.

. . . Dieses Ziel, Herr Bundeskanzler, werden Sie allerdings nur erreichen, wenn gewisse Äußerungen sowohl Ihrerseits wie prominenter Mitglieder der Regierungspartei in Zukunft unterbleiben. Man kann sich billigerweise über das Echo nicht wundern, wenn von einem prominenten Mitglied Ihrer Partei einmal erklärt worden ist, die Hälfte der Welt werde von Gentlemen, die andere Hälfte von Banditen regiert.

Ich habe mich auch nicht, Herr Bundeskanzler, gewundert über die Reaktion des sowjetischen Ministerpräsidenten in seinem letzten Brief an Sie auf den von Ihnen bei Ihrem Empfang durch Papst Johannes XXIII. ausgesprochenen Satz: ‚Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die von Osten her auf uns einwirken.'

Selbst im Westen hat dieser Satz nicht gefallen."

„Ich habe hier nicht etwaige Hintergedanken der Sowjetunion zu analysieren. Ich muß mich, wenn internationale Verhandlungen überhaupt möglich sein sollen, mit den Argumenten auseinandersetzen, die von der Gegenseite offiziell in einer offiziellen Note vorgetragen werden.

Wie haben die Russen das Berlin-Problem in ihrer Note vom 27. November 1958 gestellt? Auf eine knappe Formel gebracht, Herr Bundeskanzler, folgendermaßen: Da die Westmächte nicht gewillt sind, über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu verhandeln, da die Regierung der Bundesrepublik nicht gewillt ist, sich mit der Regierung der sogenannten DDR über mögliche Wege und Methoden zu einer Wiedervereinigung Deutschlands zu unterhalten, wird es wohl mit der Wiedervereinigung noch lange dauern. Ist dem aber so, dann erscheint uns Sowjets die Lage in Berlin mit der dort zwischen Ost und Welt wogenden Propagandaschlacht auf die Dauer so gefährlich, daß eine Änderung eintreten muß.

Man wird nicht bestreiten können, daß die Sowjets das Berlin-Problem so, d. h. subsidiär gestellt haben, d. h. angeblich wegen der durch das Verhalten des Westens und der Bundesrepublik nicht zustande kommenden Wiedervereinigung. In seinem letzten Brief an Sie, Herr Bundeskanzler, hat Herr Chrustschow erneut zugestanden, daß, wenn das Problem der deutschen Wiedervereinigung gelöst werde, es kein Berlin-Problem mehr gebe; aber eben zu dieser Wiedervereinigung komme es nicht, weil die Bundesregierung die Realität der DDR leugne und sich mit ihr über die Wege zu einer Wiedervereinigung nicht unterhalten wolle.

. . . Es ist gewiß nicht meine Aufgabe, das sowjetische Prestige zu wahren oder sowjetische Interessen über Gebühr zu berücksichtigen. Das tun die Sowjets schon selber. Wohl aber bin ich von meinem eigenen Standpunkt aus verpflichtet, die Lage der Sowjetunion und ihre Motive zu analysieren, um festzustellen, ob vernünftigerweise mit einer Änderung ihres Standpunktes gerechnet werden kann.

. . . Würden Sie zustimmen, Herr Bundeskanzler, wenn ich sage, daß eine Weltmacht, die einen verbündeten Freund fallen läßt, damit auch ihren Kredit bei ihren anderen Verbündeten und anderen Freunden in der Welt beeinträchtigt? Wenn Sie das zugeben, müßten Sie auch anerkennen, daß über das reine Prestige hinaus bei der Sowjetunion sogar ein sachlicher Grund dafür besteht, das ihr verbündete und befreundete Regime der sogenannten DDR nicht einfach fallenzulassen, ebenso wie die Amerikaner uns, ihren treuen Verbündeten, die Bundesrepublik im Stich lassen können und natürlich auch nicht wollen, ohne daß überall sonst in der Welt Zweifel an dem Wert der amerikanischen Freundschaft aufkämen. Nun, im Falle Sowjetunion—DDR kommt hinzu, daß vom kommunistischen Standpunkt aus subjektiv, gutgläubig, ein kommunistischer Staat wie ein ehren- und lobenswerter Staat erscheint, nicht wie von unserem ideologischen Standpunkt aus als ein die Freiheit des Bürgers und seine gesicherte Rechtssphäre zerstörender Zwangsstaat. Mit dem kommunistischen, in ihren Augen durchaus respektablen Staat, genannt DDR, hat die Sowjetunion einen völkerrechtlichen Vertrag abgeschlossen, durch welchen sie diesem Staat die Souveränität einräumt, gewiß, in unseren Augen in Anführungsstrichen, aber immerhin eine Souveränität, auf Grund deren der Herr Bolz in Genf

in lauten Trompetentönen seine völlige Entscheidungsfreiheit — sicher wiederum in Anführungsstrichen — herausstellen konnte.

Wenn wir nun von der Sowjetunion verlangen, daß sie mit uns die Auffassung vertreten soll, die sogenannte DDR sei einfach nicht da, sei nonexistent, so, fürchte ich, muß das in den Augen der kommunistischen Welt wie eine Aufforderung an die Sowjetunion wirken, sich selbst zu ohrfeigen. Meine praktische Lebenserfahrung, Herr Bundeskanzler, sagt mir, daß, wenn ich von jemand etwas erreichen will — und gegen die Sowjetunion ebenso natürlich wie gegen die USA kommen wir selbstverständlich in unserem Anliegen der Wiedervereinigung nicht weiter —, ich die Verhandlungen zweckmäßigerweise nicht damit beginne, daß ich den Gesprächspartner bitte, sich zunächst einmal selbst zu ohrfeigen."

„Wenn ich mich nun leider der Erkenntnis nicht verschließen kann, daß vielleicht nicht nur Boshaftigkeit die Sowjetunion veranlaßt, uns auf unser Verlangen, unser berechtigtes Verlangen, nach Selbstbestimmung und Wiedervereinigung stereotyp zu antworten, sie habe für dieses Anliegen des deutschen Volkes Verständnis, sie wolle es fördern, aber wir müßten darüber auch mit der Regierung der DDR sprechen, so frage ich mich, warum wir eigentlich diese Methode nicht akzeptieren. Fällt uns dabei wirklich ein Zacken aus der Krone? Begeben wir uns damit wirklich auf den Weg der Kapitulation? Endet dieser Weg wirklich in dem Bolschewismus für das ganze deutsche Volk? Gefährden wir damit wirklich, ohne für die 17 Millionen in Mitteldeutschland die Freiheit zu erreichen, die Lebensform der 52 Millionen, die jetzt in der Bundesrepublik in gesicherter Freiheit wohnen? Ich brauche hier nicht noch einmal zu betonen, daß selbstverständlich wir Freien Demokraten wie Sie, wie alle Parteien hier im Hause, die Wiedervereinigung nicht um jeden Preis, nicht um den Verlust der Freiheit, wollen, sondern nur in Freiheit für unser ganzes deutsches Volk. Was aber steckt wirklich an Substanz hinter der Behauptung, damit werde die sogenannte DDR aufgewertet? Ein Argument, das uns auch immer entgegengehalten wird, wenn wir sagen, wir sollten diplomatische Beziehungen zu allen Ländern aufnehmen, ohne Rücksicht auf ihr Regime, einfach deshalb, weil, wenn man abwesend ist, nicht mit einem, sondern über einen, und meistens nicht gut, gesprochen wird."

„Halten Sie es, Herr Bundeskanzler, unter dem Gesichtspunkt der Würde der deutschen Nation für ein besonders schönes Schauspiel, wenn durch sich immer steigernde Bemühungen um sogenannte Öffentlichkeitsarbeit auf beiden Seiten demnächst sämtliche afro-asiatischen Marktplätze von dem schrillen Geschrei der deutschen Stammesfehden widerhallen werden, wobei, da ja jede Seite die anderen Deutschen als schlechte und bösartige Menschen darstellt, die dortigen Völker im Endergebnis von allen Deutschen einen schlechten Eindruck bekommen werden? Glauben Sie nicht, daß es uns wohl anstünde und von unserer inneren Sicherheit und Gelassenheit zeugen würde, wenn man den Leuten in Ostberlin sagte: Was haben wir eigentlich von diesen Streitigkeiten in Afrika und Asien, bei denen wir vergessen, daß wir schließlich alle Deutsche sind, und die dortigen Völker mit Querelen behelligen, die sie doch nur befremden können? Und das in einer Zeit, wo im Zeichen einer Ost-West-Entspannung davon geredet wird, daß die Hilfe an die Entwicklungsländer und die Bekämpfung des Hungers ohne politische Hintergedanken von den hochentwickelten Industrieländern in West und Ost gemeinsam geleistet werden sollen."

„Herr Bundeskanzler, ich meine, daß wir unsere sachliche Position in gar keiner Weise beeinträchtigen, daß wir in gar keiner Weise kapitulieren, wenn wir uns, nachdem wir in Genf an der Außenministerkonferenz mit einer Beraterdelegation teilgenommen haben und auch eine ostzonale Beraterdelegation da war, bereit erklären, einer Aufforderung der Gipfelkonferenz Folge zu leisten, in Anwesenheit von Beobachtern der vier Mächte — sie sollen unbedingt dabei sein, damit jeder sicher ist, daß nichts geschieht, was gegen seine Interessen verstößt — auch innerdeutsche Gespräche zu führen, die den kalten Krieg auch in Deutschland abbauen und die sich insbesondere auch auf die Schaffung eines Wahlgesetzes für eine verfassunggebende gesamtdeutsche Nationalversammlung erstrecken sollen.

Warum sollte in diesen Gesprächen nicht auch über einen Friedensvertrag gesprochen werden? Herr Bundeskanzler, 15 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten ist es tatsächlich an der Zeit, endlich damit zu beginnen, über einen Friedensvertrag zu diskutieren."

„Warum, Herr Bundeskanzler, sehen wir eigentlich Probleme, wo für einen selbstbewußten, ausgeglichenen, vernünftigen Menschen an sich keine sind? Haben wir etwa Minderwertigkeitskomplexe? Haben wir Angst vor den Kommunisten? Scheuen wir die geistige Auseinandersetzung mit ihnen? Meinen Sie, Herr Bundeskanzler, die Kommunisten seien klüger als wir?

Um die Auseinandersetzung mit ihnen kommen wir, wenn wir die Wiedervereinigung wollen, so oder so nicht herum. Wenn w i r sie nicht anfangen, fangen d i e sie an. Wir brauchen die Auseinandersetzung auch nicht zu scheuen. Ich versichere Ihnen, Herr Bundeskanzler, die Kommunisten sind nicht klüger als wir."

Nellen: Teilung Deutschlands realpolitisch berücksichtigen

Für eine stärkere realpolitische Berücksichtigung der Existenz der beiden getrennten Teile Deutschlands sprach sich am Wochenbeginn der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter N e l l e n in Münster aus. Ob man die Bezeichnung „Deutsche Demokratische Republik" in Anführungsstriche setze oder nicht, ändere nichts an der Existenz der beiden Teile.

Frankfurter Rundschau vom 3. Februar 1960

Wiedervereinigung nur über Abrüstung und innerdeutsche Gespräche möglich

Worin der Grund dieser Verstimmung zu suchen ist, hat jetzt der britische Abgeordnete Denis H e a l y auf einem öffentlichen Vortrag in Hamburg zu erkennen gegeben: „England" (und man kann hinzufügen — der Westen) „wird der deutschen Wiedervereinigung niemals einen größeren Vorzug geben als die Deutschen selbst durch ihre gewählte Regierung." Diese aber, so ließ der Engländer erkennen, ist nicht bereit, für die Wiedervereinigung einen realen Preis zu zahlen. Es gibt, um sie zu erreichen, nach Healy nur noch den Sprung nach vorn: Die Schaffung eines neuen Sicherheitssystems in Mitteleuropa auf dem Weg über ein „Disengagement", gleichzeitig Abrüstung und Gespräche mit der Regierung in Ostberlin „wenn auch nur auf kommerzieller und administrativer Basis". Es ist bekannt, daß die Bundesregierung diese Möglichkeiten scharf ablehnt. So darf man sich nicht wundern, wenn Healy die offizielle britische Politik dahin interpretiert, daß sie nur noch zwei Wege sehe: Entweder die bisherige Politik der Wiedervereinigung zu ändern oder die Wiedervereinigung aufzugeben. Jedenfalls wäre es zweifelhaft, ob die Verbündeten Westdeutschlands länger bereit seien, „auf nützliche Übereinkommen mit der Sowjetunion zu verzichten zugunsten des formalen Bestehens auf einem Wiedervereinigungsprogramm, das niemand, nicht einmal jemand in Deutschland, noch für realistisch hält".

Westdeutsches Tageblatt vom 4. Februar 1960

Hat das deutsche Volk eine göttliche Mission?

Absichtlich habe ich bis jetzt gezögert, bevor ich diese Zeilen schrieb. Ich wollte abwarten, ob nicht die C h r i s t l i c h - Demokratische Union zu der Frage Stellung nehmen würde: Hat das deutsche Volk eine göttliche Mission? Anscheinend bleibt es aber dem Ausland vorbehalten, gegen die Erklärung zu protestieren, die Dr. Adenauer am 22. Januar d. J. vor dem Papst in Rom abgegeben hat. Immer wieder wird diese Erklärung in ausländischen Zeitungen mit großer Beunruhigung erwähnt, und zwar nicht nur in Zeitungen der östlichen, sondern auch der westlichen Nachbarn. Sie geht aber nicht nur unsere Nachbarn an, sondern in erster Linie uns selbst, weil Dr. Adenauer im Vatikan von u n s und unserem angeblichen Gottesauftrag gesprochen hat. Dr. Adenauer erklärte am 22. Januar d. J. vor dem Papst:

„Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken."

Diese in feierlicher Audienz abgegebene Erklärung ist im Bulletin der Bundesregierung 1960, Seite 130, amtlich veröffentlicht.

Wir stehen also vor der Tatsache, daß Dr. Adenauer sich in der Lage fühlt, Gottes Willen in diesen Zeitläuften zu erkennen, und zwar dahingehend, daß Gott „dem deutschen Volk" einen Auftrag gegeben hat. Dieser Auftrag soll sogar „besonderer" Art sein, nämlich „den Westen" vor dem Osten zu hüten. Das ist eine große Aussage, die alle angeht. Wir aber sind gefragt, ob wir in solcher Weise in unserem Namen von uns reden lassen wollen.

Erstaunen sollte uns die Erklärung Dr. Adenauers nicht. In ihr kommt die CDU-Ideologie nur zu einer längst vorbereiteten Konsequenz. So ließ z. B. der Bundesschatzmeister der CDU, Ernst Bach, MdL (Siegen), der sich gern als einen der engsten Mitarbeiter Dr. Adenauers bezeichnet, schon 1953 vernehmen:

„Gott hat uns mit Dr. Adenauer das Werkzeug geschenkt, mit dem die Freiheit des Einzelnen garantiert, die Einheit Deutschlands wiederhergestellt und der Frieden für Deutschland, Europa und die Welt gesichert werden kann."

Von solcher Vergötterung des Werkzeugs ist es nur ein kleiner Schritt zum göttlichen Auftrag des Volkes, das sich mit diesem Werkzeug zum eigenen Heil und zum Heil der Welt beschenkt sehen darf.

Es ist verständlich, daß Dr. Adenauers vatikanische Erklärung besonders in Polen verbreitet wird. Der polnische Ministerpräsident Cyrankiewicz nannte sie „zynisch, — besonders aus der Perspektive des Todeslagers von Auschwitz". Man kann sich vorstellen, wie eifrig kommunistische Agitatoren insbesondere die nicht kommunistischen Katholiken in Polen mit der Erklärung Dr. Adenauers traktieren! Die Tschechen werden sie auf dem Hintergrund von Lidice hören. Die Londoner „Times" schreibt, daß Dr. Adenauers Bemerkung über „Deutschlands göttliche Mission" dazu beitrage, die öffentliche Meinung für die sowjetischen Anklagen gegen die Bundesrepublik auch in England empfänglich zu machen.

Überall erregt das Wiederaufleben des deutschen Sendungsbewußtseins Unruhe und Unbehagen. Wie stehen wir selbst dazu? Wie lange wollen wir uns solche Erneuerung einer blanken Nazi-Theologie in unser aller Namen gefallen lassen?

Wir erlebten, daß Gott sich nicht spotten läßt. Müssen wir schon wieder dem Hochmut verfallen, daß ausgerechnet das deutsche Volk — das ganze oder diesmal nur das Volk der Bundesrepublik? — zu etwas „Besonderem" berufen sei, um erneut zu erleben, wie solcher Hochmut ausgeht und endet?

Dr. Dr. Gustav Heinemann im SPD-Pressedienst vom 18. Februar 1960.

Chrustschows Haltung zur Deutschlandfrage

„Es ist wesentlich, die Überreste des Zweiten Weltkrieges zu liquidieren. Dafür muß aber vor allem der Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet und besonders das Besatzungsregime in Westberlin beendet werden. Zur Stabilisierung der Lage ist die Wiederherstellung des Friedens unerläßlich. Das kann aber nur auf dem Wege eines dauerhaften Abkommens geschehen, namentlich über die nach dem Zweiten Weltkrieg festgesetzten Landesgrenzen. Wenn wir nicht in der Lage sind, diese Probleme zu lösen, werden jene Kräfte, welche die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Situation ändern wollen, wieder auferstehen und stärker werden. Wir aber sagen ausdrücklich, daß das, was durch den Krieg anders wurde, nicht ohne Krieg geändert werden kann. Die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn werden sich nie damit einverstanden erklären, ihre Grenzen mit Deutschland zu korrigieren. Wir sind ihre Alliierten, wir verstehen und unterstützen sie.

Wie kann diese Lage geklärt werden? Wir haben den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden Deutschland vorgeschlagen. Adenauer jedoch will nicht. Wer hat ihn aber danach gefragt? Wir haben den Krieg geführt und Millionen Leute verloren. Die Deutschen kamen bis Stalingrad und waren vor Moskau. Wir hingegen sind schließlich auch nach Berlin gekommen. Es ist ohne weiteres klar, daß die Lage eine radikale Änderung erfahren hat: die Deutschen haben keinen Anspruch darauf, ihr Gesetz zu diktieren. Wenn man die Notwendigkeit anerkennt, nicht zu ändern, was der Zweite Weltkrieg zur Folge hatte, muß man aber auch die Notwendigkeit eines Friedensvertrages anerkennen. Gerade aber das wollen wir vor allem durch die Beendigung des Besatzungsregimes in Westberlin. Den Willen der Westberliner Bevölkerung werden wir zudem nicht mißachten,

sondern im Gegenteil die bestehende Ordnung anerkennen und eine stabile Lage schaffen. Wir werden Westberlin die Möglichkeit gewähren, mit allen Ländern Beziehungen und Verbindungen zu unterhalten. Diesen einzig richtigen Weg haben wir vorgeschlagen. Für mich gibt es keine andere vernünftige Lösung. Und wenn es eine gäbe, wären wir bereit, diese zu prüfen und ihr beizupflichten, um den Frieden zu gewährleisten."

Chrustschow fuhr fort: „Es besteht kein Zweifel darüber, was einzelne Kreise wollen: das kommunistische Regime der Deutschen Demokratischen Republik liquidieren und Ostdeutschland in die Bundesrepublik einverleiben. Wenn jemand im Ernste daran glaubt, daß es sich hier um einen vernünftigen Vorschlag handle, könnten wir mit dem Gegenvorschlag aufwarten, Westdeutschland in die DDR einzugliedern. Wir leben ja im Jahrhundert der sozialen Umwälzungen. Es wäre folgerichtig, das kapitalistische Regime Westdeutschlands auszumerzen und ganz Deutschland kommunistisch werden zu lassen. Das wäre die richtigste Lösung, der aber niemand zustimmen würde. Daher schlagen wir sie überhaupt nicht vor. Westdeutschland soll auf seine Weise leben. Das gleiche gilt aber auch für Ostdeutschland. Wir Alliierten, die wir gegen Deutschland den Krieg geführt haben, können nunmehr mit ihm Frieden schließen: Das ist die beste Lösung. Wir beharren auf der Lösung dieses Problems, denn wir wollen den Frieden."

Neue Zürcher Zeitung vom 10. Februar 1960

Wortlaut eines Briefes und Auszüge aus einer Denkschrift des Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer an den Fürsten zu Waldburg-Zeil

Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer

Augsburg, 16. 8. 48
Hans Adlhochstraße 8 a
Tel. 3 62 69

Sehr verehrter Fürst Waldburg,
anliegend übersende ich Ihnen den versprochenen Beitrag, von dem ich hoffe, daß er in bescheidenem Maße dazu beiträgt, die Erkenntnis dieses Problems zu vertiefen. Ich wäre Euer Durchlaucht für gelegentliche Benachrichtigung dankbar, ob sich in der Sache irgend etwas erreichen ließ.

Mit der Bitte um ergebene Empfehlungen an die Fürstin bin ich

Euer Durchlaucht dankbar ergebener
gez.: Theodor Oberländer

Seiner Durchlaucht
Dem
Fürsten zu Waldburg-Zeil
Schloß Zeil/Württemberg

Über die psychologische Kriegsführung

Auch die Kriegsführung unterliegt dem Gesetz des Minimum. Der im Minimum befindliche Faktor entscheidet über die Höhe des Erfolges.

Während des zweiten Weltkrieges war im Kampf gegen die Sowjetunion die politische Kriegsführung im Minimum.

Im Kampfe gegen eine Idee siegt nicht die bessere Technik, wenn sie nicht gleichzeitig mit einer besseren Idee verbunden ist.

Soll der Bolschewismus überwunden werden, so benötigen die zu seiner Bekämpfung verbundenen Kräfte

1. ein Programm der politischen Kriegsführung bis zum Ausbruch des Waffenkrieges;
2. ein Programm zur Unterstützung des Waffenkrieges;

.....

Die Überwindung des Bolschewismus verlangt:

1. Religiöse Bindung in irgendeiner Form;
2. Re-Individualisierung;
3. Re-Privatisierung.

.....

Es gibt einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Wissenschaftlern und Soldaten, die auch im Kriege gegen das Fehlen einer politischen Kriegsführung gegen den Osten gekämpft haben. Diese stehen in enger Verbindung mit den unzersetzten Teilen der Emigration aus der Sowjetunion, die durch die beiderseitige Kenntnis der östlichen und westlichen Demokratie für die politische Kriegsführung von besonderer Bedeutung sind.

Sollte es gelingen, diesen Kreis, der klein aber wertvoll ist, um dessen Ausschaltung oder Vernichtung die Bolschewiken sich bereits heute bemühen, rechtzeitig v o r einer sich anbahnenden machtpolitischen Entscheidung zu sammeln und in Geborgenheit arbeiten zu lassen, so hätten diejenigen, die das verantwortlich veranlassen, die Chance, daß in ihrem Machtbereich ein Friedensprogramm für die Ostvölker entstände . . .

Die Süddeutsche Zeitung vom 9. Februar fragt . . .

. . . Niemand wird verlangen, daß er seinen Minister ohne weiteres preis gibt. Aber das Schweigen möge er brechen und möge kundtun, weshalb er Oberländer für einen Gewandelten und für unentbehrlich hält. Sonst verlieren die Kränze ihr Gewicht, die er an den Mahnmalen der bösen Jahre niederlegt.

. . . Adenauer antwortet:

Oberländer sei zwar „gründlich braun" gewesen, aber: „Bilden Sie sich nur nicht ein, daß ein Minister so entscheidend wäre!"

Kölnische Rundschau vom 16. Februar 1960

Jüdischer Protest gegen Auskunftssperre über Ex-Nazi

Der amerikanische jüdische Kongreß hat in einem Brief an Außenminister H e r t e r dagegen protestiert, daß die Berliner Dokumentenzentrale keine Auskünfte mehr über die nationalsozialistische Vergangenheit bestimmter Personen erteilt. Die Auskunftssperre ist nach Ansicht der jüdischen Organisation von den amerikanischen Behörden verfügt worden. Es bestehe zwischen dem amerikanischen Außenministerium und der Bundesregierung ein stillschweigendes Übereinkommen, keine Auskünfte mehr über die frühere Rolle ehemaliger Nationalsozialisten in der Bundesregierung zu erteilen. In dem Schreiben heißt es: „Die freie Welt kann es sich nicht leisten, daß ehemalige führende Nationalsozialisten, geschützt durch eine Art Gentleman-Abkommen, ihre Vergangenheit nicht zu erörtern oder zu enthüllen, in hohen Ämtern verbleiben. In einem Land mit einem so komplizierten beunruhigenden und gefährlichen politischen Hintergrund wie dem Westdeutschlands überwiegt das Risiko des Verschweigens bei weitem das Risiko der Enthüllungen."

Stuttgarter Zeitung vom 11. Februar 1960

Niemöller und Heinemann als Zeugen im Düsseldorfer Prozeß gegen das Friedenskomitee

Kirchenpräsident N i e m ö l l e r berichtete über seine Teilnahme an Tagungen des Weltfriedensrates in Budapest und Wien und hob besonders hervor, daß ihn damals die positive Rolle dieser Bewegung bei der Beendigung des Korea-Konfliktes besonders beeindruckt habe. „Ich habe immer die Meinung gehabt und vertrete sie auch heute noch, daß die Öffentlichkeit, wesentlich durch die Arbeit des Weltfriedensrates beeinflußt, die Beendigung des Korea-Konfliktes erzwungen hat", stellte der Kirchenpräsident fest. Bei diesen Tagungen habe er auch Vertreter der westdeutschen Friedensbewegung, u. a. Erwin E c k e r t, und Walter D i e h l kennengelernt. Er beantwortete die Frage, ob er der Auffassung sei, daß die Genannten gegen die Verfassung der Bundesrepublik gearbeitet hätten: „Was ich über ihre Tätigkeit weiß, ist niemals verfassungsfeindlich gewesen." Niemöller hob hervor, daß er insbesondere Erwin Eckert aus vielen Gesprächen kenne und auch über seinen Lebensweg unterrichtet sei. Er berichtete ausführlich über

die Schwierigkeiten, die denen bereitet werden, die für den Frieden arbeiten, insbesondere auch darüber, wie es ihm selbst ergehe, davon, daß man ihm keine Säle für seine Veranstaltungen zur Verfügung stelle und die Friedensarbeit durch vielerlei Maßnahmen erschwere. „Uns ergeht es etwa wie der Bekennenden Kirche im Dritten Reich", stellte Niemöller fest.

Niemals sei die Rede davon gewesen, daß die Friedensbewegung etwa beabsichtigt habe, die Verhältnisse der DDR auf die Bundesrepublik zu übertragen. Denn das erste Gebot der Friedensarbeit, auch des Weltfriedensrates und der westdeutschen Friedensbewegung, sei es ja, mit dem Gegner Frieden zu haben und Brücken zu bauen. „Umsturzgesinnungen vertragen sich mit der Friedensarbeit grundsätzlich nicht. Ich würde eine Friedensarbeit, die von anderen Gesichtspunkten ausgeht, als Lüge ablehnen." „Und Sie haben nie den Eindruck gehabt, daß dies bei dem Friedenskomitee der Fall ist?" wollte Vorsitzender Dr. Meyer wissen. Niemöller: „Dann wäre ich nicht hier als Zeuge der Verteidigung!" Und weiter: „Ich halte die Weltfriedensbewegung für eine sehr segensreiche Einrichtung im Verhältnis der Nationen zueinander."

Kirchenpräsident Niemöller wunderte sich über die Frage, ob ihm der Ton, der in der Zeitschrift „Stimme des Friedens" angeschlagen wurde, nicht zu scharf erschienen sei. Er wäre der letzte, der das feststellen würde, da er selbst gewohnt sei, scharf zu formulieren: „Wenn man im Stimmengewirr unerer Zeit überhaupt gehört werden will, muß man schon auf den Fingern pfeifen." Auf die Fragen der Verteidigung berichtete Niemöller, daß er — wie allgemein bekannt — zahlreichen Verleumdungen ausgesetzt gewesen ist, und bestätigte, daß er in der autorisierten Biografie des Bundeskanzlers „ein Landesverräter" genannt wird. Derartige Verleumdungen fielen nicht aus dem Rahmen des leider Üblichen: „Wir, die sich öffentlich für den Frieden einsetzen, müssen damit rechnen, daß Verleumdungen unser tägliches Brot sind."

Dr. Dr. Gustav Heinemanns Zeugenaussage war eine erneute Abrechnung mit der Politik des Bundeskanzlers, die die angebotenen Möglichkeiten einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in den Wind geschlagen hat. Man wurde bei den Aussagen Heinemanns an seine aufsehenerregende Rede vor dem Bundestag im vergangenen Jahr erinnert, als er dem Bundeskanzler den ernsten Willen zur Wiedervereinigung absprach und ihn fragte: „Wann gedenken Sie, Herr Bundeskanzler, zurückzutreten?" Heinemann ging davon aus, daß der Bundeskanzler in dem Sicherheitsmemorandum von 1950 den Westmächten ein deutsches Truppenkontingent angeboten hat (was damals dem Grundgesetz widersprach), ohne darüber einen Kabinettsbeschluß herbeigeführt zu haben. Das hat bekanntlich zum Rücktritt Dr. Heinemanns geführt.

Schon im Frühjahr 1950 sei es das erklärte Ziel des amerikanischen Außenministers Dulles gewesen, ein „wiederbelebtes Deutschland" zu einem Trumpf des Westens zu machen, führte Heinemann aus. Indem es Deutschland in den Machtbereich des Westens ziehe, könne es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen angrenzenden Ländern unterminiere.

Auf die Note der Sowjetunion vom 10. März 1952 eingehend — in der ein Friedensvertrag und gesamtdeutsche freie Wahlen angeboten worden waren —, erklärte Dr. Heinemann, es sei die historische Schuld der Bundesregierung, diese Möglichkeiten nicht genutzt zu haben. Es sei nie darüber verhandelt worden, und damit habe man eine wichtige Chance verpaßt.

Auf die Frage Dr. Possers berichtete dann Dr. Heinemann davon, daß Dulles für die Amerikahäuser und öffentlichen Bibliotheken die Anweisung herausgegeben habe, alle Bücher zu verbrennen, in denen eine friedliche Koexistenz der Völker für möglich gehalten wird.

Zum Problem des politischen Stils meinte Dr. Heinemann, daß die Politik im allgemeinen ein rauhes Handwerk sei. Bekanntlich wirft die Anklage der Friedensbewegung vor, daß ihre Äußerungen — teilweise scharf formuliert — ein „Hetzfeldzug gegen die verfassungsmäßige Ordnung" sei. Dr. Heinemann stellte aber fest, daß am Anfang dieser Auseinandersetzung die Äußerung des Bundeskanzlers stehe, alle Gegner der Aufrüstung seien „Dummköpfe ersten Ranges oder Verräter". Diese Äußerung stehe nicht vereinzelt da. „Noch im Oktober vergangenen Jahres vertrat der Bundeskanzler den Standpunkt, daß die Opposition der Untergang Deutschlands sei."

Dr. Heinemann betonte entschieden ein Tätigwerden der außerparlamentarischen Opposition als anerkannte Spielregel der Demokratie. Mit seiner Aussage bestätigte er, daß die damalige politische Situation der Einschätzung entsprach, von der das Friedenskomitee ausgegangen sei.

Prozeß-Information vom 17. Februar 1960.

Rudolf Pikola — ein neuer Fall von „Freiheit"

In Bayern hat sich wieder einmal ein „Fall" ereignet, der zeigt, wie die dortige Schulorganisation unter der Diskrepanz zwischen Juristerei und Realität leidet, wie darüber hinaus aber auch undemokratische Tendenzen latent vorhanden sind und immer wieder zum Ausbruch drängen. Daß sich die Öffentlichkeit dagegen wehrt, ist jedoch ein erfreuliches Zeichen.

In dem oberbayerischen Ort Miesbach arbeitet seit 13 Jahren an der dortigen Volksschule Oberlehrer Rudolf Pikola (den Lesern der „Blätter" bereits durch zahlreiche Artikel bekannt), der sich neben seiner beruflichen Arbeit besonders auch dadurch verdient gemacht hat, daß er 1946, in einer Zeit allgemeiner Not und Verwirrung, die Volkshochschule aufbaute, deren Leiter er heute noch ist. Diese Volkshochschule ist manchen Leuten ein Dorn im Auge, weil an ihr ein freier Geist herrscht. Sie dient nicht nur der Wissensvermittlung, sondern auch der offenen Aussprache über aktuelle Fragen unserer Gegenwart. Dies und der Umstand, daß Pikola aus dem Bewußtsein für die Not und Problematik der Zeit heraus Artikel schreibt, die sich kritisch mit dieser Zeit auseinandersetzen, bewirkte, daß man schon vor Jahren versuchte, ihn von Miesbach wegzubringen, was aber mißlang.

Im November vorigen Jahres erfolgte nun ein neuer Angriff auf ihn durch einen Leserbrief in der Lokalpresse, in dem ihm auf Grund eines Vortrags von Univ.-Prof. Dr. Rheinfelder über Rußland an der Miesbacher Volkshochschule „kommunistische Propaganda" vorgeworfen wurde. Gleichzeitig liefen hinter den Kulissen die Bemühungen um seine dienstliche Versetzung, bei der man mit dem Begriff der Konfessionsschule operierte. Obwohl in Bayern 80% aller Volksschulen konfessionell gemischt und also de facto Gemeinschaftsschulen sind, wird die de jure-Fiktion der Konfessionsschule aufrecht erhalten, um den kirchlichen Einfluß in Schule und Lehrerschaft nicht zu verlieren. Trotzdem müssen sich die meisten Lehrer so verhalten, als ob sie an einer Gemeinschaftsschule arbeiteten, wenn sie nicht ein Unrecht an den konfessionellen Minderheiten in ihren Klassen begehen wollen.

Der Fall Pikola zeigt deutlich, wie dieser Konflikt sehr reale Auswirkungen haben kann. Der im Abdruck wiedergegebene Artikel aus der Süddeutschen Zeitung vom 17. Februar berichtet von einer Elternversammlung, die dazu stattfand, wobei die Elternschaft sich in einer erfreulichen Weise für ihren Lehrer einsetzte. D. Red.

In der Gaststube des Brückenwirts versammelten sich am Montagabend Eltern, deren Kinder die zweite Knabenklasse der Miesbacher Volksschule besuchen. Auf der Tagesordnung stand die „plötzliche Versetzung des Klaßlehrers Rudolf Pikola" von der katholischen Bekenntnisschule an eine Gemeinschaftsschule nach München. Die meisten Eltern zeigten sich empört über die Art und Weise, „wie man in den letzten Wochen mit dem 44jährigen Pädagogen, der sich ihrer Achtung und Verehrung erfreut, umgesprungen" ist. Wegen seiner erzieherischen Erfolge sei er erst kürzlich zum Oberlehrer befördert worden.

Kein Zweifel: Pikola ist ein Mann mit eigenen Ansichten. Die Erlebnisse des Zweiten Weltkriegs haben aus ihm einen entschiedenen Pazifisten werden lassen, eine Haltung, die ihm heute von manchen als prokommunistische Haltung ausgelegt wird. Zu Pikola kommen vertrauensvoll die Mütter und Witwen, wenn sie sich mit ihren Kindern keinen Rat mehr wissen; zu seinen Aussprachеabenden kommen auch die Väter, um mit ihm Fragen der Erziehung zu besprechen. Ihn besuchen seine Schüler, wenn sie längst Lehrlinge sind. Ein alter Bauer sagte in der Elternversammlung: „Wer ein Kind bei dem Pikola gehabt hat, der hat den Unterschied des früheren und jetzigen Unterrichts gesehen. Sogar aus dem Dümmsten hat er noch was 'rausgeholt." Man ist sich einig, Pikola sei Miesbachs bester Lehrer gewesen. Schon im Staatskonkurs war er der Beste unter 200 Prüflingen.

Was wird dem Lehrer vorgeworfen?

Die Regierung von Oberbayern hat am 14. Januar Pikolas Versetzung zum 1. Februar angeordnet. Ein Widerspruch des Oberlehrers, dem grundsätzlich aufschiebende Wirkung zukommt, wurde zurückgewiesen: der sofortige Vollzug sei im öffentlichen Interesse geboten. Das Verhalten Pikolas habe bei der katholischen Bevölkerung in Miesbach beachtliche Beunruhigung hervorgerufen. Was wird Rudolf Pikola, für den sich auch viele katholische Eltern einsetzen, vorgeworfen? „Seine Ehefrau ist evangelisch. Pikola wurde von einem evangelischen Geistlichen getraut." Dies ereignete sich, als der Lehrer 1942 Unteroffizier bei einer Sanitätseinheit war.

Das Erzbischöfliche Ordinariat hat im Vorjahr zwei Schreiben an die Regierung gerichtet, bei Pikola sei sowohl wegen seiner Eheschließung als auch wegen seines Verhaltens in letzter Zeit der „Konkordatsfall" gegeben. Dem katholischen Stadtpfarramt in Miesbach seien Elternbriefe mit Klagen über den Lehrer zugegangen. Sie enthielten den Vorwurf, in der Klasse Pikolas werde nur selten gebetet, das Kreuzzeichen werde nie gemacht, das Kruzifix sei meist durch eine bewegliche Tafel verdeckt. Das Ordinariat rügt weiter, Pikola habe vor Jahren auch die Errichtung einer Gemeinschaftsschule in Miesbach propagiert. Vor allem aber zeigte man sich verärgert über einen pazifistischen Artikel, den Pikola in einer regierungsfeindlichen Zeitschrift als fingiertes Gespräch zwischen einem Kardinal und einem Rüstungsminister veröffentlicht habe. In dem Beitrag war von der „Kriegsbereitschaft als einem Postulat christlicher Ethik" die Rede.

„Kardinal Wendel schwer beleidigt"

Regierungs-Vizepräsident Panz legt in seiner Versetzungsverfügung dar, der Tatbestand der evangelischen Trauung hätte schon früher dazu führen können, Pikola als nicht geeignet anzusehen, an einer katholischen Schule Kinder in katholischem Geist zu erziehen. Daß das Ordinariat so lange gewartet habe, müsse als besonderes Entgegenkommen gewertet werden. Die Regierung hat die Vorwürfe — Pikola sei seiner Pflicht zu katholischer Erziehung nicht voll nachgekommen — anscheinend nicht nachgeprüft. Sie hat den Lehrer zu den Anschuldigungen weder gehört noch zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Ausführlich beschäftigt sich Panz in seiner Entscheidung dagegen mit Pikolas umstrittenem Artikel. Die Regierung meint, er habe darin Kardinal Wendel schwer beleidigt. Da es ihm an der Achtung vor hochgestellten katholischen Würdenträgern fehle, komme eine Weiterbeschäftigung für Pikola an einer katholischen Volksschule nicht in Frage. Weiter heißt es: „Die berechtigte Entrüstung der katholischen Elternschaft könnte Formen annehmen, die dem Unterricht der an dieser Schule zu betreuenden Kinder abträglich wären."

Schulrat Laber hat Pikola, der zur Zeit an einem Herzanfall darniederliegt, für die Zukunft das Betreten des Schulhauses verboten. Eltern, welche die Einberufung einer Versammlung zum Fall Pikolas wünschten, wurde kein Schulzimmer zugestanden. Daraufhin haben die Eltern fast aller Kinder einen Protestbrief an die Regierung gerichtet mit der Bitte, die Versetzung rückgängig zu machen. Die Erziehungsmethoden des Lehrers seien vorbildlich und nach christlichen Grundsätzen ausgerichtet. Dieser Brief blieb unbeantwortet.

Ein anderes Schreiben wurde rasch erledigt: Der CSU-Stadtrat Neumann, der der Schulpflegschaft angehört, bat die Regierung um eine Ersatzlehrkraft für Pikola. Sie sei genehmigt und werde in wenigen Tagen ihre Arbeit aufnehmen, lautete die Antwort. Frau Loubal, Mitglied der Schulpflegschaft, sagte bei der Elternversammlung im Brükkenwirt: Seit langem bemühe man sich um Aushilfskräfte, da die Rektorstelle seit einem Jahr verwaist ist und mehrere Krankheitsfälle den Unterricht lähmten. Bisher hieß es immer, es sei kein Geld vorhanden. „Lieber haben wir noch weitere 14 Tage die Misere, daß unsere Kinder nur zwei Stunden am Tag unterrichtet werden — aber dann soll der Pikola wiederkommen."

„Hinterhältige Giftpfeile"

Kreisjugendamtsleiter Nürnberger meinte, Pikola hätte sich mehr zurückhalten müssen; er sei an seiner Versetzung selber schuld. Ein anderer Vater sagte dagegen: „Wir

müssen etwas tun, um unsere Lehrer so zu schützen, daß sie nicht von hinterhältigen Giftpfeilen abgeschossen werden können." Mit 40 gegen 5 Stimmen wurde sodann eine Resolution der überwiegend katholischen Elternschaft angenommen, in der die Rückkehr Pikolas nachdrücklich gefordert wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die zweite Knabenklasse konfessionell gemischt ist und daß Pikola deshalb unter allen Umständen gezwungen gewesen sei, sich wie ein Lehrer an einer christlichen Gemeinschaftsschule zu verhalten. Das habe er auch getan.

Die Formulierung „Hinterhältige Giftpfeile" bezog sich auf einen Leserbrief in der Ortspresse, mit dem der Kampf gegen Pikola im November offenbar eröffnet werden sollte. Ein Handelslehrer kritisierte nach einem Vortrag des Münchner Romanisten Professor R h e i n f e l d e r über seine Rußlandreise, der Leiter der Miesbacher Volkshochschule scheine bemüht, insgeheim im Sinne der kommunistischen Partei zu arbeiten, indem er die Hörer eifrig schule: von der Kriegsdienstverweigerung bis zur marxistischen Ideologie. Durch eine Veröffentlichung ihrer Semesterpläne hat die Volkshochschule inzwischen die Unhaltbarkeit dieser Vorwürfe nachweisen können. Aber der Leiter der Volkshochschule, Rudolf Pikola, der sie 1946 aufbaute, sollte, wie die Eltern annehmen, trotzdem zu Fall gebracht werden. Man habe deshalb den Umweg über die Versetzung gewählt.

Friedrich Mager

Strafanzeige

Joseph P. Krause

Gelsenkirchen-Schalke
Dresdner Straße 77
Datum: 15. Februar 1960

An den
Herrn Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht
D o r t m u n d
Kaiserstraße 34

Betr.: S t r a f a n z e i g e

Ich, Joseph P. Krause
geboren am 2. September 1932 in Gelsenkirchen
wohnhaft in Gelsenkirchen-Schalke
Dresdner Straße 77
deutscher Staatsangehöriger
nicht vorbestraft
Werkstudent der Sozialwissenschaften
Inhaber des Diploms für kath. Sozialarbeit
Englischer Diplom-Auslandskorrespondent

erstatte hiermit Strafanzeige zum Zwecke der strafrechtlichen Verfolgung wegen des Verdachts der Beleidigung, der Ehrabschneidung, der Verleumdung und der Üblen Nachrede aus §§ 185 ff. StGB gegen

Herrn Robert Schmelzer
zu laden in Dortmund
Potgasse 4
Telefon-Sammelnummer: 3 51 51 Dortmund

B e g r ü n d u n g :

Herr Robert Schmelzer ist Chefredakteur der in Dortmund erscheinenden und der CDU nahestehenden Tageszeitung „Ruhrnachrichten". In der Nr. 297, 11. Jahrgang, datiert vom 23. Dezember 1959, veröffentlichte Herr Robert Schmelzer auf Seite 2 der genannten Ausgabe einen Artikel mit der Überschrift „SED plant Kampagne gegen Journalisten". In diesem Beitrag wird folgende Behauptung vertreten:

„Als Vorbild für diese „Dokumentation" soll die zur Zeit noch laufende Kampagne der SED u n d i h r e r H e l f e r gegen die Nazirichter in der Bundesrepublik dienen".

Der Artikel nennt als Verfasser einen gewissen Wolf-Bernd Althoff. Wie ich jedoch aus Kreisen von Bundestagsabgeordneten erfahren habe, handelt es sich um einen rein fiktiven Namen. Der wirkliche Zuträger dieses und ähnlicher Beiträge ist ein Mitarbeiter des Bundesverfassungsschutzamtes. Derartige Beiträge werden nach meinen eigenen Beobachtungen lediglich in den Ruhrnachrichten publiziert.

Ich selbst fühle mich durch den Vorwurf und den Verdacht, ich sei ein Helfer einer von den Organen der Bundesrepublik, nicht nur der Legislative, sondern auch der Rechtsprechung, als „staatsfeindlich" oder „staatsgefährdend" in wechselseitiger Verwendung der Begriffe deklarierten Organisation, aufs tiefste getroffen, beschämt, beleidigt und grundlos verleumdet. Am 7. April 1959 hatte ich nämlich in meinem Schriftsatz zu den gegen mich erhobenen Beschuldigungen der Beleidigung der Bundesregierung und der Staatsgefährdung wegen meiner Aktionen gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik an den Herrn Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in Essen, Zweigertstraße 52, Ermittlungen gegen einige nazistische Sonder- und Kriegsrichter, die zu den Mitarbeitern der Staatsanwaltschaften in Dortmund und in Essen gehören, angeregt. Es handelte sich um die Herren

a) Dr. Glunz, früher Staatsanwalt am Sondergericht in Essen
heute Staatsanwalt in Essen
b) Kuhnert, früher Landgerichtsrat am Sondergericht Aachen
heute Oberstaatsanwalt in Essen
c) Ronge, früher Staatsanwalt am Sondergericht in Breslau
heute Staatsanwalt in Essen
d) Schlaf, früher Staatsanwalt am Sondergericht in Dortmund
heute Staatsanwalt in Dortmund
e) Dr. Törnig, früher Staatsanwalt am Sondergericht in Prag
heute Oberstaatsanwalt in Essen
f) Fritz Jahn, früher Oberfeldrichter der Großdeutschen Wehrmacht
heute Staatsanwalt in Dortmund
g) Hans Niese, früher Kriegsrichter der Großdeutschen Wehrmacht
heute Oberstaatsanwalt in Dortmund

Obwohl — ich weise in diesem Rahmen ausdrücklich noch einmal darauf hin — fast ein Jahr seit der Einreichung dieses Schriftsatzes vergangen ist, wurde ich weder mündlich noch schriftlich zu einer Äußerung aufgefordert, außer im Falle Dr. Törnig, in dem ich am 22. April 1959 von Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Tillmann im Essener Landgerichtsgebäude in Anwesenheit eines von mir beigebrachten Beobachters vernommen wurde. Es steht zu befürchten, daß meine Bedenken, die ich seinerzeit vortrug, nicht mit der nötigen Objektivität entgegengenommen wurden. Ich ersuche hiermit den Herrn Oberstaatsanwalt in Dortmund, mir die Aktenzeichen der genannten Verfahren mitzuteilen.

In zwei Ergänzungsschriften vom 25. April 1959 (Umfang 7 Seiten) und vom 27. April 1959 (Umfang 31 Seiten) erweiterte ich meine ausführlich begründeten Bedenken auf folgende Richter und Staatsanwälte, die früher an nazistischen Sondergerichten wirkten und später in den Justizdienst der Bundesrepublik Deutschland übernommen wurden:

Dr. Erwin Albrecht	Saarbrücken	II-38/59 StA b. d. OLG Saarbrücken
Amtsgerichtsrat Arland	Hamburg	141 Js 1081/59 StA Hamburg
Oberlandesgerichtsrat Prof. Dr. Bartholomeyczik	Koblenz	9 AR 43/59 StA Koblenz
Bundesrichter Dr. Christoph	Karlsruhe	1 Js 1926/59 StA Karlsruhe
Amtsgerichtsrat Dittrich	Gießen	Js 1/60 StA b. d. OLG Ffm.
Oberlandesgerichtsrat Eisele	Stuttgart	11 Js 6343/59 StA Stuttgart
Staatsanwalt Endler	Hannover	2 AR 192/59 StA Hannover
Amtsgerichtsrat Garn	Büdingen	Js 2/60 StA b. d. OLG Ffm.
Landgerichtsdirektor Glund	Kempten	1 Js 170/59 StA Kempten
Erster Staatsanwalt Gröger	Memmingen	5 AR 707/59 StA Memmingen
Landgerichtsdirektor Hallbauer	Hamburg	141 Js 1080/59 StA Hamburg
Oberamtsrichter Happe	Duisburg	13 AR 298/59 StA Duisburg
Oberlandesgerichtsrat Heinke	Nürnberg	14 Js 8/59 StA Nürnberg-Fürth
Amtsgerichtsrat Kohlstadt	Koblenz	9 AR 44/59 StA (Düsseld.) Koblenz

Staatsanwalt Dr. Ludwig	Düsseldorf	8 AR 174/59 StA Düsseldorf
Landgerichtsdirektor Meusel	Göttingen	3 AR 241/59 StA Göttingen
Erster Staatsanwalt Oesterreich	Kassel	3 a AR 2/59 StA Kassel
Oberstaatsanwalt Dr. Orzechowski	Köln	24 AR 187/59 StA Köln
Landgerichtsrat Dr. Paetzold	Braunschweig	1 Js 2725/59 StA Braunschweig
Senatspräsident Dr. Pörtl	München	1c Js 1288/59 StA München
Amtsgerichtsrat Dr. Pokorny	Mannheim	Js 18/59 StA b. d. OLG Karlsruhe
Amtsgerichtsrat Prebeck	Amberg	1a Js 3831/59 StA Amberg
Landgerichtsdirektor Dr. Raab	Kleve	5 Js 1004/59 StA Kleve
Staatsanwalt Dr. Rheder-Knöspel	Mannheim	Js 16/59 StA b. d. OLG Karlsruhe
Oberrechtsrat Rhode	Kiel	2 Js 840/59 StA Kiel
Landgerichtsdirektor Dr. Ronke	Würzburg	AR I 1075/59 StA Würzburg
Landgerichtsrat Dr. Rosner	Baden-Baden	Js 15/59 StA b. d. OLG Karlsruhe
Oberstaatsanwalt Dr. Schindler	Düsseldorf	8 AR 175/59 StA Düsseldorf
Erster Staatsanwalt Schroiff	Celle	1 AR 16/59 StA Lüneburg
Landgerichtsrat Strespel	Osnabrück	17 Js 829/59 StA Osnabrück
Amtsgerichtsrat Stuhldreer	Landshut	1 Js 50/59 StA Landshut
Landgerichtsrat Dr. Teuchert	Stuttgart	11 Js 6344/59 StA Stuttgart
Amtsgerichtsrat Dr. Weeber	Selb	2 AR I 574/59 StA Hof/Saale
Amtsgerichtsrat Dr. Weinelt	Nürnberg	14 Js 9/59 StA Nürnberg-Fürth
Staatsanwalt Widera	Braunschweig	1 Js 2724/59 StA Braunschweig
Landgerichtsrat Dr. Wolfgang von Zeyneck	Nürnberg	14 Js 7/59 StA Nürnberg

Eine Reihe von Strafanträgen ist noch nachträglich von mir gestellt worden, und zwar unter ausführlicher Begründung und Aktenanfügung. In diesem Verfahren ist es jedoch nur notwendig, die bis zum 23. Dezember 1959 gestellten Strafanträge zu berücksichtigen. Über meine Aktionen ist mehrfach in der Presse berichtet worden. Außerdem habe ich in mehreren Rundfunksendungen zu diesen Fragen ausführlich Stellung genommen.

Dem gutgläubigen und ernstmeinenden, dem aufrichtigen und gewissenhaften Bundesbürger kann es bei sorgfältiger Prüfung nicht verborgen bleiben, daß an den ehemaligen Sondergerichten schwere Verbrechen am Leben begangen wurden. Ich bitte den Herrn Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in Dortmund, namentlich meine Ausarbeitungen „Dokument I" und „Dokument II" zu diesem Strafantrag einzusehen. Es handelt sich um Schriftsätze, die zu Dr. Törnig und Dr. Danegger, dessen Aktenzeichen in der vorverfaßten Aufstellung nicht enthalten ist, weil es mir nie bekannt wurde, am 1. Februar 1960 dem Herrn Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf übergeben wurden. Aus der gesamten Korrespondenz, die sowohl bei dem Herrn Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in Essen als auch bei dem Herrn Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in Dortmund zu den o. a. Aktenzeichen vorliegt, ergibt sich eindeutig meine Haltung zur Frage der NS-Richter. In meinem Vortrag über Radio Praha am 30. Mai 1959 sagte ich u. a.:

„Als ich die unverschämten Urteile deutscher Richter und deutscher Staatsanwälte über tschechische Menschen las, enthüllte sich mir die ganze Grausamkeit der Verquickung politischer Ziele mit angeblich rechtmäßigen Handlungen nazistischer Jurisdiktion. Die Urteilsbegründungen zu ungezählten Todesurteilen und zu schweren Freiheitsstrafen zeigen die Verlogenheit eines politischen Systems, der nazistischen Doktrin von der deutschen Herrenrasse, die es nie (tatsächlich) gegeben hat. Es gibt doch nur Menschen auf der Welt: Tschechen, Deutsche, Juden, Russen, Amerikaner und Chinesen! Unterschiede gibt es nur in der Gedankenwerkstatt der politischen, der rassischen, der völkischen und religiösen Zweckmäßigkeit. Das Ergebnis solcher Wahnvorstellungen in den Hirnen weniger politischer Konjunkturritter zeigte sich in den Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen die Freiheit, gegen das Gewissen."

Die tschechoslowakische Fassung meines Vortrages wurde am 31. Mai 1959 über alle tschechoslowakischen Rundfunkstationen gesendet. Auf Seite 2 meines Schreibens vom 7. April 1959 an den Herrn Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in Essen heißt es ganz klar und deutlich:

„Die Würde des Menschen und die Freiheit des Gewissens, die andere Freiheiten, wie die des Bekenntnisses, des politischen und des weltanschaulichen, der Persönlichkeits-

entfaltung und andere, umfaßt, gehören als integraler Bestandteil zu jeder verantwortungsbewußten Politik."

In Verfolg solcher Darlegungen heißt es auf Seite 2 meines „Dokumentes I" vom 1. Februar 1960:

„Es gibt Verfassungsgrundsätze, die so elementar und so sehr Ausdruck eines auch der Verfassung vorausliegenden Rechtes sind, daß sie den Verfassungsgesetzgeber selbst binden und daß andere Verfassungsbestimmungen, denen dieser Rang nicht zukommt, wegen ihres Verstoßes nichtig sein können (S. 104 bzw. S. 47 bzw. S. 278—280 Komm. Mangoldt-Klein).

Mit diesen Ausführungen soll nicht etwa darauf hingearbeitet werden, die Verpflichtung der Organe der Bundesrepublik zur Verfolgung von Verbrechen im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung als elementar und verbindlich herauszustellen, denn das ist selbstverständlich, sondern es soll dokumentiert werden, daß die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland Grundsätze schriftlich entwickelt hat, die nicht anders aufgefaßt werden müssen als elementare Rechte aus dem Naturrecht, die nicht immer in Deutschland kodifiziert waren, die dennoch als Idee der Rechtsstaatlichkeit stets zu beachten waren."

Ich habe also immer versucht, den Schuldkomplex der NS-Gerichte aus der politisch verseuchten Atmosphäre in die kühle Überlegung nach rechtlichen Gesichtspunkten, nach dem Naturrecht und der Formaljustiz aus der abendländisch-christlichen und -juristisch-römischen Entwicklung heraus, hinüberzutragen. Die Basis aller Überlegungen aber, die auch der juristisch ungeschulte und unbedarfte Geist anzustellen vermag, muß die Erkenntnis sein, daß sich sittliche Gebote, etwa die Menschenwürde oder die Lebensachtung, auch außerhalb der Rechtssystematik oder der Kofermane, der Rechtssammlungen, der Edikte und der Kodifizierungen, befinden können, daß auch umgekehrt etwaige verbindlich vorgeschriebene Rechtsnormen außerhalb sittlicher Überlegungen ihren Platz haben. Der verantwortungsbewußte Geist wird deshalb versuchen, beide Normensysteme in eine bestmögliche Harmonie zu bringen. Daraus versteht es sich von selbst, als Mensch auch die Menschenwürde und alle sich daraus ergebenden Fragen in Beziehung zu den Normen der Sittlichkeit zu setzen. Aus diesen Gedanken folgerte ich in meinem „Dokument I", Sadisten, etwa Fememörder im Gewand von nationalen Sonderrichtern, sehen im Recht lediglich die Veranstaltung zur Legalisierung von Machtpositionen, Rassenegalisierungen und tagespolitischen Flausen; Utopisten wünschen sich desgleichen zur Erreichung nationalistischer oder wirtschaftlicher Idealzustände subjektiv verseuchter Vorstellungen die Leugnung eines inneren Zusammenhanges von Recht und Ethik. Beide Ansichten lassen das Prinzip der Menschenwürde vermissen und müssen deshalb als des Menschen unwürdig und dem Menschen nicht entsprechend zurückgewiesen werden.

Mit dieser Einlassung möchte ich zum Ausdruck bringen, daß mich keine politischen Beweggründe veranlaßt haben, mich um die sehr schmutzige Wäsche in deutschen Gerichten und Staatsanwaltschaften zu kümmern. Ganz allein der Versuch, die Menschenwürde und damit die Abhängigkeit der Justiz von der Moral zu demonstrieren, ließ mich zu dem Engagement in Sachen Nazi-Richter kommen. Es ist zwar nicht zu leugnen, daß die heutige Tätigkeit der Sonderrichter Hitlers ein Politikum allerersten Ranges ist — die Bundesregierung hat denn auch diese Frage wie die kürzlichen Ausfälle gegen den semitischen Bevölkerungsteil im Ausland zu vertreten — doch ist die Frage nach der rechtlichen Würdigung der Beschuldigungen rein strafrechtlicher Natur. Aus diesem Grunde hat ja auch der Herr Oberstaatsanwalt Dr. Schneider aus Dortmund sowohl in einem Schreiben an mich als auch in einem Schreiben an den Ausschuß für Deutsche Einheit in Berlin zu verstehen gegeben, daß er sich mit dieser Dienststelle (der SED) zum Zwecke der strafrechtlichen Ermittlung gegen die von mir genannten Sonderrichter in Verbindung setzen wird und setzt. (Vgl. Schreiben des Herrn Oberstaatsanwaltes Dr. Schneider vom 10. Juli 1959, Aktenzeichen 10 js 54/59.)

Auch der Herr Bundesgeneralanwalt Dr. Max Güde hat die Frage, ob mit den Dienststellen der SED Verbindung aufgenommen werden soll, positiv beantwortet, damit die Verbrechen geklärt werden. Ebenso hat sich der Herr Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Haußmann, öffentlich in einer Fernseh-Sendung dazu bekannt, Kontakte mit östlichen Dienststellen (der SED) aufzunehmen, um der Frage nachgehen zu können, welches Ausmaß die Verbrechen der Sonder- und Kriegsrichter Hitlers hatten. Seitens der

Legislative äußerte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Werber anläßlich der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz" in Karlsruhe vom 28.—30. November 1959, er halte es für unumgänglich, auf dem auch sonst praktizierten Wege der Rechtshilfe Fotokopien derartiger Akten (über die Sonderrichter) von den örtlichen Staatsanwaltschaften der Ostblockländer durch die entsprechenden Staatsanwaltschaften der Bundesrepublik anfordern zu lassen. Es ist müßig, hier alle Äußerungen westdeutscher Dienststellen aufzuzählen. Der Herr Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht in Dortmund wird mir konzedieren, daß die Herren Dr. Schneider (Dortmund), Dr. Max Güde (Karlsruhe) und Justizminister Haußmann (Stuttgart) loyal dem Gesetz der Bundesrepublik gegenüberstehen, obwohl sie sich in dieser Form geäußert haben. Sollten die Äußerungen dieser genannten Herren den Verdacht rechtfertigen, sie seien insofern auch H e l f e r d e r S E D als einer verfassungsfeindlichen Organisation, dann bitte ich darum, meinen Strafantrag gegen Herrn Robert Schmelzer abzulehnen und gesonderte Verfahren gegen die Herren Dr. Güde, Dr. Schneider und Haußmann anzulegen. Nach Würdigung aller Umstände aber ist anzunehmen, daß die Äußerung des Mitarbeiters der „Ruhrnachrichten" eher dumm war als bewiesen. Sie offenbart die Nachahmung nazistischer Methoden, den Gegner in Schwarz-Weiß-Malerei moralisch fertigzumachen. Wenn man bedenkt, daß die „Ruhrnachrichten" der CDU nahestehen, wird dieser Verdacht, es handle sich um eine böswillige und gemeine Verleumdung, um eine ganz schäbige und ehrabschneidende Beleidigung, nur noch bestärkt, sieht doch die CDU in ihren prominenten Vertretern ein erstrebenswertes Ziel darin, in marktschreierischen Eskapaden den politischen Gegner (auch den vermeintlichen) herunterzuputzen, zu verleumden, zu beleidigen und zu entehren. Herr Dr. h. c. Franz-Josef Strauß hat mir selbst in einem mir hier vorliegenden Schreiben bestätigt, daß er z. B. die Gegner der atomaren Aufrüstung für „potentielle Kriegsverbrecher" hält. Eine andere Version der Verleumdungskampagne der CDU besagt, jeder, der nicht die Politik der CDU unterstütze, sei ein Kommunist. Herr Blank hat schon früher bekannt, die Gegner der Atomrüstung seien „die Straße", seien „Mob". („Der Mob ist los in Deutschland!")

In der Bundesrepublik Deutschland gelten sowohl die SED als auch die nach Auffassung der Bundesregierung von ihr abhängige KPD als verfassungsfeindliche Institutionen. Das wurde ausdrücklich von der Regierung der Deutschen Bundesrepublik durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Dix am 26. November 1954 vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe im KPD-Prozeß bekannt. Staatssekretär Ritter von Lex hat diese Auffassung in seinem Eingangsplädoyer über die Rechtsgrundlagen des Verfahrens gegen die KPD namens der Bundesregierung vorgetragen. Das Bundesverfassungsgericht hat in dem Urteil vom 17. August 1956 (1 BvB 2/51 aus dem 3. Band, Dokumentarwerk Dr. Gerd Pfeiffer / Hans-Georg Strickert, Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, 1956, Sonderdruck) in dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichtes dieser Auffassung der Bundesregierung Rechnung getragen und die KPD wegen ihrer Abhängigkeit von der SED für verfassungswidrig erklärt.

Die Texte der ausführlichen Darlegungen und das Urteil wurden mir vom Herrn Bundesminister des Innern, Aktenzeichen VI A 3 — 6540—A—15/1. 60, Datum vom 28. Januar 1960, zur Verfügung gestellt und können jederzeit vorgelegt werden.

Bedeutet es also schon eine Ungehörigkeit allerersten Ranges, den politischen Gegner gleich mit vorschnellen Verdächtigungen der persönlichen Unsauberkeit und Unlauterkeit zu belegen, wird die ganze Angelegenheit noch bedenklicher, wenn man dazu Mittel wählt, die keineswegs zu den klaren und reinen gehören, wie es sich in einem Rechtsstaat geziemt. Ich habe nicht die Absicht, meine entbehrungsreiche Arbeit gegen die Nazi-Richter mit dem Verdacht der Verfassungsgefährdung und Verfassungsfeindlichkeit seitens des Herrn Robert Schmelzer honorieren zu lassen. Mir geht es einzig und allein um die reine Verknüpfung der Justiz mit der Ethik, nicht um parteipolitische Wäsche, die Herr Schmelzer zu waschen pflegt. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, ein Helfer der SED zu sein, muß aber gleichzeitig noch einmal meine Ausführungen aus dem Vortrag über die tschechoslowakischen Rundfunksender zitieren. Nach dieser öffentlich bekannten Haltung sind auch die Mitglieder der SED für mich gleichwertige und vollwertige Menschen, sie sind genau so liebenswürdig und fehlerhaft wie die Damen und Herren aus der CDU. Wenn ich also im Rahmen der Ermittlungsarbeiten, die ja nachweislich von den verantwortlichen Dienststellen nicht legitim bearbeitet werden, auch mit dem Ausschuß

für Deutsche Einheit in Verbindung stehe, dann bekenne ich mich dazu, weise es aber nachdrücklich von mir, ein verfassungsfeindliches Subjekt im parteipolitisch verfilzten Sinne des Herrn Schmelzer zu sein.

Der § 185 StGB allein setzt schon sachlich und begrifflich den rechtswidrigen Angriff auf die Ehre einer Person oder Personengruppe voraus, der sich in einer vorsätzlichen Kundgebung der Mißachtung oder Nichtachtung äußert. In diesem Falle wird mir von Herrn Schmelzer eine strafbare Handlung vorgeworfen, der ich nur durch diese Strafanzeige begegnen zu können glaube, zumal Herr Schmelzer dafür bekannt ist, in seinen publizistischen Mitteln nicht sehr anspruchsvoll zu sein. So hat Herr Robert Schmelzer eine Schwäche für Absurditäten und Anomalitäten, die sich in seinen Leitartikeln niederschlagen, wo er eine ganze Seitenspalte lediglich über die Badehose des Schahs von Persien meditiert, wie es tatsächlich geschehen ist. Ich bitte also den Herrn Oberstaatsanwalt, das Strafverfahren einzuleiten und mich über den Fortgang der Angelegenheit zu unterrichten.

gez.: Joseph P. Krause

Ein exemplarischer Briefwechsel

Werner Dietz

Hamburg-Blankenese, den 11. 2. 1960
Strandweg 61

An

Blätter für Deutsche und Internationale Politik,

Köln,
Barbarossaplatz 2

Seit einigen Monaten haben Sie meiner Frau Elisabeth Dietz Probenummern Ihrer ausgezeichneten Zeitschrift zugesandt, wofür wir Ihnen bestens danken.

Wenn wir die Zeitschrift im Augenblick nicht bestellen können, so liegt das daran, daß ich selbst seit Jahren vergeblich um meine Wiedergutmachung kämpfe. Der ganze Komplex, speziell in meinem Fall, ist so ungeheuerlich, daß ein bekannter Abgeordneter der SPD ihn kürzlich als den „tollsten Skandal" bezeichnete, der ihm in Wiedergutmachungssachen je zu Ohren gekommen sei.

Nun, ich selbst wundere mich darüber nicht, da mir ja bekannt ist, daß heute in allen Ämtern in der Bundesrepublik und auch in den W.-G.-Ämtern die braunen Gangster wieder am Ruder sind.

Vielleicht interessiert Sie in diesem Zusammenhang der anliegende Schriftwechsel, da ich auch Ihre Zeitschrift darin erwähnt habe.

Sobald ich dazu in der Lage bin, werde ich Ihre Zeitschrift bestellen, da sie hervorragende Artikel enthält.

Ich bedauere, Ihnen heute keinen anderen Bescheid geben zu können, und zeichne

mit vorzüglicher Hochachtung:

gez. Werner Dietz

Abschriften

Hamburger Abendblatt, Nr. 27/60 vom 2. Februar 1960, S. 2.
(Leserbriefe)

Maßlose Entstellungen

Ich habe viele Freunde im Ausland und bekam jetzt von einem Amerikaner aus Hollywood einen Brief, der mir doch sehr zu denken gab. Es heißt da u. a.:

„Seit Wochen ist hier eine Hetze gegen Deutschland im Gange, fast so stark wie während des Krieges. Z. B. ist in unserer Genossenschaft von einigen hundert Mitgliedern eine Europareise geplant, aber der Besuch Deutschlands wurde einstimmig aus dem Programm gestrichen, denn es seien dort wieder viele SS- und SA-Leute auf den höchsten Posten. Der Verkaufsstelle und Reparaturwerkstatt der V. W., die bisher 40 Leute beschäftigte, wurden 70% der Aufträge storniert, so daß jetzt nur noch 9 Leute beschäf-

tigt sind. Es gibt Austauschstudenten hier, die bei mir klagten, es wäre auf der Hochschule wegen der Hetze nicht auszuhalten. Weil sie mir leid taten, telefonierte ich als Amerikaner mit dem Direktor. Dieser gab mir den dringenden Rat, den Studenten zuzureden, für geraume Zeit die Hochschule nicht zu besuchen. Das habe ich natürlich abgelehnt und den Direktor gebeten, doch seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, die Angelegenheit mit den deutschen Studenten wieder ins Gleichgewicht zu bringen."

Soweit der Amerikaner als Briefschreiber. Besteht für uns hier in der Heimat nicht eine große Verpflichtung, das Ausland noch mehr darüber aufzuklären, was an diesen Gerüchten Wahrheit und was Unwahrheit ist?

Hochachtungsvoll!

Frau Leni Riesenberg,
Reinbek b. Hamburg

Hamburg-Blankenese, den 7. 2. 60

An

Frau Leni Riesenberg, Reinbek b. Hamburg.

Sehr geehrte Frau Riesenberg! Mit Interesse nahm ich von Ihrem Eingesandt im „Hamburger Abendblatt" vom 2. d. M. Kenntnis. Auch ich kann Ihren Zusatz, daß für uns eine große Verpflichtung besteht, das Ausland aufzuklären, voll und ganz unterschreiben. Nur, daß vielleicht die Ansichten über das, was Wahrheit, und das, was Unwahrheit ist, sich nicht immer decken.

Da ich diesbezüglich etwas anderer Auffassung bin, füge ich in der Anlage Abschrift eines Schreibens (im Auszug) bei, welches ich gerade an Verwandte in den USA gerichtet habe.

Hochachtungsvoll!

Werner Dietz,
Hamburg-Blankenese,
Strandweg 61

Der o. a. Auszug eines Schreibens von mir an Verwandte in den USA vom 6. 2. 60 lautet:

. . . Deinem Brief entnahmen wir, daß Du auf Deinem letzten Europa-Trip Italien, Spanien, Marokko usw. bereist hast, aber nicht in Westdeutschland warst. Wir haben das natürlich sehr bedauert, denn wir hätten natürlich gern mal wieder ein paar Tage mit Euch zusammen geplaudert, zumal P. nun in nächster Zeit nicht nach N. Y. kommt. Aber ich muß sagen, ich habe volles Verständnis dafür, daß Ihr Eure Dollars jetzt nicht nach hierher tragt, so, wie die Verhältnisse hier liegen!

Mit gleicher Post sende ich Euch die Beilage der „Blätter für Deutsche und Internationale Politik" vom Januar 1960 über den Fall Heyde—Sawade. Daraus geht hervor, daß „im nationalsozialistischen Naturschutzpark der Bundesrepublik, Schleswig-Holstein" ein Massenmörder von hohen und höchsten Stellen gedeckt wurde!

In dem gleichfalls beigefügten Leitartikel Friedländers aus dem „Hamburger Abendblatt" vom 6. d. M. geht hervor, daß der Fall Oberländer sich sogar in CDU-Kreisen allmählich zum Skandal auswächst, wenn man natürlich auch nicht wahr haben möchte, daß es die DDR war, die monatelang mit einem Trommelfeuer der Enthüllungen über diesen Nazi aufgewartet hat!

Im letzten „Spiegel", den Ihr ja regelmäßig bekommt, steht ebenfalls das amerikanische Interview mit dem „SA-Mann Schröder", einen Fall, den ebenfalls Friedländer in seinem Artikel „Die oberen Zweihundert" anführt!

In Stuttgart veranstaltet der Sozialistische Studentenbund eine Ausstellung, in der ungeheuerliches Material veröffentlicht wird von Nazi-Blutrichtern, die heute in der Bundesrepublik tätig sind, z. T. sogar in höchsten Ämtern!

Nationalsozialistischen Verbrechern wird für ihre Tätigkeit vom heutigen Staat eine hohe Pension gezahlt, selbstverständlich auch den Hinterbliebenen von Massenmördern! Wie Euch ja bekannt ist, erhält z. B. die Witwe eines der größten Massenmörder aller Zeiten, Heydrich, eine Pension!

Selbstverständlich ist es klar, daß dann unter diesen Umständen keine Gelder da sind, um den Opfern dieser Verbrecher auch nur eine lächerliche Entschädigung zu zahlen. Alle Behauptungen darüber sind nur Propaganda, wie ich am eigenen Leibe erfahren habe. Obgleich ich schon seit 1931 aktiv und unter Lebensgefahr gegen die braunen Gangster gekämpft habe und obgleich sich sogar unser Bürgermeister, der ja auch in den USA kein Unbekannter ist, für mich eingesetzt hat, erhalte ich nicht nur keine Entschädigung, sondern: Weil ich gegen die braunen Verbrecher gekämpft habe, erhalte ich heute nicht einmal meine Angestellten-Rente!

Alle diese Ungeheuerlichkeiten sind die Wahrheit, alles andere ist blauer Dunst, und deshalb ist es wichtig, daß dies immer wieder in den USA, und darüber hinaus auch in Canada usw., verbreitet wird . . .

Erklärung

anläßlich der gewaltlosen Aktion am 6. Februar 1960 vor der französischen Botschaft in Bad Godesberg gegen den geplanten Atombombenversuch in der Sahara und gegen die nachgewiesenermaßen von der französischen Armee als Kriegsmaßnahmen in Algerien angewandten Folterungen.

An S. Exzellenz
M. François Seydoux
Französischer Botschafter bei der
Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Exzellenz,

wenn wir uns mit dieser Erklärung den Gewaltlosen anschließen, die vor Ihnen als dem offiziellen Vertreter der französischen Regierung gegen den geplanten Atombombenversuch in der Sahara und gegen die in Algerien angewandten Folterungen protestierten, bitten wir Sie zu bedenken, daß wir diesen Schritt mit blutendem Herzen tun.

Als Professoren der romanischen Philologie lieben wir das Frankreich der großen Christen der Caritas wie eines hl. Vinzenz von Paul, der großen Philosophen der liberalen Demokratie wie eines Montesquieu, der großen humanitären Denker, Gelehrten und Künstler wie eines Montaigne, Pasteur und Daumier, der großen Kämpfer für die Gerechtigkeit wie eines Voltaire und Zola, der großen Streiter für den Frieden wie eines Abbé de Saint-Pierre, Rolland und Schweitzer. Mit größtem Schmerz sehen wir dieses geistige Frankreich — das für eine große Zahl der besten Geister der Menschheit etwas wie eine Wahlheimat ist — von einer Regierung im Stich gelassen, die Foltern anwenden läßt, — was einem Voltaire verabscheuenswert wäre — und die eine Atombombenexplosion vorbereitet — die Pasteur, wenn er noch lebte, zweifellos als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnen würde und gegen die der Erzbischof von Cambrai, Monseigneur Guerry, und der berühmte existentialistische Philosoph Gabriel Marcel mit 350 weiteren intellektuellen Persönlichkeiten Frankreichs protestiert haben.

Wir erklären, daß wir in unserer akademischen Lehrtätigkeit dem besseren Frankreich treu bleiben werden, von dem das offizielle Frankreich abweicht.

Wir bitten Eure Exzellenz, unseren Protest dem französischen Staatschef, Herrn General de Gaulle, zu übermitteln, der in Anbetracht seiner erweiterten Machtbefugnisse für die oben genannten Handlungen nicht nur vor seiner Nation, sondern auch vor der Menschheit und der Geschichte persönlich verantwortlich ist.

Mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung

Franz Rauhut, Würzburg
Hans Rheinfelder, München
Erich Köhler, Heidelberg

Erklärung

anläßlich der gewaltlosen Kundgebung am 6. Februar 1960 vor der französischen Botschaft in Bad Godesberg.

An den Herrn Botschafter der französischen Republik
S. Exzellenz Monsieur François Seydoux

Exzellenz!

Die Unterzeichner dieser Erklärung erlauben sich, gegen den in der Sahara geplanten Atombombenversuch aus Gründen der Menschlichkeit zu protestieren, zumal dabei in wissenschaftlicher Hinsicht nichts Neues herauskommen kann, und bitten Eure Exzellenz, diese Erklärung an den französischen Staatschef, Monsieur le Général de Gaulle, übermitteln zu wollen.

Mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung

Eurer Exzellenz sehr ergebene
G. Schaltenbrand (Prof., Universität Würzburg)
G. Burkhardt (Prof., Institut für theoretische Physik, Hannover)
G. Heckmann (Prof., Pädagogische Hochschule Hannover)
Georg Hoeltje (Prof., Technische Hochschule Hannover)
Emil Kieser (Prof., Universität Würzburg)
M. Seidlmayer (Prof., Universität Würzburg)
Ulrich Noack (Prof., Universität Würzburg)

Geldentwertung

Mißt man den Wert der DM an den Preisen aller im Inland erzeugten Güter, am Brutto-Sozialprodukt, so hat die DM seit der Währungsreform schon wieder 28,5 vH ihres Wertes verloren. Das waren jährlich zwischen 2,5 bis 3 vH, also ziemlich genau die Höhe des Zinssatzes, den wir für Sparguthaben erhielten. Hätte jemand 1949 1000 DM zur Sparkasse gebracht, so hätte er heute zwar 1000 DM plus Zins mit Zinseszins, jedoch hätte er, am Wert der Waren gemessen, die er damals dafür kaufen konnte, heute kaum einen Pfennig mehr. Die Entwertung hätte den Zins gefressen.

SPD-Pressedienst vom 15. Februar 1960

„Westdeutsch"

Für die deutsche Botschaft war es ein großer Tag. Nehru, Lady Mountbatten, die letzte Vizekönigin und regelmäßiger Wintergast in Delhi, und der umstrittene Krishna Menon waren Gäste bei der offiziellen Eröffnung der „neuen" deutschen Botschaft, ohne Reden und so formlos wie möglich.

Die Zeitungen am nächsten Morgen zeigten sich angetan von der Modernität und Zweckmäßigkeit der Anlage, der Weite des Gartens, und sie erwähnten auch den Preis: vier Millionen Mark.

Die Blätter machten aber auch mit ihrer Wortwahl deutlich, was da nach ihrer Meinung entstanden ist: Die „westdeutsche" Botschaft. Nicht eine der hauptstädtischen Zeitungen benutzte einen anderen Ausdruck. Dafür kann man niemanden tadeln, denn keiner kann stärker sein als die Tatsachen in einer Stadt, in der zwei deutsche amtliche Vertretungen samt dazugehöriger schwarzrotgoldenen und Hammer-und-Zirkel-Flagge koexistieren, in einem Land, das Stipendiaten nach Göttingen und nach Leipzig, an die Freie Universität und an die Humboldt-Universität schickt.

Wenn hier in Neu-Delhi vor einem Jahre Grotewohl und Brandt aufeinanderfolgten, dann werden sich jetzt in einigen Tagen Heinrich Rau und Heinrich von Brentano Nehrus Türklinke in die Hand drücken.

Die Welt vom 6. Februar 1960

Es schrieben bisher u. a.:

Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred von Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Achim von Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick - Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz von Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Johannes Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther Sophia Hayfron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Dr. Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand - Hans Henny Jahnn † - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Prof. Dr. Hanns Linhardt - Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter von Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Márton von Pákozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. Levin L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Hellmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.